

Neue Zürcher Zeitung

40 JAHRE BVG
VERLAGSBEILAGE

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 3. Juni 2025 · Nr. 126 · 246. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50



LUKASZ GLOWALA / REUTERS

Polen stehen unruhige Zeiten bevor

Karol Nawrocki hat die Präsidentschaftswahl in Polen knapp gewonnen. Dies obwohl jüngst dunkle Kapitel aus seiner Vergangenheit bekannt wurden. Der Sieg des Konservativen dürfte die Blockade im Land verschärfen, auch die Ukraine-Politik könnte sich ändern. Der Regierungschef Donald Tusk hat am Montag angekündigt, im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen. *International, Seite 3, Meinung & Debatte, Seite 19*

Sukkurs für Bundesrat im Zollstreit

Parlamentskommissionen stimmen dem Verhandlungsmandat zu – aber Zweifel bleiben

HANSUELI SCHÖCHLI

Was wollen die USA in ihrem Zollstreit mit den anderen Ländern? Klar ist das bis heute nicht. Doch die Drohungen der Regierung Trump haben den Rest der Welt ins Rotieren gebracht. Das gilt auch für die Schweiz. Der Bundesrat beschloss vergangenen Freitag einen Entwurf für ein Mandat zu Verhandlungen mit der Regierung Trump. Die Aussenpolitischen Kommissionen (APK) der beiden Parlamentskammern haben am Montag den Kurs des Bundesrats unterstützt. Die APK des Nationalrats sagte Ja mit 17 zu 8 Stimmen. In der Ständeratskommission lautete das Resultat 11 zu 0 bei 2 Enthaltungen.

Widerstand von links

Zu den möglichen Schweizer Angeboten für die USA zählen eine Senkung gewisser Agrarzölle, der Abbau von sonstigen Handelshemmnissen etwa bei den Medikamenten und Chemikalien via gegenseitige Anerkennung von Produktzertifizierungen sowie das Versprechen von Investitionen von Schweizer Unternehmen in den USA.

Grundsätzlichen Widerstand gibt es von links. Laut dem Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina sollte die Schweiz die Zollerhöhungen der USA nicht mit Konzessionen belohnen. Stattdessen solle man sich mit Gleichgesinnten zusammensetzen, um bei der Welthandelsorganisation gegen die USA zu klagen. Eine Drohung mit Gegenzöllen wäre für die Schweiz alleine nicht sinnvoll, sagt Molina. Aber eine Koordination mit der EU sei anzustreben.

Ganz anders tönt es aus der SVP. Gemäss dem Luzerner SVP-Nationalrat und Unternehmer Franz Grüter geht es darum, für die Exportwirtschaft möglichst schnell die Unsicherheit über die angedrohten Zusatzzölle zu beenden. SVP-Exponenten drängen auf möglichst rasche Verhandlungen. Dies löste in anderen Parteien die maliziöse Frage aus, wie die SVP wohl reagieren würde, wenn die EU nach dem Muster der Regierung Trump Zusatzzölle androhte.

Der amerikanische Präsident hatte am 2. April der Welt angekündigt, auf den meisten Wareneinfuhren zusätzlich zu den bestehenden Importzöllen einen generellen Zoll von 10 Prozent zu erheben und auf Einfuhren aus vielen Staaten sogar wesentlich höhere Zusatzzölle von bis zu 50 Prozent zu verlangen – für die Schweiz von 31 Prozent inklusive der 10 Prozent. Trump setzte die höheren Zusatzzölle vorerst bis am 9. Juli aus. Der generelle Zusatzzoll von 10 Prozent ist aber in Kraft.

Diese 10 Prozent sind kaum mehr wegzubringen. Dieser Eindruck hat sich am Montag laut Parlamentariern verstärkt. Trotzdem bleibt die Vermeidung aller Zusatzzölle das Ziel.

Ja zur Handlungsfähigkeit

Unsicher ist zurzeit aufgrund eines Gerichtsurteils von vergangener Woche, ob die angedrohten höheren Sonderzölle in der Kompetenz von Präsident Trump liegen. Die Schweiz und andere Länder sind in der skurrilen Lage, dass sie Konzessionen anbieten zur Vermeidung von Zusatzzöllen, welche es vielleicht auch ohne Konzession gar nicht gäbe.

Trotz allen Fragezeichen sprachen sich die Parlamentskommissionen für das diskutierte Verhandlungsmandat aus. Eine der genannten Begründungen: Der Bundesrat müsse handlungsfähig sein. Das Mandat ist dem Vernehmen nach relativ breit abgehalten. Auch innenpolitisch heikle Themen wie der Abbau von Importzöllen bei sensiblen Agrargütern wie Milch, Käse und Rindfleisch sind in der Lesart einiger Parlamentarier nicht ausgeschlossen.

Doch auch andere Interpretationen waren zu hören: Laut diesen ist das Verhandlungsmandat bei den Zollsenkungen für Agrargüter auf innenpolitisch wenig problematische Produkte wie Zitrusfrüchte beschränkt. Der Tessiner SVP-Ständerat und APK-Präsident Marco Chiesa erklärte, dass das Verhandlungsmandat zu den Zöllen nicht über die heutigen Grundsätze der Agrarpolitik hinausgehe.

Der Bauernverband hat dem Vernehmen nach im Vorfeld der APK-Sitzungen bei den Beteiligten nochmals vor Konzessionen bei sensiblen Agrargütern gewarnt. Damit rannten die Bauernvertreter zum Teil offene Türen ein. Zollkonzessionen bei innenpolitisch heiklen Agrargütern unterstütze er nicht, sagt der St. Galler Mitte-Ständerat Benedikt Würth. Dies umso weniger, als die USA für den Schweizer Exportkäse Gruyère keinen Markenschutz akzeptierten. Würth bezweifelt, dass bei folgender Ausgangslage eine Volksabstimmung zu gewinnen wäre: Die Schweiz schluckt einen Zusatzzoll der USA von 10 Prozent und senkt dennoch die eigenen Zölle auf sensiblen amerikanischen Agrarprodukten.

Waffenruhe bleibt in weiter Ferne

Gespräche in Istanbul liefern nur kleine Schritte

Die Verhandlungsrunde in Istanbul stand unter dem Eindruck des ukrainischen Drohnenangriffs vom Sonntag. Eine Kriegspause ist nicht in Sicht – die Positionen der beiden Kontrahenten liegen weit auseinander.

MARKUS ACKERET, MOSKAU

Russland und die Ukraine sind derzeit nicht dazu bereit, den Krieg zum Stillstand zu bringen, sondern nur dazu, ihn zu verwalten. Das ist die nicht überraschende Erkenntnis der zweiten Verhandlungsrunde, die am Montag in Istanbul stattgefunden hat. Allein der Umstand, dass die beiden Delegationen bloss eine gute Stunde zusammensassen und wohl frühestens wieder Ende Juni zusammenkommen werden, zeigt, wie gering die Bereitschaft ist, alle Kräfte auf eine Verhandlungslösung zu konzentrieren. Ergebnisse gab es dennoch, sie betreffen in erster Linie humanitäre Fragen, wie schon beim ersten Mal. Damit wird, nicht zuletzt für den amerikanischen Präsidenten Donald Trump, der Eindruck erweckt, die Gespräche brächten Fortschritte.

Übergabe von Gefallenen

Der russische Verhandlungsführer Wladimir Medinski sagte, Russland werde der ukrainischen Seite in den nächsten Tagen die eingefrorenen sterblichen Überreste von 6000 ukrainischen Offizieren übergeben. Medinskis ukrainischer Gegenpart, der Verteidigungsminister Rustem Umerow, bestätigte das, allerdings so, als würden beide Seiten gleichermaßen am Austausch teilnehmen. In einem umfassenden Austausch sollen ferner alle schwerverletzten und schwerkranken Kriegsgefangenen beider Seiten zurückkehren dürfen. Ebenfalls sollen von beiden Seiten alle jungen Kriegsgefangenen unter 25 Jahren ausgetauscht werden. Russland schlug laut Medinski zudem vor, für einzelne Frontabschnitte tageweise eine Feuerpause zu vereinbaren, damit die Leichen der Gefallenen sicher hinter die Frontlinie gebracht und bestattet werden könnten.

Das den Ukrainern besonders wichtige Thema der nach Russland verschleppten Kinder kommentierte Medinski bei seinem kurzen Presseauftritt mit Suffizienz. Die Ukraine habe ursprünglich von anderthalb Millionen, später von zweihundert-, dann von zwanzigtausend Kindern gesprochen, aber erst jetzt eine präzise Liste mit 339 Namen vorgelegt. Russland werde den Schicksalen nun nachgehen. Medinski wies aber den Vorwurf zurück, es seien Kinder entführt worden.

«Es gibt kein einziges entführtes Kind, es gibt nur Kinder, die Soldaten unter Einsatz ihres Lebens gerettet haben», sagte er. Die Ukraine habe das Thema für eine «Show für herzkrankte Europäer» genutzt, sagte er polemisch. Das ist eine stupende Verharmlosung schwerwiegender, von internationalen Stellen vorgebrachter Vorwürfe an die Russen, die immerhin den Haftbefehlen des Internationalen Strafgerichtshofs in

Den Haag gegen Präsident Wladimir Putin und die Kinderschutzbeauftragte Maria Lwowa-Bełowa zugrunde liegen.

Schweigen zu Drohnenangriffen

Nach den spektakulären ukrainischen Drohnenangriffen auf weit im russischen Hinterland liegende Luftwaffenstützpunkte am Sonntag war es schon fast ein Wunder, dass die Delegationen in Istanbul ihre Contenance wahren konnten. Aber auch ohne diesen Coup der Ukrainer war mit russischer Kompromissbereitschaft in der Substanz der Verhandlungen nie zu rechnen gewesen. Die beiden Seiten wollten einander in Istanbul eigentlich ihre «Memoranden» über ihre Vorstellungen einer Waffenruhe und einer Beendigung des Kriegs darlegen.

Während das ukrainische Papier übers Wochenende den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hatte, legte Russland seine Vorschläge erst in Istanbul den Ukrainern dar. Medinski sprach zunächst nur in groben Zügen darüber. Einerseits soll das Dokument die russischen Bedingungen für eine langfristige Friedenslösung

Die Ukraine hat noch immer starke Karten

Kommentar auf Seite 19

enthalten, andererseits verschiedene Wege zu einer Waffenruhe skizzieren.

Am Abend veröffentlichten russische Medien den Inhalt des Papiers. Nach diesem beharrt Moskau weiterhin auf seinen Maximalforderungen. Dazu gehören die Übergabe der noch nicht eroberten Teile der von Russland besetzten ost- und südostukrainischen Gebiete und deren völkerrechtliche Anerkennung als Teil Russlands, ein neutraler und demilitarisierter Status der Ukraine, der Verzicht der Nato auf eine Erweiterung und der Schutz der Russischsprachigen in der Ukraine.

Kiew hatte seinerseits einen – von Russland stets abgelehnten – bedingungslosen Waffenstillstand verlangt, das Recht der Ukraine auf eine gut ausgerüstete Armee und die Anbindung an westliche Streitkräfte als Teil der Souveränität vorgeschlagen und den Nato-Verzicht nicht explizit festschreiben wollen. Laut Medinski werden diese Dokumente von beiden Parteien bis Ende der Woche studiert. Es ist aber jetzt klar, dass sie meilenweit auseinanderliegen – und dass beide Seiten daran glauben, sich auf dem Schlachtfeld für künftige Verhandlungen in eine bessere Position bringen zu können.

Die Ereignisse vom Wochenende sind für Russland mehr als ein Dämpfer. Zwar sind wohl weniger strategische Bomber zerstört worden, als es zunächst geheissen hatte. Aber die russischen Kriegsblogger urteilten vernichtend über die eigenen Geheimdienste. Putin dagegen schwieg auch am Montag dazu. Entweder scheint er die Schmach aussitzen zu wollen. Dafür spricht, dass die Staatsmedien wenig darüber berichteten. Oder er bereitet eine Antwort vor, für die er sich ein wenig Zeit lassen will. Allzu viele Optionen dafür hat er allerdings nicht.

Jill Biden und das «Politbüro»

Die First Lady soll massgeblich daran beteiligt gewesen sein, den Gesundheitszustand ihres Mannes zu verschleiern



«Die mächtigste First Lady in der Geschichte der USA»: Jill Biden und ihr Mann im Juli 2024 in Washington.

MICHAEL BROCHSTEIN / IMAGO

ISABELLE JACOBI

Am 27. Juni 2024, kurz nach der für Joe Biden demütigenden Debatte mit Donald Trump, trat Jill Biden in Aktion. Zusammen mit dem verdattert wirkenden Präsidenten stand sie auf der Bühne. Joe Biden sprach an dieser Party für seine Anhänger die Menge an, aber verlor mitten im Satz den Faden. Jill Biden entwand ihrem Gatten das Mikrofon: «Joe, du hast es so gut gemacht – du hast jede Frage beantwortet», jubelte sie. Der Rettungsversuch war noch fast entlarvender als Bidens senile Aussetzer während der Debatte. Die First Lady behandelte den Präsidenten wie ein Kleinkind.

Es war ein kollektives Aha, was die Nation erlebte: Die Demokraten hatten einen altersschwachen Greis in den Wahlkampf gegen Donald Trump geschickt. Drei Wochen später zog sich Joe Biden unter dem Druck der Partei und seiner Geldgeber aus dem Rennen zurück. Der Rest ist Geschichte – die ausserplanmässige Kandidatur von Kamala Harris endete in einer Wahlniederlage, an der

die Demokraten noch lange kauen werden. Der prominente Wahlkampfberater von Harris, David Plouffe, sagt es so: «Wir wurden als Partei von Biden beschissen.»

Die Stunde der Wahrheit kam spät – unter anderem weil die amerikanischen Medien sich lange vornehm mit Kritik zurückgehalten hatten, selbst als Joe Bidens Kompetenzdefizite immer unübersehbarer wurden. Für den engen Kreis um Joe Biden kam die Einsicht nie. Noch heute behaupten die damaligen Hauptakteure im Weissen Haus, Joe Biden hätte gegen Donald Trump gesiegt – und sei als Präsident abgesehen von einigen Altersgebreten kompetent gewesen.

Ein enger Kreis von Getreuen

Mehrere Bücher rekonstruieren, wie es einer engen Entourage gelang, die zunehmende Altersschwäche von Präsident Biden zu vertuschen, unter anderem «Original Sin» der Autoren Jake Tapper und Alex Thompson. Sie zeigen auf, wie Bidens Isolation im Wahlkampf während der Covid-Pandemie begann, abgeschot-

tet in seinem Haus in Wilmington, umgeben von seiner Familie und einer Handvoll Getreuen. Die Videoaufnahmen des Präsidentschaftskandidaten wurden editiert und mindestens in einem Fall die Antworten für ein Interview diktiert.

Zum engen Kreis gehörten die Chefberater Mike Donilon und Anita Dunn sowie der stellvertretende Stabschef Steve Ricchetti, alles loyale Akteure, die seit Jahrzehnten für Joe Biden gearbeitet hatten und deren Karrieren mit Bidens Werdegang eng verknüpft sind. Nach dem Wahlsieg zog das Team-Biden in den West Wing des Weissen Hauses um. Unter Regierungsmitarbeitern war die Gruppe als «das Politbüro» oder «die Firma» bekannt. «Fünf Personen regierten das Land, und Joe Biden war bestenfalls ein leitendes Mitglied des Vorstands», so wird ein Kenner der regierungsinternen Dynamik zitiert.

Im East Wing wirkte ein ebenso starkes Magnetfeld: die First Lady Jill Biden. Ihr widmen die Autoren von «Original Sin» ein ganzes Kapitel. Jill Biden habe beim Regierungspersonal als die «mäch-

tigste First Lady» in der Geschichte der USA gegolten, schreiben sie. Dr. Biden, wie sich die ausgebildete Pädagogin nennen lässt, habe enormen Einfluss auf den Präsidenten ausgeübt: «Sie war zweifellos einer der wichtigsten Faktoren, dass der Präsident sich der Wiederwahl stellte – und eine der wichtigsten Leugnerinnen seines Zerfalls.»

Jill Biden hat ihr Image als perfekte Politikergattin über Jahrzehnte gepflegt. Joe und Jill bildeten seit ihrer Heirat 1977 ein betont symbiotisches Team – dabei vermischte sich das Private mit dem Beruflichen. «Hallo, ich bin Joe Biden, Jill Bidens Ehemann», so stellte sich der 46. Präsident der USA oft an Veranstaltungen vor. Gegenseitige Lobeshymnen über die menschlichen Qualitäten des Partners gehörten zum Repertoire des Ehepaares Biden. Dass Jill Biden als Englischlehrerin am Northern Virginia Community College weiterarbeitete – ein Novum für eine amerikanische First Lady –, unterstrich ihren Anspruch auf Unabhängigkeit.

Sie verstand ihr Amt im Weissen Haus als Aktivdienst für die Nation: Wie ihre Vorgängerinnen setzte sie sich für Militärangehörige und Frauengesundheit ein und für die Bildung unterprivilegierter Schichten. Doch je schwächer der alternde Präsident wurde, desto mehr wuchs der Einfluss von Dr. Biden über die üblichen Verpflichtungen einer First Lady hinaus. Sie half mit, den Zugang zu ihrem Gatten zu kontrollieren, und mischte sich laut Augenzeugen öfter in die Angelegenheiten im West Wing ein. So gab sie dem Kommunikationsteam die Schuld, wenn sich Joe Biden in Pressekonferenzen verhedderte.

Je härter die Angriffe der Republikaner auf die Familie Biden wurden, desto mehr rückte Jill Biden in den Vordergrund – als beinaharte Verteidigerin ihres Mannes und von dessen delinquentem Sohn Hunter. In ihrer Autobiografie beschreibt sie stolz ihren ausgeprägten Beschützerinstinkt: «Ich erinnere mich an jede Kleinigkeit, die Leute meinen Liebsten antun.» Die kämpferische Ehefrau und «mater familias» wurde von ihrem Chefberater Anthony Bernal sekundiert – dieser ist eine gefürchtete Figur im Weissen Haus gewesen. «Das würde Dr. Biden nicht gefallen», sei seine wirksame und oft gehörte Drohung gewesen. Fragen zu Bidens Aussetzern seien mit der imperativen Feststellung zerstreut worden, er sei «scharfsinnig wie immer».

Der geistige Zerfall von Joe Biden ist wohldokumentiert: Ab 2022 nahmen die

Aussetzer bei seinen spärlichen Auftritten zu. Er verwechselte Namen, verlor mitten im Satz den Faden, wirkte räumlich orientierungslos, sein Gesicht erstarrte oft zur Maske, der Gang war schlurfend. Kürzlich wurde bekannt, dass Biden wohl schon länger an einem aggressiven Prostatakrebs leidet. Der Leibarzt des Präsidenten hatte offenbar keine präventiven Untersuchungen vorgenommen, wie sie bei älteren Patienten in den USA üblich sind. Man fragt sich, warum.

Bemerkenswert ist: Die Akteure hinter Biden sowie der Präsident selbst leugnen weiterhin, dass dessen Alter ein Problem für die Kandidatur war. In der ABC-Talkshow «The View» traten Joe und Jill Biden am 8. Mai auf, um kurz vor der Publikation des Buches «Original Sin» ihre Sicht der Dinge darzustellen. Er sei während der Präsidentschaft in keiner Weise kognitiv beeinträchtigt gewesen, sagte Joe Biden. Kurz danach verlor er den Faden – Jill Biden sprang wie gewohnt ein und pries die Führungsqualitäten ihres Gatten: Er habe «Tag und Nacht hart gearbeitet». Dass sie ihn «eingesperrt» habe, sei ein unhaltbarer Vorwurf; er sei doch in der ganzen Welt herumgereist.

Ähnlich uneinsichtig äusserten sich die Chefberater Mike Donilon und Anita Dunn, die weiterhin glauben, Biden hätte gegen Trump siegen können, wenn die Demokraten nicht seinen Rücktritt erzwungen hätten. Die Partei habe «den Verstand verloren», sagte Donilon bei einem Gespräch an der Harvard-Universität im Februar.

Untersuchung eingeleitet

Die jüngsten Enthüllungen spielen den Republikanern in die Hände. Die Aufschlusskommission des Repräsentantenhauses hat eine Untersuchung der «Verschleierung» eröffnet: «Das amerikanische Volk verdient es, zu erfahren, wann der Zerfall begann, wie weit er fortgeschritten war und wer für den Präsidenten die wichtigen Entscheide traf», schrieb der vorsitzende Republikaner James Comer. Joe Bidens Leibarzt sowie mehrere ehemalige Mitarbeiter sind zu einer Anhörung im Repräsentantenhaus eingeladen, unter ihnen die persönliche Assistentin von Joe Biden, Annie Tomasini, und Jill Bidens Chefberater Anthony Bernal.

Die Liste soll bald mit prominenten Namen erweitert werden – die Trump-Regierung macht Druck, dass auch die frühere First Lady Jill Biden vorgeladen wird.

Anschlag auf jüdischen Gedenkmarsch erschüttert die USA

In Boulder hat ein Mann einen Brandsatz auf eine Kundgebung geworfen, die auf das Schicksal der israelischen Geiseln in Gaza aufmerksam machen wollte

DAVID SIGNER, CHICAGO

Am Sonntagnachmittag hat ein Mann mit einem Molotowcocktail acht Personen verletzt. Der Vorfall trug sich in der Innenstadt von Boulder im Gliedstaat Colorado zu. Mitglieder der jüdischen Gemeinde bewegten sich zum Gedenken an die israelischen Geiseln in der Hand der Hamas durch die Fussgängerzone, als der Täter «Free Palestine» rief. Dann warf er einen Brandsatz in die Menge und zielte mit einem selbstgebastelten Flammenwerfer gegen weitere Personen in seiner Nähe. Er fügte vier Frauen und vier Männern im Alter von 52 bis 88 Jahren zum Teil schwere Verbrennungen zu. Eine der verletzten Personen befindet sich in einem kritischen Zustand. Bei einem der Opfer handelt es sich um eine Holocaustüberlebende.

Auch der 45-jährige Täter wurde mit leichten Verbrennungen ins Spital eingeliefert. Er befindet sich in Haft und wurde am Montag wegen «Hassverbrechen aufgrund einer tatsächlichen oder wahrgenommenen Rasse, Religion oder Nationalität» angeklagt.

Der Chef der Bundespolizei FBI, Kash Patel, sprach von einem «gezielten

Terrorangriff». Auch der Aussenminister Marco Rubio und die Ministerin für Inlandsicherheit Kristi Noem ordneten den Vorfall auf der Plattform X rasch als Terrorangriff ein. «Terror hat keinen Platz in unserem grossartigen Land», schrieb Rubio. Das FBI ermittelt und geht zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass der Täter alleine handelte. Über sein genaueres Motiv liegen noch keine Informationen vor. Videoaufnahmen zeigen, wie er, mit nacktem Oberkörper, die Flaschen mit der brennbaren Flüssigkeit schwingt und die Anwesenden als «Zionisten» und «Kindermörder» beschimpft.

Der Täter ist illegal im Land

Beim Gedenkmarsch mit etwa 25 Teilnehmern handelte es sich um den wöchentlichen «Run for Lives», der rund um die Welt durchgeführt wird, um auf das Schicksal der Geiseln aufmerksam zu machen. Gegenwärtig befinden sich noch 58 von diesen in der Hand der Hamas; man geht allerdings davon aus, dass nur noch 20 von ihnen am Leben sind. Sie wurden am 7. Oktober 2023 entführt, als die palästinensische Terror-

organisation ein israelisches Musikfestival und mehrere Kibbuzim überfiel, ein Massaker mit etwa 1200 Toten anrichtete und 250 Personen kidnappte.

Bereits am 21. Mai war es in Washington zu einem antisemitischen Anschlag gekommen. Ein Mann erschoss dabei vor dem Jüdischen Museum zwei Mitarbeiter der israelischen Botschaft. Der mutmassliche Schütze begründete die Tat mit der Unterstützung für die Palästinenser im Krieg zwischen Israel und der islamistischen Hamas im Gazastreifen. Auch er hatte «Free Palestine» gerufen, bevor er die tödlichen Schüsse abgab.

Nach jetzigem Ermittlungsstand war der Täter von Boulder, ein ägyptischer Staatsangehöriger, im August 2022 mit einem Touristenvisum in die USA gekommen, das bis im Februar 2023 gültig war. Im September 2022 reichte er ein Asylgesuch ein. Laut dem Ministerium für Inlandsicherheit hielt er sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt illegal im Land auf. Bereits 2005 hatte er um ein Visum ersucht, was jedoch abgelehnt wurde.

Boulder ist eine Kleinstadt mit rund 100 000 Einwohnern. Der Angriff ereignete sich um 13 Uhr 30 Ortszeit bei der Pearl Street Mall. Da der Gedenk-

marsch immer auf derselben Route stattfindet, wusste der Täter im Voraus, dass die Teilnehmer beim belebten Einkaufsviertel Station machen würden. Er führte den Anschlag wenige Stunden vor Beginn von Schawuot aus. Die jüdischen Feiertage begannen am Sonntagabend und dauern bis Dienstag. Es handelt sich dabei um das Erntedankfest, an dem zugleich des Moments gedacht wird, als Gott laut der Tora auf dem Berg Sinai die Zehn Gebote verkündete.

Heftige Antisemitismusdebatten

Chuck Schumer, der Minderheitsführer des Senats, sagte: «Weniger als zwei Wochen nach der schrecklichen antisemitischen Attacke in Washington und nach zwei Jahren zunehmender antisemitischer Angriffe im ganzen Land wird die jüdische Gemeinschaft erneut von Schmerz erschüttert.»

Ted Deutch, der Direktor der internationalen Organisation American Jewish Committee, verknüpfte in einem Kommentar auf dem sozialen Netzwerk X die Gewalt mit der Verbreitung extremistischer Rhetorik. Die jüdische Gemeinschaft habe die Welt seit langem

davor gewarnt, schrieb er, dass Slogans wie «Globalisiert die Intifada» oder «Widerstand mit allen notwendigen Mitteln» Aufrufe zur Gewalt seien.

In den USA wird gegenwärtig intensiv um den Antisemitismus an den Universitäten debattiert. Die Regierung wirft insbesondere Elite-Einrichtungen wie Harvard oder Columbia vor, während propalästinensischer Demonstrationen die jüdische Studentenschaft nicht genug vor Einschüchterungen und Belästigungen geschützt und dadurch ein antisemitisches Klima geschürt zu haben. Im Gefolge dieser Auseinandersetzungen enthält die Regierung den entsprechenden Hochschulen Bundesgelder vor. Gegner dieser Massnahmen argumentieren, die Regierung benütze das Antisemitismusargument lediglich, um die als links geltenden Universitäten stärker zu kontrollieren, und brandmarke Demonstrationen gegen die israelische Regierung und den Gaza-Krieg mit seinen 50 000 Toten pauschal als antisemitisch. Immer wieder wird dabei auch diskutiert, ob Slogans wie «Globalize the Intifada» implizit zur Gewalt gegen Juden aufrufen.

Karol Nawrocki mag die Konfrontation

Polens neuer Präsident hat keinerlei politische Erfahrung – aber eine skandalumwitterte Vergangenheit

VOLKER PABST

Karol Nawrocki ist promovierter Historiker und leitet das Institut des Nationalen Gedenkens, das Dokumente über Verbrechen an der polnischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg archiviert. In seinem Wahlkampf gegen die abgehobenen liberalen Eliten in Warschau betonte der 42-Jährige mit dem jungenhaften Grinsen aber andere Qualitäten als seinen akademischen Hintergrund.

In Plock in Zentralpolen verkauften seine Wahlhelfer nach Nawrockis Auftritt T-Shirts mit der Aufschrift «Now Rocky», eine holprige Anspielung auf dessen Vergangenheit als Amateurboxer. Davor hatten sie für die in einem

Polen steht vor einer Blockade

Kommentar auf Seite 19

Meer rot-weisser Fahnen wartende Menge Sprechchöre angestimmt wie «Hier ist Polen» oder «Druga tura bez bonzura» («Zweite Wahlrunde ohne Bonjour»).

Das französische Grusswort ist eine Veräppelung von Nawrockis liberalem Gegenspieler Rafal Trzaskowski, dem polyglotten Warschauer Bürgermeister. Nawrocki, so die Botschaft, biedert sich weder in Brüssel noch in Paris und schon gar nicht in Berlin an, sondern vertritt die «normale» – also katholische, wertkonservative, heterosexuelle – Bevölkerung des Landes. Eine seiner wichtigsten Forderungen lautete, Polen dürfe nicht zu einer Provinz der EU werden.

Als wichtigsten Partner seines Landes sieht er die USA unter Donald Trump. Die guten Kontakte der PiS zu den Republikanern ermöglichten Nawrocki ein kurzes Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten, das im Wahlkampf prominent eingesetzt wurde. Unmittelbar vor dem Wahltag fand zudem in Rzeszow erstmals in Polen die Conservative Political Action Conference (CPAC) statt, an der sich unter anderem die amerikanische Ministerin für Inlandsicherheit, Kristi Noem, für Nawrocki aussprach. Kurz darauf versicherte ihm auch Ungarns Regierungschef Viktor Orban seine Unterstützung.

Politisch unerfahren

Am Sonntag nun hat Nawrocki die Stichwahl ums Präsidentenamt knapp, aber letztlich dennoch klar mit 50,89 zu 49,11 Prozent gewonnen. Nachdem sein Kontrahent Trzaskowski am Wahlabend den Sieg zuerst für sich reklamiert hatte, gratulierte er am Montag Nawrocki als neuem Präsidenten der Republik Polen.

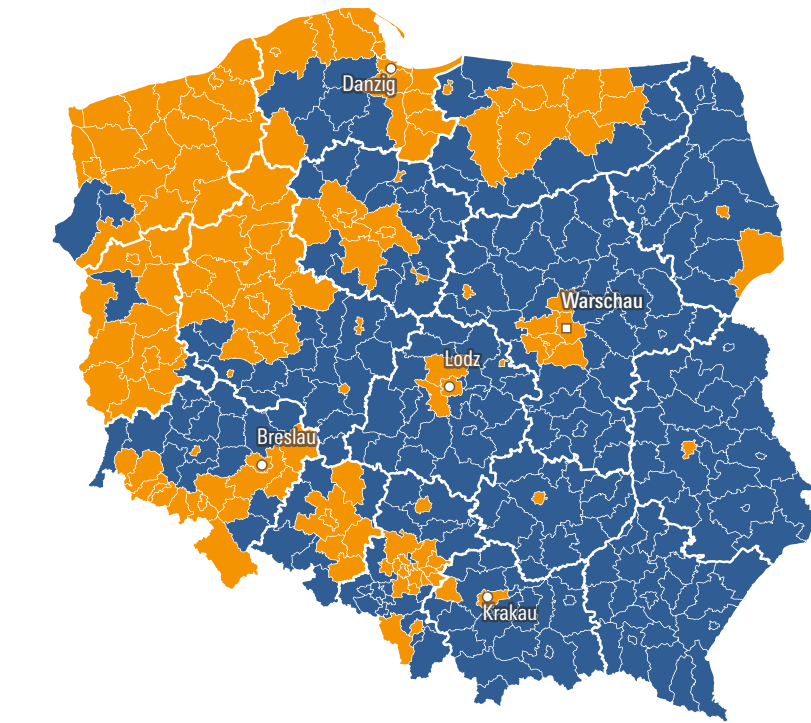


Der neue polnische Präsident Karol Nawrocki hat eine knappe Mehrheit der polnischen Wähler überzeugt. BEATA ZAWRZEL / NURPHOTO / GETTY

Der Nordwesten und die Städte stimmten mehrheitlich für Trzaskowski, der Rest für Nawrocki

Kandidat mit dem höchsten Stimmenanteil in der zweiten Runde, nach Kreis

● Nawrocki ● Trzaskowski



QUELLE: NATIONALE WAHLKOMMISSION

NZZ / eik.

Für den Mann aus einfachen Verhältnissen, der keiner Partei angehört, aber von der nationalkonservativen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützt wurde, ist es das erste politische Amt. Bevor er das nationale Gedenkinstitut leitete, war er Direktor des Weltkriegsmuseums in seiner Heimatstadt Danzig (Gdansk). Die fehlende politische Erfahrung mache er mit seinem ehrlichen Patriotismus wett, hiess es bei der Nominierung seitens seiner Unterstützer.

Kritiker ätzten allerdings, dass der PiS-Vorsitzende Jaroslaw Kaczynski mit Nawrocki bewusst einen Kandidaten habe aufstellen lassen, der in der Partei über keine eigene Hausmacht verfüge und Kaczynski deshalb nicht gefährlich werden könne. Dass Nawrockis Vorgänger, der amtierende Präsident Andrzej Duda, war bis zu seiner Nominierung weitgehend unbekannt gewesen. Dass Kaczynski als graue Eminenz der nationalkonservativen Bewegung in Polen grossen Einfluss auf den künftigen Präsidenten haben wird, gilt als unbestritten.

In den wichtigen politischen Fragen des polarisierten Landes sind die Positionen ohnehin weitgehend deckungsgleich: Nawrocki lehnt die Abtretung weiterer Kompetenzen an die EU und vor allem die Klimapolitik der Union

ab, tritt für ein restriktives Abtreibungsrecht und gegen einen Nato-Beitritt der Ukraine ein.

Und er versteht sich als Gegenspieler der liberalen Regierung von Donald Tusk, Kaczynskis Intimfeind. Die PiS hat bereits im Wahlkampf keinen Zweifel daran gelassen, dass sie einen Sieg Nawrockis als Mandat zum Regierungswechsel versteht. Für Tusk ist der Fortbestand der Kohabitation mit einem Präsidenten aus dem anderen Lager in jedem Fall ungemütlich. Nawrocki wird der Reformpolitik der Regierung wie sein Vorgänger Duda Steine in den Weg legen. Tusk hat am Montagabend in einer Fernsehansprache angekündigt, dass er im Parlament demnächst die Vertrauensfrage stellen werde.

Wöchentlich neue Enthüllungen

Grössere Aufmerksamkeit als inhaltliche Debatten erregten in der Endphase des Wahlkampfes Kontroversen über die Vergangenheit des PiS-Kandidaten. Die kurioseste Episode drehte sich um ein Buch über die Unterwelt im sozialistischen Polen, das vor einigen Jahren erschienen war.

Der bis dahin unbekannte Autor Tadeusz Batyr lobte damals im Fernsehen Nawrocki für dessen historische Arbeiten zum Thema, zeigte dabei aber dessen Gesicht nicht. Wie sich dieses Frühjahr herausstellte, sind Nawrocki und Batyr dieselbe Person. Nawrocki hatte das Buch unter einem Pseudonym veröffentlicht und war verkleidet im Fernsehen aufgetreten, um sich selber zu loben.

Später wurden auch schwerere Vorwürfe laut. Nawrocki habe einen pflegebedürftigen Mann dazu gedrängt, ihm seine Wohnung zu überschreiben. Berichte über die Teilnahme an organisierten illegalen Prügeleien zwischen Fussball-Hooligans bestätigte der bekannte Fussballfan und Amateurboxer Nawrocki, sprach in dem Zusammenhang aber von «edlen männlichen Kämpfen». In der letzten Woche vor der Wahl wurde zudem publik, dass Nawrocki als Sicherheitsbeamter eines Edelhotels Prostituierte an die Gäste des Hauses vermittelt haben soll.

Nawrocki sprach angesichts der fast im Wochentakt erscheinenden Enthüllungen von einem «Niagarafall an Lügen». Die Möglichkeit, die Vorwürfe über die Vermittlung von Prostituierten gerichtlich anzufechten, nahm er aber nicht wahr. Auch Berichte, dass der Geheimdienst ihm während der Zeit am Gedenkinstitut den Zugriff auf klassifizierte Dokumente verwehrt haben soll, weisen auf dunkle Flecken in Nawrockis Biografie hin. Das Interesse seiner Gegner daran wird mit der Vereidigung zum neuen Präsidenten Polens nicht verschwinden.

Zurückweisung von Asylsuchenden für rechtswidrig erklärt

Ein Berliner Gericht stellt die härtere Gangart an den deutschen Grenzen infrage – die Regierung will ihre neue Linie beibehalten

FATINA KEILANI, BERLIN

Die drei Somalier hatten schon deutsches Staatsgebiet erreicht, als sie von der Bundespolizei kontrolliert wurden. Sie waren am 9. Mai aus Polen mit der Bahn nach Deutschland eingereist und gaben an, einen Asylantrag stellen zu wollen. Der neue deutsche Innenminister Alexander Dobrindt hatte just zwei Tage zuvor das deutsche Grenzregime geändert und verfügt, dass auch Asylbewerber an der Grenze zurückzuweisen seien. Die Bundespolizei schickte dementsprechend das Trio von Frankfurt (Oder) nach Polen zurück – zu Unrecht, wie das Verwaltungsgericht Berlin am Montag in drei Eilbeschlüssen entschied. Die Beschlüsse sind unanfechtbar.

Die Organisation Pro Asyl hatte den drei Somaliern – zwei Männern und einer Frau – den Rechtsbeistand verschafft und

freute sich nach dem Gerichtsentscheid öffentlich über den Erfolg. Auch zahlreiche Grünen-Politiker freuten sich auf X und griffen die Regierung Merz an, etwa der grüne Innenpolitiker Konstantin von Notz. «Ein Innenminister, der sich schendenden Auges nicht an Recht und Gesetz hält, ist ein handfestes Problem für Friedrich Merz», schrieb er.

Ein Einzelfall

Für die neue deutsche Migrationspolitik bedeutet der Gerichtsentscheid einen Dämpfer, aber nicht das Ende. Innenminister Dobrindt will an den Zurückweisungen festhalten, wie er bei einem kurzfristig anberaumten Pressetermin sagte. Es handele sich hier um einen Einzelfall. Offenbar waren die drei Personen zuvor mehrfach bei dem Versuch gescheitert, Asyl in Deutschland zu beantragen.

Ohne Durchführung des sogenannten Dublin-Verfahrens dürften die Personen nicht zurückgewiesen werden, entschied das Gericht. Deutschland könne sich auch nicht auf eine «Notlage» im Sinne des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union berufen, zumal dazu nichts Hinreichendes vorgebracht worden sei. Dieser Hinweis wurde gehört – man müsse dann eben eingehender begründen, sagte Kanzleramtsminister Torsten Frei im Fernsehsender «Welt».

Nach Angaben einer Gerichtssprecherin handelt es sich um die erste gerichtliche Entscheidung zu der Neuregelung von Innenminister Alexander Dobrindt. Er hatte am 7. Mai nur wenige Stunden nach seinem Amtsantritt eine Intensivierung der Grenzkontrollen verfügt. Gleichzeitig ordnete er an, dass auch Asylsuchende an der Grenze zurückgewiesen werden können.

Ob der Fall anders ausgegangen wäre, wenn die Personen bereits an der Grenze und nicht erst nach Betreten des Bundesgebiets zurückgewiesen worden wären, konnte die Sprecherin nicht sagen, da es dazu noch keine Rechtsprechung gebe und dieser Fall anders gelagert gewesen sei.

Das Gericht stellte in seinen Beschlüssen zusätzlich klar, dass es möglich sei, das Dublin-Verfahren an der Grenze oder im grenznahen Bereich durchzuführen. Dies sei nicht zwangsläufig mit einer Einreisegestattung verbunden.

Verfahren an der Grenze möglich

Die Dublin-Verordnung sieht vor, dass für das Asylverfahren derjenige Mitgliedstaat zuständig ist, in dem die geflüchtete Person zuerst die EU betreten hat – was so gut wie nie Deutsch-

land sein kann, da es von sicheren Drittländern umgeben ist. Die Verordnung garantiert lediglich jedem, der ein Asylgesuch auf dem Gebiet oder «an der Grenze» eines Staates äussert, dass dieser Staat die Zuständigkeit prüft und feststellt. Diese Prüfung kann auch direkt an der Grenze stattfinden.

Das Ziel der Dublin-Verordnung ist es, Binnenmigration von Asylbewerbern in der EU und Mehrfachanträge zu vermeiden, klare Zuständigkeiten zu haben, die Lasten fair zu verteilen und Asylverfahren effizient abzuwickeln. Die Realität sieht jedoch anders aus. Das Verfahren ist bürokratisch, die Erfolgsraten sind niedrig. Im vergangenen Jahr wurden rund 5800 Personen aus Deutschland via Dublin-Verfahren in andere Länder überstellt. Dem standen 4600 Überstellungen nach Deutschland gegenüber. Dafür mussten 75 000 Akten geprüft werden.

Thailands Schatten-Ministerpräsident droht Ungemach

Thaksin Shinawatra soll eine Krankheit vorgetäuscht haben, um einer Haftstrafe zu entgehen



Bei der Amtseinssetzung wird Thailands Ministerpräsidentin Paetongtarn Shinawatra von ihrem Vater geherzt. PEERAPON BOONYAKIAT / GETTY

ANDREAS BABST, BANGKOK

Thailands Politik stehen politisch unruhige Wochen bevor. Das hat mit einem möglichen Skandal zu tun, den die lokalen Medien den «14.-Stock-Fall» nennen. Hauptdarsteller ist einer von Thailands prominentesten Politikern: Thaksin Shinawatra. Mitte Juni wird sein Fall vor einem Gericht verhandelt.

Der Milliardär Shinawatra war Ministerpräsident von 2001 bis 2006, dann putschte sich Thailands Militär an die Macht. Der ehemalige Unternehmer war zu selbstsicher geworden und hatte sich mit Thailands mächtigen Generälen und dem noch mächtigeren Königshaus angelegt. Shinawatra flüchtete ins Exil, und in den Monaten darauf brachen in Thailand gewaltsame Proteste aus, deren Bilder um die Welt gingen: Menschen in roten und gelben T-Shirts gingen in

Strassenschlachten aufeinander los – die roten T-Shirts waren das Symbol von Shinawatras Unterstützern, die Royalisten trugen Gelb. Shinawatra selbst blieb im Ausland, er besass kurzzeitig den englischen Fussballklub Manchester City.

Wegen Korruption verurteilt

2023 kehrte er nach Thailand zurück. Scheinbar geläutert, hatte er sich mit dem thailändischen Establishment arrangiert. Seine alte Partei war aufgelöst, die neue, die Pheu Thai, ist heute die wichtigste Partei innerhalb der Regierungskoalition. Shinawatras Tochter Paetongtarn Shinawatra ist derzeit Ministerpräsidentin. Kritiker sagen, ihr Vater beeinflusse sie im Hintergrund als eine Art Schatten-Ministerpräsident. «Sie ist ein «daddy's girl» und steht mir sehr nahe», sagte Shinawatra

im vergangenen Jahr in einem Interview mit der NZZ.

In den vergangenen Wochen machten die Umstände seiner Rückkehr nach Thailand plötzlich wieder Schlagzeilen. Während seines Exils war Shinawatra wegen angeblicher Korruption zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Diese musste er allerdings nicht absitzen bei seiner Rückkehr. Statt ins Gefängnis fuhr ihn die Polizei wegen gesundheitlicher Probleme in ein Privatspital in Bangkok. Dort, im 14. Stock, verbrachte er ein halbes Jahr, bevor ihn der König begnadigte.

In den vergangenen Wochen sind in den Medien Bilder von Shinawatras luxuriösem Krankenzimmer aufgetaucht. Sie erregen den Verdacht, dass es sich bei den gesundheitlichen Problemen um einen Vorwand handelte: Shinawatra soll sechs Monate komfortabel gelebt haben,

während er auf seine Begnadigung wartete. Laut seinen Kritikern war es von Anfang an ein abgekartetes Spiel und die Krankheit nur vorgetäuscht. Ein Gericht wird im Juni die Vorwürfe überprüfen, auch die behandelnden Ärzte geraten ins Visier, ihre Namen wurden in den grossen Zeitungen Bangkoks gedruckt.

In Thailands Politik brodelt es seit vielen Jahren. Das hat mit einem tief liegenden Konflikt zu tun. Zwar ist Thailand eine Demokratie, die Bürger haben sie sich ihr Recht zu wählen bereits in den 1930er Jahren erkämpft. Aber über allem steht noch immer das Königshaus, geschützt von einem strengen Gesetz gegen Majestätsbeleidigung, das fast jede Kritik verunmöglicht. Das Militär greift immer dann ein, wenn die traditionelle Ordnung bedroht scheint – letztmals mit dem Putsch von 2014. Oppositionelle Parteien werden durch das Verfassungsgericht ausgebrems – wie 2023 die Reformpartei Move Forward. Sie fand besonders bei jungen Thailändern überwältigenden Zuspruch, doch nach einem Wahlerfolg wurde die Partei gerichtlich verboten.

Die Wirtschaft stagniert

Wie so oft in der thailändischen Politik bleibt es undurchsichtig, wieso altbekannte Vorwürfe gegen Shinawatra zwei Jahre später plötzlich öffentlich und vor Gericht verhandelt werden. Allerdings wächst die Unzufriedenheit mit seiner Partei und der Regierung in Thailand seit Monaten.

Die Wirtschafts- und Wachstumszahlen Thailands sind ernüchternd, und auf die Androhung von Strafzöllen durch die Trump-Regierung reagierten die zuständigen Minister anders als Vietnam, ein regionaler Konkurrent auf dem Weltmarkt, passiv und abwartend. Sollte Shinawatra verurteilt werden, droht ihm eine Haftstrafe und Bangkok einmal mehr politische Unruhe. Denn nicht nur die Konservativen und das Establishment sind unzufrieden. Auch eine Vielzahl junger Menschen, die vor zwei Jahren die Move-Forward-Partei wählten, sind frustriert und sehnen sich nach Veränderung.

Shinawatras Partei Pheu Thai hat bereits angekündigt, Ministerposten neu zu verteilen. Die Partei dürfte versuchen, sich an der Macht zu halten.

Internet-Star trotz fehlendem Glamour-Faktor

Der Römer Bürgermeister hat eine riesige Follower-Zahl

LUZI BERNET, ROM

Besonders ausgefallen ist er nicht. Trotzdem hat er es in kürzester Zeit auf über 14 000 Instagram-Nutzer gebracht, unter ihnen einige Kollegen aus der Stadtregierung. «Gualtieri zeigt auf Dinge», heisst der Parodie-Account, der Bilder und Videos von Roms Bürgermeister Roberto Gualtieri enthält, wie er, na ja, eben auf Dinge zeigt: auf einen Pflasterstein zum Beispiel oder auf einen Wegweiser, einen Wasserspender, einen Bagger oder einen Abfalleimer.

Der feine Humor der Seite erschliesst sich nur denjenigen, die Gualtieris eigenen Account kennen. Dort gibt es alle diese Bilder auch, dazu weitere Sujets, solche, auf denen er nicht nur zeigt, sondern erklärt, Gäste begrüsst oder mit dem Fahrrad durch die Stadt fährt. Über 160 000 Follower hat sein offizieller Account, womit Gualtieri denjenigen seiner Amtskollegin in Paris, Anne Hidalgo, übertrifft. Im Campidoglio, dem Sitz der Römer Stadtregierung, sagen sie, der «sindaco» sei unterdessen der beliebteste Bürgermeister Europas – wenn man die Zahlen der verschiedenen digitalen Plattformen zusammenrechnet, auf denen Gualtieri präsent sei.

Papa Moll des 21. Jahrhunderts

Dabei ist der frühere sozialdemokratische Wirtschaftsminister alles andere als das, was man sich gemeinhin unter einem Internet-Star vorstellt. Sein Glamour-Faktor tendiert gegen null, er trägt keine ausgefallene Kleidung, seine Frisur ist 08/15, und er hat auch keine Gadgets, die man als Zeichen heimlicher Verbundenheit mit irgendeiner Netz-Community lesen könnte. Nein, Roberto Gualtieri ist durch und durch ein Normalo, ein anständiger, vielleicht etwas biederer und freundlicher Mann in seinen besten Jahren. Aber gerade dies und die hohe Kadenz, mit welcher ihn seine Social-Media-Berater im Netz präsentieren, machen wohl den Reiz aus: eine Art Papa Moll für das 21. Jahrhundert.

Hinter dem Erfolg steht mit Daniele Cinà ein ausgebuffter Profi. Cinà berät Parteien, Politiker und Unternehmen in Sachen Kommunikation. Seit 2022 steht Cinà an der Seite Gualtieris. Er kam genau zur rechten Zeit. Im Jahr zuvor hatte Gualtieri das Amt von Virginia Raggi übernommen, einer Exponentin der Fünf-Sterne-Bewegung. Ein schwieriges Erbe, denn Raggi hinterliess die Stadt in einem desolaten Zustand: Abfälle wurden nicht entsorgt, die Stadt machte einen unordentlichen und schmutzigen Eindruck, Infrastrukturen wurden vernachlässigt. Doch die Erwartung, Gualtieri beseitige das Chaos in der Stadt im Handumdrehen, erfüllte sich zunächst nicht.

Die Stadt wird sauberer

Doch seit etwa einem Jahr geschieht etwas. Rom ist vergleichsweise sauber, viele der uralten Busse wurden ersetzt, Strassen ausgebessert, Monumente renoviert. Begünstigt durch EU-Gelder und Mittel, die wegen des derzeitigen Heiligen Jahres freigegeben wurden, hat Gualtieri das Steuer herumgerissen. Seither wird eingeweiht, eröffnet, werden Bänder durchschnitten, was das Zeug hält. Und dank Cinàs cleverer Internet-Strategie gelingt es Gualtieri, seine Taten auch wirksam in die Öffentlichkeit zu tragen, Parodie inklusive.

Eines seiner erfolgreichsten Instagram-Bilder zeigt den «sindaco», wie er stolz auf den «cestò» zeigt. Es ist der Abfalleimer, der die alten, als «Urnen» karikierten Vorgängermodelle der Ära Raggi ersetzt. Nicht weniger als acht Millionen Mal sei der offizielle Post über den «cestò» aufgerufen worden, hat die «Repubblica» kürzlich errechnet. Die Römer freuen sich derweil über die Errungenschaften Gualtieris in der realen Welt. Zum Beispiel darüber, dass es mittlerweile 18 000 solcher «cestò» gibt in der Stadt. Und dass diese meist zuverlässig geleert werden.

«Ein Dolchstoss in den Rücken»

Putin ist empört über Serbiens Munitionslieferungen an die Ukraine

ANDREAS ERNST

Putin verliert die Geduld mit Serbien. Seit über zehn Jahren betreibt das Land unter dem Präsidenten Aleksandar Vucic eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West – konkret zwischen Russland und der EU. Aber seit dem russischen Hauptangriff auf die Ukraine vor drei Jahren stellt der Kreml fest, dass die Schaukel sich immer mehr nach Westen neigt. Wohl versuchen Vucic und die regimetreuen Medien dies mit Freundschaftsbekundungen an Moskau zu vernebeln. So betont Belgrad immer wieder, es werde niemals Sanktionen gegen Russland mittragen. Und zur Siegesparade am 9. Mai machte sich Vucic – trotz Tadel aus Brüssel – mit Tamtam auf nach Moskau.

Doch der Empfang dort war sehr kühl. Jetzt hat Moskau nachgedoppelt. In einer Stellungnahme beschuldigt der Auslandsgeheimdienst SWR Belgrad, sich illoyal zu verhalten. Dessen Lieferungen von Waffen und Munition an die Ukraine seien ein «Dolchstoss in den Rücken» Russlands. Die serbische Rüstungsindustrie, genannt werden neun Betriebe, profitiere vom Blutvergessen der slawischen Brudervölker. Ser-

bien vergesse, wer seine wahren Freunde seien und wer seine Feinde.

Die Nachricht von den Munitionslieferungen ist nicht neu. Sie wurde erstmals im Frühjahr 2023 – angeblich aus dem Pentagon – geleakt. Im Juni 2024 bestätigte Vucic dann in einem Interview mit der «Financial Times», dass Kriegsmaterial aus Serbien im Wert von etwa 800 Millionen Euro in die Ukraine gelangt sei. Allerdings, so Vucic, geschehe dies ohne serbisches Zutun. Die Güter würden von den Empfängerländern einfach weitergeleitet.

Vorwurf falscher Angaben

Darauf nimmt die Stellungnahme des SWR Bezug: Serbien mache falsche Angaben zum Endverbraucher, um die Ware via Tschechien, Bulgarien oder Polen an die Ukraine zu liefern. Es unterstütze damit einen Krieg, der vom Westen begonnen worden sei, um Russland eine strategische Niederlage beizubringen. Das sind neue Töne aus Moskau, das sich bisher an das gemeinsame Drehbuch gehalten hatte, welches seit den 1990er Jahren die Beziehungen der Russen und der Serben als unverbrüchlich, freundschaftlich und historisch tief umschreibt.

Vucic beeilte sich denn auch, sofort abzuwiegeln. Es sei in dem Schreiben einiges falsch dargestellt worden, und man werde umgehend eine russisch-serbische Kommission für weitere Abklärungen bilden. Aber von einem Wechsel seiner Loyalität könne keine Rede sein. Er arbeite nur für Serbien. Bei genauerer Betrachtung ist die zunehmende geopolitische Westbindung des Landes aber unübersehbar. Dafür sprechen auch Geografie und Wirtschaft: Serbien ist umgeben von Nato-Ländern, und bei Exporten wie Importen ist die EU der wichtigste Partner.

Vucic diene sich den westlichen Partnern ganz bewusst an. Er unterzeichnete mit Brüssel vor einem Jahr ein Memorandum für eine strategische Partnerschaft zum Abbau von Lithium in Westserbien. Das Leichtmetall ist für die Produktion von Batterien für Elektroautos von grosser Bedeutung. Damit könnte die EU die Abhängigkeit von China reduzieren. Auch mit Washington bestehen Pläne – die erst noch direkte Kontakte ins Weisse Haus ermöglichen sollen. Jared Kushner, Trumps Schwiegersohn, will mit saudischen Geldern eine Grossüberbauung in Belgrad hochziehen. Allerdings sind beide Projekte, das Lithiumbergwerk und

die Immobilienpläne, im Land äusserst umstritten. Sie haben einen Volksprotest angestachelt, der vor einem halben Jahr von den Studenten übernommen wurde und die Herrschaft Vucics infrage stellt.

Der Westen steht zu Vucic

Dabei erweist sich die Westorientierung für den Präsidenten als Stütze. Sowohl Brüssel als auch Berlin und natürlich Washington haben ein Interesse an Vucic als Partner. Schliesslich liefert er Munition, hoffentlich bald auch Lithium und stellt den Investoren Bauland an bester Lage zur Verfügung. Die populäre Widerstandsbewegung jedoch ist heterogen und politisch unberechenbar. Und in der Bevölkerung sind die Sympathien für Russland weit verbreitet. Entsprechend verhalten ist die Kritik der EU an Vucics Versuchen, den Protest abzuwürgen.

Die Kritik aus Moskau könnte sich dagegen bald nochmals verschärfen. Die Amerikaner drängen Belgrad, den russischen Mehrheitsbesitzer der serbischen Erdölindustrie (Naftna Industrija Srbije) loszuwerden. Sie haben Vucic eine Frist bis Ende Juni eingeräumt, um das Problem zu lösen.

Viele junge Deutsche sind gegen die Wehrpflicht

Die Bundeswehr braucht mehr Soldaten, aber ein Zwang zum Militärdienst stiesse nur bei einer Minderheit auf Verständnis

ELENA OBERHOLZER, GÖTTINGEN

Für Karla ist der Krieg weit weg. Sie ist 18 Jahre alt und sitzt in einem Klassenzimmer des Felix-Klein-Gymnasiums in Göttingen, einer Stadt mit 120 000 Einwohnern im Bundesland Niedersachsen. Sie lese die Nachrichten, informiere sich über Kriege und Konflikte. Aber sie fühle sich sicher in der EU-Blase, sagt Karla. «Im Alltag beschäftigen mich doch ganz andere Dinge. Die Schule zum Beispiel.»

Karla hat an diesem Vormittag die Gelegenheit erhalten, mit Mitschülerinnen und Mitschülern über die Sicherheit in Deutschland und in Europa, über das Militär und den Wehrdienst zu diskutieren. Es ist eine Diskussion, wie sie in Deutschland landauf, landab stattfindet: in der Politik und den Medien.

Karlas Mitschüler Florian, der eigentlich anders heisst, denkt laut über das Wort «kriegstüchtig» nach. Wenn der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius diesen Begriff verwende, werde er unsicher, und er frage sich: «Leben wir nicht mehr in einem sicheren Deutschland?» Und Moritz ist besorgt: «Wir haben Krieg in Europa. Wir brauchen eine Wehrpflicht.» In Göttingen ist der Krieg präsent und gleichzeitig sehr weit weg.

In Deutschland wurde die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt, die Bundeswehr ist seither eine Berufsarmee. Der Vorschlag für die Aussetzung kam vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Es sei sicherheitspolitisch nicht mehr begründbar, weshalb die Wehrpflicht weiter finanziert werden sollte, lautete die Begründung. Viele andere Nato-Staaten hatten schon nach dem Ende des Kalten Krieges auf eine Berufsarmee umgestellt.

Welche Haltung zum Krieg?

Doch die Sicherheitslage in Europa hat sich verändert, zunächst mit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014, dann mit dem russischen Grossangriff auf die Ukraine 2022. Nun steht in Deutschland die Wehrpflicht wieder zur Debatte. Betroffen davon wären vor allem die Jungen. Doch wollen sie überhaupt zum Militär?

In dem Schulzimmer in Göttingen sitzen neben Karla, Florian und Moritz zwölf weitere Schülerinnen und Schüler, alle sind 17 oder 18 Jahre alt. Im Raum ist es ruhig, die Stimmung ernst. Wenn jemand spricht, blicken die anderen gebannt in seine Richtung. Einige erzählen, dass sie sich an den Tag erinnerten, als der Krieg in der Ukraine ausgebrochen sei. Karla sagt, sie habe noch immer einen Screenshot der Mail des Rektors auf dem Handy, in der er sie über die Ereignisse informiert habe.

Florian sagt, er habe vor einiger Zeit sein Erspartes in Aktien investiert. Er habe die Anlagemöglichkeiten studiert und Rheinmetall-Aktien gekauft. Er sagt: «Das Unternehmen stellt Waffen her, ich verdiene gerade an meinen Aktien und frage mich zunehmend: Wie will ich mich zum Krieg verhalten?» Eine Antwort darauf hat er noch nicht gefunden.

In einem Jahr werden diese Schülerinnen und Schüler die Abiturprüfungen schreiben und sich entscheiden müssen: Welches Studium wähle ich? Welcher Arbeit gehe ich nach? Nun ist noch eine Frage dazugekommen: Muss ich zur Bundeswehr? Als die Frage in der Diskussion aufkommt, heben viele gleichzeitig die Hände. Moritz spricht als Erster: «Ich denke, dass ich zur Bundeswehr gehe.» Das Verhalten des russischen Präsidenten Wladimir Putin, aber auch das des amerikanischen Präsidenten Donald Trump machten ihm Angst, sagt er. Es sei wichtig, dass Deutschland wieder eine stärkere Bundeswehr habe. Er selbst will seinen Teil dazu beitragen und überlegt deshalb, Dienst zu leisten. Er sagt: «Es ist das Schicksal unserer Generation, zum Militär zu gehen.»

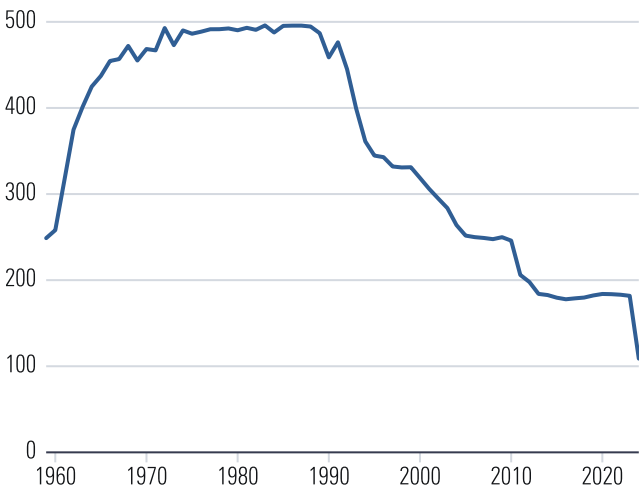


Das Wachbataillon der Bundeswehr bei einem Empfang im Februar 2025.

JULIANE SONNTAG / IMAGO

Die Zahl der aktiven Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr sinkt seit Anfang der 1990er Jahre

Zahlen von 1959 bis 2024 (in Tausend)

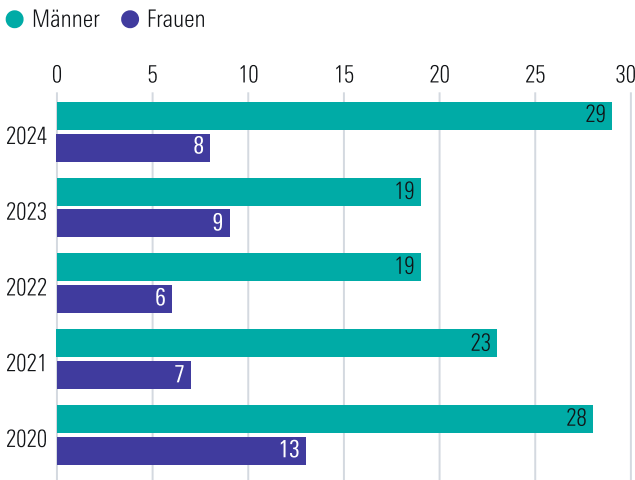


QUELLE: JAHRESBERICHT 2024 DER WEHRBEAUFTRAGTEN DER BUNDESWEHR

NZZ / obe.

Ein Drittel der befragten jungen Männer könnte sich vorstellen, als Soldat zu dienen

Interesse an einer militärischen Tätigkeit in der Bundeswehr bei den 16- bis 29-Jährigen, Angaben in Prozent



QUELLE: SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITISCHES MEINUNGSBILD IN DEUTSCHLAND, 2024

NZZ / obe.

«Es ist eine unrealistische Vorstellung, dass alle jungen Männer Soldaten werden sollten.»

Timo Graf
Militärsoziologe

den Wehrdienst, die Wehrpflicht, die Bereitschaft zur Verteidigung Deutschlands mit der Waffe denken. Timo Graf, Militärsoziologe am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr in Potsdam, sagt: «Die Bundeswehr hat wieder Alltagsrelevanz.» Auch er verantwortet eine Bevölkerungsbefragung zu diesem Thema.

Die Bundeswehr führt seit 1996 solche Befragungen durch. Doch erst seit kurzem interessiert sich die Öffentlichkeit für das, was Graf und sein Team erheben. Der Diskurs sei ernster geworden. «Wenn die Debatte die Jungen betrifft, betrifft es ganze Familien», sagt Graf. Die Zahlen seines Instituts aus dem Jahr 2024 zeigen: Bei Personen unter 30 Jahren halten 41 Prozent der Männer und 33 Prozent der Frauen die Einführung einer Wehrpflicht für notwendig. Über alle Altersgruppen hinweg befürworten 54 Prozent aller Männer und 44 Prozent aller Frauen eine allgemeine Wehrpflicht, die sowohl für Frauen als auch für Männer gilt.

Die Umfrage von 2024 erfasst auch, wie viele Personen sich tatsächlich eine Arbeit bei der Bundeswehr vorstellen können. Bei den Männern zwischen 16 und 29 Jahren sind es 29 Prozent, die als Soldat zur Bundeswehr gehen würden. Das sind 10 Prozent mehr als im

Vorjahr. 35 Prozent können sich vorstellen, als Zivilist bei der Bundeswehr zu arbeiten. Bei den Frauen in diesem Alter sind es 8 beziehungsweise 22 Prozent. In den Medien wurden diese Zahlen in den vergangenen Wochen intensiv diskutiert. Junge Menschen wollten nicht zum Militär, hiess es. Graf aber findet diese Zahlen erfreulich: «Das Interesse am Soldatenberuf ist gestiegen. Es ist eine unrealistische Vorstellung, dass alle jungen Männer Soldaten werden sollten.»

Die Schülerinnen und Schüler aus Göttingen waren drei oder vier Jahre alt, als die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt wurde. Sie kennen die Bundeswehr bis jetzt nur als Berufsarmee, und zwar als eine, die als schwach gilt: Jahrelang gab es kaum Investitionen in das Militär. Griffe Russland ein Nato-Land an, könnte Deutschland wenig zur Bündnisverteidigung beitragen.

Doch nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine 2022 kündigte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende an. Der Bundestag beschloss, im Rahmen eines Sondervermögens 100 Milliarden in die Bundeswehr zu investieren. Einhalb Jahre später sagte der Verteidigungsminister Boris Pistorius Worte, die nachhallen: «Wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.»

Im März dieses Jahres beschloss der Bundestag, die Schuldenbremse zu lockern. Das ermöglicht Milliardeninvestitionen in die Sicherheit und Verteidigung – und damit auch in die Bundeswehr. Wie diese Milliarden investiert werden, ist noch unklar. Ein Problem bleibt auch der Personalmangel in der Bundeswehr.

Das schwedische Modell

203 000 aktive Soldaten will die Bundeswehr bis 2031 beschäftigen – mindestens. Das Ziel dürfte in den kommenden Monaten noch einmal erhöht werden. Ende 2024 zählte die Bundeswehr zirka 181 000 Soldaten, unter ihnen 113 000, die sich nur für einige Monate verpflichtet haben. Im Koalitionsvertrag hat die neue Regierung einen «Wehrdienst nach schwedischem Vorbild» vereinbart. Das heisst: Eine Wehrpflicht ist vorerst nicht geplant. Die Bundeswehr will aber einen Fragebogen verschicken. Junge Männer müssen diesen ausfüllen, Frauen dürfen. Basierend auf dieser Umfrage soll die Bundeswehr jene jungen Menschen ansprechen, die sie für geeignet für den Wehrdienst hält. Das entsprechende Gesetz könnte laut dem Verteidigungsminister Pistorius noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Es braucht also neue Soldaten. Doch in Göttingen blicken einige der Schülerinnen und Schüler kritisch auf die Bundeswehr. Eine Sorge ist die politische Gesinnung der Soldaten. Sie hätten gehört, dass viele der Soldaten rechts seien, das bereite ihnen Sorgen. Ein weiterer Schüler spricht den Aufstieg der in Teilen rechtsextremen AfD an. Würde diese Partei in Deutschland bundesweit regieren, würde er Deutschland keinesfalls dienen wollen.

Viele der befragten Jugendlichen befürworten allerdings höhere Ausgaben für die Verteidigung. Viele sagen, sie würden Zivildienst leisten, zum Beispiel in einem Spital oder Altenheim. Unter den Jugendlichen in Göttingen wollen, Stand heute, wenige tatsächlich Wehrdienst leisten. Sie fangen gerade erst an, ernsthaft über Krieg und Frieden, über Verteidigung und Sicherheit nachzudenken. Gegen Ende der Stunde sagt eine Schülerin, sie wolle halt nicht ihr Leben für Friedrich Merz riskieren. Zum ersten Mal wird gelacht. Dann stürmen die Schülerinnen und Schüler aus dem Klassenzimmer. Noch ein Jahr bis zum Abitur.

Veranstaltungen

OPER THEATER KONZERT

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch
Di 03. Jun, 19.00, Opernhaus
Don Pasquale
Oper von Gaetano Donizetti
Do 05. Jun, 19.00, Opernhaus
Countertime
Choreografien von Kenneth MacMillan, Cathy Marston und Bryan Arias
Fr 06. Jun, 20.00, Opernhaus
Autographs
Choreografien von Crystal Pite, Wayne McGregor und William Forsythe

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 258 77 77, schauspielhaus.ch
Di 03. Jun, 20.00, Pfauen. **Das irdische Leben**
Gastspiel. 19.30, Schiffbau-Halle. **Also sprach Zarathustra**
Mi 04. Jun, 20.00, Pfauen. **Das irdische Leben**
Gastspiel. 19.30, Schiffbau-Halle. **Also sprach Zarathustra**
Do 05. Jun, 20.00, Pfauen-Kammer
Kaltschweiss. 18.00, Schiffbau. **Öffentliche Führung durch den Schiffbau.** 20.15, Schiffbau-Box. **Die Verwandlung**

Fr 06. Jun, 19.30, Pfauen. **Der Zauberberg**
Gastspiel. 20.00, Pfauen-Kammer
Kaltschweiss. 19.00, Schiffbau-Box. **Die Verwandlung**

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich
Mi 04. / Do 05. / Fr 06. Jun, 19.30, TZ
Paavo Järvi Music Director
Mozart
Sa 07. / So 08. / Mo 09. Jun, TZ
Internationale Orgeltage Zürich

Eröffnungskonzert in der Kirche Neumünster;
Orgelnacht; Jazzkonzert mit Orgel;
Orgelrezital Olivier Latry; Festtags-Matinee;
Carmina Burana
Do 12. Jun, 19.30, TZ
Paavo Järvi Music Director
Jean-Yves Thibaudet Klavier
Chatschaturjan, Sibelius
Fr 13. Jun, Openair Münsterhof
tonhalleAIR Eintritt frei
14.00: Orchester und Chöre von
Superar Suisse; Laida Alberdi, Paolo Vignoli, Leitung
20.30: TOZ; Paavo Järvi, Music Director;

Jean-Yves Thibaudet, Klavier
CAPRICCIO BAROCKORCHESTER
061 813 34 13, capriccio-barock.ch
Do 05. Jun, 19.30, Kirche Enge ZH
Leila Schayegh - «Saite an Saite»
Vivaldi, Telemann, Hasse und Pisendel
JUNGE TALENTE IN DER TONHALLE
076 370 90 92, www.klassifest.ch
Di 03. Jun, 19.30, Tonhalle Zürich
Ilya Eigus und Bodensee Philharmonie Konstanz
Bruch 1. Violinkonzert

Dvořák Aus der Neuen Welt Sinfonie
LUZERNER SINFONIEORCHESTER
041 226 05 15 / sinfonieorchester.ch
Mi 18. Jun, 19.30, KKL Luzern
Michael Sanderling & Julia Fischer
VOCES SUAVES
www.voces-suaves.ch
Mo 09. Jun, 19.30, Johanneskirche Zürich
Monteverdi und die grossen Dichter
Ein Konzertabend mit Madrigalen von Claudio Monteverdi und weiteren Zeitgenossen. www.kulturticket.ch

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

Marktplatz



fortimo®
widacher-quartier.ch
fischbach-göslikon | mietwohnungen



BESICHTIGUNG KERNSANIERTE MIETWOHNUNGEN «ALTE POST»
• Donnerstag 05. Juni 2025 16 – 18 Uhr
• Mittwoch 18. Juni 2025 16 – 18 Uhr
Bremgarterstr. 17, 5525 Fischbach-Göslikon.
Beschilderung vor Ort beachten!



BESICHTIGUNG
05. / 18. Juni 25

FORTIMO AG | +41 71 844 06 66

Motorboote - Neu & Occasion
Full Service, Winterlager, Liegeplätze ZH/SZ
www.faul.ch
Tel. 044 727 90 00
YACHTWERFT FAUL AG • 8810 Horgen
office@faul.ch
SEEDAMM-MARINA • 8808 Pfäffikon SZ
seedamm-marina@faul.ch

Tag der offenen Tür – Wil SG
Sa, 7. Juni 2025, 10 – 15 Uhr
Am Rande der Siedlung in attraktiver
Hanglage steht die moderne
Wohnüberbauung «Neualtwil».
Besichtigen Sie zwei exklusive
3½-Zi.-Wohnungen am Grundweg 10: eine
lichtdurchflutete Attikawohnung und eine
charmante Gartenwohnung – beide mit
überdurchschnittlichem Ausbaustandard.
Mehr Infos: azimmo.ch | 079 660 68 68

ANKAUF
Verkaufen sie Ihre Schätze nicht
irgendwo. Simon Haas bietet
Ihnen Top-Preise.



ANTIQUITÄTEN • KUNST • MÖBEL
GEMÄLDE • PORZELLAN • ZINN
BESTECK • ORIENTTEPPICHE
ALTGOLD • SCHMUCK
& UHREN ALLER ART
Wir sind zertifizierter Goldankäufer

HAAS ART & FINE **079 761 19 99**
www.artfine.ch

Finanzmarkt

Wir kaufen Ihre lastenfreie
Aktiengesellschaft (Mantel)
zu Höchstpreisen. Sie ersparen sich
weitere Kosten. Tel. 044 488 40 60
www.blum-treuhand.ch

Zu kaufen gesucht
Kleinere Immobilienfirma
Region ZG, AG, TG, SH, LU, ZG.
Angebote an Chiffre-Nr. 105318, NZZone,
Falkenstrasse 11, 8021 Zürich oder an
contact@nzzzone.ch

**DEIN STÜCK SOLARENERGIE
FÜR 10 FRANKEN**



solarvignette.ch

NZZ

Live

NZZ Megahertz live
NZZ Megahertz
live: über Selbst-
darstellung und
soziale Energie

Montag,
23. Juni 2025
20.00 – 21.30 Uhr

Kaufleuten, Zürich

Tickets und
Informationen:
nzz.ch/live
+41 44 258 13 81



Sie ist die Comedienne und Content-Creatorin, die mit schamloser Ehrlichkeit auftritt und von sich selbst sagt: «Ich bin introvertiert.» Saskia Fröhlich lebt den scheinbaren Widerspruch. Wie fühlt es sich an, als Introvertierte in einer Welt der Selbstdarstellung und der ständigen Erreichbarkeit zu leben? Woher schöpfen Introvertierte und Extrovertierte Energie, und wie gestalten sich Beziehungen zwischen den beiden Polen? Sven Preger, Leiter Podcast bei der NZZ, spricht mit Saskia Fröhlich über die Momente, die ihre soziale Batterie auslaugen, sowie darüber, welche Gesprächspartner ihre grössten Endgegner sind und weshalb sie eine Show dem Smalltalk vorzieht – und natürlich über die Frage: Wie erklärt sie das Paradox, als Comedienne introvertiert zu sein?

Teilnehmende:
Saskia Fröhlich, Comedienne und Autorin

Moderation:
Sven Preger, Leiter Podcast «Neue Zürcher Zeitung»



© Saskia Fröhlich / Erdgame Entertainment

«Ich glaube nicht, dass unsere Nachbarstaaten uns beistehen würden»

Der stellvertretende Rüstungschef der Armasuisse, Thomas Rothacher, sagt, dass unsere Partner uns nicht mehr vertrauen. Im Gespräch mit Selina Berner und Jaschar Dugalic erklärt er, warum die Entwicklung von Kampfdrohnen wichtig für die Schweizer Armee ist

Herr Rothacher, am vergangenen Wochenende hat die Ukraine einen spektakulären Drohnen-Angriff auf russische Militärflugplätze ausgeführt. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie die Videos gesehen haben?

Mich hat dieser Drohnenangriff überrascht. Wir wissen, dass Drohnen das Schlachtfeld verändert haben. Dass nun aber mit einer Vielzahl von relativ kleinen Drohnen auf solch grosse Distanzen, beziehungsweise im Hinterland, gewirkt wird, hätte ich so nicht erwartet. Die Videos zeigen uns, dass sich Kriege und Konflikte verändert haben, sie sind dynamischer, asymmetrischer, teilweise automatisierter geworden und verlangen neue Abwehrmechanismen.

Die Schweizer Armee will ihre Soldaten künftig mit kleinen Angriffsdrohnen ausstatten. Doch das Projekt steht noch ganz am Anfang, die Soldaten machen erste Gehversuche im Dienst. Haben Sie das Thema verschlafen?

Keineswegs. Erste Arbeiten zum Thema Drohnen gab es im Technologiezentrum des VBS bereits ab 2017. Der Chef der Armee und das Bundesamt für Rüstung Armasuisse haben dann 2024 eine Task-Force Drohnen gegründet, welche ich leite. Uns war mit Blick auf den Krieg in der Ukraine klar: Dieses Thema wird uns noch lange beschäftigen, und wir müssen auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Unsere Truppen sollen einerseits bis Ende 2027 lernen, Drohnen für Aufklärung und präzise Angriffe einzusetzen. Gleichzeitig wollen wir die Drohnen und ihre Technologie in der Schweiz entwickeln und produzieren und so unabhängig vom Ausland werden.

In der Schweiz wird schon heute viel geforscht zu Drohnen und Robotik, diverse Startups sind in diesem Bereich tätig. Aber ist es realistisch, dass Schweizer Unternehmen eine Drohne komplett losgelöst von internationalen Lieferketten produzieren können?

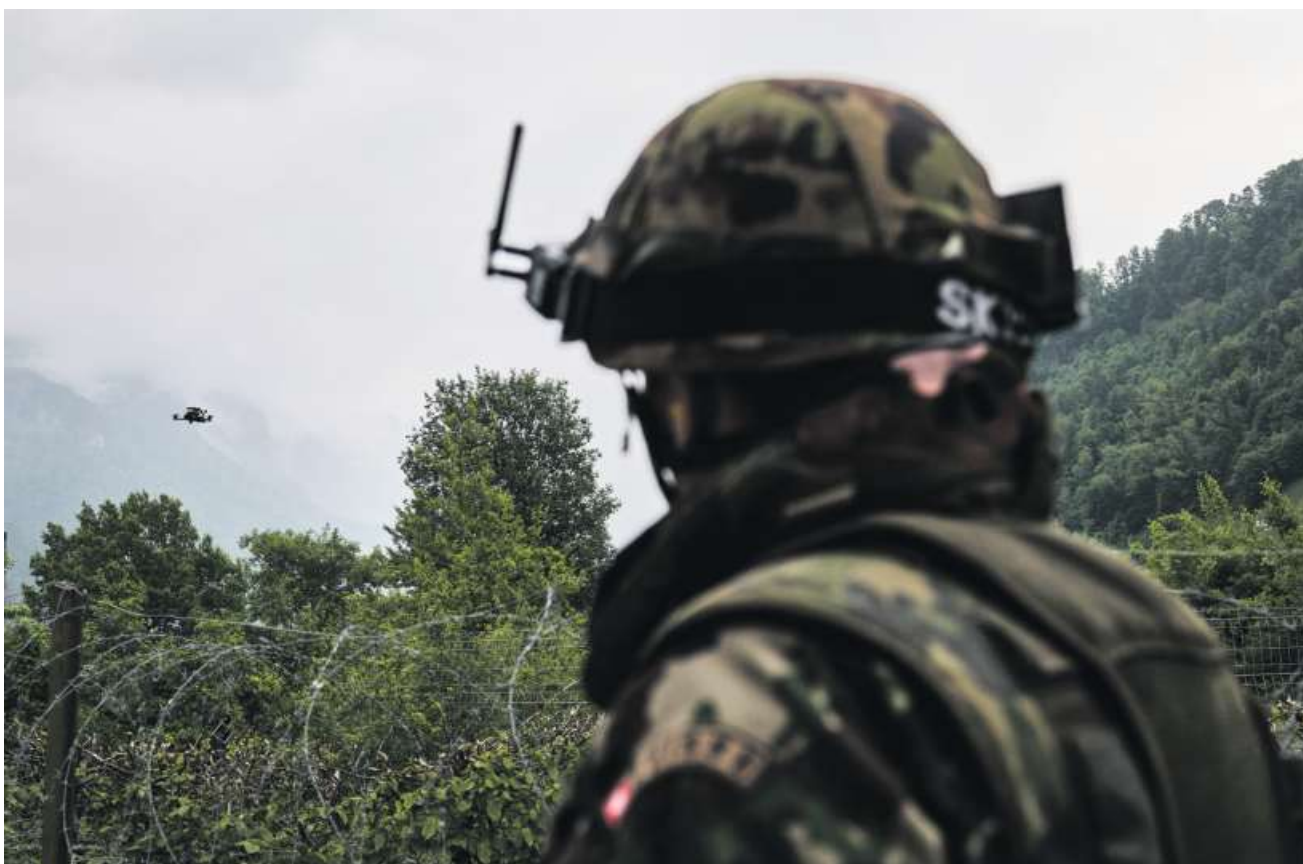
Komplette Unabhängigkeit wird es nie geben. Aber wichtige Komponenten werden schon heute hierzulande hergestellt, etwa Drohnen-Software oder Chips in der Halbleiterindustrie, die in der Schweiz veredelt, also schneller und besser gemacht werden. Was uns fehlt, sind Rohstoffe wie Silicium für die Chipherstellung. Die Task-Force Drohnen klärt deshalb ebenfalls ab, bei welchen Komponenten wir für den Ernstfall vorsorgen müssen.

Warum kauft die Armee nicht einfach jetzt Tausende Drohnen komplett ein?

Der Ukraine-Krieg zeigt: Die Technologie auf dem Schlachtfeld wandelt sich enorm schnell. Die Drohnenabwehr muss alle paar Monate angepasst werden, weil eine Kriegspartei die Systeme verändert hat. Es ist ein Katz-und-Maus-Spiel. Wer sich schneller anpasst, hat klare Vorteile auf dem Schlachtfeld. Die Armee soll künftig stets mit ein paar hundert modernen Drohnen trainieren können und sich so das Grundwissen aneignen. Dazu wollen wir ein Drohnenökosystem mit der Industrie aufbauen, welches diese Drohnen jeweils adaptieren und liefern kann.

Die Schweizer Drohnenindustrie gilt als führend. Das Wissen und die Fähigkeiten sind also bereits vorhanden.

Richtig, aber dieses Potenzial wird nicht für die Verteidigung genutzt. Das hat vor allem mit den strengen Exportbedingungen für Kriegsmaterial zu tun. Ein Beispiel: Autioner, einst eines der grössten Drohnen-Software-Unternehmen in der Schweiz, verliess mit der Militärsparte das Land wegen der Gesetzeslage. Heute sitzt die Firma teilweise im Ausland und beliefert von dort aus die Ukraine. Dieses Know-how ist für uns weg. Die Länder schützen es, wir haben den Zugriff verloren.



«Die Wahrscheinlichkeit eines grösseren Konflikts ist deutlich gestiegen», sagt Thomas Rothacher.

DOMINIC NAHR / NZZ

Sie möchten das Kriegsmaterialgesetz lockern, um solche Firmen in der Schweiz zu halten?

Das muss die Politik entscheiden. Ich kann nur auf die Konsequenzen hinweisen. Wenn solche Firmen abwandern, hat das Folgen für unsere Sicherheit. Die Pandemie hat gezeigt, wie rasch Grenzen geschlossen und Versorgungsketten unterbrochen werden. Im Konfliktfall wäre das fatal. Wir müssen Wege finden, um sicherheitsrelevante Firmen in der Schweiz zu halten.

Wie soll das gehen, ohne das Gesetz zu lockern?

Wo es Spielraum gibt, suchen wir mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft Seco nach individuellen Lösungen. Eine Firma, die Abfangdrohnen herstellt, sollte beispielsweise von ausländischen Interessenten übernommen werden. Das Unternehmen hat uns kontaktiert, weil es am Standort Schweiz festhalten wollte. Dafür muss es seine Drohnen exportieren können. Der Heimmarkt ist zu klein. Gemeinsam mit dem Seco haben wir hier eine Lösung gefunden, und die Firma blieb mit der Produktion in der Schweiz.

Wie sieht diese Lösung aus?

Eine Drohne ist zunächst ein ziviles Produkt – erst mit einer Ladung, beispielsweise aus Sprengstoff, wird sie zum Kriegsmaterial. Diese Trennung ist entscheidend. Im konkreten Fall produziert die Firma ihre Abfangdrohnen in der Schweiz, aber ohne Wirkladung. So kann sie weiterhin exportieren, und wir verlieren das wertvolle Wissen nicht.

Abgesehen von den Exportbedingungen: Stört es solche Firmen nicht, dass ihre Technologie für militärische Zwecke genutzt werden könnte?

Hier hat ein Umdenken stattgefunden. Beim ersten Treffen der Task-Force im Juli 2024 kamen etwa siebzig Industrievertreter, Anfang dieses Jahres fast doppelt so viele. Alle wollen zur Sicherheit der Schweiz beitragen. Auch die Wissenschaft macht mit: Mit der ETH Zürich haben wir einen Technologie- und Innovationsrat gegründet. Vor fünf Jahren wäre das nicht möglich gewesen. Ich muss hier deutlich sagen: Niemand glaubt, dass Waffen Probleme lösen. Wer jedoch am Verhandlungstisch sitzt, braucht etwas in der Hand, um auf Augenhöhe diskutieren zu können.



Thomas Rothacher
Stv. Rüstungschef
Armasuisse

«Niemand glaubt, dass Waffen Probleme lösen, aber wer am Verhandlungstisch sitzt, braucht etwas in der Hand.»

Beschaffungen für die Armee dauern heute extrem lange, im Schnitt sieben bis acht Jahre. Das kann auch eine Task-Force nicht ändern.

Das ist aufgrund geltender Rahmenbedingungen so. Es gibt kein Regelwerk für die Dynamik, wie wir sie in den heutigen Konflikten sehen. Wir bei Armasuisse versuchen, die Probleme der Zukunft mit dreissigjährigen Prozessen zu lösen. Um bei den Drohnen zu bleiben: Es dauert heute schon ewig, bis wir mit einer kleinen Drohne überhaupt fliegen dürfen. Und wenn wir den Propeller wechseln, beginnt der ganze Prüfprozess von vorne. Diese Vorschriften haben in Zeiten des Friedens ihre Berechtigung. In einem Umfeld, das schnelle Lösungen verlangt, blockieren wir uns jedoch selbst. Andere Länder innovieren, wir in Europa regulieren.

Wie wollen Sie das ändern?

Es wird nicht von heute auf morgen gehen. In der Schweiz setzen wir zu hohe Qualitätsstandards. Wir machen drei, vier Konzepte und wollen dann noch ein fünftes. Angesichts des rasanten technologischen Wandels halte ich das für gefährlich. Wir verlieren zu viel Zeit. Und Zeit ist heute ein Schlüsselfaktor. Länder, die auf Trial and Error setzen, kommen deutlich schneller voran.

Schweizer Soldatinnen und Soldaten leisten maximal einen Monat Militärdienst im Jahr. Kann eine Milizarmee überhaupt mithalten?

Ich würde die Miliz nicht unterschätzen. Viele bringen Know-how auf einem hohen Niveau aus ihren zivilen Berufen mit. Das Problem ist oft unsere eigene Perspektive. Wenn Leute wie ich mit grauem Bart über Miliztauglichkeit sprechen, ist das aus der Zeit gefallen. Ich kenne noch analoge Funkgeräte. Junge Armeeangehörige hingegen sind mit Smartphones und moderner Technik aufgewachsen. Sie können in einen Drohnensimulator steigen, die FPV-Brille aufsetzen und losfliegen, während ich im Simulator bei der ersten virtuellen Brücke gescheitert bin.

Die Zeit drängt. Glaubt man den Nachrichtenendiensten in Europa, könnte Russland seinen Krieg ausweiten, beispielsweise auf die baltischen Staaten.

Das ist so. Der schwedische Rüstungschef sagte mir vergangenen Herbst, dass sein Land sich auf einen baldigen Krieg vorbereitet, der deutsche spricht vom ent-

scheidenden Jahr 2028. Und der stellvertretende polnische Rüstungschef meinte, er habe nicht 200 Panzer aus Südkorea bestellt, weil er an den ewigen Frieden glaube. Uns fehlt diese Dringlichkeit. Ich komme gerade aus China und muss Ihnen sagen: Wenn wir nicht Gas geben, verlieren wir den technologischen Anschluss.

Im Militärbereich?

Überall. Ich habe Produkte gesehen, die qualitativ mindestens so gut sind wie europäische – Elektro- oder selbstfahrende Autos zum Beispiel. Und die kosten nur einen Drittel des Preises bei uns.

Was bedeutet dies für Sie als Technologiechef von Armasuisse?

Wir müssen weiterdenken. Der nächste Schritt wird aus meiner Sicht die Automatisierung am Boden sein – also robotische oder teilautonome Systeme. Das hören wir auch aus der Ukraine, aus Polen. Dort rechnet man damit, dass in ein bis zwei Jahren beispielsweise schwere, gepanzerte Fahrzeuge im Einsatz stehen werden, die unbemannt sind.

Das klingt nach einem Science-Fiction-Roboterkrieg.

Es wird sicher Systeme geben, in denen Menschen sitzen. Das sind dann eher Kommandozentralen, die nicht zuvorderst an der Front sein werden. Wenn Autos heute schon selbst fahren, muss man sich fragen, warum fünf Soldaten in einem Panzer an eine Front fahren sollen, wo sie von fünfzig Kampfdrohnen angegriffen werden und kaum eine Überlebenschance haben.

Betreffen solche futuristischen Szenarien die Schweiz denn, wenn der Bundesrat sagt, ein direkter Angriff auf die Schweiz sei unwahrscheinlich? Unser Land ist ja in einer glücklichen geopolitischen Lage.

Wie meinen Sie das?

Wir sind mitten in Europa, umgeben von Nato-Staaten.

Das stimmt. Aber wer wird uns helfen, wenn wir das Ziel weitreichender, ballistischer Raketen wären? Heute kann man genau berechnen, wo eine Langstreckenrakete einschlägt. Und unsere Nachbarstaaten, beispielsweise Deutschland, können unsere Neutralitätspolitik seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine nicht mehr nachvollziehen. Ich glaube nicht, dass sie uns im Ernstfall beistehen würden.

Jetzt malen Sie schwarz.

Nein, unsere europäischen Partner vertrauen uns nicht mehr. Deutschland kauft nicht einmal mehr Tarnnetze aus der Schweiz – und will uns auch nicht mehr beliefern. Früher bekam jenes Land das Material, das gut zahlte. Heute stehen Staaten an. Beliefert werden jene, die einem im Konfliktfall zur Hilfe kommen würden. Die neutrale Schweiz gehört nicht dazu. Ich glaube, das ist hierzulande noch nicht angekommen. Die Welt ist eine andere. Die Wahrscheinlichkeit eines grösseren Konflikts ist deutlich gestiegen. Jetzt schaut jeder auf sich und seine Verbündeten.

Was wäre denn Ihre Lösung? Die Neutralität aufgeben?

Wir müssen in erster Linie erkennen, was um uns geschieht. Schweden und Finnland sind nicht aus purer Freude dem Verteidigungsbündnis Nato beigetreten. Alle Zeichen stehen auf Sturm, nur wir spüren scheinbar den Wind noch nicht. Mein ältester Sohn leistet Militärdienst. Mir ist es wichtig, dass er nicht irgendwann zu mir kommt und sagt: «Habt ihr das wirklich nicht kommen sehen? Warum habt ihr nicht euer Möglichstes getan?» Die Zeichen sind da, und sie sind eindeutig. Wir sollten hinschauen, entscheiden, handeln.

Jetzt folgt die Grundsatzdebatte über die Alpentäler

Die Lage im Bergsturzgebiet des Lötschentals ist am Montag stabil geblieben – belastend ist der Blick in die Zukunft trotzdem

FABIAN SCHÄFER

Neben den apokalyptischen Bildern von dem Ort, an dem am letzten Mittwoch das Dorf Blatten verschwunden ist, hat sich auch ein ganz spezieller Satz im Gedächtnis eingebrannt: «Wir haben praktisch das Dorf, das sichtbare Dorf verloren.» Ausgesprochen hat ihn Matthias Bellwald, der Gemeindepräsident von Blatten. Es steckt viel Trotz und Kraft im Wort «sichtbar»: Der Berg mag das Dorf begraben haben, aber Blatten ist mehr als seine Häuser, die Gemeinde lebt weiter.

Wenige Stunden nach der Katastrophe hat Bellwald es geschafft, den Blick in die Zukunft zu lenken. Wie sie aussieht und was sie bringt, kann niemand wissen. Doch die Debatte läuft bereits. Think-Tanks, Experten, Medien fragen: Soll man Blatten wiederaufbauen? Wo? Zu welchem Preis und auf wessen Kosten? Zeigen nicht die Abstimmungsergebnisse über das CO₂-Gesetz, dass die Bevölkerung die Folgen des Klimawandels unterschätzt hat? Und wäre es nicht an der Zeit, dass sich die Bevölkerung aus exponierten Lagen in den Alpen zurückzieht?

«Bedenklicher Angriff auf Bergdörfer»: Unter diesem Titel hat der «Walliser Bote» am Montag auf seiner Titelseite einen scharfen Kommentar des Chefredaktors Armin Bregy publiziert. Nur wenige Tage nachdem Blatten und das Lötschental eine beispiellose Tragödie erlebt hätten, werde politisch und medial eine Grundsatzdebatte über die Zukunft der Alpentäler angestossen.

Parteiübergreifender Ärger

Der Zeitpunkt sei denkbar unglücklich, die Stossrichtung höchst bedenklich. Mit Verweis auf den Untergang der Credit Suisse schliesst Bregy: «Eine Politik, die mit Milliarden Banken rettet, aber Berggebiete fallenlassen will, hat nicht nur das Augenmass verloren – sondern auch den Kompass.»

Die Empörung ist gross. Im «Boten» äussert sie sich nicht nur im redaktionellen Teil, sondern auch mehrstimmig auf der Leserbriefseite. Zu Wort meldet sich unter anderem Francesco Walter, der Gemeindepräsident von Ernen im Goms. Die implizite Forderung, die



Die Wucht der Zerstörung zeigt sich an der Flanke des Kleinen Nesthorns deutlich.

CYRIL ZINGARO / KEYSTONE

Dörfer in den Bergen aufzugeben, sei nicht nur kurzfristig, sie sei ein Schlag ins Gesicht für all jene Menschen, die hier verwurzelt seien und ihr ganzes Leben investiert hätten. «Wer heute vorschlägt, Blatten im Lötschental oder andere betroffene Dörfer einfach aufzugeben, argumentiert, als wären wir Ballast für die Gesellschaft, den man aus Kostengründen abwerfen sollte. Das ist nicht nur zynisch, es ist entmenslichend.» Ziehe man diesen Gedanken weiter, müsse man auch fordern, Kranke nicht mehr zu behandeln, schreibt Walter. Solidarität sei kein Totschlagargument, sondern ein Grundwert: «Wenn dieser plötzlich zur Belastung erklärt wird, dann ist nicht das Bergdorf das Problem – sondern unser gesellschaftliches Verständnis von Zusammenhalt.»

Die Abgesandten des Kantons Wallis in Bundesbern stimmen in den Chor

ein. Philipp Matthias Bregy, als designierter Präsident der Mitte-Partei einer der mächtigsten Politiker im Land, bezeichnet die Diskussion um die Bergdörfer als «pietätlos». Hochtäler aufzugeben, bedeute immer, Menschen die Heimat zu nehmen.

Der Ärger ist parteiübergreifend. Der FDP-Nationalrat Philippe Nantermod warnt vor einem Verlust für das kulturelle und landschaftliche Erbe der Schweiz. Das sieht der Grünen-Nationalrat Christophe Clivaz genau gleich: Auch wenn die Klimakrise die Alpenregionen vor Herausforderungen stelle, seien die Bergtäler fester Bestandteil der Schweizer Identität. «Sie einfach aufzugeben, ist keine Option.»

Deutliche Worte fand auch die Walliser Staatsrätin Franziska Biner. Darauf angesprochen, ob Blatten und andere Dörfer aufgegeben werden müssen,

sagte sie: «Ich empfinde diese Haltung ehrlich gesagt als eine Frechheit.» Bergdörfer seien an vielen Orten die Heimat der Menschen in der Schweiz. «Wir haben Jahrhunderte investiert, um diese Landschaft zu kultivieren. Ich verstehe nicht, wie da jemand sagen kann: «Gib deine Heimat auf, du kostest zu viel.»»

Die Diskussion über die Zukunft alpiner Siedlungen reicht allerdings weit hinter das Unglück von Blatten zurück. Genau zwanzig Jahre ist es her, da hat das ETH-Studio Basel mit «Die Schweiz. Ein städtebauliches Porträt» für Wirbel gesorgt. Von grossflächigen «alpinen Brachen» war damals die Rede, vom Rückzug der Menschen aus den Bergen. Um den Klimawandel ging es damals aber höchstens am Rande, den Autoren stand der Sinn mehr nach einer Stärkung der Städte, die aus ihrer Sicht

in der notorisch ländlichen Schweiz «ausgehungert» würden.

Das ETH-Studio Basel wurde 2019 aufgelöst, die Bergdörfer sind noch da – die kritischen Stimmen ebenfalls. Zu ihnen gehört zum Beispiel die liberale Denkfabrik Avenir Suisse, die früher auch schon von der Aufgabe exponierter Siedlungen gesprochen hat, heute aber vor allem eine offene, ehrliche Diskussion fordert. Dazu gehört auch die Frage, wer die Kosten tragen wird, wenn ein Dorf wie Blatten neu aufgebaut werden soll. Gemeinde und Kanton allein? Oder müsste das ganze Land mithelfen?

Ganze Gebiete räumen?

Der Direktor des Instituts für Kulturen der Alpen, Boris Previšić, gibt zu bedenken, dass es kaum handfeste Gründe gebe, ganze Täler zu räumen. Nicht nur wegen der Verbundenheit der Menschen, sondern auch, weil es in den Tälern sichere Zonen gebe, in denen Siedlungen weiterhin gebaut werden könnten. Nötig seien hingegen Gefahrenkarten auch für Murgänge oder Bergstürze. Befinde sich ein Dorf in der Gefahrenzone, müsse über eine Umsiedlung diskutiert werden.

Wie unausgeregten Ideen à la ETH-Studio Basel seien, erklärt er am Beispiel des Safientals: Es hätte sich nicht gelohnt, das Tal leer zu räumen, so Previšić. Denn dort werde viel Strom aus Wasserkraft produziert. Zudem hätte die Infrastruktur ohnehin unterhalten werden müssen. Dass dort weiterhin Menschen wohnten, habe sich als positiver Nebeneffekt erwiesen. Strukturschwache Täler zu alpinen Brachen vergangen zu lassen, helfe niemandem. Im Gegenteil: Weiter unten im Land nähme die Gefahr von Überschwemmungen zu. Man habe das auch 2024 im Wallis gesehen: Das Hochwasser begann in den Hochtälern, die massgeblichen Schäden aber entstanden unten im Rhonetal.

Einfache Lösungen wird es nicht geben. In Blatten reden die Behörden von einem Wiederaufbau. Doch das Dorf ist unter einem riesigen Schuttkegel begraben. Gebaut werden müsste an einem anderen Ort. Und längst nicht alle Blatterinnen und Blattner können heute schon sagen, ob sie das auch wollen.

Mit viel Pathos gegen die Halbierungsinitiative

Im Nationalrat wird das rechtsbürgerliche Volksbegehren heftig kritisiert – für Missfallen sorgt die Vereinbarung zwischen der SRG und den Verlegern

KATHARINA FONTANA

Wenn es um die SRG geht, wird es in Bern schnell sehr emotional und grundsätzlich. Das zeigte sich am Montag, als der Nationalrat als Erstrat über die sogenannte Halbierungsinitiative diskutierte. 2023 von Politikern der SVP und der Jungfreisinnigen eingereicht, verlangt das Volksbegehren, dass die Empfangsgebühren, die jeder Haushalt für das öffentlichrechtliche Radio und Fernsehen bezahlen muss, von heute 335 auf 200 Franken jährlich gesenkt würden. Unternehmen sollen ganz von der Gebühr befreit werden.

Klar ist, dass die Initiative die SRG hart treffen würde. Sie erhält derzeit Empfangsgebühren von jährlich 1,25 Milliarden Franken. Wer den öffentlichrechtlichen Rundfunk an sich als Anachronismus ansieht, dürfte indes kein Problem damit haben, dass sich die SRG auf Programme konzentriert, die einen «unerlässlichen Dienst für die Allgemeinheit» erbringen, wie es in der Initiative heisst. Für alles andere gibt es die Privaten – eigentlich.

Die Initianten, angeführt vom Zürcher SVP-Nationalrat Gregor Rutz, argumentierten denn auch mit der finanziellen Entlastung der Konsumenten, namentlich der jungen Menschen, die kaum SRG-Angebote beanspruch-

ten. Es brauche mehr Freiheit für private Anbieter und eine echte Diversität der Meinungen. Eine lebendige Demokratie gebe es nicht über staatlich bezahlte Institutionen. Die SVP möchte, dass die vorberatende Kommission einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeite und die Politik eine echte Diskussion darüber führt, was denn genau der Auftrag der SRG sein soll.

Dystopische Szenarien

Die Gegner widersprachen der SVP-Sichtweise vehement. Die Initiative gefährde den Zusammenhalt der Schweiz, die direkte Demokratie und die Identität des Landes. Namentlich links der Mitte wurden den Initianten zudem dunkle Absichten unterstellt. Der grüne Luzerner Michael Töngi mutmasste, dass es den Initianten gerade recht sei, «wenn nur noch Kurzfutter produziert wird» und «wenn Gratisblätter den Markt beherrschen». Andere Redner verbreiteten fast schon dystopische Szenarien.

Die Initiative sei in Wahrheit «ein Frontalangriff auf die unabhängige Information in unserem Land», sagte der Bündner SP-Nationalrat Jon Pult. In ganz Europa «stehen öffentlichrechtliche Sender unter ideologischem Dauerbeschuss» von Rechtspopulisten. Die

Initiative «zielt auf die Macht über die Information», «sie untergräbt die mediale Souveränität der Schweiz», so Pult. Mit ihren Angeboten Sorge die SRG für den «gemeinsamen Kitt» – und ja, selbst der teure Schweizer «Tatort» diene diesem Ziel, meinte Pult auf eine entsprechende Frage.

Für die Finanzierung des «gemeinsamen Kitts» will Pult einen neuen Fonds schaffen. Er schlägt einen direkten Gegenentwurf zur Initiative vor: Die heutige Haushaltsabgabe soll wegfallen, im Gegenzug soll die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte erhöht und damit der SRG-Fonds gespeist werden. Da die entsprechenden Steuererträge stetig steigen, würden auch die Einnahmen der SRG auf diese Weise laufend zunehmen. Der Vorschlag von Pult dürfte indes über die linken Parteien hinaus keine Unterstützung finden. Dies auch deshalb, weil die Mehrwertsteuer derzeit bei Politikern eine besonders beliebte Finanzierungsquelle ist und sie für alle möglichen Zwecke herangezogen werden soll.

Da die SRG für die Parlamentarier ein dankbares Thema ist und die Rednerliste sehr lang, wurden am Montag noch keine Entscheide gefällt. Die Beratung geht nächste Woche weiter. Doch schon jetzt kann man davon ausgehen, dass die Halbierungsinitiative

im Nationalrat keine Mehrheit erhalten wird.

Auch von der FDP kommt keine Unterstützung. Die Freisinnigen streben ursprünglich einen indirekten Gegenvorschlag an, doch daraus wurde nichts. Deshalb lehnt die FDP das Begehren nun ab, ebenso die Mitte. Der Zürcher Mitte-Vertreter Philipp Kutter gab allerdings zu bedenken, dass die Abstimmung gegen die Halbierungsinitiative nicht einfach zu gewinnen sei. «Es gibt Menschen, die der SRG nicht mehr trauen», und «andere sind froh um 135 Franken mehr im Portemonnaie». Viel Zuversicht verbreitete denn auch der Zürcher SVP-Nationalrat Benjamin Fischer: «Das Initiativkomitee ist tiefenentspannt.»

Einiges zu reden gab die neue Vereinbarung zwischen der SRG und dem Deutschschweizer Verlegerverband. Der SRG-Generaldirektorin Susanne Wille ist es gelungen, den langjährigen Konflikt mit den Verlagen zu beenden, einen Deal abzuschliessen und die Privaten im Kampf gegen die Halbierungsinitiative auf ihre Seite zu holen. Die SRG will sich im Online-Journalismus teilweise beschränken und den grössten Teil ihres Online-Marketingbudgets bei Schweizer Medienhäusern ausgeben. Die Verleger ihrerseits sind bereit, eine mediale Front gegen die

Initianten zu bilden und das Volksbegehren abzulehnen.

300 statt 200 Franken

Es handle sich um «einen korruptionsähnlichen Deal», kritisierte der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter. Andere Redner enervierten sich, dass die Vereinbarung nicht öffentlich sei. «Die SRG hat sich erpressen lassen, das ist schlicht ein Skandal», befand der Luzerner SP-Vertreter David Roth. Tatsächlich kann man es paradox finden, wenn die für die direkte Demokratie angeblich so unabdingbare SRG einen Deal mit den privaten Verlagen abschliesst, der unter anderem zum Ziel hat, eine demokratische Auseinandersetzung über eine Volksinitiative zu verhindern.

Auch wenn das Parlament keinen (direkten oder indirekten) Gegenvorschlag zur Halbierungsinitiative beschliessen wird und die Initiative an der Urne eine Abfuhr erleiden sollte, wird die SRG trotzdem auf einen Teil der Empfangsgebühren verzichten müssen. Der Bundesrat hat beschlossen, ihr über eine Verordnungsänderung die Gelder moderat zu kürzen: Der Betrag pro Haushalt soll in den nächsten Jahren um 35 Franken auf 300 Franken sinken, zu dem sollen die Firmen entlastet werden.

Grande Dame des Wirtschaftsfreisinns

Nachruf auf Vreni Spoerry, eine der mächtigsten Schweizerinnen ihrer Zeit



«Eine grosse liberale Frau»: Vreni Spoerry, 2004 in Horgen.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

SAMUEL TANNER

Am Ende ihres Lebens konnte Vreni Spoerry-Toneatti auf eine Karriere zurückblicken, wie sie am Anfang noch völlig unwahrscheinlich erschien.

Als Tochter des Bauunternehmers Toneatti in Rapperswil aufgewachsen, studierte sie Jus und wurde dann Hausfrau und Mutter. Nur «sehr zufällig» sei sie in die Politik eingestiegen. Nach einem Ehe- und Erbrecht-Referat beim Frauenpodium Horgen war die FDP auf sie zugegangen. «Es war die Zeit», sagte sie einmal, «als man überall mit der Lupe nach Frauen suchte.» Sie zögerte, aber ihr Mann habe sie ermuntert.

Kaum in die Rechnungsprüfungskommission von Horgen gewählt, begann sie sich allerdings mit einer Bestimmtheit durchzusetzen, für die sie später bekannt werden sollte. Der damalige Präsident der Kommission wollte Spoerry mit Sozial- und Bildungsfragen trösten, wie es damals für Frauen üblich war. Sie aber gab ihm rasch zu verstehen, dass sie sich für Steuern und Finanzen interessiere. Alles andere könne man ruhig weiterhin den Männern überlassen.

Vreni Spoerry war die erste Frau in der Rechnungsprüfungskommission, so wie später auch im Gemeinderat von Horgen oder im Verwaltungsrat der Schweizerischen Kreditanstalt. So wurde sie zu einem Vorbild für Frauen in Machtpositionen – auch wenn sie bei ihrem allerersten öffentlichen Auftritt, an der Jungbürgerfeier 1958 in Rapperswil, noch ein Kurzreferat gegen das Frauenstimmrecht gehalten hatte. Spoerry sagte später, für sie sei das Stimmrecht damals schlicht kein Bedürfnis gewesen, sie habe sich bereits gleichberechtigt gefühlt.

Eine wichtige Stimme

Der einstige Horgener Gemeindepräsident Hans Suter beschrieb einmal nicht nur die politische Arbeit von Vreni Spoerry im Gemeinderat, sondern damit auch ihr politisches Prinzip: «Sie ist sehr sparsam und haushälterisch umgegangen mit den Finanzen der Gemeinde. Sie konnte das Wünschbare vom Nötigen unterscheiden.» Als freisinnige Finanzpolitikerin wurde Spoerry auch im National- und im Ständerat (1983 bis 2003) eine wichtige Stimme.

Filippo Leutenegger, der Präsident der Zürcher FDP, kannte sie als damaliger Moderator der «Arena» des Schweizer Fernsehens gut. Er trauert um eine «grosse liberale Frau»: «Vreni Spoerry war sehr dossierfest, sie kam immer intensiv vorbereitet in die Sendungen.» Er erinnert sich an einen «sehr republikanisch denkenden Menschen, nahe bei den Leuten, nie abgehoben».

Vreni Spoerry war im doppelten Wortsinn die erste Frau des Zürcher Wirtschaftsfreisinns, der gleichzeitig in weiten Teilen von Wirtschaft und Staat die Macht hatte. Sie machte die Globalisierung dieser Elite mit, aber sie blieb auch eine Verbindungsfrau für die lokale Rechnungsprüfungs- und Gemeinderatsschweiz. Sie verdiente als Verwaltungsrätin der Kreditanstalt, der Zürich-Versicherungen oder von Nestlé viel Geld, aber sie kannte aus eigener Erfahrung auch die Lebensrealität einer Horgener Hausfrau.

«Immer wollten wir das Beste»

Im Jahr 2001 wurde mit der Swissair auch die Elite gegroundet, der sie angehörte. Vreni Spoerry war als langjährige Verwaltungsrätin mitverantwortlich, es war der grosse Bruch in ihrer Karriere. Anders als viele verantwortliche Männer aus jener Zeit entzog sie sich den Diskussionen aber nicht. «Mich belastet die Situation ausserordentlich», sagte sie. Sie spendete eine Million Franken für Swissair-Angestellte in Notlage. Und doch habe sie sich nach dem Grounding nicht mehr in ein Restaurant getraut. «Ich lief in jener Zeit Gefahr, angespuckt zu werden.» Erst nach dem Freispruch im Swissair-Prozess sei es besser geworden.

Jahre später traf sie für die «Schweizer Familie» eine frühere Maitre de Cabine, um noch einmal darüber zu reden. Vielleicht hätten sie im Verwaltungsrat nicht immer alles richtig gemacht, sagte sie, «aber immer wollten wir das Beste».

Am 29. Mai ist Vreni Spoerry-Toneatti im Alter von 87 Jahren verstorben.

Die SBB warnen vor zu hohen Risiken

Der Abschlussbericht zum Unfall im Gotthardtunnel zeigt ein systematisches Problem

SELINA BERNER, BERN

Von einem «Jahrhundertereignis» sprach ein Vertreter der SBB, als im August 2023 ein Güterzug mit dreissig Wagen im Gotthard-Basistunnel entgleiste. Der Zug bestand aus Wagen unterschiedlicher Bauart und Eigentümer. Er kam aus Italien und fuhr in die Weströhre Richtung Deutschschweiz.

Nach zehn Kilometern brach am elften Wagen ein Rad, der Lokführer von SBB Cargo bemerkte nichts. Dann zeriss es den Zug bei der Spurwechselstelle Faido in zwei Teile: Der vordere Teil fuhr weiter geradeaus, der hintere wurde auf das Verbindungsgleis Richtung Tunnelröhre Ost geleitet, wo er schliesslich in eine Tunnelquerwand krachte. Die Bilanz: ein Schaden von 130 Millionen Franken, ein Jahr Sperre der Tunnelröhre. Erst ab September 2024 konnten wieder Züge durch die Röhre fahren. Menschen wurden nicht verletzt.

Mehrere Anpassungen

Nun liegt der Abschlussbericht der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle (Sust) vor. Wie der Untersuchungsleiter Stephan Eder am Montag an einer Medienkonferenz ausgeführt hat, lässt sich der Unfallhergang «schlüssig nachvollziehen».

Die Risse, die zum Radbruch geführt hätten, seien ein systemisches «Phäno-

men» bei Radsatztypen mit denselben Bremsen, den sogenannten LL-Bremssohlen. Bereits im Zwischenbericht von Ende September 2023 hatte die Sust feine Ermüdungsrisse als Unfallursache genannt. Die kleinen Risse breiten sich vom Rad zur Achse hin aus, bis das Rad bricht.

Damit sich ein solcher Vorfall nicht wiederholt, empfiehlt die Sust mehrere Anpassungen. Die meisten richten sich an die Eisenbahnagentur der Europäischen Union. Da Güterwagen grenzüberschreitend unterwegs seien, würden nationale Regeln für die Schweiz wenig bringen, erklärte Eder. Ausserdem nannte eine Task-Force der EU-Eisenbahnagentur zehn Fälle, bei denen es entweder ebenfalls zu einem Radscheibenbruch gekommen war oder Risse entdeckt wurden. In allen Fällen lag der Raddurchmesser an der Grenze zum Minimum oder darunter.

Die Sust empfiehlt aus diesem Grund europaweit drei Massnahmen: Der vorgeschriebene Mindestdurchmesser für Räder soll auch für LL-Bremssohlen gelten. Wartungsintervalle und Prüfmethoden sollen modernisiert werden, um Risse frühzeitig zu erkennen. Eine Studie soll untersuchen, wie stark LL-Bremssohlen die Räder thermisch belasten. Dem Bundesamt für Verkehr empfiehlt die Sust ausserdem, das Risiko von Schäden an Weichen-Verschlässen, die oberhalb der Schwellenoberkante liegen, zu prüfen und nöti-

genfalls zu reduzieren. Ein zusätzlicher Hinweis geht an SBB Cargo: Die technische Kontrolle der Züge soll künftig immer gleich dokumentiert werden, um einen einheitlichen Qualitätsstandard zu gewährleisten.

Wirtschaftliche Anreize

Die SBB schlagen in einer Medienmitteilung Alarm: Aus ihrer Sicht sei das Unfallrisiko im Güterverkehr zu hoch. Die Sust-Empfehlungen unterstützen sie und fordern eine rasche Umsetzung, vor allem auf EU-Ebene. LL-Bremssohlen sind gemäss den SBB in Europa am weitesten verbreitet. Allerdings sind diverse Vorfälle bekannt, in denen die Radscheiben überhitzten oder Eisbildung verursachten. Beides kann die Räder beschädigen. Die SBB selbst setzen seit Jahren auf ein anderes System und besitzen nach eigenen Angaben keine Wagen mit LL-Bremssohlen. Bis Ende Jahr soll auch der Grossteil ihrer Kunden auf diese Bremsen verzichten.

Für mehr Sicherheit fordern die SBB auch wirtschaftliche Anreize: Wageneigentümer sollen sich an den Kosten solcher Unfälle beteiligen müssen. Dann hätten sie ein Interesse daran, «mehr als nur das Notwendige in Überwachung, Instandhaltung und Modernisierung der Wagen zu investieren», so die SBB. Entsprechende Vorstösse sind im Parlament hängig.



Ist Beständigkeit ein Merkmal Ihrer Anlagestrategie?

Bei uns dürfen Sie auf individuelle Lösungen zählen, die sowohl Ihrer aktuellen Lebenssituation als auch Ihren Zukunftsplänen entsprechen. Deshalb sind langfristige und von Vertrauen geprägte Kundenbeziehungen für uns essenziell. Seit 275 Jahren.

Rahn+Bodmer
BANQUIERS SEIT 1750

Rahn+Bodmer Co.
Münstergasse 2
8021 Zürich
Telefon +41 44 639 11 11
www.rahnbodmer.ch

ANLAGEBERATUNG UND
VERMÖGENSVERWALTUNG



Tief traurig, doch auch überaus dankbar nehmen wir Abschied von

Pietro Ladu-Kessler

27. April 1942 – 27. Mai 2025

Er war unser Fels & Anker. Auf sein beständiges stilles Wirken war Verlass. Mit seinem verhaltenen, doch träfen Schalk landete er immer wieder Volltreffer.

Ein tröstliches Geschenk, dass wir mit Pietro die letzten Stunden in dieser wunderschönen Nähe teilen durften. Bei aller Trauer sind wir tief dankbar, was wir mit und durch ihn erlebt haben. Seine Bescheidenheit berührte immer wieder.

Rosmarie Ladu-Kessler
Michael und Lea
mit Lia, Lina und Luca
Christoph und Amada
mit Letitia, Leandro und Larissa
Franziska
Fratello e Sorelle
amici in Sardegna

Erdbestattung am Freitag, 6. Juni 2025
um 13.30 Uhr auf dem Friedhof Enzenbühl, Forchstrasse 384
in 8008 Zürich.

Anschliessend Abdankung um 14.30 Uhr in der röm. -kath. Kirche Erlöser,
Zollikerstrasse 160.

Traueradresse: Familie Ladu-Kessler, Flühgasse 69, 8008 Zürich

Alles hat seine Zeit. Es gibt eine Zeit der Freude,
eine Zeit der Stille, eine Zeit des Schmerzes,
eine Zeit der Trauer und eine Zeit der dankbaren Erinnerung.

Traurig, mit vielen wunderbaren und liebevollen Erinnerungen nehmen wir
Abschied von meiner Frau, unserer Mutter und Oma

Vreni Spoerry-Toneatti

8. März 1938 – 29. Mai 2025

«Einschlafen dürfen, wenn man das Leben nicht mehr selbst gestalten kann,
ist der Weg zur Freiheit und Trost für alle.»

Hermann Hesse

Wir vermissen Dich

Christoph Spoerry-Toneatti
Kathrin Spoerry
Max Spoerry
Christina Spoerry
mit Ladina und Raoul
Verwandte und Freunde

Die Abdankung findet am Freitag, 20. Juni 2025, um 14 Uhr in der reformierten
Kirche Horgen statt.

Anstelle von Blumenspenden gedenke man den folgenden Organisationen:
PluSport Behindertensport Schweiz, 8604 Volketswil,
IBAN CH63 0900 0000 8000 0428 1
Verein Alaigal, Hilfe für Strassenkinder in Südindien, 8174 Stadel,
IBAN CH25 0070 0112 4002 4343 3
Vermerk: Vreni Spoerry-Toneatti

Traueradresse: Christoph Spoerry-Toneatti, Claridenstrasse 5, 8810 Horgen

Ich will den Herrn loben, solange ich lebe,
und meinem Gott lobsingeln, solange ich bin.
Psalm 146,2

Dankbar nehmen wir Abschied von meiner geliebten Ehefrau,
unserer Mama, Grossmama, Schwester und Schwägerin

Rosina Rieder-Christ

4. März 1939 bis 27. Mai 2025

Martin Rieder-Christ
Barbara Rieder Steiger
mit Jonathan, Noemi, Salome und Rahel
Luzina Rieder Bünler und Markus Bünler
mit Sophie, Eva und Emily
Joggi und Moni Rieder-Schmid
mit Anna und Tim
Bernhard Rieder und Anna Alessio
mit Lisa und Sara
Hieronymus und Christine Christ-von Wedel
Bernhard und Marie-Isabelle Christ-de Pury
Franz und Salome Christ-Birchhäuser
Thomas und Jeannette Rieder-Sauser
Brigitte Rieder-Baumgartner

Traueradresse: Martin Rieder-Christ, Spottenbergstrasse 21, 8535 Herdern

Der Abdankungsgottesdienst findet am Donnerstag, 12. Juni 2025
um 14.00 Uhr in der evangelisch-reformierten Kirche in Hüttwilen statt.

Anstelle von Blumen gedenke man des Instituto Línea Cuchilla, Argentinien,
IBAN CH98 3000 5235 4665 4240 J, Vermerk: «Rosina Rieder-Christ»



Du bist nicht mehr dort, wo du warst.
Aber du bist überall, wo wir sind.
Victor Hugo

Dr. med. Peter Paul Ducret

12. Juni 1937 – 31. Mai 2025

Sein irdisches Leben ist friedlich zu Ende gegangen. Seine Liebe und die vielen heiteren
und wertvollen Erinnerungen an die schönen gemeinsamen Stunden tragen wir im Herzen
und gehen niemals verloren.

Wir trauern und vermissen Dich sehr.

Amalia Perla Ducret
Madeleine Ducret mit Eugénie und Hans-Jörg Turtschi
Thérèse Ducret und Martin Binswanger mit Ann
Catherine und Malcolm Ducret mit Julia und Marc
Joséphine Ducret und Guido Albers

Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Gemeinsam mit Familie und Freunden gedenken wir dem Verstorbenen am Samstag, 14. Juni 2025,
um 11.00 Uhr, C.F. Meyer-Haus, Alte Landstrasse 170, 8802 Kilchberg.
Auf Wunsch des Verstorbenen und der Angehörigen bitte keine Trauerkleidung.

Anstelle von Blumen gedenke man einer der folgenden Institutionen:
Médecins Sans Frontières, IBAN CH18 0024 0240 3760 6600 Q
Stipendienfonds des Freien Gymnasiums Zürich, IBAN CH11 0483 5058 9793 8000 1

Traueradresse: Familie P. Ducret, Seehaldenstrasse 31, 8802 Kilchberg

Es werden keine Leidzirkulare versandt.

Was war, kommt nicht wieder,
aber es bleibt in uns.

Unsere liebste Mami, Oma, Uo und Schwiegermutter

Dorothea (Dorli) Rauber-Leucht

25.11.1926 (in Wien) – 29.5.2025

wurde nach ihrem langen und erfüllten Leben von den beschwerlichen Einschränkungen
des Alters, die sie nur während einer kurzen Zeit begleiteten, erlöst.

Was bleibt, ist Liebe und das Viele, das sie uns mitgegeben hat. Danke.

Georg und Barbara Rauber-Kast
Nicole Rauber
Nadia und Nicolas Bruni mit Dylan
Luca und Mai Blum mit Leya
Jan Rauber

Wir nehmen auf Wunsch von Dorli im engsten Familienkreis Abschied und versenden
keine Trauerkarten.

Traueradressen: Georg Rauber, Mosacher 8, 8126 Zumikon und
Nicole Rauber, Attenhoferstrasse 40, 8032 Zürich

Zollikon, 3. Juni 2025

Die Liebe ist stärker als der Tod,
denn sie ist unsterblich.

Ein sehr langes, erfülltes und gutes Leben ging schmerzfrei zu Ende und wir
verabschieden uns von unserem geliebten Papi, Daddy, Gugu und Hansruedi – Vater,
Grossvater, Urgrossvater, Onkel, Schwiegervater und Freund

Hansruedi Hug

24. August 1927 – 28. Mai 2025

In tiefer Dankbarkeit, deine Familie
Anita Paulsen mit Jana und Andrea
Ingrid Brändli mit Lynn und Tim, Jürg Brändli
Katja und Bruce Ayling mit Skye, Isis und Lilla

Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis auf dem Friedhof Zollikon statt.

Unser aufrichtiger Dank gebührt dem gesamten Pflgeeteam vom Wohn- und Pflegezentrum
Blumenrain, Zollikon, für ihre liebevolle und würdevolle Begleitung.

Anstelle von Blumen gedenke man gerne der Stiftung Blatten, Postfinance,
IBAN CH85 0900 0000 3066 1998 1, Konto 30-661998-1 oder Hilfsorganisationen eigener Wahl.

Traueradresse: Ingrid Brändli, Neue Allmendstrasse 43, 8703 Erlenbach

Frauen erleben «bedrohliche Situationen» in Uber-Taxis

Die Firma hat in der Schweiz die Bewertungen für die Fahrer abgeschafft – das verunsichert Frauen, die Belästigungen melden wollen

NEOMI AGOSTI

Sommer 2024, 2 Uhr 30 an der Goldküste. Ines E., die ihren richtigen Namen nicht öffentlich machen will, sitzt in einem Uber-Taxi. Sie fühlt sich unwohl, weil ihr Uber-Fahrer mit 90 Kilometern pro Stunde auf der Seestrasse fährt, erlaubt wären 60. Mehrmals bittet sie ihn, langsamer zu fahren – vergeblich. Er habe geantwortet, wenn ihr sein Fahrstil nicht passe, solle sie sich ein anderes Taxi des Online-Fahrdienstes suchen oder das nächste Mal selber fahren.

Im gleichen Sommer erlebt Daria S. eine irritierende Szene in einem Uber, wie sie der NZZ erzählt. Auch sie nutzt den Fahrservice regelmässig. An einem Abend bestellt sie in ihrem Zuhause in Herrliberg ein Uber-Taxi, um damit in die Stadt zu fahren. Als sie einsteigt, wird der Fahrer zudringlich. Er fragt sie, ob sie einen Freund habe. Auch er sei viel zu schnell gefahren. Die beiden Frauen hatten nach den Fahrten ein schlechtes Gefühl, verzichteten aber darauf, zur Polizei zu gehen.

Doch in den letzten Monaten häuften sich die Negativschlagzeilen zu Uber-Fahrern. Gleich drei von ihnen mussten sich wegen sexueller Übergriffe auf weibliche Fahrgäste vor einem Zürcher Gericht verantworten. Zwei wurden wegen Schändung verurteilt. Einer vom Bezirksgericht Dielsdorf, der andere vom Bezirksgericht Bülach. In einem dritten Fall war die Beweislage dünn. Es lagen bloss die diametral unterschiedlichen Aussagen des Beschuldigten und der jungen Frau vor. Ein 28-jähriger Rumäne wurde daher durch das Bezirksgericht Hinwil vom Vorwurf der Schändung freigesprochen.

Gegen einen weiteren Uber-Fahrer hat die Staatsanwaltschaft Zürich am 23. Mai Anklage erhoben. Der 44-jährige Italiener soll vergangenes Jahr während seiner Tätigkeit als Chauffeur drei Sexualdelikte und weitere Straftaten begangen haben. Er sei als Uber- oder Bolt-Fahrer unterwegs gewesen oder habe sich gegenüber seinen Opfern als Chauffeur für diese Fahrdienste ausgegeben, teilt die Staatsanwaltschaft mit.

Sie wirft dem Mann vor, die Opfer in seinem Wagen mehrfach sexuell missbraucht zu haben. In zwei Fällen soll der Mann auch das Fahrzeug von innen verriegelt haben, um die Opfer am Verlas-



Drei Uber-Fahrer mussten sich in den vergangenen Monaten vor Zürcher Gerichten verantworten.

NAM Y. HUH / AP

sen zu hindern. Zudem soll er mit seinem Smartphone Fotos und Videos von einer schlafenden Frau gemacht haben.

Kein Rating möglich

Statistiken dazu, ob sich sexuelle Übergriffe gegen Fahrgäste häufen, gibt es nicht. Doch seit Uber in der App das Bewertungssystem für Fahrer abgeschafft hat, fühlen sich viele Frauen unsicher, wenn sie mit dem Fahrservice unterwegs sind. Warum kommt es gerade jetzt zu so vielen Fällen?

Mit maximal fünf Sternen konnten sich Fahrer und Passagiere gegenseitig bewerten. Für die einen waren die Sternchen ein Gütesiegel. Für die anderen stellten sie ein Zeichen der Vertrauenswürdigkeit und ein Sicherheitsmerkmal dar: Ein Fahrgast mit einem schlechten Rating musste teil-

weise länger auf ein Uber-Taxi warten. Auf schlechte Bewertungen von Fahrern folgten kurzzeitige Sanktionen.

Besteht hier ein möglicher Zusammenhang? Uber selbst äussert sich auf Anfrage der NZZ nicht dazu, ob es seit der Deaktivierung der Bewertung zu mehr Vorfällen gekommen ist. Auffällig ist, dass Uber das Bewertungssystem nur in der Schweiz deaktiviert hat. Der Hintergrund ist juristischer Natur. Denn das Bundesgericht sah darin ein Indiz, dass die Fahrer als Arbeitnehmer und nicht als Selbstständige gelten.

Die Firma musste deshalb rückwirkend Sozialversicherungsleistungen nachzahlen. Der Kanton Genf, auf den der Rechtsstreit zurückging, nannte das Urteil «historisch». Aber beeinflusst es Verhalten und Sicherheit, wenn Fahrer und Fahrgäste sich gegenseitig nicht mehr bewerten können?

Uber betont auf Anfrage der NZZ, die Sicherheit habe oberste Priorität. Die Uber-App habe trotz Abschaffung der Bewertung integrierte Sicherheitsfunktionen. So gebe es einen Notfallknopf. Auch könnten Fahrgäste ihren Live-Standort mit anderen Leuten teilen. Ein weiteres Tool, das die Sicherheit während der Fahrt gewährleisten soll, ist der «Ride-Check». Wird eine ungewöhnlich lange Pause während einer Fahrt festgestellt, schickt Uber sowohl dem Fahrgast als auch dem Fahrer eine Benachrichtigung in der App, um ihre Sicherheit abzufragen.

Fahrer werden überprüft

Zusätzlich existiert laut Uber eine Identitätsprüfung, die stichprobenartig durchgeführt wird. Dabei werden Fahrer spontan aufgefordert, ein Selfie ein-

zuschicken, das mit ihrem Bild abgeglichen wird.

Bevor ein Fahrer bei Uber anfangen könne, werde er kontrolliert, beteuert das Unternehmen. Im Vorfeld müssten alle Fahrer eine gültige Bewilligung als Taxi- oder Limousinenfahrer einreichen. Ob angehende Uber-Fahrer auch einen Strafregisterauszug einreichen müssen, beantwortet Uber nicht.

Sollte es trotzdem zu einem Zwischenfall kommen, werden laut Uber alle über die App gemeldeten Vorfälle von einem spezialisierten Team bearbeitet. «Dieses Team ist rund um die Uhr verfügbar. Die betroffene Person meldet den Vorfall über die App, das Support-Team nimmt umgehend Kontakt auf und bietet Unterstützung an.» Bei schwerwiegenden Vorfällen wie physischer oder sexueller Gewalt werde das Konto der beschuldigten Person vorsorglich sofort gesperrt.

Notfallknopf ist hohe Hürde

Seit Bewertungen von Fahrern nicht mehr möglich sind, fragen sich viele Frauen, wie sie mit unangenehmen Erlebnissen umgehen sollen. Johanna S. schildert der NZZ, dass sie während einer Fahrt, ebenfalls im Sommer 2024, vom Chauffeur gefragt worden sei, ob sie im «Stress» sei. Sie habe verneint, in der Annahme, er wolle fragen, ob er schneller fahren solle. Dann habe er absichtlich eine falsche Abzweigung genommen. Als sie ihn darauf angesprochen habe, habe er ihr geantwortet, sie habe doch keinen Stress, daher dachte er, sie könnten dank dem Umweg noch etwas länger reden. Es sei eine «sehr bedrohliche Situation» gewesen.

Genau für solche Fälle war die Bewertung früher gut geeignet. Denn kaum ein Fahrgast dürfte den Notfallknopf drücken, weil ein Fahrer einen anzüglichen Spruch macht. In allen drei Fällen, von denen die NZZ Kenntnis hat, haben die Passagierinnen ihre Erlebnisse nicht an Uber weitergegeben. Sie seien unsicher gewesen, ob diese Situationen für eine Meldung schlimm genug gewesen seien.

Gäbe es das Bewertungssystem noch, darin sind sich die drei Frauen einig, hätten sie ihren Fahrern keinen einzigen Stern gegeben.

Fütterungsverbot bringt wenig

Um die Taubenpopulation zu regulieren, schiessen Wildhüter jedes Jahr Hunderte von Tieren

ISABEL HEUSSER

Der Stadelhoferplatz ist eine Gefahrenzone. Wenn wieder einmal eine alte Dame kiloweise Futterkörner auf dem Boden ausgebracht hat, tummeln sich hier Hunderte von Tauben. Die bei Passanten beliebten Bänke am Rand des Parks sind dann ungewöhnlich leer. Aber voll mit Taubenkot.

Weil Tauben als Wildtiere gelten, dürfen sie nicht gefüttert werden. So will es das kantonale Jagdgesetz, das vor zwei Jahren überarbeitet wurde. Mit dem Verbot sollte sich ein «gesunder, an den natürlichen Lebensraum angepasster Bestand einstellen».

Das Verbot erzürnte die Taubenlobby in der Stadt Zürich. Ende Jahr übergab sie eine Petition mit 1664 Unterschriften an den Stadtrat mit der Forderung, einen «tierfreundlicheren Umgang» mit den Tauben zu finden. Sie fordern mehr betreute Taubenschläge, in denen Tauben gefüttert und medizinisch versorgt werden. Denn heute litt den Tauben in den Stätten – wegen des Fütterungsverbots, fehlender artgerechter Nahrung oder der Drähte, die etwa auf Fassaden installiert würden, um die Tiere fernzuhalten.

Allerdings scheinen die Tauben nach wie vor prächtig zu gedeihen. Mit ein Grund dafür ist, dass das Fütterungsverbot mehr oder weniger ignoriert wird. Dies geht aus der Antwort des Stadtrats auf einen Vorstoss der Grünen hervor, in dem sie sich zur Entwicklung des Taubenbestands in der Stadt erkundigten. Die Antwort: «Die Population wächst durch das grosse Futterangebot tendenziell stark.»

An verschiedenen Orten in der Stadt Zürich verstreuten Taubenfreunde sogar erheblich mehr Futter als vor dem Verbot. Was zur Folge hat, dass die Tauben ihre Futterplätze den ganzen Tag belagern und auch an «ungeeigneten Orten» brüten – auf Balkonen, Booten oder in der Nähe von Gastronomiebetrieben. Ernüchtert stellt der Stadtrat fest: «Die Taubenschwärme sind gewachsen und treten konzentrierter auf.»

Sündige Taubenfreunde, die Futter ausbringen, haben kaum etwas zu befürchten. Letztes Jahr wurden sechs Busen ausgesprochen, im Jahr 2023 deren sieben. «Nach Möglichkeit» würden fütternde Personen direkt von der Polizei oder den Wildhütern angesprochen. Zudem stellt die Stadt sporadisch Plakate auf, die auf das Verbot hinweisen.

Wie viele Tauben in der Stadt Zürich leben, ist nicht genau bekannt. Aber die Stadt kann beziffern, wie viel Kot die Tauben jedes Jahr hinterlassen: achtzig Tonnen. Der Kot beschädigt nicht nur Fassaden, sondern kann auch Viren oder Bakterien auf den Menschen übertragen.

Massnahmen, um die Bestände zu kontrollieren, gibt es durchaus. In drei Taubenschlägen auf dem Lindenhof, in der Kirche St. Jakob und im Hauptbahnhof werden Eier durch Gipseier ausgetauscht. Die andere, wenig zimperliche Methode erzürnt Tierfreunde: Wo es zu «hygienisch unhaltbaren Zuständen» kommt oder Gastromiebetriebe sich über zu viele Tauben ärgern, werden sie geschossen. Der Stadtrat schreibt dazu diplomatisch: «Damit sollen auch ungeeignete Selbsthilfemassnahmen von Privaten verhindert werden.»

Derzeit läuft ein Monitoring, um den Bestand der Taubenpopulation zu erfassen. Dabei wird auch ein «Raumnutzungsverhalten» durchgeführt. Sobald die Daten vorliegen, will die Stadt «die vorliegenden Erkenntnisse diskutieren und Massnahmen definieren». Eine Möglichkeit ist es, in Zusammenarbeit mit Privaten weitere betreute Taubenschläge zu betreiben. Das würde auch die Taubenlobby besänftigen.

Das Hallenstadion soll aufgestockt werden

Ohne den Ausbau, so befürchtet die Betreibergesellschaft, werden Tourneen künftig einen Bogen um Zürich machen

ZENO GEISSELER

Wer im Hallenstadion steht, kann sich kaum vorstellen, dass die grösste Multifunktionshalle der Schweiz nicht gross genug sein könnte. Selbst ein Spaceshuttle könnte im historischen Bau parkiert werden. Doch in der Halle finden in der Regel keine Raumfahrtausstellungen statt, sondern Konzerte und Tourneen – und für diese wird der Raum zunehmend zu klein. Das Problem sind dabei weniger die Länge und die Breite der Halle als ihre Höhe.

Philipp Musshafen, der Direktor der AG Hallenstadion, sagt im Gespräch mit der NZZ: «Der Freiraum über der Bühne beträgt 14 Meter 50. In anderen Hallen sind es 20 bis 25 Meter.» Bei einer Tournee werde aus Kostengründen möglichst an allen Standorten dasselbe Bühnenbild verwendet. «Wenn ein Konzertveranstalter nun extra für Zürich ein niedrigeres Bühnenbild bauen muss, dann ist das mit Extrakosten verbunden – oder die Tournee lässt uns gleich ganz aus.»

Momentan steht weder technisch noch finanziell noch denkmalpflegerisch fest,

wie die zusätzlichen Höhenmeter zu erreichen wären. Denkbar ist statt einer Anhebung des Dachs auch eine Absenkung des Hallenbodens. «Klar ist: Wenn wir auch in zwanzig Jahren noch eine Konzerthalle sein wollen und nicht ein Museum, müssen wir uns einen solchen Ausbau sehr ernsthaft überlegen», sagt Musshafen.

Konkreter und einfacher zu bewerkstelligen ist ein anderes Bauprojekt, das die AG Hallenstadion anstrebt: die Erhöhung der Dachlast. «Beim Bühnenbereich hatten wir das Dach schon früher verstärkt», sagt Musshafen. «Jetzt überlegen wir uns, das Dach auch an anderen Stellen tragfähiger zu machen.» Viele Produktionen wollen nicht nur bei der Bühne grosse und schwere Elemente, zum Beispiel Lichtanlagen, aufhängen.

Über die Baupläne hat die AG Hallenstadion am Montag im Rahmen ihrer Generalversammlung berichtet. Das Unternehmen schloss das Geschäftsjahr 2024 mit einem Umsatz von 174 Millionen Franken und einem Gewinn von 892 000 Franken. Beide Werte liegen leicht unter denen des Vorjahrs.

Der Kantonsrat will Kirchen die Unterstützung muslimischer Gemeinden untersagen

Die Bürgerlichen wehren sich dagegen, dass ein Teil der kantonalen Gelder an nicht anerkannte Gemeinschaften weitergegeben wird

ANDREA MARTI

Eigentlich ist die Schweiz seit ihrer Gründung 1848 ein säkularer Staat, doch einige Überbleibsel aus vergangenen Zeiten gibt es doch. Eines davon ist das Prinzip der staatlich anerkannten Kirchen, die auch staatliche Gelder erhalten – zusätzlich dazu, dass der Staat für sie die Kirchensteuer eintreibt. Im Kanton Zürich sind die katholische, die reformierte, die christkatholische Gemeinde sowie die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde staatlich anerkannt, der Kanton überweist ihnen jährlich 50 Millionen Franken.

Davon wollten die reformierte und die katholische Kirche einen Teil an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften weitergeben: Sechs Jahre lang sollte jedes Jahr eine katholische und eine reformierte Million an andere Glaubensgemeinschaften gehen, vor allem an muslimische und christlich-orthodoxe Organisationen. Nur: Der Kantonsrat stört sich daran – und will nun verbieten, dass Gelder weitergegeben werden dürfen. Das hat das Parlament am Montag entschieden, nachdem SVP und FDP eine parlamentarische Initiative zum Thema eingebracht hatten. Ein erster Anlauf war im Februar im Kantonsrat noch gescheitert.

Kritik an politischer Betätigung

Die SVP-Kantonsrätin und Initiantin Christina Zurfluh Fraefel (Wädenswil) sagte zur Initiative: «Die Weitergabe der Gelder an unabhängige Dritte widerspricht dem Gedanken dieser Zahlungen.» Deshalb, so verlangen es SVP und FDP in der Initiative, sollen die Kirchen nur Geld an Organisationen weitergeben, die sich weder politisch noch religiös betätigen. Das bedeutet: Die muslimischen und die christlich-orthodoxen Gemeinden, die vor allem profitiert hätten, gehen leer aus.

Das kritisierte Florian Heer (Grüne, Winterthur). Die Grünen hätten die muslimischen und christlich-orthodoxen Gemeinden angehalten, die Millio-



Die katholische und die reformierte Kirche erhalten am meisten Geld. Im Bild: Kirche St. Agatha in Dietikon. MATHIAS FÖRSTER / CH MEDIA

nen der anerkannten Kirchen zu nutzen, um demokratische Strukturen zu schaffen. Der Vorstoss hindere die Demokratisierung dieser Gemeinden. Heer ist deshalb überzeugt: «Diese Initiative hat zum Ziel, die muslimische und die orthodoxe Gemeinschaft zu schwächen.»

Auch Manuel Sahli (AL, Winterthur) sprach sich gegen die Initiative aus. Er nahm Bezug darauf, dass sich die Kirchen bei der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative klar für das Ja-Lager eingesetzt haben – was ihnen von bürgerlicher Seite viel Kritik eingebracht hatte. «Diese Vorlage ist ein Maulkorbgesetz. Die Initianten wollen die Kirchen zum Schweigen bringen.»

Dieser Kritik widersprach René Isler (SVP, Winterthur). Es gehe bei dieser Vorlage keineswegs um die Diskriminierung von nicht anerkannten Gemeinschaften. «Die anerkannten Gemeinschaften müssen jedes Jahr hier im Saal geradestehen, die nicht anerkannten tun das nicht. Wollen wir nicht anerkannte Gemeinschaften auch unterstützen, muss das unter denselben Bedingungen geschehen wie bei den anerkannten.»

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) forderte ebenfalls, dass es klare Regelungen für nicht anerkannte Religionsgemeinschaften brauche. Mit der heutigen Lösung, bei der die anerkannten Gemeinschaften «Durchlauferhitzer für staatliche Gelder» seien, sei die GLP nicht zufrieden.

Die parlamentarische Initiative wurde schliesslich mit 97 Stimmen vorläufig unterstützt, 60 waren mindestens nötig.

Weiter diskutierte der Kantonsrat, ob die Kirchen verpflichtet werden sollten, stets darauf hinzuweisen, wenn sie ein Programm oder eine Organisation finanziell unterstützen. Wenn umgekehrt die Organisation, die Geld erhalte, nicht auf dessen staatliche Herkunft hinweise, solle sie kein Geld erhalten dürfen.

Ein solcher Hinweis sei «Ausdruck eines modernen Governance-Verständnisses», so begründete der Mitinitiant Mario Senn (FDP, Adliswil) diese zweite parlamentarische Initiative. So wiesen etwa manche Schulen, die von der reformierten Kirche mitgetragen würden,

nicht aus, dass diese wiederum vom Kanton unterstützt werde – oder gäben sogar an, keine staatliche Gelder zu erhalten. So werde staatliche Unterstützung verschleiert. «Das genügt modernen Governance-Standards einfach nicht.»

Der Vorstoss von SVP und FDP wurde von links kritisiert. Donato Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen) sagte: «Diese Forderung zeugt von einem grossen Misstrauen gegenüber diesen Institutionen.» Schliesslich sei bei einem Projekt egal, woher Hilfe komme. «Hauptsache, es wird geholfen.» Auch Sonja Gehrig sprach sich gegen den Vorstoss aus. Er Sorge für einen grossen Zusatzaufwand, der nicht gerechtfertigt sei. Die Zahlung an die Kirche sei ein Pauschalbefehl, kein Leistungsauftrag. Was technisch klingt, bedeutet: Es ist nicht festgelegt, wofür die Kirchen die Gelder des Kantons ausgeben dürfen. Trotzdem wurde die Initiative mit 86 Ja-Stimmen unterstützt, 60 waren nötig.

Alle vier Jahre neu gesprochen

Schliesslich debattierte der Rat noch, in welchem Abstand der Rahmenkredit für die Kirchen jeweils gesprochen werden soll. FDP und SVP forderten in einer dritten parlamentarischen Initiative, dass dieser Kredit statt alle sechs Jahre alle vier Jahre bewilligt werden solle. Christina Zurfluh Fraefel sagte, es sei nicht mehr angebracht, dass der Kantonsrat nur jede zweite Legislatur über den Kredit entscheiden könne. «Weil diese Beiträge im Rat und in der Bevölkerung inzwischen so umstritten sind, ist das nicht mehr angebracht.»

Florian Heer argumentierte dagegen, die Sechsjahresperiode gebe den Kirchen Planungssicherheit, entferne sie von tagesaktuellen Themen und entpolitisiere die Beiträge. «Die Religionsgemeinschaften brauchen genau diese Ruhe.» Doch seine Argumente fielen nicht auf fruchtbaren Boden. Nur die AL, die EVP und die Grünen folgten ihm. Die Initiative wurde mit 135 Ja-Stimmen vorläufig angenommen, 60 wären nötig gewesen.

Eine gewichtige Stimme im Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

Der ehemalige ETH-Professor Kurt R. Spillmann ist im Alter von 88 Jahren gestorben

ANDREAS WENGER

«Wie kann es sein», fragte Kurt R. Spillmann in seiner Abschiedsvorlesung vor mehr als zwanzig Jahren im Audimax der ETH Zürich, «dass wir nicht wissen, wie wir die Menschen davon abhalten können, sich gegenseitig in immer wieder neuen Ausbrüchen der organisierten Gewalt Leid anzutun?»

Die Frage könnte heute aktueller kaum sein. Sie umreisst zugleich den Kern des breitgefächerten akademischen Schaffens, das Spillmann auszeichnete. Die gesamtheitliche Suche nach den Hintergründen des menschlichen Konflikthandelns beschäftigte ihn zeit seines Lebens.

Inspirierender Hochschullehrer

Spillmann wurde 1937 in Zürich geboren, studierte Geschichte in Zürich, Rom und New Haven und habilitierte 1978 mit der Studie «Amerikas Ideologie des Friedens». Als Titularprofessor für neuere Geschichte an der Universität Zürich beschäftigte er sich intensiv mit der amerikanischen Aussenpolitik im Kalten Krieg.

1986 wurde er zum ordentlichen Professor für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich gewählt, wo er pionierhafte Arbeit zum Verständnis des komplexen Spannungs-

feldes zwischen Konflikt und Kooperation – zwischen Menschen, Gesellschaften und Staaten – leistete. Als Forscher verknüpfte er geistes-, sozial- und naturwissenschaftliche Erkenntnisse, um die Ursachen von Kriegen zu verstehen und darauf abgestimmte Organisationsformen von Frieden und Sicherheit zu ergründen.

Als Hochschullehrer pflegte und schätzte er den Austausch mit jungen Menschen. Mit Begeisterung vermittelte er, dass es im Studium auch darum ging, im Dialog eine eigene Position zu entwickeln. Legendär waren seine For-



Kurt R. Spillmann
1937–2025

schungsseminare in Wildhaus, die nicht wenigen Studierenden ganz neue Sichtweisen auf ihre Themen eröffneten und bisweilen auch Freundschaften fürs Leben mit sich brachten. Als Förderer und Forderer prägte er eine ganze Generation von Studierenden: Seine Freude an der Forschung war ansteckend, seine Sorg-

falt in der wissenschaftlichen Arbeitsweise vorbildlich. An sein Engagement in der Lehre, seine Ratschläge in der Forschung und seine Fähigkeit, Türen zu national und international gewichtigen Gesprächspartnern zu öffnen, werden sich viele seiner Schülerinnen und Schüler mit grosser Dankbarkeit erinnern.

Passionierter Brückenbauer

Spillmanns Selbstverständnis als Brückenbauer beschränkte sich nicht auf seine Rolle als Vermittler zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen. Als Bürger und öffentlicher Intellektueller hat er den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über viele Jahre hinweg wie kaum ein Zweiter geprägt.

Viele erinnern sich noch heute an seine einordnenden Analysen in Fernsehen und Radio während geopolitischer Krisen. Er argumentierte überlegt und ruhig und vermochte die einzelnen Ereignisse in ihren grösseren Zusammenhängen zu verorten. Sein Blick auf das grundlegende Dilemma der menschlichen Situation zwischen Krieg und Frieden sowie zwischen Freiheit und Sicherheit bildete eine Brücke zur interessierten Öffentlichkeit und wirkte vorschnellen Urteilen trotz unverständlich erscheinenden Gewaltausbrüchen entgegen. Ebenso wichtig war Spillmanns Engagement als Brückenbauer

zwischen Wissenschaft und Politik. In den sicherheitspolitischen Debatten blieb er über Jahrzehnte eine gewichtige Stimme. Seine Erfolge beim Aufbau eines institutionalisierten Dialogs zwischen dem Bund und der ETH Zürich in den Bereichen der Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wirken bis heute nach.

Mit seiner Professur verankerte Spillmann das Fach Sicherheitspolitik und Konfliktforschung in der schweizerischen Hochschullandschaft. Als Oberst der Schweizer Armee war er in der Ära des zu Ende gehenden Kalten Krieges prädestiniert, die wissenschaftliche Grundausbildung der Berufsoffiziere als Vorsteher der damaligen Abteilung für Militärwissenschaften neu auszurichten und zu modernisieren. Die Etablierung der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich war eine seiner weitreichendsten Errungenschaften. Es freute ihn sehr, dass nach seiner Emeritierung im Juli 2002 beide Forschungsgebiete in neuen Professuren weitergeführt wurden. Seine Arbeit an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik wurde im Center for Security Studies (CSS) nahtlos fortgesetzt.

Kurt R. Spillmanns Wirken stellt bis heute die Richtschnur der Tätigkeiten des CSS dar. Es erfüllte ihn denn auch mit grosser Genugtuung, als das CSS als Kompetenzzentrum für schweizerische und inter-

ationale Sicherheit vom Bundesrat 2020 zu einer «nationalen Aufgabe» aufgewertet wurde. Viele seiner ehemaligen Schülerinnen und Schüler führen heute sein Vermächtnis in Bund und Wissenschaft weiter.

Im Zentrum der Mensch

In seinen weitverzweigten Tätigkeitsfeldern ebenso wie im sozialen Rahmen stellte Kurt R. Spillmann stets den Menschen ins Zentrum. Sein besonderes Interesse galt den psychologischen, evolutions- und neurobiologischen Hintergründen der *Conditio humana* – ein Interesse, das er mit seiner Ehefrau, der Psychoanalytikerin Kati Spillmann, teilte.

Als couragierter und kultivierter Wissenschaftler hat er weit über die Schweiz hinaus Anerkennung gefunden. Als inspirierender und auch an seinem Gegenüber stets interessierter Gesprächspartner und als wacher Beobachter der Schweiz in der Weltpolitik wird er uns in bester Erinnerung bleiben. Am 23. Mai 2025 ist Kurt R. Spillmann verstorben.

Eine Trauerfeier für Kurt R. Spillmann findet am Mittwoch, 4. Juni, um 15 Uhr im Zürcher Grossmünster statt.

Andreas Wenger ist Professor für internationale und schweizerische Sicherheitspolitik an der ETH Zürich. Seit 2002 ist er Direktor des Center for Security Studies, das Spillmann gegründet hatte.

Gefahr vom Untergrund

Der Fischer Adrian Gerny fährt jeden Tag hinaus auf den Zürichsee, ein harter Job – und jetzt droht eine Quagga-Muschel-Plage

ROBIN SCHWARZENBACH (TEXT),
ANNICK RAMP (BILDER)

Drei Schläge auf den Kopf, dann ist der Fisch tot. Adrian Gerny wirft ihn zu den anderen Exemplaren, die er aus dem Zürichsee gezogen hat: Felchen, Hechte, Egli. Sie liegen in einer Plastikkiste, die mit Eiswürfeln gefüllt ist. Die Uhr zeigt kurz nach halb sechs. Für Gerny ist es bereits die zweite Ausfahrt an diesem Novembervormorgen. Schwarz liegt der See in seinem Becken. Gernys Boot, ein langgezogener, grüner Kahn aus Metall, befindet sich auf der Höhe der Blatterwiese beim Zürichhorn. Möwen kreischen. Es windet leicht. Und es ist kalt. Der Fischer trägt Fischerhosen, einen dicken Allwetterpullover, Mütze, Stirnlampe, Handschuhe.

Die Lichter der Stadt leuchten vom Ufer herüber. Eigentlich ein schöner Moment. Doch Gerny hat keinen Sinn für Romantik. Er muss Fische fangen. Drei Schläge auf den Kopf, der nächste Egli landet in der Eiskiste. Fisch aus dem Zürichsee, gefangen von einem Zürcher Fischer – ein schönes Bild. Aber wie lange wird es das noch geben?

Zu wenig Nährstoffe

Auf dem Zürcher Teil des Zürichsees gehen zehn Berufsfischer dieser Arbeit nach. Gerny ist einer von ihnen. Er ist 37, Präsident des Regionalverbands der Berufsfischer Zürich- und Walensee – und einer der Letzten seiner Art. Auf dem Greifensee hat ein Fischer vor einem Jahr den Job aufgegeben und seinen Laden in Riedikon gleich mitverkauft. Seither war die Pacht verwaist. Ab Oktober wird der zweitgrösste See des Kantons wieder bewirtschaftet werden, zumindest im Winterhalbjahr. Von einem Fischer, der sonst auf dem Zürichsee unterwegs ist. Er war der einzige Bewerber. Auf dem Pfäffikersee ist die Situation ähnlich.

Der Beruf ist in einer existenziellen Krise. Niemand will mehr Fischer werden. Für Gerny ist klar, warum: Berufsfischer arbeiten sehr viel. Der Job widerspricht jeglicher Vorstellung von Work-Life-Balance. Oder von dem, was man sich sonst so wünschen würde für ein angenehmes Leben. Freizeit? Ausgehen mit Freunden? Eine Viertageweche bei voller Bezahlung? Fehlzanzeige. Und es gibt ein weiteres Problem.

Der Zürichsee gilt schon fast als zu sauber. Sein Wasser enthält nur knapp genügend Nährstoffe. Wenig Phytoplankton bedeutet wenig tierisches Plankton wie Kleinkrebse oder Wasserflöhe, die ihrerseits auf Phytoplankton angewiesen sind. So haben auch Larven und ausgewachsene Fische mitunter zu wenig zu fressen. Und Fische, die Fische fressen. Die Nahrungskette unter Wasser ist brüchig. Diese labile Lage könnte sich weiter verschlechtern. Denn seit dem vergangenen Jahr ist klar: Die Quagga-Muschel hat den Zürichsee erreicht. Das gefräßige Tierchen gilt als Phytoplankton- und Phosphat-Vernichter.

Ausserdem breiten sich die Muscheln sehr schnell aus. Und sie kleben sich überall fest. Am Bodensee und am Bielersee ist bereits von einer Plage die Rede. Fischer beklagen, dass sich die Eindringlinge zu Tausenden in den Netzen verfangen und diese beschädigen. Für Gerny und seine Kollegen auf dem Zürichsee bedeutete ein solches Szenario: mehr Verschleiss beim Material, mehr Arbeit, weniger Fisch, weniger Rendite, noch mehr Unwägbarkeiten.

Es wäre ein harter Schlag in einem ohnehin schon harten Beruf. Gerny sagt: «Das ist katastrophal. Die Quagga-Muschel wird die Fischerei in den nächsten Jahrzehnten am meisten beschäftigen.» Der Kanton ist ebenfalls besorgt. Die Fischereiverwaltung teilt mit: Man könne nicht ausschliessen, dass das gravierende Folgen für das Ökosystem haben werde. Ein Blick auf die Grossen Seen in Nordamerika verheisst nichts Gutes. Dort haben Quagga-Muschel-Massen seit den 1980er Jahren die Nährstoffe für die anderen Lebewesen dramatisch reduziert.



Frühmorgens auf dem Fischerkahn von Adrian Gerny. Die Lichter der Stadt leuchten herüber. Egli gehen ins Netz.

«Die Jugendlichen, die zu mir kommen, wollen nicht Fischer werden. Sie wollen ein bisschen fischen auf dem See.»

Adrian Gerny
Berufsfischer

Im Zürichsee ist es noch nicht so weit. Noch treten die Schalentiere erst an einzelnen Stellen auf. Noch lassen sie ihre Umwelt und damit auch die Berufsfischer in Ruhe.

20-Stunden-Tage

Adrian Gerny fährt jeden Tag hinaus auf den See. Von Montag bis Samstag und auch am Sonntagabend, um die Netze für den nächsten Fang auszulegen. In vier oder fünf Tagen in der Woche würde er kaum genug fangen, um davon leben zu können. «Im Sommer stehe ich um zwei Uhr morgens auf. Das ist Teil vom Business», sagt er. Dazu brauche es Härte und Selbstdisziplin. Nicht gerade das, wodurch sich viele Junge heutzutage auszeichneten.

Anfragen gibt es zwar immer wieder. Kürzlich haben sich zwei Sekundarschüler bei Gerny erkundigt, ob sie bei ihm die Lehre machen könnten. Es ist nichts daraus geworden, wie in den vergangenen Jahren auch nicht. «Die Jugendlichen, die zu mir kommen, wollen nicht Fischer werden. Sie wollen ein bisschen fischen auf dem See», sagt Gerny. Mit solchen Vorstellungen haben die Realitäten des Fischerberufs wenig zu tun.

Hinzu kommt: Minibetriebe wie Gernys Zürichseefisch GmbH machen alles selber. Sie fangen Fisch, waschen, filetie-

ren und verpacken ihn, vermarkten und verkaufen ihre Ware und liefern sie aus. Häufig noch am selben Tag. Und dann müssen die Netze bereits wieder ausgelegt werden. Gerny sagt: «Da nimmt der Tag kein Ende, wenn du nicht schon in der Nacht anfängst.» Manchmal arbeite er zwanzig Stunden am Stück.

Fischen ist Glückssache

Gerny hat seinen Betrieb selber aufgebaut. Er fischt auf eigene Rechnung, er allein trägt das Risiko. Gewaschen, verarbeitet und zum Teil tiefgefroren werden seine Fische in der eigenen Fischverarbeitung beim Campingplatz in Wollishofen. Dort stehen auch seine beiden Kühlfahrzeuge. Er lebt mit seiner Freundin zusammen. Das Paar hat keine Kinder. «Für eine junge Familie wäre es hart. Ich lebe für meinen Beruf», sagt der Fischer.

Er greift zum Knüppel. Ein Zander wird getötet. Dann eine Brachse. Es sind stattliche Exemplare, und das ist kein Zufall. «Ich fische mit grossen Maschen», sagt Gerny, während er sich an einem seiner Netze zu schaffen macht. Der Vorteil: Kleinere Fische schwimmen hindurch, dickere bleiben hängen. Je grösser, desto besser. So müsse er später weniger filetieren, um auf eine anständige Menge zu kommen. «Das ist effizienter», sagt der

Fischer. Und es ist nachhaltig. Davon ist Gerny überzeugt. Jüngere Fische sollen seinen Netzen entgehen, damit sie laichen und dann an Masse zulegen können. Mit dieser Methode könne man den See gar nicht überfischen, sagt der Fischer.

Ein weiteres Netz wird eingeholt. Es ist 180 Meter lang, im Wasser hängt es wie ein Vorhang. Es ist leer. Das kommt vor, vor allem im Winter. Gerny sagt: «Das bedeutet nicht, dass es hier keine Fische hat. Vielleicht bewegen sie sich einfach nicht. Sie müssen Energie sparen, da sie weniger zu fressen haben als im Sommer.» Hundert Meter weiter kann es ganz anders sein. «Es ist auch ein Ausprobieren», sagt der Fischer.

Zwölf Netze hat Gerny draussen an diesem Vormittag. Eine Garantie für einen guten Fang ist das nicht. Das Geschäft ist volatil. Schlechte Tage gehören dazu. Wenn Fische laichen und die Jungfische zu wenig Nahrung vorfinden, kann auch eine ganze Saison schlecht ausfallen. «Das sollte man überbrücken können», sagt Gerny. Also von den Reserven leben, falls nötig. Wie ein Egli im Winter.

Ob er das auch könne? «Ich muss – sonst wäre ich in dem Job verloren», antwortet der Fischer. Das sei halt so in der Natur. Mal laufe es besser, mal schlechter. Gernys Bilanz an diesem Novembervormorgen: 45 Kilogramm. Den grössten Anteil steuern verkaufstarke Egli und Hechte bei. Ein guter Fang für diese Jahreszeit. An einem Dienstagmorgen Ende Mai ist es fast doppelt so viel: 80 Kilogramm Felchen, ins Netz gegangen zwischen Oberrieden und Herrliberg.

Der Fischer und seine beiden Mitarbeiter in der Fischverarbeitung in Wollishofen haben alle Hände voll zu tun. Vor wenigen Tagen hat die Sommersaison angefangen. Jetzt sind die Fische aktiver und können daher leichter gefangen werden. Auch die Nachfrage ist grösser als im Winter. Gerny beliefert «Fischer's Fritz» nebenan. Und die übrigen Betriebe von Michel Péclard: Das Imperium des Zürcher Gastronomen ist Gernys grösster Kunde. Der Fischer verkauft seinen Fisch auch an die Kantine von Swiss Re am Mythenquai. Und der Migros. Privatleute bestellen ebenso bei ihm wie Fischhändler, die seine Ware dann auf dem Wochenmarkt feilbieten.

Woher sind die Knusperli?

Allein, Fisch aus dem Zürichsee ist ein Nischenprodukt. Auf dem Bürklimarkt kann man neben Gernys Filets auch gezüchtete Forellen oder Saiblinge kaufen. 100 Gramm Egli aus dem Zürichsee kosten 6 Franken 80. Ebenfalls im Angebot: Bio-Lachs aus Irland, etwas günstiger (6 Franken 50).

An der Fischtheke der Migros Limmplatz wiederum müssen sich Filets von Felchen aus dem Zürichsee (4 Franken 95) gegen Pulpo, Crevetten, Scampi, Lachs, Wolfsbarsch, Seeteufel, Seezunge, Kabeljau, Heilbutt und Dorade aus dem Ausland behaupten. Und gegen gezüchtete Egli, Zander und Forellen aus der Region. Ein paar Schritte weiter im Laden stehen Fertigprodukte im Tiefkühlregal. Zum Beispiel Alaska-Seelachs-Filets. 400 Gramm für 6 Franken 95 – rund ein Viertel des Preises für frischen Fisch vom Markt.

Auch bei Klassikern im Restaurant kann man nicht davon ausgehen, dass der Fisch aus dem Zürichsee stammt: Egli-Knusperli verkaufen sich immer gut. «Aber das bedeutet nicht, dass der Fisch von hier ist», sagt Gerny. Und so weichen etliche Gastronomen auf andere Lieferanten aus, gerade in schwachen Egli-Jahren wie 2024. Zucht-Egli sind immer verfügbar. Wildfang-Egli nicht.

Gerny sagt: «Das fasziniert mich an meinem Beruf: Die Natur zeigt uns immer wieder, wie klein wir eigentlich sind.» Wenn der See nicht wolle, dann gebe es halt keinen Fisch. «Das erdet einen», sagt der Mann, der bei aller Härte vielleicht doch einen Sinn für Romantik hat und innehalten kann.

Ob sein Beruf auf dem Zürichsee eine Zukunft hat, weiss er nicht. Als Fischer lebe man auch von der Hoffnung, sagt Gerny. Er höre erst dann auf, wenn es nicht mehr gehe. «Und keine Sekunde früher.»

BESTATTUNGEN UND BESETZUNGEN

Stadt Zürich
Bevölkerungsamt

Stadthaus, Stadthausquai 17, 8001 Zürich
Telefon 044 412 40 00
www.stadt-zuerich.ch/bestattungsamt

Dienstag, 3. Juni 2025

Morant geb. Heinrich, Irma Silvia, Jg. 1947, von Zürich, Oberbüren SG und Unterägeri ZG, Gattin des Morant-Heinrich, Willi Ernst,

8055 Zürich, Friesenbergstrasse 115. – 10.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Uetliberg.

Mittwoch, 4. Juni 2025

Huser Malik geb. Huser, Beatrice Patricia, Jg. 1961, von Zürich, Seelisberg UR, 8037 Zürich, Rousseaustrasse 91. – 13.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Höggerberg, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Höggerberg.

Hutter geb. Blamo, Julia, Jg. 1941, von Diepoldsau SG, 8003 Zürich, Saumstrasse 18. – 10.30 Uhr Erdbestattung im Friedhof Fluntern, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Fluntern.

Stach geb. Friedl, Theresia, Jg. 1936, von Glarus Süd GL, verwitwet von Stach-Friedl, Viktor, 8046 Zürich, Fronwaldstrasse 106. – 10.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Affoltern, anschliessend Abdankung in der ref. Kirche Unterdorf.

Ausgang

Immer enger, leise, leise,
Ziehen sich die Lebenskreise,
Schwindet hin, was prahlt und prunkt,
Schwindet Hoffen, Hassen, Lieben,
Und ist nichts in Sicht geblieben
Als der letzte dunkle Punkt.

Theodor Fontane

NZZ

Reisen

Mähren - auf den Spuren der Fürsten von Liechtenstein

Buchung und Information:
+41 41 418 65 82
thomas.marti@arcatour.ch, reisen.nzz.ch



Reisepartner:
Arcatour

Datum:
23. bis 27. Juni 2025

Teilnehmer/innen:
mind. 16, max. 22 Personen

Preis:
ab Fr. 4980.–
(EZ-Zuschlag Fr. 330.–)

Die fürstliche Familie von Liechtenstein, Mitglied des europäischen Hochadels, zeichnet sich seit Jahrhunderten als Mäzene und Liebhaber der bildenden Kunst aus. Ihre Schlösser Valtice und Lednice sind Weltkulturerbe und Erinnerung an einen raffinierten, kunstsinnigen Lebensstil. Auf dieser Reise besuchen Sie Zeugen, die mit der Familiengeschichte in Verbindung stehen, wie die Kunstsammlungen des fürstlichen Hauses in Wien.

- Highlights:**
- Private Konzerte: Klassik, Sakral, Folklore im besonderen Ambiente
 - Dinner in der romantischen Hansenburg
 - Begegnung mit gräflicher Familie im Schloss Loosdorf
 - Fürstliche Kunstsammlungen in prunkvollen Räumen



NZZ

Shop

shop@nzz.ch
+41 44 258 13 83



Gemütliche Sitzauflagen für Balkon, Küche oder Terrasse.

Noch ein Highlight für Balkon, Küche oder Terrasse gesucht? Vielseitig kombinierbar kommen die bequemen Outdoor- und Sitzkissen auf der Bank, dem Stuhl oder im Strandkorb perfekt zum Einsatz. Die schöne Farbkombination und die angenehme Haptik machen das Kissen zu einem attraktiven Wohnaccessoire, das im Sommer auch auf dem Balkon und der Terrasse für Wohnlichkeit sorgt.

Bezug aus 100% Polyester, Füllung aus Schaumstoff, Bezug abnehmbar und waschmaschinentauglich, Masse Outdoorkissen: 45 x 45 cm (L x B), Masse Sitzkissen: 40 x 40 x 5 cm (L x B x H), *Remember.*

Outdoorkissen, Preis: je CHF 49.–* / CHF 54.–
Sitzkissen, Preis: je CHF 30.–* / CHF 35.–

*Sonderpreise für Abonentinnen und Abonnenten



Outdoorkissen Blueberry

Sitzkissen Blueberry



Wasabi

Peanut

Cranberry

Wasabi

Peanut

NZZ
GESCHICHTE

Shitstorm,
1990

Geschichte schreibt Gegenwart

Abonnieren Sie jetzt das Magazin «NZZ Geschichte» und lesen Sie, welche historischen Ereignisse uns bis heute prägen.

Jetzt bestellen:
go.nzz.ch/geschichte5



«Am Berg kann man sich als selbstwirksam erleben»

Der deutsche Soziologe Hartmut Rosa erklärt, weshalb wir uns nach Abenteuern sehnen. Im Gespräch mit Stephanie Geiger sagt er, welche Erfahrungen in den Bergen tatsächlich Sinnhaftigkeit stiften

Herr Rosa, woher rührt Ihre persönliche Leidenschaft für die Berge?

Ich liebe Berge in jeglicher Hinsicht, im Sommer genauso wie im Winter. Mit den Eltern bin ich immer in die Schweiz gefahren, ins Berner Oberland. Und ich erinnere mich noch gut an einen Aufenthalt in Mürren: Eiger, Mönch, Jungfrau im Sommer, voll Schnee und Eis. Unbeschreiblich. Berge sind für mich seitdem ein Sehnsuchtsziel.

Sehnsucht im Sinne von Eskapismus?

Ich verbinde damit eher ein Gefühl von Geborgenheit. Wissen Sie, was eigenartig ist?

Erzählen Sie.

Neben Bergen sind auch Sterne eine grosse Leidenschaft von mir. Ich war noch jung, im Abitur-Alter, als ich gefragt wurde, ob ich Astronaut oder Bergsteiger werden wolle.

Wären das Optionen gewesen?

Nein. Es ist eine andere Leidenschaft, als unbedingt dorthin gehen zu wollen. Die Vorstellung, ich müsste auf den Mount Everest steigen, lockt mich überhaupt nicht.

Immer mehr Menschen zieht es in die Natur, sie versuchen am Mount Everest ihr Glück, obwohl sie vorher nicht einmal auf einen niedrigen Berg gewandert sind. Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Unsere Art, mit den Bergen umzugehen, hat sich in den vergangenen Jahrhunderten stark verändert. Früher fuhren die Menschen in Kutschen über die Alpen, und sie zogen die Vorhänge zu, um die Landschaft, die sie schrecklich, weil lebensbedrohlich fanden, nicht sehen zu müssen. Heute begreifen wir das Gebirge als Gegensphäre zu unserem gesellschaftlichen Durcheinander.

Was ist denn durcheinandergeraten in unserem Leben?

Der Mensch begreift sich nicht mehr als Handelnder, sondern als Vollziehender. Selbst beim Kochen gibt einem der Thermomix genau vor, was wann genau zu tun ist. Das verstärkt die Sehnsucht, autonom zu handeln.

Am Mount Everest ist man aber nicht mehr autonom, sondern am Fixseil und mit Sherpa-Begleitung unterwegs.

Zumindest kann man dort aber beweisen, wie leistungsfähig man ist: «Ich schaffe das. Ich bezwinde mich, und ich bezwinde den Berg.» So lässt sich auch die Zahlen-Obsession, die parametrische Optimierung im Bergsport erklären. Man vergleicht sich ständig und versucht sich zu steigern.

Das allein dürfte die Menschen nicht reizen.

Das Gebirge ist auch eine Resonanzsphäre. Resonanz steht immer in einem Wechselverhältnis mit Unverfügbarkeit. Jeder, der am Berg unterwegs ist, hat mit sehr vielen Unverfügbarkeiten zu tun: mit dem Wetter, das umschlagen kann; mit Lawinen, Steinschlag und Felsstürzen, die uns das Gefühl geben, der Berg selbst lebe und agiere; und mit den unvorhersehbaren Reaktionen des eigenen Körpers, der an seine Grenzen kommt. Und wir wissen, dass man auch Glück haben muss, um den Gipfel oder das gewählte Ziel zu erreichen. Am Berg kann man sich als selbstwirksam erleben. Man begegnet einem anderen Ich, das nicht mit dem Vollziehen von Vorgaben, Programmen, Zeitplänen beschäftigt ist, sondern sich an einer harten, physisch widerständigen Materie abarbeitet. Damit muss man sich auseinandersetzen. Etwas berührt mich, macht etwas mit mir. Wir spüren uns buchstäblich, leben in einer lebendigen, atmenden Umwelt. Das meine ich mit Resonanz.



«Der Versuch der Moderne, die Welt verfügbar zu machen, hat paradoxerweise monströse Unverfügbarkeit erzeugt, wie sie uns in der Klimakrise, der nuklearen Bedrohung, sogar den Finanzmärkten begegnet», sagt Hartmut Rosa.

PHILIPPE MATSAS / KEYSTONE

Aber nur weil ich mich als handelnde Person erlebe, muss mich das ja noch nicht berühren.

Richtig, dafür muss man auch bereit sein, sich berühren zu lassen, offen sein für die Eigenlogik des Gebirges. Selbstwirksamkeit hat unterschiedliche Dimensionen. Alles zu beherrschen, verhindert Resonanz. Ich unterscheide drei Resonanzerfahrungen: die soziale, also Liebe und Freundschaft; die materiale, wenn ich zum Beispiel einen Kuchen backe, der gut schmeckt; und die vertikale, also eine existenzielle Begegnung, die Menschen beispielsweise in der Religion machen. Bergsteigen ist allein schon physisch eine vertikale Resonanzerfahrung. Aber da ist auch diese Naturkraft, die mich ruft.

Vermutlich fühlt sich nicht jeder vom Berg gerufen.

Eine Garantie der Resonanzerfahrung habe ich in der Natur nie. Aus vielen Gesprächen weiss ich, dass Bergsteiger für sich in Anspruch nehmen, durch ihre Selbstwirksamkeit verwandelt zu werden. Resonanz lässt sich nicht erzwingen. Auch nicht bei den vielen Versprechungen der Tourismusindustrie. Oft wird einem da eine warenförmige Verfügbarkeit vorgegaukelt. Nehmen wir das Polarlicht. Ich fahre an den Polarkreis, aber ausgerechnet dann, wenn ich dort bin, sind keine Polarlichter zu sehen. Und noch viel wichtiger: Vielleicht sind sie sogar zu sehen, aber ich bin nicht in der richtigen Stimmung. Sie sagen mir nichts, ich wünsche, ich wäre im warmen Bett. Dass Erwartungen nicht erfüllt werden, ist ein Problem des Kapitalismus – er lebt davon. Die Folge ist dann, dass man bereits in den Ferien schon die nächsten Ferien plant, weil die Erwartungen und Hoffnungen nicht erfüllt wurden.

Am Mount Everest werben die Agenturen mit Yogakursen und einer exzellenten internationalen Küche auf Sternenniveau im Basislager. An sämtlichen Achttausendern liegen mittlerweile Fixseile vom Basislager bis zum Gipfel. Und zum Gipfel aufgestiegen wird, wenn der Meteorologe am anderen Ende der Welt den Startschuss dazu gibt.

Man ist so dermassen in einem Vollzugsmodus, dass man auch das Bergstei-

«Dass Erwartungen nicht erfüllt werden, ist ein Problem des Kapitalismus – er lebt davon.»

Zeitsoziologie und Gesellschaftskritiker

sge. · Hartmut Rosa gehört zu den gefragtsten deutschsprachigen Soziologen. Der 59-Jährige lehrt an der Universität Jena und leitet das Max-Weber-Kolleg in Erfurt. Er beschäftigt sich mit Zeitsoziologie und Gesellschaftskritik. Seine Theorie der sozialen Beschleunigung beschreibt, wie sich das Tempo des Lebens technologisch, sozial und kulturell ständig steigert. Weil Menschen weniger tiefgehende Beziehungen zu ihrer Umwelt, ihren Mitmenschen und sogar zu sich selbst entwickeln, kann diese Beschleunigung laut Rosa zu Entfremdung und zu einem Gefühl der Rastlosigkeit führen. Als Gegenmittel zur entfremdenden Beschleunigung sieht Rosa die Resonanz. Damit meint er einen tiefen, sinnhaften Austausch mit der Umgebung, mit Menschen oder auch mit Dingen und damit einen Zustand des gelungenen Weltverhältnisses.

gen vollzieht. Man hatte sich ein existenzielles Erlebnis erhofft, diese Hoffnung erfüllt sich nicht, und dann steigt man auf einen noch höheren Berg, weil man meint, dann erfülle sich die Hoffnung. Hier kommt wieder der Thermomix ins Spiel. Man führt alles so aus, wie es ein anderer vorgibt.

Wie verstehen Sie Bergsteigen im Sinne Ihrer Resonanztheorie?

Der moderne Mensch kann heute fast alles machen. Wir sind extrem selbstwirksam, aber immer nur in Zusammenhang mit Technik. Auch politisch sind wir nicht wirksam. Wir haben eine starke Resonanzsehnsucht, erfahren sie aber nur selten. Wir erleben eine tiefe Krise der Selbstwirksamkeitserfahrung. Und bei unserer Suche nach der ultimativen Selbstwirksamkeitserfahrung überschreiten wir Grenzen. Beim Motorradfahren geben wir Gas, um zu zeigen, dass wir die Kontrolle haben. So ist das auch beim Skifahren. Und dieses Verlangen treibt einen auch auf Berge. Wir wollen dort die Erfahrung machen, dass wir die Welt unter Kontrolle bringen können, wenngleich wir ständig erfahren, dass die Welt eben nicht unter Kontrolle ist. Der Versuch der Moderne, die Welt verfügbar zu machen, hat paradoxerweise monströse Unverfügbarkeit erzeugt, wie sie uns in der Klimakrise, der nuklearen Bedrohung, sogar den Finanzmärkten begegnet.

Dabei wollen wir zugleich keine Risiken eingehen. Selbst bei einem Mikro-Abenteuer wollen wir das maximale Erlebnis haben.

Wir versuchen, mit der Unverfügbarkeit umzugehen. Auch bei Mikro-Abenteuern vollziehen wir nur Handlungsanweisungen, damit alles klappt. Das ständige Optimieren verhindert Resonanz. Resonanz erfahren wir nur als Handelnde, nicht als Vollziehende.

Letztlich sind wir maximal enttäuscht, weil wir das Abenteuer gar nicht so toll fanden.

Deshalb wollen wir die Grenzen weiter verschieben. Statt eines Mikro-Abenteurers muss es dann ein richtiges Abenteuer sein oder zumindest etwas, was wir dafür halten. Das hat die Moderne schon immer gekennzeichnet. Heute sehen wir das in einer Art sys-

tematischer Beschleunigung. Niemand kann mehr warten. Draussen am Berg dagegen wird die Zeit plötzlich wieder lang, sie dehnt sich. Pilgerwege sind so beliebt, weil man sich dort langsam bewegt. Beim Skifahren habe ich schon oft die Erfahrung gemacht, dass ich um 11 Uhr denke: «So, das reicht eigentlich für heute.» Aber der Skipass ist leider noch für fünf weitere Stunden gültig.

Paradox ist allerdings, dass auch das Bergsteigen beschleunigt wird. Der spanische Bergläufer Kilian Jornet schrieb im vergangenen Jahr Alpingeschichte, weil er die 82 Viertausender in nur 19 Tagen bewältigte. Tyler Andrews und Karl Egloff, ein schweizerisch-ecuadorianischer Bergführer, versuchten in der vergangenen Woche einen Geschwindigkeitsrekord am Mount Everest.

Dafür fehlt mir jegliches Verständnis. Wir übertragen die Steigerungslogik auf die Bergwelt. Damit verlieren die Berge alles, was man dort eigentlich sucht, nämlich eine Gegenerfahrung. Eine andere Weise des In-der-Welt-Seins geht dadurch verloren. Damit nehmen sich diese Menschen jegliche Möglichkeit, etwas anderes zu erfahren.

Zumindest die Profis wollen Geld verdienen, indem sie mit immer neuen Nachrichten Aufmerksamkeit erzeugen. Aber es gibt auch genug andere, die das Bergsteigen beschleunigen. Und die müssen nicht davon leben. Etwa die vier Briten, die von London nach Nepal flogen, auf den Everest stiegen und nach einer Woche wieder zurück in London waren. Beschleuniger geht es kaum noch. Die Messner/Habeler-Expedition brauchte 1978 insgesamt 99 Tage, um auf den Everest zu kommen.

Was wir heute sehen, ist eine Folge des gesellschaftlichen Sozialkomparatismus. Menschen vergleichen sich, treten in Wettstreit, besiegen einander. Worin wir uns vergleichen, worauf es ankommt, das kann ganz unterschiedlich sein. In der religiösen Gesellschaft zählt es, der Frömmste zu sein oder der Altruistischste. In anderen Gesellschaften zählt der Kriegstüchtigste. In unserer Gesellschaft wird der als besser erachtet, der im sozialen Wettstreit gewinnt. Interessant an der Beschleunigung beim Bergsteigen finde ich die schrankenlose Wettbewerbsorientierung auf einem wirklich fernen Feld, das nicht direkt etwas mit unserem alltäglichen Leben zu tun hat.

Und warum ausgerechnet am Mount Everest?

Das ist die höchste Grenze. Es geht nicht höher. Unser Begehren treibt uns an die Grenze zur Unverfügbarkeit. Dort finden wir oft die grösste Resonanz. Das Haustier lieben wir deshalb mehr als das Stofftier, weil das Haustier unberechenbar und un verfügbar ist. Der Mount Everest ist für die meisten un verfügbar und schickt denen, die es wagen, Lawinen und Steinschlag entgegen; er wird im Grenzkampf verfügbar. Wenn man nicht viel weiss über Berge, dann nimmt man den höchsten. Wer aber eine Resonanzbeziehung zum Mount Everest und zu den Bergen insgesamt hat, der macht nicht mit bei diesem Hype und dem Rennen.

Brauchen wir am Berg ein Tempolimit wie auf den Strassen?

Als bergaffiner Soziologe würde ich diese Steigerungslogik selbstverständlich einschränken wollen. Doch wie soll man das rechtlich durchsetzen? Wir müssen es kulturell schaffen, den Unsinn einzusehen, wie wir mit der Welt umgehen. Und selbst wenn ich in maximaler Beschleunigung auf drei Berge nacheinander steige, dann werde ich in keinem Fall in jene Resonanz kommen, nach der wir alle so sehr hungern.

Der Nasa fehlt der Kopf

US-Präsident Trump lässt den designierten Direktor Jared Isaacman, Milliardär und Amateurastronaut, in letzter Minute fallen

CHRISTIAN SPEICHER

«Jared wird die Mission der Nasa zur Entdeckung und Inspiration vorantreiben und den Weg für bahnbrechende Errungenschaften in der Weltraumwissenschaft, -technologie und -erkundung ebnen.» Mit diesen Worten begründete Donald Trump im Dezember seine Entscheidung, den Milliardär und Amateurastronauten Jared Isaacman für das prestigeträchtige Amt des Nasa-Direktors zu nominieren. Doch jetzt machte der amerikanische Präsident einen Rückzieher. Er entzog Isaacman das Vertrauen und zog dessen Nominierung zurück.

Die Entscheidung Trumps kommt überraschend. Vor zwei Monaten war Isaacman vom Senatsausschuss für Handel, Wissenschaft und Verkehr angehört worden und hatte einen guten Eindruck gemacht. Der Ausschuss sprach sich mit 19:9 Stimmen für seine Ernennung zum Nasa-Direktor aus. Für ihn hatten nicht nur einflussreiche republikanische Senatoren wie Ted Cruz aus Texas gestimmt, sondern auch vier demokratische Senatoren. Danach galt seine Ernennung als Formsache.

Musk ist sein Fürsprecher

Warum Trump die Nominierung von Isaacman trotz der breiten Unterstützung in letzter Minute rückgängig machte, ist unklar. Auf seinem Social-Media-Account «Truth Social» schreibt Trump, er ziehe die Nominierung «nach einer gründliche Überprüfung früherer Verbindungen» zurück. Die «New York Times» berichtet unter Berufung auf anonyme Quellen, Trump habe sich daran gestört, dass Isaacman in der Vergangenheit die demokratische Partei mit Spenden unterstützt habe.

Allerdings gibt es auch andere Lesarten. Auf dem Blog «Ars Technica» wird spekuliert, die Denominierung von Isaacman habe möglicherweise damit zu tun, dass sich das Verhältnis zwischen Trump und seinem Berater Elon Musk abgekühlt habe. Tatsächlich fiel die Entscheidung schnell, nur einen Tag nach-



Jared Isaacman hat den amerikanischen Senatsausschuss für Handel, Wissenschaft und Verkehr von sich überzeugt.

IMAGO

dem Trump und Musk das Ende ihrer Zusammenarbeit bekanntgegeben hatten. Musk gilt als Fürsprecher von Isaacman. Die beiden verbinden geschäftliche Interessen. Isaacman hatte seine beiden privat finanzierten Weltraumflüge mit einer Rakete und einem Raumschiff von SpaceX absolviert. Musk soll bei der Nominierung von Isaacman ein gewichtiges Wort mitgeredet haben. Bei der Anhörung vor dem Senatsausschuss hatte Isaacman jedoch versichert, er sehe keinen Interessenkonflikt.

Möglich ist auch, dass Trump an der Loyalität von Isaacman zweifelte. Bekanntermassen möchte Trump die amerikanische Raumfahrt stärker auf den

Mars ausrichten. Bei der Anhörung vor dem Senatsausschuss hatte Isaacman diesen Kurs unterstützt. Gleichzeitig versuchte er jedoch, die Bedenken namhafter Senatoren zu zerstreuen. Diese befürchten, Amerika könnte den Wettlauf zum Mond gegen China verlieren.

Nur halb so viel Geld

Auch bei der Beurteilung der Wissenschaft gibt es Reibungspunkte. Der detaillierte Budgetentwurf, den die Regierung am vergangenen Freitag veröffentlicht hat, sieht vor, das Wissenschaftsbudget der Nasa von 7,3 Milliarden Dollar auf 3,9 Milliarden Dollar zu

kürzen, also fast um 50 Prozent. Viele wissenschaftliche Weltraummissionen müssten geopfert werden, darunter auch unbemannte Missionen zum Mars. Möglicherweise gab es Bedenken, ob Isaacman diesen Kurs mittragen wird. Bei der Anhörung hatte er sich jedenfalls als Freund der Wissenschaft bezeichnet.

Isaacman reagierte auf die Denominierung erstaunlich gelassen. «Ich werde immer dankbar für diese Gelegenheit sein und den Präsidenten und die Nasa anfeuern, wenn sie uns in das grösste Abenteuer der Menschheitsgeschichte führen», schrieb er auf X. Der republikanische Senator Tim Shelly kritisierte hingegen die Entscheidung. Der Astronaut

und Geschäftsmann Isaacman sei eine gute Wahl von Präsident Trump für die Leitung der Nasa gewesen. Er wehre sich gegen Versuche, dessen Nominierung zu verhindern.

Noch deutlicher wurde die von Trump geschätzte Influencerin Laura Loomer. Sie wittert eine Verschwörung: Agenten des «Deep State» versuchten, Isaacmans Wahl zu verhindern. Auch Elon Musk ergriff Partei für Isaacman. Es sei selten, jemanden zu finden, der so kompetent und gutmütig sei. Trump dürfte sich von solchen Voten kaum umstimmen lassen. Er hat angekündigt, bald einen neuen Vorschlag für das Amt des Nasa-Direktors zu machen. Im Gespräch ist nach Informationen von «Ars Technica» unter anderem ein ehemaliger Generalleutnant der amerikanischen Luftwaffe, der als loyal gegenüber Trump gilt.

Ein ungünstiger Zeitpunkt

Bis zu einer Ernennung könnten weitere Monate vergehen. So lange bleibt das Amt des Nasa-Direktors vakant. Dafür könnte es keinen ungünstigeren Zeitpunkt geben. Die Nasa braucht gerade jetzt eine starke Führungspersönlichkeit, die den Bestrebungen der Regierung Trump, das Budget der Nasa zu kürzen, mit innovativen Ideen begegnet.

In den nächsten Monaten stehen schwierige Entscheidungen an. Wie soll es mit dem Artemis-Programm weitergehen, das die USA zurück zum Mond bringen soll? Was passiert mit der Internationalen Raumstation, die beträchtliche Geldmittel bindet? Und wie forciert man die Kommerzialisierung der Raumfahrt, ohne die Amerika weder zum Mond noch zum Mars fliegen wird? Einen Ansprechpartner bei der Nasa brauchen auch die internationalen Partner. Denn wenn die USA ihr Raumfahrtprogramm neu ausrichten, betrifft das auch Europa, Japan oder Kanada.

Es ist das erklärte Ziel von Trump, Amerika wieder gross zu machen. Mit der Entscheidung, die Nominierung von Isaacman in letzter Minute zu widerrufen, könnte er das Gegenteil erreichen.

Schon wieder ein Femizid in Italien

Ein Mann erschlägt seine 14-jährige Ex-Freundin – ein neues Gesetz ist nach dem 23. Mord in diesem Jahr aufgegleist

CARLO MARIANI

Sie war 14 Jahre alt. Martina Carbonaro hatte ihr Leben vor sich. Dieses wurde abrupt und brutal beendet, am Abend des 26. Mai in Afragola, einem Vorort von Neapel. Durch einen Mann, ihren Ex-Freund, von dem sie sich getrennt hatte: Alessio Tucci, 18 Jahre alt, Maurer. Er hat die Tat laut Medienberichten gestanden. Als Grund habe er den Carabinieri die Trennung genannt. Tucci tötete das Mädchen auf grausamste Art. Schon wieder ein Femizid in Italien. Laut «La Repubblica» war es der 23. Femizid dieses Jahr, inzwischen ist noch einer hinzugekommen. Die Täter waren meistens Partner oder Ex-Partner.

Nach dem Mord von vergangener Woche ist die Debatte um den Umgang der Politik mit Femiziden wieder aufgeflammt – auch weil Giorgia Meloni, die italienische Regierungschefin, persönlich bedroht wurde. Nun will die Politik eine Lösung gegen die Gewalt an Frauen finden.

Mehrere Schläge auf den Kopf

Es passierte am frühen Abend des 26. Mai. Martina Carbonaro traf ihren Ex-Freund in einem Café in Afragola. Sie war mit einer Freundin Glace essen und machte Alessio Tucci danach offenbar deutlich, dass sie an der Trennung von ihm festhalte. Darauf fuhr sie mit ihm im Auto zu einem verlassenen Haus, in dem sich das Paar früher in glücklichen Momenten getroffen hatte. Dort, so erzählte es Tucci der Polizei, habe er

versucht, sie zu «umarmen». Martina habe sich jedoch widersetzt. Darauf griff Tucci die junge Frau mit einem Stein an und schlug mehrmals auf ihren Kopf und ihr Gesicht ein. Die Carabinieri entdeckten ihre Leiche zwei Tage nach dem Mord, am 28. Mai, unter einem Schrank, einer Matratze und Müll im verlassenen Gebäude. Die Ermittler fanden sie dank Aufnahmen von Überwachungskameras und Zeugenaussagen.

Am Tag darauf soll der Täter «geholt» haben, nach dem Opfer zu suchen. Den Abend gleich nach der Tat hatte Tucci mit Freunden verbracht, frisch geduscht und mit sauberen Kleidern. Sein blutverschmiertes Hemd fanden die Ermittler später in einem Container. Tucci sitzt inzwischen im Gefängnis Poggioreale in Neapel in Untersuchungshaft.

Proteste auf den Strassen

Die Bestürzung über den abermaligen Femizid in Italien ist enorm. Schon im April demonstrierten Studentinnen und Schülerinnen in Italien nach zwei Femiziden gegen die Gewalt der Männer. Nun gehen sie schon wieder auf die Strasse. In Afragola nahmen laut Medienberichten rund 2000 Menschen am Trauerzug für Martina Carbonaro teil. Auch der Bürgermeister und weitere Regierungsvertreter beteiligten sich an der Kundgebung. «Echte Liebe tötet nicht», stand auf dem Banner, das sie hielten.

Auch in Rom gab es eine Kundgebung. Hunderte demonstrierten für mehr Prävention und besseren Schutz vor sexualisierter Gewalt von Männern.

Mit Schlüsselbunden, Flaschen und Töpfen zogen sie Ende vergangener Woche los zu einem «lärmigen Spaziergang» und blockierten teilweise den Verkehr.

Ein Lehrer droht Meloni

In der Politik ist die Empörung über den erneuten Femizid gross. Nicht zuletzt wegen eines hasserfüllten Social-Media-Posts. Stefano A., ein 65 Jahre alter Deutschlehrer aus der Region Neapel, postete auf Instagram: «Melonis Tochter wünsche ich das gleiche Schicksal wie dem Mädchen aus Afragola.» Er hatte sich früher immer wieder kritisch zu Melonis Politik geäussert. Die Tochter der Regierungschefin ist acht Jahre alt.

Meloni reagierte auf der Plattform X auf die Drohung. Das sei keine politische Auseinandersetzung, nicht einmal Wut. «Es ist etwas Dunkleres, das von einem kranken Klima zeugt, von einem ideologischen Hass, der alles zu erlauben scheint, selbst, einem Kind den Tod zu wünschen.» Inzwischen haben sich viele Politiker mit Meloni solidarisiert, von rechts bis links. Der Lehrer hat sich für den Post entschuldigt.

Melonis Wut teilen auch linke Politiker. Elly Schlein, die Vorsitzende der Sozialdemokraten, richtete jetzt einen Appell an Meloni: «Lassen wir wenigstens in diesem Punkt, wenigstens bei der Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt, den politischen Streit beiseite und versuchen wir, das Land einen Schritt voranzubringen.»

Tatsächlich sind Femizide in Italien spätestens seit 2023 ein grosses Poli-

kum. Der gewaltsame Mord an Giulia Cecchettin, 22 Jahre alt, durch ihren gleichaltrigen Ex-Freund führte zu Entsetzen im ganzen Land. Opfer und Täter waren beide Studenten, der Täter stammte aus einer intakten Familie.

Meloni hat das Thema aufgenommen. Ihre rechtskonservative Regierung hat im März ein neues Gesetz verabschiedet, das den Femizid als eigenständigen Straftatbestand einführt. Es sieht unter anderem vor, dass Tötungsdelikte an Frauen, die aus geschlechtsspezifischen Motiven begangen werden, künftig mit lebenslanger Haft bestraft werden. Die Verabschiedung des Gesetzes erfolgte kurz vor dem Internationalen Frauentag am 8. März dieses Jahres. Es muss allerdings noch vom italienischen Parlament angenommen werden, die Zustimmung gilt jedoch als sicher.

Täter im Umfeld der Opfer

Kritiker, insbesondere von der politischen Linken, begrüßen zwar die härteren Strafen, fordern jedoch umfassendere Präventionsmassnahmen, etwa an Schulen, und ein Umdenken bezüglich Geschlechterrollen in Italien. Im vergangenen Jahr verzeichnete das Innenministerium 113 Femizide, 99 davon wurden von Verwandten, Partnern oder Ex-Partnern begangen. Seit Jahren bewegt sich die Zahl auf diesem Niveau.

Und am Sonntag gab es schon wieder einen Femizid. Fernanda di Nuzzo, eine 61-jährige Kindergärtnerin, wurde in Grugliasco bei Turin erstochen. Von ihrem Mann.

Murgang reisst Brücke mit

Unwetter richten Schäden im Wallis und in Graubünden an

lyb. · Die Naturkatastrophe im Lötschental hält die Schweiz im Bann. Doch in diesen Tagen bröckelt auch andernorts der Fels. Im Oberwallis und in Graubünden haben sich am Montag grosse Massen an Sedimenten gelöst und Infrastruktur zerstört. Im Val de Bagnes, einer Gemeinde im Oberwallis, lief der Bach Fregnoley über und spülte eine Brücke weg. Diese war provisorisch errichtet worden – schon im vergangenen Sommer hatten sich im Bett des Wildbachs wiederholt Murgänge zu Tal gewälzt. Im August 2024 war die Verbindung zwischen den Ortschaften Champsec, Lourtier und dem oberen Val de Bagnes mitgerissen worden. Die Gemeinde hatte daraufhin eine provisorische Brücke installiert. Die Situation am Fregnoley sei kompliziert, schreibt die Gemeinde jetzt in einer Mitteilung. Alle Zufahrtswege zwischen den Orten Lourtier und Champsec seien gesperrt. Sie warnt davor, sich in der Nähe des Wildbachs Fregnoley aufzuhalten.

Auch im Kanton Graubünden ist Gesteinsmaterial in Bewegung. Der Touring Club der Schweiz (TCS) meldete am Montagmorgen die Sperrung der Julierpassstrasse auf dem Gebiet der Gemeinde Surses. Ein Steinschlag blockiere beidseitig die Durchfahrt. Autos seien nicht verschüttet worden, hiess es weiter. Inzwischen wurde die talseitige Spur wieder für den Verkehr freigegeben. Dieser wird mittels Lichtsignal gesteuert. Bis Ende Woche wollen die Behörden auch die bergseitige Spur geräumt haben.

Amerika hat keine Lust auf Trumps Zwei-Puppen-Wirtschaft

Der amerikanische Präsident will das Handelsbilanzdefizit wegbringen, um jeden Preis. Er hat seinen Wählern nicht gesagt, was das für sie bedeuten wird. Von André Müller

Donald Trump kann Unsinn reden und gleichzeitig eine tiefere Wahrheit aussprechen. So auch Ende April, als ihn Reporter im Oval Office auf die Folgen des Handelsstreits mit China ansprachen: «Die Kinder werden vielleicht zwei Puppen haben statt dreissig», sagte der amerikanische Präsident, «und diese Puppen werden Sie vielleicht ein paar Dollar mehr kosten als normal.»

Donald Trump, der Mann mit dem Faible für Gold und Marmor, wird zum obersten Konsumkritiker, der Verzicht und Bescheidenheit predigt? Das hatte im Januar niemand auf der Rechnung, als der Republikaner seine zweite Amtszeit antrat. Trump testete im Oval Office bloss eine Variante seines Evergreens: Amerika brauche das Ausland nicht, aber das Ausland brauche Amerika. Aber unfreiwillig hat er, zum ersten Mal, den Konsumenten klipp und klar gesagt, was der Evergreen für sie bedeutet: mehr Arbeit, weniger Spielzeug.

Weniger ist – weniger

Trump hat wohl recht: Die Amerikaner brauchen nicht alles, was sie aus China importieren. Das zeigt ein Blick in den Yiwu Market in Ostchina. Von hier stammt fast alle Weihnachtsdekoration, welche die Amerikaner bei sich zu Hause aufhängen. Im Yiwu Market türmen sich Plastiktannen und -kränze, Stofftiere und feiste Weihnachtsmänner, Lichterketten, glitzernde Girlanden. Kein Amerikaner wird hungern, wenn an Weihnachten weniger Lametta ist.

Aber Trump geht es nicht um Enthaltbarkeit. Er will die amerikanische Handelsbilanz ausgleichen, die heimische Industrie stärken und damit die Basis für breiteren Wohlstand im Land schaffen. Er setzt die amerikanischen Handelsbilanzdefizite einem Verlust gleich und Überschüsse einem Gewinn. Dass Ökonomen diese Sichtweise als Humbug bezeichnen, ficht Trump nicht an, das Defizit muss weg.

Die Chance ist zwar gross, dass sein Unterfangen misslingt. Aber die Amerikaner und der Rest der Welt müssen dennoch für den Fall planen, dass er Erfolg hat. Sollte das amerikanische Leistungsbilanzdefizit verschwinden, wird auch der Kapitalimport der USA versiegen. Die Dollars, mit denen das Land die Exporteure aus China, Deutschland oder der Schweiz heute bezahlt, werden früher oder später in die USA reinvestiert. Das war aus Sicht des ausländischen Investors bisher auch eine sinnvolle Sache: Amerika bietet den weltgrössten Binnenmarkt mit über 300 Millionen Konsumenten, die weltweite Reservewährung, eine stabile Rechtsordnung und sehr liquide Kapitalmärkte.

Nationalisten im Umfeld Trumps beklagen vor diesem Hintergrund, dass ein immer grösserer Teil der amerikanischen Wirtschaft Ausländern gehöre. Von deren Investitionen profitieren die Amerikaner aber ungemein. Sie können sehr viel konsumieren und brauchen nur wenig zu sparen; die Sparquote der Privathaushalte liegt bei unter 5 Prozent. Nur dank Kapital aus dem Ausland wird in den USA trotzdem genug in Infrastruktur und Maschinen investiert, was das Land langfristig wettbewerbsfähig hält.

Die amerikanischen Konsumenten gelangen dank der Kapitalschwemme zudem an billigere Hypotheken oder Autokredite. Das Land kann sich überdies ein sehr teures Sozialsystem leisten, das während der Corona-Pandemie noch deutlich ausgebaut wurde. Diese Sozialleistungen werden zu einem guten Teil über die wachsende Staatsverschuldung finanziert. Die Zinskosten für diesen Schuldenberg können die USA nur deshalb bestreiten, weil die ausländische Nachfrage nach ihren Staatsanleihen so gross ist. Das Handelsbilanzdefizit ist Teil eines komplexen Systems, das es den Amerikanern erlaubt, über ihre Verhältnisse zu leben. Sie kaufen im Ausland ein und lassen anschreiben.

Trump beklagt sich regelmässig, dass sich die ganze Welt auf Kosten der USA bereichere. Die Frage ist aber, wer hier wen übers Ohr haut. Die Chinesen, die Deutschen und die Schweizer schufen, verzichten und sparen, damit die Amerikaner auf Kredit in Saus und Braus leben können. Ökonomen sind sich einig, dass Chinas Planwirtschaftler zu sehr auf Industrieproduktion und Exporte setzen und damit weltweit für Verwerfungen sor-

Sparen und Verzicht könnten das Handelsbilanzdefizit verkleinern, wie Trump das wünscht. Bloss hat er seine Bevölkerung nie auf die Vertreibung aus dem Kreditparadies vorbereitet.



gen. Sie sollten stattdessen den heimischen Privatkonsum stärken, auch indem sie ein besseres staatliches Gesundheits- und Rentensystem aufbauen. Analog könnte man von den USA verlangen, dass sie ihre Konsumenten und den Bundesstaat zum Sparen animieren. Das könnte im Übrigen das Handelsbilanzdefizit tatsächlich verkleinern, wie Trump das wünscht.

Bloss hat er seine Bevölkerung nie auf die Vertreibung aus dem Kreditparadies vorbereitet. Nur weil die amerikanischen Konsumenten auf chinesische Weihnachtsmänner verzichten könnten, heisst das nicht, dass sie das auch wollen. Trump hat ihnen ein goldenes Zeitalter versprochen, keine Zwei-Puppen-Wirtschaft. Kommt hinzu, dass seine weitere Wirtschaftspolitik die Amerikaner ebenfalls zuerst im Portemonnaie trifft, bevor sich mögliche Vorteile einstellen. Seine Zölle, sollten sie vor Gericht Bestand haben, führen zumindest kurzfristig zu einem Inflationsschub; der grösste amerikanische Detailhändler Walmart hat bereits Preiserhöhungen angekündigt.

Es braucht mehr als Zölle

Zudem dürfte die Nachfrage nach langjährigen amerikanischen Staatsanleihen wegen Trumps Politik weiter unter Druck geraten, was sich auf die Kosten eines Hauskaufs auswirkt. Schon heute wird auf eine 30-jährige Hypothek, wie sie in den Vereinigten Staaten Standard ist, ein Schuldzins von fast 7 Prozent pro Jahr fällig. Mit ein Grund, weshalb sich am amerikanischen Häusermarkt derzeit wenig bewegt. Steigt dieser Zins weiter an, droht der Markt komplett einzufrieren und die Preise ins Rutschen zu geraten. Das wäre ein Schock für die Konsumenten, deren Vermögen vor allem aus Aktien und Wohneigentum besteht.

Von der Kauflaune der Konsumenten hängt wiederum die amerikanische Wirtschaft ab. Ihre Einkäufe machen 69 Prozent des BIP aus. Das ist viel mehr als in Deutschland (54 Prozent) oder China (40 Prozent). In Umfragen zeigen sich die Amerikaner zwar schon seit Monaten enorm pessimistisch, aber auf ihr persönliches Kaufverhalten hat sich das bis jetzt glücklicherweise erst wenig ausgewirkt. Der Konsummotor USA brummt noch. Tempo bleibt für Trump daher weiterhin entscheidend. Er muss gute Handels-«Deals» mit anderen Ländern aushandeln, bevor die Konsumenten an den heimischen Ladenkassen rebellieren. Er muss

Investitionen in Auto-, Chip- und Pharmafabriken im Land anziehen, solange das Ausland den USA noch ausreichend vertraut.

Das Grundproblem wird aber nicht gelöst: Trump muss seine Landsleute auch dazu bringen, weniger zu konsumieren – weniger Puppen zu kaufen – und stattdessen mehr Geld zur Seite zu legen, das anschliessend in die heimische Infrastruktur investiert werden könnte. Immerhin hat sein Wirtschaftsteam erkannt, dass es mehr als nur schöne Versprechen von Apple oder den Arabischen Emiraten braucht, damit das Land als Investitionsstandort attraktiv bleibt. Die Regierung will in die Lehrlingsausbildung investieren und den Finanz- und den Energiemarkt entfesseln, indem sie weitere Regeln für Banken oder Ölfirmen abbaut. Ob sie die Leitplanken am richtigen Ort entfernt oder mit ihrem Laissez-faire einer nächsten Finanzkrise den Boden bereitet, lässt sich heute noch nicht sagen.

Es ist völlig offen, wie sich Trumps aggressive Strategie auf die Direktinvestitionen in die USA auswirken wird. Einige ausländische Unternehmen, die bereits Fabriken oder eigene Vertriebsorganisationen in den USA errichten wollten, haben ihre Pläne wegen Trumps Zöllen zwar beschleunigt. Das Weisse Haus führt eine Liste mit solchen Investitionszusagen und schreibt sie dem «Trump-Effekt» zu. Andere Unternehmen, insbesondere KMU, warten wegen der generellen Unsicherheit in den USA aber erst recht zu mit weiteren Investitionen. Der Kongress hat in sein grosses Steuergesetz zudem einen Passus eingebaut, wonach Ausländern eine Strafsteuer droht, wenn ihr Heimatland aus amerikanischer Sicht exzessive Steuern erhebt. Solche Vorhaben motivieren diese Investoren nicht, ihr Geld weiterhin in die USA zu tragen.

Die Dollarschwäche und ein paralleler Anstieg der Zinsen auf amerikanische Staatsanleihen, die auf Trumps Zolloffensive im April folgten, waren bereits ein starkes Warnsignal, dass der internationale Kapitalstrom versiegen könnte. Manche Investoren im Ausland reiben sich die Augen und fragen sich, ob sie die Amerikaner angesichts des Chaos in Washington weiter anschreiben lassen sollen. Bis jetzt sind die gegenseitigen Abhängigkeiten noch zu gross, als dass man den Bruch wagen könnte. Alle hoffen, dass es schon gut kommt; wie immer in den vergangenen Jahrzehnten. Liegen sie falsch, droht den Amerikanerinnen und Amerikanern bald ein böses Erwachen.



KI fordert nicht nur Musiker, Maler und andere Künstler heraus, sondern auch die traditionellen Medienhäuser. Blick in den Newsroom einer Redaktion. GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Interessen von KI-Branche und Medien ausgleichen

Medien und Kreative aus allen Kulturbereichen könnten künftig in die Lage versetzt werden, die Nutzung ihrer Texte, Bilder, Videos und ihrer Musik zum Training von KI explizit zu verbieten. Dies könnte etwa über eine digitale Markierung erfolgen. Gastkommentar von Alfred Früh

Bald wird sich das Parlament mit dem «Leistungsschutzrecht für Medienunternehmen» befassen. Der Entwurf und die Botschaft zu diesem Geschäft sollen demnächst vorliegen. Hinter dem sperrigen Begriff des Leistungsschutzrechts verbirgt sich die Idee, dass Internetkonzerne den Medienunternehmen eine Entschädigung bezahlen, wenn sie online auf journalistische Inhalte verlinken. Ohne ein solches Recht besteht keine Basis für eine Entschädigung, weil die Internetkonzerne gemäss geltendem Urheberrecht keine Erlaubnis der Medienunternehmen brauchen, um deren Textanrisse anzuzeigen.

Das richtige Instrument

Ob ein solches Recht in der Schweiz eingeführt werden soll, wird in Fachkreisen seit Jahren diskutiert. Zwar herrscht Einigkeit darüber, dass Qualitätsjournalismus seinen Preis hat und finanziert werden muss. Es ist aber immer noch strittig, ob das Leistungsschutzrecht dafür das richtige Instrument ist. Auch bei den Medienunternehmen – die sich naturgemäss vor allem dafür interessieren, mit welchen Einkünften sie zusätzlich rechnen können – gehen die Meinungen auseinander: Während manche der Ansicht sind, der erwartungsgemäss bescheidene Ertrag sei besser als gar nichts, halten andere das Leistungsschutzrecht für ein ungeeignetes Instrument. Sie sind der Auffassung, gemessen am erwarteten Ertrag sei der Eingriff in den freien Informationsfluss unverhältnismässig und führe bloss zu mehr Bürokratie.

Mit Blick auf die generative künstliche Intelligenz (KI) mutet diese Diskussion aber ziemlich rückwärtsgewandt an. Bereits heute können die KI-Systeme von Unternehmen wie Open AI oder Perplexity beliebig tagesaktuelle journalistische Inhalte produzieren. Dagegen hilft den Medienunternehmen auch ein Leistungsschutzrecht nichts: Mit diesem könnte beispielsweise die NZZ nur die Ver-

Eine Gesetzeslücke sorgt für Rechtsunsicherheit über die Zulässigkeit des Trainings mit urheberrechtlich geschützten Inhalten.

wendung konkreter Textanrisse verhindern, nicht aber die Publikation anders formulierter tagesaktueller Nachrichten «im Stil der NZZ».

Angesichts dieser Entwicklung ist das Leistungsschutzrecht untauglich, in Zukunft die Geschäftsmodelle der Medienunternehmen zu schützen. Open AI und Co. können praktisch kostenlos die gleichen Dienste erbringen wie die Medienunternehmen. Im Vergleich dazu wirkt das Verlinken von News durch Suchmaschinen geradezu symbiotisch, weil auch die Medienunternehmen davon profitieren. Die generative KI bedroht allerdings nicht nur die ohnehin gebeutelte Medienbranche, sondern die gesamte Kultur- und Kreativindustrie. Textgattungen wie Romane, Essays, wissenschaftliche Arbeiten oder Computercode können genauso ersetzt werden wie journalistische Texte. Das Gleiche gilt für alle Arten von Bildern, Musik und Videoinhalten.

Daraus ergibt sich ein fundamentales Problem für das Urheberrecht, welches die Ergebnisse kreativen Schaffens vor einer Übernahme schützen soll: Wer bezahlt noch für journalistische oder kreative Inhalte, wenn eine KI nahezu kostenlos Substitute dieser Inhalte erstellt? Dieses grundsätzliche Problem verlangt nach einer ebenso grundsätzlichen Lösung, die nicht nur den Medienschaffenden, sondern allen Kreativen dient. Erfreulicherweise erübrigt sich damit die für Leistungsschutzrechte typische Frage, wie der Schutz einer bestimmten Branche – etwa der Medien – im Vergleich zu anderen Branchen gerechtfertigt werden kann.

Generative KI-Systeme können die Berichterstattung der NZZ ersetzen, sofern sie mit den Texten der NZZ trainiert worden sind oder auf deren Basis neue Outputs erzeugen. Genauso können Bildgeneratoren mit den Daten fremder Foto- oder Kunstarchive Bilder erstellen. Die so entstehenden Texte oder Bilder sind zwar nicht mit den ursprünglichen Daten identisch, befriedigen aber dennoch dasselbe Bedürfnis der Nachfrager.

Aus rechtlicher Sicht ist entscheidend, ob der Urheber eines Textes oder die Urheberin eines Bilds dessen Verwendung zum Training einer KI verbieten darf. Der Wortlaut des Gesetzes – wo von einer «Vervielfältigung» die Rede ist – spricht dafür, weil beim massenhaften Sammeln von Daten im Internet zwingend Kopien erstellt werden.

Der Zweck des Gesetzes spricht allerdings dagegen. Immerhin wird ein bestimmter Text oder ein bestimmtes Bild gerade nicht gespeichert, um es identisch wiederzugeben, sondern damit das KI-System etwas Neues schaffen kann. Weil die Auslegung des Gesetzes nicht zu einem eindeutigen Ergebnis führt, besteht eine Gesetzeslücke. Sie sorgt für Rechtsunsicherheit über die Zulässigkeit des Trainings mit urheberrechtlich geschützten Inhalten.

Die Schweizer Gerichte werden mangels einschlägiger Fälle in absehbarer Zukunft keine Gelegenheit haben, die Gesetzeslücke durch Leitsprüche zu füllen. Damit liegt die Aufgabe, die involvierten Interessen auszugleichen und Rechtssicherheit zu schaffen, beim Parlament. Dessen Lösung muss zwangsläufig zwischen zwei Extremen liegen: Verlangt man in jedem Fall die explizite Zustimmung der Kreativen, verunmöglicht dies die Geschäftsmodelle der KI-Unternehmen. Dies würde zahlreiche nützliche Anwendungen der generativen KI und damit auch massive Qualitäts- und Produktivitätssteigerungen gefährden. Geht man hingegen davon aus, das Training sei nicht vom Urheberrecht umfasst, werden die Leistungen der Medien-, Kreativ- und Kunstschaffenden ersetzt, ohne dass diese Personen dafür Geld erhalten. Das Parlament sollte also einen Mechanismus wählen, mit dem Kreative über die Nutzung ihrer Inhalte entscheiden können und dafür adäquat entschädigt werden.

Basis für Verhandlungen

Um dieses Ziel zu erreichen, reicht theoretisch die gesetzliche Klarstellung, dass das Training der KI mit urheberrechtlich geschützten Inhalten vom Urheberrecht erfasst ist. So sieht es auch eine Ende 2024 eingereichte parlamentarische Motion vor. In der Praxis ist damit aber noch nicht viel gewonnen. Dass Open AI und Co. angesichts dieser Klarstellung von sich aus mit den Kreativen Nutzungsentgelte verhandeln, ist Wunschdenken. Bis heute sammeln die KI-Unternehmen im grossen Stil und ohne Rücksicht auf fremde Rechte Trainingsdaten im Internet und sind kaum bereit, deren Quellen offenzulegen. Kreative, welche ihre Rechte durchsetzen möchten, müssten zudem erst einmal nachweisen können, dass ihre eigenen Inhalte zum Training verwendet wurden.

Es wäre deshalb effektiver, die Kreativen könnten die Nutzung ihrer Texte, Bilder, Musik und Videos zum Training explizit verbieten. Idealerweise würde die Nutzung von Inhalten zum Training durch eine digitale Markierung am konkreten Inhalt unterbunden. Die EU entwickelt gegenwärtig in einem partizipativen Prozess einen Standard für diese technische Massnahme. Diesem Standard kann sich die Schweiz anschliessen.

Auf der Basis dieses «maschinenlesbaren Vorbehalts» können die Kreativen (bzw. jene, die deren Rechte verwerten) mit den Anbietern von KI-Systemen in Lizenzverhandlungen treten. Medienunternehmen, Verlage, Bildagenturen und Musiklabels haben in solchen Verhandlungen aufgrund ihrer umfangreichen und qualitativ hochwertigen Datensammlungen gute Karten. Ihr Ziel muss es sein, dass die ausgehandelten Erträge einen substanziellen Beitrag an die Finanzierung journalistischer bzw. kreativer Tätigkeit leisten.

Weniger gut sieht es für einzelne Medien-, Kunst- und Kulturschaffende aus, die nicht von solchen Kollektiven vertreten werden. Zwar wären die Schweizer Verwertungsgesellschaften vermutlich bereit, diese Kreativen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen. Ob die ausgeschütteten Erträge den dafür notwendigen Verwaltungsaufwand aufwiegen, ist allerdings fraglich. Womöglich wäre es einfacher und wirkungsvoller, die Kreativen würden ebenfalls einen maschinenlesbaren Vorbehalt an ihren Inhalten anbringen, diese in gemeinschaftlich kontrollierten Repositorien ablegen und für die Nutzung dieser Datensammlungen kollektiv Lizenzen aushandeln.

Der Aufwand für die Umsetzung der vorgeschlagenen Lösung ist überraschend gering: In der minimalen Variante müsste nur ein einziger Artikel des Urheberrechts angepasst werden. Die Lösung des Problems weiter aufzuschieben, hat keinen Vorteil. Sowohl die Kreativen als auch die KI-Industrie haben ein Interesse an einer raschen und rechtssicheren Lösung. Zudem hat sich der Bundesrat für eine themenspezifische KI-Regulierung ausgesprochen; auf den Erlass eines umfassenden KI-Gesetzes braucht man deshalb nicht zu warten.

Die Politik hat bald die Gelegenheit, zu entscheiden, ob in der bevorstehenden Revision des Urheberrechts Brosamen an Medienunternehmen verteilt werden oder ob ein zukunftsfähiger Mechanismus für die Koexistenz von KI-, Medien-, Kultur- und Kunstindustrie etabliert wird. Die Chance auf Letzteres sollte man sich nicht entgehen lassen.

Alfred Früh ist Professor für Privatrecht mit Schwerpunkt Life-Sciences-Recht und Immaterialgüterrecht an der Universität Basel.

Grossangriff auf russische Militärflugplätze

Die Ukraine hat noch immer starke Karten

ANDREAS RÜESCH

Mit ihrem spektakulären Grossangriff auf russische Militärflugplätze hat die Ukraine drei Dinge auf einen Schlag bewiesen: Erstens demonstriert sie ihren ungebrochenen Willen zum Widerstand gegen Russlands Aggression, ungeachtet der Rückschläge an der Front und trotz dem westlichen Druck, in einen Kapitulationsfrieden einzuwilligen.

Zweitens erstaunen die Ukrainer einmal mehr mit ihrem Erfindungsreichtum. Grossmächte nutzen ballistische Langstreckenraketen, Flugzeugträger und strategische Bomber, um weit entfernte Ziele ins Visier zu nehmen. Über all dies verfügt die Militärführung in Kiew nicht. Sie hat eine behelfsmässige, unglaublich günstige Ersatzlösung gefunden – Lastwagen, die in Geheimabteilen auf ihren Dächern Kamikazedrohnen mitführten und in die Nähe von fünf russischen Stützpunkten gefahren wurden. Nachdem sich diese Verstecke geöffnet hatten, griffen die Drohnen in Schwärmen an – ferngesteuert und ausgestattet mit einer Videoverbindung über das russische Mobilfunknetz.

Drittens zeigen die Ukrainer, dass Militärhilfe keine Einbahnstrasse ist. Im Westen betrachten gewisse Politiker die Waffenlieferungen an Kiew als zu schwere Bürde, sogar als Zumutung für die Steuerzahler. In Wirklichkeit leistet die Ukraine auch Militärhilfe an den Westen, in einem schwer

zu beziffernden, aber enormen Ausmass. Ihr Widerstand verschafft Europa ein Zeitfenster, um sich gegen Russlands Imperialismus zu rüsten. Zudem muss der Westen dankbar sein für jeden strategischen Bomber, den die Ukrainer zerstören. Denn die nuklear bestückbaren, über mehr als 10 000 Kilometer einsetzbaren Bomber sind ein fester Bestandteil der russischen Drohkkulisse.

Noch sind die Auswirkungen der «Operation Spinnennetz» schwierig abzuschätzen. Sie hängen vom Ausmass der russischen Verluste ab, die erst bruchstückhaft erkennbar sind. Die ukrainischen Angaben, wonach gut vierzig Langstreckenbomber zerstört wurden, enthalten wohl eine Portion Propaganda. Aber erste Satellitenbilder belegen die Zerstörung oder Beschädigung von mindestens zehn Flugzeugen auf zwei Luftwaffenstützpunkten – der eine 1800 Kilometer nördlich der Ukraine in der Arktisregion Murmansk, der andere sogar in 4000 Kilometern Entfernung in Sibirien.

Ohne Übertreibung darf dies als die bedeutendste Einzelaktion der Ukraine im ganzen Krieg bezeichnet werden. Die Streitkräfte und Geheimdienste Kiews haben zwar immer wieder mit für Russland peinlichen Angriffen verblüfft. Dazu zählen die Versenkung des Flaggschiffs der Schwarzmeerflotte, die Sprengung der Krimbrücke mit einer Lastwagenbombe, die Attentate auf zwei hohe Generäle in der Region Moskau oder die

Zerstörung grosser Munitionsdepots. Aber die jetzige Aktion sticht durch ihre Originalität, Komplexität und Schlagkraft hervor. Nie zuvor war es den Ukrainern gelungen, auf einmal so viele strategische Bomber zu treffen. Diese Flugzeuge dienen den Russen als Plattform, um Marschflugkörper von weit hinter der Front auf ukrainische Ziele abzufeuern. Manche dieser Lenkwaffen sind durch moderne westliche Luftverteidigungssysteme gut abzuwehren, andere wie der mit Überschallgeschwindigkeit fliegende Marschflugkörper Ch-22 lassen sich nur selten abfangen und richten regelmässig schwere Schäden an.

Angesichts einer strategischen Bomberflotte von schätzungsweise 125 Flugzeugen, die längst nicht alle einsatzfähig sind, ist der Verlust von 10 bis 20 Einheiten ein schwerer, wenn auch nicht vernichtender Schlag. Russland kann seine alternde, in Teilen bereits 70-jährige Bomberflotte auf absehbare Zeit nicht erneuern.

Russland wird somit in seiner Fähigkeit beeinträchtigt, Luftangriffe mit Marschflugkörpern auszuführen. Es wird sich noch stärker als bisher Überlegungen machen müssen, wo es seine wertvollen Bomber stationiert. Der jetzt getroffene Stützpunkt Olenja am Polarkreis diente seit einiger Zeit als Ersatzstandort, weil näher liegende Flugplätze regelmässig von ukrainischen Kamikazedrohnen angesteuert worden waren. Der ukrainische Erfolg

kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hauptgefahr im Luftkampf anders gelagert ist: Sie droht primär in Form von ballistischen Raketen, oftmals nordkoreanischen, und von Shahed-Kampfdrohnen, die Russland inzwischen zu mehreren hundert Stück gleichzeitig einsetzen kann.

Präsident Wladimir Putin dürfte den Rückschlag vom Sonntag totschweigen und sich dadurch in seinem Kriegskurs kaum beirren lassen. Erst wenn seine Bodentruppen keine Gebietsgewinne mehr erzielen, besteht die Chance, dass die kostspieligen Verluste der Luftwaffe oder auch der Schwarzmeerflotte das strategische Kalkül in Moskau entscheidend verändern. Für Abwehrerfolge an der Front benötigt die Ukraine jedoch kontinuierliche Unterstützung des Westens.

Ein Umdenken ist dabei vor allem in den USA notwendig, die seit Donald Trumps Amtsantritt kein einziges neues Hilfspaket bewilligt haben. Auch Trump rückt nur ungern von seinen Auffassungen ab, doch zumindest müsste ihm klarwerden, dass er sich in einem wesentlichen Punkt geirrt hat: Die Ukraine ist keineswegs ein Akteur «ohne jede Trumpfkarte in der Hand», wie der amerikanische Präsident regelmässig behauptet. Das Inferno auf russischen Militärflugplätzen belegt das Gegenteil. Es ist falsch, Russlands Macht zu überhöhen und die ukrainischen Stärken kleinzureden. Mit der Ukraine ist weiter zu rechnen.

Sieg des konservativen Karol Nawrocki

Polen steht vor einer Blockade

NINA BELZ

Die Erzählung, dass Polen und Polinnen nicht mehr unbeschwert über Politik sprächen, weil daraus ein nachhaltiger Familienkrach oder ein Bruch mit Freunden werden könne, hört man seit Jahren. Im Vorfeld dieser Präsidentenwahl war sie wieder besonders virulent, und das Ergebnis zeigt, weshalb.

Erstens bewegt die Politik die Menschen mehr denn je. Dafür spricht die Wahlbeteiligung, die seit dem Ende des Kommunismus kaum je so hoch gewesen ist. Zweitens ist die polnische Gesellschaft in zwei fast gleich grosse Lager gespalten, die in Bezug auf die Zukunft ihres Landes grundsätzlich andere Vorstellungen haben. Für die einen liegt sie in einer Orientierung nach Westen und in progressiveren gesellschaftlichen Werten. Für die anderen ist es wichtig, traditionelle, katholisch geprägte Lebensentwürfe zu fördern und europäische Initiativen möglichst auf Distanz zu halten.

Nur rund 370 000 Personen haben am Sonntag den Ausschlag gegeben, dass sich die zweite Gruppe nun als Sieger fühlen kann. Sie haben dem Nationalkonservativen Karol Nawrocki ins Präsidentenamt verholfen. Unter den gegenwärtigen Umständen sind das keine guten Nachrichten.

Denn Nawrockis Triumph bedeutet, dass sich die unproduktive Cohabitation fortsetzt, in der sich das Land seit dem Wahlsieg der proeuropäischen Koalition von Donald Tusk im Herbst 2023 befindet. Trotz Elan und guten Absichten hat sich innenpolitisch kaum etwas bewegt. Zahlreiche Gesetzesvorhaben, auf die sich das Dreierbündnis zum Teil nach langen Diskussionen geeinigt hatte, blieben im Vollzug stecken, weil der konservative Präsident Andrzej Duda sein Veto dagegen einlegte. Dazu gehört unter anderem der (Wieder-)Aufbau eines unabhängigen öffentlichrechtlichen Rundfunks, die Ablösung von zahlreichen – widerrechtlich ernannten – Richtern oder aber die Ernennung von Botschaftern im Ausland.

Mit Nawrocki dürfte sich die Lage nicht verbessern – im Gegenteil. Seine Aussagen im Wahlkampf lassen vermuten, dass er alles daransetzen wird, die Regierung in ihren Vorhaben zu torpedieren, ja wenn möglich sogar vor dem nächsten offiziellen Wahltermin 2027 zu Fall zu bringen. Er wurde von der nationalkonservativen PiS aufgestellt, um sie zurück an die Macht zu bringen.

Bis 2023 hatte die Partei acht Jahre lang sowohl den Regierungschef wie den Präsidenten gestellt. In dieser Zeit brachte sie Polen nicht nur auf einen kon-

servativen und europaskeptischen Kurs. Die PiS missbrauchte ihre Macht, um Schlüsselstellen in der Justiz mit Gleichgesinnten zu besetzen und die öffentlichen Medien auf ihren Kurs zu trimmen. Offenbar bewerten viele Polen diese Zeit immer noch besser als die jetzige Bilanz von Tusk – so dass sie sogar einen Kandidaten ohne politische Erfahrung und mit skandalumwitterter Vergangenheit gewählt haben.

Noch ist es aber nicht so weit. Vorerst bedeutet die Wahl Nawrockis vor allem eine Fortsetzung einer Blockade, die Donald Tusks Erfolgsbilanz empfindlich trübt und die Enttäuschung über seine liberal-konservative Koalition noch vergrössern wird. Tusk war vor allem mit dem Versprechen angetreten, die von europäischen Gerichten als rechtswidrig bewerteten Justizreformen der PiS rückgängig zu machen. Das Vorhaben, das unter anderem eine Neubesetzung des Verfassungsgerichts vorsieht, wäre für die Wiederherstellung der Rechtssicherheit in Polen immens wichtig. Nun ist es aussichtslos.

Abzuwarten bleibt, wie Nawrockis Wahl den ausserpolitischen Kurs des Landes beeinflusst. Offiziell ist dieser die Domäne des Präsidenten, ebenso wie die Verteidigungspolitik. Doch sein ebenfalls konservativer Vorgänger Andrzej Duda – ein EU-Skeptiker und Trump-Fan – hat Donald Tusk weitgehend

gewähren lassen. Und so ist es Tusks grösster Erfolg, dass Polen nach Jahren der Obstruktion wieder eine konstruktive Rolle in Brüssel spielt. Gerade in Bezug auf die Ukraine ist dies immens wichtig: Kein EU-Mitglied ist von dem Konflikt direkter betroffen. Polen hat gemessen an seiner Bevölkerung die meisten Flüchtlinge aufgenommen und ist mit Abstand die wichtigste Drehscheibe für die Versorgung der Ukraine mit westlicher Hilfe und Waffen.

Noch ist Warschaus Unterstützung für Kiew gross. Mit einem Präsidenten, der mit der Regierung an einem Strang gezogen hätte, wäre das Gewicht Polens in Europa gewachsen. Nun ist das Gegenteil zu befürchten. Nawrocki hat im Wahlkampf klargemacht, dass er sich eher auf der Linie Ungarns sieht; insbesondere auch, was die Politik gegenüber Russland angeht. Es wäre ein harter Schlag für Europa, wenn Polen in das Lager von Viktor Orban wechseln würde.

Es stellt sich nun die Frage, wie lange Tusks Koalition den Störmanövern aus dem Präsidentenamt standhält. Der Regierungschef hat am Montag angekündigt, im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen. Viel schneller als gedacht könnten Polen und Polinnen wieder an die Wahlurnen gerufen werden – und sich gezwungen sehen, heiklen politischen Diskussionen aus dem Weg zu gehen.

Unvollständiger EU-Binnenmarkt

Ein Versprechen scheitert an nationalen Bürokratien

DANIEL IMWINKELRIED

Die EU-Kommission trägt den gemeinsamen Binnenmarkt manchmal vor sich her, als wäre er eine Trophäe. Grenzüberschreitend Geschäfte machen und arbeiten ist in der EU ohne viel Aufwand möglich: Diesen Eindruck vermitteln jedenfalls die massgeblichen Figuren in Brüssel. Der Binnenmarkt ist das wirtschaftliche Kernversprechen Europas: mehr Wachstum und mehr Wohlstand durch weniger Handelshemmnisse. Auf die Schweiz, deren Verhältnis zur EU zwischen Grössenwahn und Minderwertigkeitskomplex pendelt, wirkt dieses Selbstbewusstsein manchmal einschüchternd.

Auch während der Verhandlungen über eine neue bilaterale Übereinkunft hat die EU wiederholt betont, dass die Schweiz die Personenfreizügigkeit akzeptieren müsse, wenn sie an der Errungenschaft des Binnenmarkts teilnehmen wolle.

Die Realität allerdings ist nicht so glorreich, wie die Kommission gerne hätte. Der Binnenmarkt ist nach wie vor Stückwerk. Dass es ihn in den Bereichen Energie, Telekom und Finanzen nicht gibt, ist ein vielbeklagter Missstand. Aber für die Mitgliedsländer sind das strategische Schlüsselbranchen, die man nicht einfach so Ausländern überlassen will, selbst wenn es EU-Bürger sind.

Aber sogar in Bereichen ohne grosse strategische Interessen zeigt sich, wie unvollständig der Binnenmarkt ist. Zum Beispiel bei den Berufsbezeichnungen. Es gibt Tausende von Berufen in Europa, aber nur für etwas mehr als eine Handvoll von ihnen eine EU-weite Definition. Eine solche fehlt zum Beispiel für die Physiotherapeuten, obwohl sich ihr Tätigkeitsfeld klar definieren lässt.

Ausserdem klemmt es bei den Entsendungen, also jenen Arbeitskräften, die für kurze Zeit einen Auftrag in einem anderen EU-Land oder in der Schweiz ausführen. Auch unser Land tut sich bei diesem Thema schwer. Viele Arbeitskräfte und die Gewerkschaften befürchten, dass der Zustrom dieser Arbeitskräfte zu Lohndruck führt und schwer zu durchschauende Subunternehmens-Strukturen entstehen.

Auch in Europa gibt es zu Entsendungen solche Ängste, und es bestehen unzählige Hindernisse. EU-Parlamentarier erzählen etwa, dass eine Arbeitskraft, beispielsweise aus Luxemburg, ein medizinisches Attest benötige, wenn sie in Belgien einen Auftrag ausführen wolle. Dieses kann aber nur ein belgischer Arzt ausgeben. Auch Lehrer, die mit ihrer Schulklasse Brüssel besuchen und deshalb gleichsam ausser Landes arbeiten, müssen Papierkram erledigen.

Niemand weiss, wie solche und viele andere Barrieren entstanden sind, ihnen soll es nun aber ans

Die Schweiz steht bei Fragen des Binnenmarkts nicht einem Block gegenüber, sondern Ländern mit nach wie vor sehr divergierenden Interessen.

Lebendige gehen. Das hat der neue Kommissar für Industriestrategie, der Franzose Stéphane Séjourné, vor kurzem bekanntgegeben. Er hat die «Terrible Ten» definiert: zehn Binnenmarkthindernisse, die es schon lange nicht mehr geben dürfte. Die vielen unkoordinierten Regeln zur Entsendung zählen dazu.

Doch die Geschichte könnte sich wiederholen. Immerhin ist der Kampf für mehr Binnenmarkt so alt wie dieser selbst. Und so ist in Brüssel möglicherweise zum x-ten Mal ein neuer Kommissar am Werk, der sich mit Elan an die Arbeit macht, sich am Schluss aber eingestehen muss, dass die Beharrungskräfte übermächtig sind. Gegen nationale Lobbyisten und Bürokraten kann ein Kommissar nicht viel ausrichten. Schliesslich kämpfen er und die Kommission «nur» für ein Ideal, nämlich ein Europa mit weniger Barrieren, die Lobbyisten in den Ländern aber um ihr Dasein. Auch Séjourné droht deshalb die Zermürbung.

Der Binnenmarkt ist somit kein fertig gestaltetes Konstrukt, sondern ein Organismus, von dem niemand weiss, in welche Richtung er sich entwickeln wird. Deshalb muss auch die Schweiz nicht in Ehrfurcht oder vor Angst erstarren, wenn ein EU-Vertreter den Binnenmarkt als grosse Errungenschaft feiert. Die Schweiz steht gerade bei Fragen des Binnenmarkts nicht einem Block gegenüber, sondern Ländern mit nach wie vor sehr divergierenden Interessen.

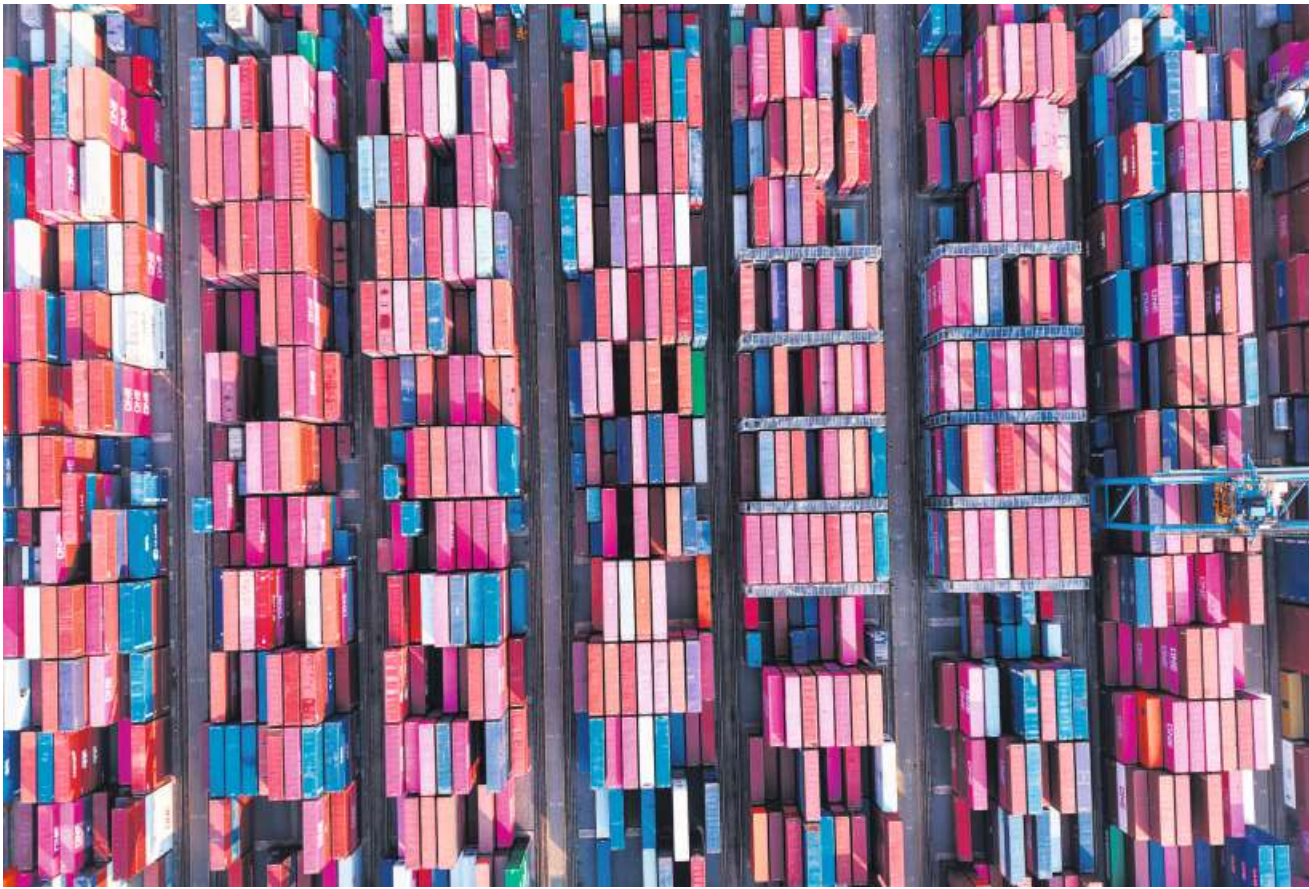


H
U
B
L
O
T

OWN IT

China zeigt gegenüber den USA maximale Härte

Nach den jüngsten Salven der US-Regierung bereitet Peking einen Gegenschlag vor – die Übereinkunft von Genf droht zu zerbrechen



Stapel von Containern warten im Frachthof des Hafens von Qingdao in China auf ihre Verschiffung.

YU FANGPING / VCG / GETTY

MATTHIAS KAMP, PEKING

Die vor gut drei Wochen zwischen den USA und China in Genf ausgehandelte Waffenruhe im Handelsstreit wackelt immer stärker. Am Montag kündigte das chinesische Handelsministerium «scharfe und entschlossene Massnahmen» an, sollten die USA weiterhin Chinas «Interessen beschädigen».

Am 12. Mai hatten sich China und die USA bei Verhandlungen in der Schweiz darauf geeinigt, die meisten der von beiden Seiten verhängten exorbitanten Zölle für 90 Tage auszu-

setzen. In späteren Gesprächen wollten Peking und Washington über eine weitere Entschärfung des Handelskriegs weiterverhandeln.

Doch schon kurz nach der ersten Einigung begann die amerikanische Regierung damit, die Beschlüsse zu torpedieren und damit das Klima zu vergiften. So kündigte Washington an, Exporte von KI-Speicherchips des chinesischen Technologiekonzerns Huawei weltweit zu verbieten. Sollte die amerikanische Regierung ihre Drohung wahr machen, würde dies Chinas Ambitionen, seine neuen, kostenfreien

KI-Anwendungen weltweit zu verbreiten, schwer treffen.

Darüber hinaus erwägt der US-Präsident Donald Trump ein Ausfuhrverbot für Software, mit deren Hilfe Speicherchips entwickelt werden. Zudem wollen die USA keine Flugzeugtriebwerke mehr nach China liefern. Dies wäre ein schwerer Schlag gegen Comac, den chinesischen Hersteller von Verkehrsflugzeugen. Das Unternehmen hatte erst im vergangenen Jahr sein erstes Modell auf den Markt gebracht.

Vergangene Woche kündigte der US-Aussenminister Marco Rubio

schliesslich an, die Visa von praktisch allen chinesischen Studierenden in den USA zu annullieren. Derzeit studieren rund 280 000 junge Chinesinnen und Chinesen an amerikanischen Hochschulen. Dies entspricht einem Viertel aller ausländischen Studierenden in den USA.

Tech-Sektor im Fokus

Die angekündigten Schritte Washingtons zielen allesamt darauf ab, die inzwischen beachtliche Leistungsfähigkeit des chinesischen Technologiesektors zu schwächen. Dass Peking dies nicht auf sich sitzen lassen würde, war zu erwarten. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis die chinesische Regierung konkrete Sanktionen gegen die USA erlassen wird. Wahrscheinlich ist, dass Peking die Ausfuhr von seltenen Erden sowie von kritischen Mineralien und Metallen weiter beschränken wird.

Beide Seiten beschuldigen sich inzwischen, die Vereinbarung von Genf zu verletzen. Die USA hätten wiederholt «diskriminierende und restriktive Massnahmen» gegen China ergriffen, erklärte das chinesische Handelsministerium am Montag. Diese Schritte unterminierten den in Genf erreichten Konsens. Trump erklärte am vergangenen Freitag, China habe «die Vereinbarung mit uns komplett verletzt».

Die amerikanische Regierung ist dem Vernehmen nach erobost, weil Peking die versprochenen Exportgenehmigungen für seltene Erden nur sehr schleppend erteilt. Die amerikanische Rüstungsindustrie und der Technologiesektor sind hochgradig abhängig von seltenen Erden aus China.

Die Situation ist verfahren, eine komplette Entgleisung des in Genf angestossenen Prozesses ist nicht ausgeschlossen. «Die Gespräche sind zwar noch nicht total zusammengebrochen, und die brüchige Waffenruhe besteht noch», schreiben die Analysten von Trivium China, «doch das Hin und Her

zeigt, wie schnell die Dinge entgleisen können und wie einfach eine Reeskalation beginnen kann.»

Damit die Dinge wieder in Bewegung kommen, wird es wohl ein direktes Gespräch zwischen Trump und dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping brauchen. Der amerikanische Finanzminister Scott Bessent sagte am Wochenende, ein solches Gespräch werde «sehr bald» stattfinden. «Doch selbst wenn die beiden Staatsführer bald miteinander sprechen, wird der Weg zu einer echten Einigung sehr steinig sein», schreibt Arthur Kroeber von Gavekal Dragonomics in einer Analyse.

Dass beide Seiten in einer Sackgasse stecken, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die amerikanische Regierung ihren Hebel masslos überschätzt und denjenigen Chinas unterschätzt hat. Trump ging wohl davon aus, dass Xi wegen der lahrenden chinesischen Wirtschaft seinem Druck schnell nachgeben würde.

«Zeichen der Verzweiflung»

«Die neuen Exportkontrollen der USA und die angekündigte Annullierung der Studentenvisa dürften von China als Zeichen der Verzweiflung und nicht als Zeichen der Stärke verstanden werden», schreibt der China-Experte Kroeber, «vor allem, weil die meisten der von Trump gegen China verhängten Zölle von einem Gericht für rechtswidrig befunden wurden.»

Das optimistischste Szenario ist laut Kroeber, dass Trump und Xi sehr bald miteinander sprechen und die USA von der Annullierung der Studentenvisa und den Exportkontrollen Abstand nehmen. China könnte im Gegenzug die Ausfuhrbeschränkungen für seltene Erden spürbar lockern.

Die chinesischen Börsen reagierten am Montag enttäuscht auf die erneute Eskalation. Am Montag schlossen die Indizes der Börsen in Hongkong und Shanghai allesamt im Minus.

US-Finanzminister Bessent versucht die Märkte zu beruhigen

Der wachsende Schuldenberg der USA verunsichert nicht nur Anleihen-Investoren

MATTHIAS BENZ

Der amerikanische Finanzminister Scott Bessent sagte am Sonntag in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender CBS: «Die USA werden niemals bankrottgehen.» Man sei sich der Gefahren der Schuldenlast bewusst und werde «niemals gegen die Wand fahren».

Dass ein amerikanischer Finanzminister auf diese Weise beschwichtigen muss, ist bemerkenswert. Es zeigt, wie gross die Besorgnis der Inves-



Scott Bessent
Amerikanischer
Finanzminister

toren über die amerikanische Haushaltspolitik ist. Vor dem Wochenende hatte Jamie Dimon, der Chef der grössten amerikanischen Bank JP Morgan Chase, davor gewarnt, dass die USA auf eine Staatsschuldenkrise zusteuern könnten. Ein Staatsbankrott würde bedeuten, dass die USA ihre Schulden nicht mehr bedienen.

Warnsignale an Finanzmärkten

Tatsächlich gibt es Warnsignale an den Finanzmärkten. In den vergangenen Wochen haben Investoren vermehrt amerikanische Staatsanleihen

abgestossen. Dadurch ist die Rendite der 30-jährigen US-Bonds deutlich gestiegen. Nach oben geschossen sind seit April auch die Kurse von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) für amerikanische Staatsanleihen. Das Niveau der CDS-Kurse ist allerdings noch nicht so hoch wie während der Finanzkrise 2007/08, als sich der Staat zur Stützung der Banken und der Wirtschaft in kurzer Zeit stark verschulden musste.

Für Besorgnis sorgt einerseits das von US-Präsident Trump als «big, beautiful bill» bezeichnete Haushaltsgesetz, das er bis Anfang Juli durch den Kongress bringen will. Das Gesetz sieht unter anderem umfangreiche Steuerentlastungen vor und würde laut unabhängigen Schätzungen die Staatsverschuldung in den nächsten zehn Jahren um 3,8 Billionen Dollar erhöhen.

Damit würde der amerikanische Schuldenberg weiter wachsen. Bereits heute ist er aus Sicht mancher Beobachter zu gross: Mit 36 Billionen Dollar oder rund 120 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung sind die USA so stark verschuldet wie noch nie in Friedenszeiten. Dennoch macht Trump keine Anstalten, das Land zurück zu einer soliden Haushaltspolitik zu führen.

Andererseits sorgt bei den Investoren für Unbehagen, dass Vertreter der Trump-Administration immer wieder mit einem Schuldenschnitt auf amerikanische Staatsanleihen liebäugeln. Trumps Wirtschaftsberater Stephen Miran hat die Idee aufgebracht, amerikanische Schuldtitel in niedrig verzinsten Anleihen mit hundertjähriger Laufzeit umzuwandeln.

Ausländische Anleger müssten so einen Preis dafür bezahlen, dass sie in die Weltleitwährung Dollar investieren dürften.

Auch gibt es einen heiklen Passus im jüngsten Haushaltsgesetz: Das US-Finanzministerium könnte demnach von Firmen aus Ländern, die «diskriminierend» handeln, eine Sondersteuer auf Investitionen in den USA verlangen. Dabei geht es vor allem um ein Zurückschlagen im Rahmen der OECD-Mindeststeuer: Die USA wollen gegen Länder vorgehen können, die von amerikanischen Firmen extraterritoriale Ergänzungsteuern verlangen – was die Amerikaner als unfair betrachten. Doch manche Beobachter befürchten, die Section 899 im Haushaltsgesetz könnte auch Investitionen in amerikanische Staatsanleihen weniger attraktiv machen.

Zölle als neue Einnahmequelle

Trump's Republikaner verteidigen das Haushaltsgesetz. Die Prognose einer wachsenden Schuldenlast sei verfehlt – denn dank den Steuersenkungen werde das Gesetz zu einem hohen Wirtschaftswachstum führen. Die Staatsschulden blieben so tragbar. Bessent führte im Fernsehinterview einen weiteren Punkt an. Es müsse berücksichtigt werden, dass es in den kommenden Jahren eine neue Einnahmequelle geben werde – nämlich die Zölle, die Trump gegen praktisch alle Länder der Welt verhängt hat. Laut Bessent könnten die Zölle über die nächsten zehn Jahre insgesamt Einnahmen von einer Billion Dollar generieren.

Verschiedene Vertreter der Trump-Administration haben in den letzten Tagen betont, dass die Zölle «hier seien,

um zu bleiben». Das birgt Zündstoff für die Verhandlungen, die die USA gegenwärtig mit vielen Ländern über die künftigen Handelsbeziehungen führen.

Besuch in der Schweiz

Am Dienstag wird der US-Finanzminister Bessent einen Auftritt vor Schweizer Publikum haben. Er wird an einer Konferenz der American Swiss Foundation in Rüschlikon eine Ansprache halten – allerdings virtuell zugeschaltet. Auch ein Statement der Schweizer Bundespräsidentin und Finanzministerin Karin Keller-Sutter ist angekündigt. Im Hinter-

grund könnte weiter über eine Lösung im Zollstreit verhandelt werden.

Die Schweiz möchte verhindern, dass die USA einen permanenten Strafzoll von 31 Prozent auf viele Schweizer Exportgüter verlangen. Ein schneller Durchbruch ist allerdings nicht zu erwarten. Auf Schweizer Seite muss zuerst das Verhandlungsmandat des Bundesrates finalisiert werden. Und auf amerikanischer Seite zeigen die jüngsten Aussagen von Bessent, dass die USA kaum bereit sind, bei den Zöllen rasch einzulenken. Sollen sie doch dem hochverschuldeten amerikanischen Staat dringend benötigte Einnahmen liefern.

Nervosität unter Amerikas Gläubigern

Preis der Kreditausfallversicherung (CDS) für zehnjährige US-Staatsanleihen, in Dollar



① Trump kündigt «reziproke» Zölle an

QUELLE: BLOOMBERG

NZZ / mbe.

Microsoft beschwört die künstliche Intelligenz

Der Softwareriese steckt 400 Millionen Dollar in den Ausbau von Schweizer Datenzentren – die Nutzer will er selbst schulen

BENJAMIN TRIEBE, BERN

Über zweieinhalb Jahre nach der Präsentation von Chat-GPT klingt das Loblied auf künstliche Intelligenz mittlerweile wie eine alte Leier. So gesehen hatte der Softwareriese Microsoft den Ort perfekt gewählt, um den nächsten Schritt seiner Schweiz-Strategie vorzustellen: Vor dem Wandgemälde einer fülligen Leierspielerin kündigte der Konzernpräsident Brad Smith am Montag an, hierzulande 400 Millionen Dollar unter anderem in Datenzentren und KI zu investieren.

Wenn Microsoft etwas tut, soll das gesehen werden. Zu dem Anlass im grössten und festlichsten Saal des Palasthotels Bellevue neben dem Bundeshaus waren rund 150 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Forschung geladen. Bundesrat Guy Parmelin dankte dem Konzern dafür, dass er sein Vertrauen in die Schweiz setze. Die Harmonie war gross – ähnlich wie sich die Leierspielerin auf dem Gemälde «inmitten einer reizenden Zuhörerschar von Blumenkindern» niederliess, wie es in einem Jubiläumsbuch des Hotels heisst.

Firmen haben es schwer

Doch es gibt eine Disharmonie im KI-Lied, die für Microsoft bereits heute störend ist und künftig sehr unangenehm werden kann – und ebenso für andere sogenannte Cloud-Hyperscaler wie Amazon, Alphabet und Meta. Ihre Milliardeninvestitionen in Datenzentren und die Entwicklung von Angeboten und Rechenleistung für KI müssen sich auszahlen. Doch während Privatanutzer die Chatbots im Internet bereits fleissig nutzen, tun sich viele Unternehmen mit der Integration von generativer KI in ihre Abläufe schwer. Die Microsoft-Schweiz-Chefin Catrin Hinkel erwähnte



Der Konzernpräsident Brad Smith war am Montag in Bern zu Besuch. PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

diesen Umstand en passant mit der Bemerkung, erst 30 Prozent der Unternehmen hätten eine KI-Strategie.

Und selbst wer KI anwenden will, stösst auf Hürden: Der schwierige Zugang zu Daten, die Komplexität der Aufgabe und ein Mangel an IT-Experten lähmen die Verbreitung. Das bestätigte erst jüngst wieder eine Umfrage der Unternehmensberatung Roland Berger unter 150 Managern aus fünf europäischen Ländern, darunter der Schweiz, die mit generativer KI zumindest experimentiert haben.

Es geht um viel: Microsoft investiert in diesem Geschäftsjahr, das bis Ende Juni läuft, nach eigenen Angaben rund 80 Milliarden Dollar, um KI-Datenzentren zu bauen und Sprachmodelle zu trainieren. Davon fliesst mehr als die Hälfte in die USA, was das Engagement von 400 Millionen Dollar in der Schweiz relativiert – erst recht, weil der Konzern keine Angaben macht, über welchen Zeitraum die Schweizer Summe ausgegeben werden soll.

Amazon will im laufenden Jahr über 100 Milliarden Dollar für KI ausgeben, primär in seiner Cloud-Sparte. Dies nach 83 Milliarden Dollar im Jahr 2024. Alphabet plant für 2025 Gesamtinvestitionen von 75 Milliarden Dollar, davon ein Grossteil für KI-Infrastruktur. Das Budget von Meta beträgt bis zu 65 Milliarden Dollar. Damit dies rentiert, braucht es mehr als Millionen Schüler und Studenten, die ihre Arbeiten im Netz von KI-Chatbots schreiben lassen.

Deshalb will Microsoft in den USA wie auch in der Schweiz mehr als das Angebot an Hard- und Software ausbauen. Der Konzern hat erkannt, dass er auch die Nachfrage nach diesem Angebot fördern muss: Die Technologien sollen breiter in der Wirtschaft verankert werden, etwa über Schulungsprogramme für Unternehmen oder Partnerschaften

mit Bildungseinrichtungen, Startups und Nichtregierungsorganisationen.

Geschenke für Europa

Eine Million Schweizerinnen und Schweizer will Microsoft laut Smith auf diese Weise bis Ende 2027 erreichen. In den USA sollen es 2025 rund 2,5 Millionen Menschen sein. Der Softwareriese zieht dort alle Register, um möglichst viele Verbündete für seine KI-Initiativen zu finden – beispielsweise warnte der Microsoft-Präsident zu Jahresbeginn in einem Blog-Beitrag vor der Konkurrenz aus China.

Microsoft unterhält in den Regionen Genf und Zürich vier Rechenzentren, die nun ausgebaut werden. Brad Smith

Der Konzern hat erkannt, dass er auch die Nachfrage fördern muss.

kennt die Westschweiz, denn er verbrachte vor vier Dekaden ein Jahr als Student in Genf – und kaufte sich dort Computermagazine, um mehr über Microsoft zu erfahren, wie er berichtete.

Das KI-Wettrennen bringt Smith nun häufiger auf den alten Kontinent: Vergangenes Jahr besuchte er Deutschland, Spanien und Schweden, wo er KI-Investitionen von insgesamt fast 9 Milliarden Dollar in Aussicht stellte. Im Februar 2025 reiste Smith nach Polen und brachte 700 Millionen Dollar mit. Die Schweiz ist also in guter Gesellschaft – und Microsoft hat inzwischen die Leier gut eingeübt, die es spielen muss.

Die ZKB will Medien an die Leine nehmen – und krebst dann zurück

Journalisten sollten sich verpflichten, im Sinne der Bank «ausgewogen» zu berichten

EFLAMM MORDRELLE

Das Verhältnis zwischen Medien und Banken ist bekanntlich angespannt. Journalisten beschäftigen sich berufsbedingt mit dieser für die Schweiz wichtigen Branche. Banken sind auf Medien angewiesen, damit diese ihre Dienste in gutem Licht darstellen und sie Kunden gewinnen. Jüngst unternahm die ZKB den Versuch, ihre mediale Darstellung zu optimieren, indem sie Journalisten vertraglich dazu zu verpflichten versuchte.

Anfang Juni erreichte eine harmlos erscheinende E-Mail von der Medienstelle der Staatsbank diverse Schweizer Redaktionen, unter anderem jene der NZZ. Darin forderte die ZKB die Medienschaffenden auf, eine «Einverständniserklärung» zu unterzeichnen, falls sie weiterhin Marktberichte der Staatsbank erhalten möchten. Die Erklärung beansprucht darüber hinaus, dass die Kommunikation der ZKB in die internen Abläufe der Redaktionen hineinwirken kann.

Weitreichende Forderungen

So sollen sich Medienschaffende dazu verpflichten, sich an die Vorgaben der ZKB zu halten. Insbesondere «die verfälschte und unvollständige Wiedergabe» von Aussagen von Finanzanalysten sei «unter allen Umständen» zu vermeiden. Dafür beansprucht man weitreichende Befugnisse. So zeichnet die Bank nicht nur alle Kommunikationen mit Journalisten auf – was bei Banken üblich ist –, sondern will diese nötigenfalls auch den Behörden weiterreichen.

Auch inhaltlich fordert die ZKB Mitsprache und verlangt eine «ausgewogene

Darstellung der Einschätzungen des Finanzanalysten». Inhalte dürfen nicht isoliert oder mit anderen Informationen kombiniert werden, so dass ein «falscher oder irreführender» Eindruck entstehe. Zudem sollen die Medien sicherstellen, dass die Inhalte nur einem Schweizer Publikum zugänglich sind.

Die ZKB verlangt ausserdem, dass Journalisten für Schäden haften, wenn sie gegen die Bestimmungen verstossen – es sei denn, sie können beweisen, dass sie kein Verschulden trifft. Zudem verlangt die Staatsbank bei «begründetem Verdacht» der Missachtung der Bestimmungen, dass ihr Journalisten «umfassend Auskunft» erteilen und Einsicht in die Publikation gewähren.

Das Vorgehen der Staatsbank gegenüber den Medien erstaunt. Denn Journalisten und Bankexperten stehen regelmässig in Kontakt, wenn es darum geht, wirtschaftliche Ereignisse zu kommentieren oder Unternehmensergebnisse zu beurteilen. Die Beziehungen sind eingespielt und verlaufen meist unkompliziert. Dem Vernehmen nach soll es in den vergangenen Monaten Fälle gegeben haben, bei denen Inhalte der ZKB nicht im Sinne der Bank von Journalisten verwendet wurden – das soll unter anderem Kunden verwirrt haben.

Die ZKB begründet ihr Vorgehen offiziell damit, dass wegen der Verbreitung ihrer Publikationen, die teilweise auch für Kleinanleger bestimmt sind, die Research-Inhalte «definierten Mindeststandards» genügen müssten – auch wegen der steigenden regulatorischen Anforderungen an die «unabhängige Finanzanalyse». Die ZKB darf ihre Inhalte zudem nicht ausserhalb der Schweiz verbreiten.

Ein von der NZZ angefragter Rechtsexperte, der nicht namentlich genannt werden möchte, hält das Vorgehen der ZKB für potenziell problematisch. Während private Banken den Zugang zu ihren Marktberichten nach Belieben einschränken dürfen, muss die ZKB immer auch ihren öffentlichen Auftrag vor Augen haben. So gehört etwa der «Zugang zu Finanzwissen» explizit zum Unterstützungsauftrag der Bank.

Befremden allenthalben

Bei Zürcher Wirtschaftsredaktionen stösst das Begehren der ZKB auf wenig Verständnis, zumal bis jetzt keine andere Schweizer Bank den Zugang zu ihrer Expertise an solche Bedingungen knüpft. Die NZZ-Wirtschaftsredaktion sieht sich derzeit nicht veranlasst, die Einverständniserklärung der ZKB zu unterzeichnen. Die Medienhäuser Tamedia und Ringier sind noch daran, das Begehren zu prüfen. Seitens SRF heisst es auf Anfrage: «Die Wirtschaftsredaktion SRF TV sowie ihre Journalist:innen sehen keinen Grund, die «Einverständniserklärung» der ZKB zu unterzeichnen.» Bei Publikationen halte man sich an die eigenen publizistischen Richtlinien.

Die ZKB hat das Befremden der Medienschaffenden registriert. Am Montag machte die Bank einen Rückzieher: Aufgrund zahlreicher Rückmeldungen solle das Konzept der Einverständniserklärung «einer erneuten Prüfung» unterzogen werden, heisst es in einer E-Mail. Man erwarte keine unterzeichnete Einverständniserklärung mehr von den Journalisten, damit sie weiterhin Research-Inhalte der Bank erhalten.

IN KÜRZE

Strafe von 223 Millionen für Delivery Hero und Glovo

(dpa) · Weil der Essenslieferdienst Delivery Hero ein illegales Kartell mit dem Unternehmen Glovo gebildet hat, muss die Firma mit Sitz in Berlin gut 223 Millionen Euro Strafe zahlen. Konkret gehe es um wettbewerbswidrige Absprachen, etwa über Preise und Strategien, teilte die EU-Kommission in Brüssel am Montag mit. Glovo mit Hauptsitz in Spanien verdient sein Geld ebenfalls in der Lieferdienstbranche und muss knapp 106 Millionen Euro Strafe zahlen. Neben Absprachen zu sensiblen Informationen wie Preisen haben Delivery Hero und Glovo laut den Angaben vereinbart, keine Arbeitnehmer voneinander abzuwerben und Märkte örtlich untereinander aufzuteilen. Die Absprachen haben laut EU-Kommission unter anderem per Mail und Whatsapp stattgefunden. Delivery Hero und Glovo zählen zu den grössten Lebensmittellieferdiensten in Europa. Zudem können dort auch andere Produkte bestellt werden.

Das Bruttoinlandprodukt legt um 0,8 Prozent zu

lyb. · Die Schweizer Wirtschaft ist von Januar bis März 2025 stärker als erwartet gewachsen. Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) legte im ersten Quartal des Jahres gegenüber dem Vorquartal um 0,8 Prozent zu. Das teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit. Besonders die chemisch-pharmazeutische Industrie habe zum überdurchschnittlichen Wachstum beigetragen, schreibt das Seco. Der Dienstleistungssektor sei ebenfalls breit abgestützt gewachsen und auch die Binnennachfrage habe sich positiv entwickelt, so die Zwischenbilanz des Bundes.

Referenzzinssatz bleibt bei 1,5 Prozent

cov. · Der hypothekarische Referenzzinssatz in der Schweiz beträgt 1,5 Prozent und bleibt damit auf dem bisherigen Stand. Das meldet das Bundesamt für Wohnungswesen. Er gilt für die Mietzinsgestaltung in der ganzen Schweiz und wird in Viertelprozenten publiziert. Zuletzt war er im März um 25 Basispunkte gesenkt worden – erstmals seit Juni 2020. In vielen Fällen konnten Mieter eine Reduktion ihrer Miete um 2,91 Prozent beantragen.

Sanofi übernimmt Blueprint Medicines

(dpa) · Der französische Arzneimittelhersteller Sanofi will mit einer milliardenschweren Übernahme der US-Pharmafirma Blueprint Medicines sein Geschäft mit seltenen immunologischen Krankheiten stärken. Sanofi werde 129 US-Dollar pro Aktie in bar zahlen oder 9,1 Milliarden Dollar, teilte das Unternehmen mit. Dies entspricht einem Aufschlag von 27 Prozent auf den Schlusskurs von Blueprint am vergangenen Freitag. Sanofi wird an der Börse derzeit mit rund 107 Milliarden Euro bewertet.

Börsenhandel in Syrien wieder aufgenommen

(dpa) · In Syrien hat nach einer sechs Monate langen Pause wieder der nationale Börsenhandel begonnen. Die Wiedereröffnung der Wertpapierbörse DSE in der Hauptstadt Damaskus gilt als Signal für eine zumindest teilweise wirtschaftliche Erholung im Land. Finanzminister Jasser Barnijeh sagte, die neue Wirtschaftsvision drehe sich nun um Grundsätze von «Gerechtigkeit, einer führenden Rolle des Privatsektors und Investitionen». Die syrische Börse wurde 2009 gegründet. Zwei Jahre später brach in dem Land ein Bürgerkrieg aus.

Lieber eine Skihalle bauen als pleitegehen

Der Belgier Wim Hubrechtsen, Chef von Snow World, plant den Betrieb von Indooranlagen in ganz Europa

JÜRGEN MEIER

Als Kind bringt sich Wim Hubrechtsen selbst das Skifahren bei. Seine aus Belgien stammenden Eltern leben in Deutschland und verbringen die Wochenenden mit Freunden in einem Restaurant im Skiort Winterberg. Die Kinder spielen draussen, irgendwann kauft eine der Familien ein Paar Ski und ein Paar Skischuhe. Jedes Kind darf damit einmal den Hang hinunterfahren und muss dann die Ausrüstung weitergeben.

Heute ist Hubrechtsen Chef von Snow World, dem nach eigenen Angaben weltgrössten Betreiber von Skihallen. Skifahren kann er bis heute nicht sonderlich gut, wie er im Gespräch sagt. Dafür weiss der Belgier mehr über Schnee, Fondue und Pistenpräparierung als die meisten Alpenbewohner.

Snow World betreibt neun Skihallen in vier Ländern, fünf davon in den Niederlanden. Hubrechtsens Ziel: In fünf Jahren sollen es doppelt so viele sein. Schaffen will er das, indem er Skihallen übernimmt. Die Branche ist zersplittert. Viele der zwanzig Anlagen in Europa gehören Einzelunternehmen, die Mühe haben, Gewinn zu schreiben.

Der Snow-World-Chef will aber auch neue Indooranlagen bauen. Liegt die Genehmigung einmal vor, geht es nur rund zwei Jahre, bis eine Halle steht. Neubauprojekte oder Pläne gibt es für Grossbritannien, Italien und Osteuropa. Indoor-Skihallen sollen aber nicht nur dort entstehen. «Es wird keine zehn Jahre dauern, bis die erste Anlage in Österreich eröffnet wird», sagt Hubrechtsen voller Überzeugung. Und auch in der Schweiz könnten solche Anlagen «sinnvoll werden».

Klimawandel bedroht Pisten

Der Grund: Die Alpenländer werden die Klimaveränderung stark zu spüren bekommen. In tief gelegenen Skigebieten lohnt sich bereits heute der Betrieb der Infrastruktur oftmals nicht mehr. 2023 schätzte eine Forschergruppe ab, wie die Zukunft des Skifahrens in Zeiten der Erderwärmung aussieht. Das Resultat: Selbst wenn es gelingen sollte, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, wären rund ein Drittel der europäischen Skigebiete stark gefährdet. Umso mehr sollte man dort über den Bau von Skihallen nachdenken, findet Hubrechtsen.

Heute kämpfen Orte in den Alpen gegen den ausbleibenden Schnee, indem sie den Sommertourismus ausbauen. Aber dieser ist niemals so umsatzträchtig wie der Winter. In vielen Gegenden droht eine Todesspirale. Weniger Gäste bedeutet auch weniger Arbeit, was wiederum zu noch mehr Abwanderung aus den Bergregionen führt.

Die bessere Lösung: Skifahren auch im Sommer. Zumindest wenn es nach Hubrechtsen geht. Die ganze Infrastruktur wie Hotels, Restaurants, Skilifte und Beschneiungsanlagen bestehe schliesslich schon, so der Unternehmer. Snow World hat dafür bereits ein Konzept entwickelt. Eine Halle, die über bestehende Skihänge gebaut und begrünt wird. Ganz oben gibt es einen Ausgang. Liegt im Winter Schnee und ist das Wetter gut, kurvt man draussen über das Hallendach. Wenn nicht, bleibt man drinnen.

Hubrechtsen sagt, er habe in Österreich schon stundenlange Gespräche über Skihallen geführt. Kurz vor der diesjährigen Ski-WM äusserte sich auch Roswitha Stadlober, Präsidentin des Österreichischen Skiverbands, zum Thema. Auf die Frage, weshalb die



Wim Hubrechtsen
CEO von Snow World

grosse Skination Österreich längst von der Konkurrenz eingeholt worden sei, verwies sie auf Norwegen. Ein Riesenvorteil des Landes sei, dass es dort eine Skihalle gebe, in der das ganze Jahr über trainiert werde.

Sie glaube, dass es nicht mehr allzu lange dauern werde, bis es auch in Österreich in den Köpfen drinnen sei: «Wir kommen nicht um eine solche Schnee-Erlebniswelt herum.» Dies auch, um die Zukunft des Schneesports zu sichern. «Wenn wir wollen, dass die österreichische Bevölkerung auch in Zukunft Schneesport betreibt, dann müssen die Menschen in Berührung mit dem Schnee kommen. Sonst werden sie nicht Ski fahren», meinte Stadlober warnend.

Als wollte sie die Worte von Stadlober untermauern, meldete die Betreibende



Auch im deutschen Bispingen gibt es bereits eine Arena von Snow World.

PD

rin des Skigebiets Schetteregg in Vorarlberg Ende Mai Insolvenz an. Die schneearmen Winter hatten dem auf 1100 bis 1400 Metern gelegenen Gebiet mit sechs Liften das Genick gebrochen.

Die Skihalle als Alternative – und das während des ganzen Jahres? Für viele Hobby-Skifahrer ist das ein Sakrileg. Für viele Profisportler dagegen längst Realität. Zwischen Juni und Oktober sind Hubrechtsens grösste Anlagen vollständig von Skiteams aus 38 Nationen belegt. Die Athleten – darunter auch solche aus der Schweiz – trainieren von 7 Uhr morgens bis abends um 22 Uhr.

Selbst Weltcup-Fahrer feilen hier an ihrem Schwung. Das ist beste Werbung für alle, die glauben, Skifahren in der Halle sei ungefähr so aufregend wie der Übungshang beim Dorfplatz im Vergleich zur Lauberhornabfahrt.

Die Hallen haben sich zu eigentlichen Nachwuchsschmieden entwickelt. Jungtalente müssen ihren Schwung tausendfach üben. Vielen Skiklubs fehlt aber das Geld, um im Sommer für Trainings auf die andere Seite der Welt zu fliegen. Die Hallen liegen da deutlich näher. Und indoor gibt es nicht nur eine Schneegarantie, die Teams können sogar wählen, ob der Hang etwas steiler oder flacher sein soll. Oder ob sie lieber auf härterem oder weicherem Schnee trainieren wollen.

Der Schnee in den Hallen entsteht «genau gleich wie bei euch in den Ber-

gen», sagt Snow-World-Chef Hubrechtsen lächelnd: mittels Schneekanonen. Ein grosser Ventilator verwirbelt die Luft so, dass die winzigen Wassertropfen möglichst lange durch die Halle schweben. Nur dann gefrieren sie zu wirklich schönen Schneekristallen, aus denen griffige Pisten entstehen. Der einzige Unterschied: In den Hallen werden 100 Prozent der Pisten beschneit. In der Schweiz liegt der Wert bei über 50 Prozent – vorerst noch.

Das «Beste aus den Bergen»

Während der Winter in den tieferen Lagen der Alpen zunehmend zur Mangelware wird, versucht Hubrechtsen, eine perfekte Version davon in seine Hallen zu zaubern. «Wir wollen das Beste der Berge bieten», sagt er: schneesicher, 365 Tage geöffnet, samt Après-Ski und eigenen Übernachtungsmöglichkeiten. Drei der zehn Hallen haben bereits eigene Betten, in den nächsten Jahren sind drei weitere Hotels geplant. Das Ziel: Die Gäste sollen mehrere Tage bleiben.

Wer genug vom Skifahren hat, kann Kletterparks benutzen oder beim Indoor-Skydiving in der Luft schweben. Doch welchen Preis hat das alles für die Umwelt? Die Antwort des Snow-World-Chefs: «Beim Skifahren in der Halle ist der negative Einfluss auf die Natur deutlich geringer, als wenn man in den Bergen unterwegs ist.»

Skigebiete in den Bergen nehmen mehr Fläche in Anspruch und oft auch mehr Wasser für die Beschneigung. Denn in den Bergen muss immer wieder beschneit werden, weil im Gegensatz zur Halle kein konstantes Klima vorherrscht. Zudem walzen in der Nacht dieselbetriebene Pistenbullys den Schnee flach. Je weiter sich dieser wegen der Klimaerwärmung zurückzieht, desto höher hinauf drängen die Skigebiete. Daher suchen die Wintersportler immer abgelegene Standorte auf, die mit dem Helikopter angefliegen werden müssen.

Elektrischer Pistenbully

Und bei Snow World? Laut Hubrechtsen hat sein Unternehmen bereits ein voll-elektrisches Fahrzeug für das Präparieren der Pisten entwickelt. Derzeit führt es in seinen Hallen ein zirkuläres Schneesystem ein: Jeden Tag wird ein Teil des Schnees geschmolzen, das Wasser eingefangen, gereinigt und gleich wieder in die Schneekanonen geleitet – möglichst kühl, damit wenig Energie verlorengeht.

Acht der zehn Standorte verzichten schon heute auf Erdgas. Der Anteil an erneuerbaren Energien liegt bei über 80 Prozent und soll weiter gesteigert werden. Derzeit denkt Hubrechtsen über die Installation von grossen Batterien nach.

Snow World verkauft jährlich ungefähr 1,4 Millionen Lift-Tickets, zählt aber 4 Millionen Besucher. Viele Gäste stehen gar nicht auf die Ski, sondern schauen ihren Enkelkindern zu, nehmen an Konferenzen teil oder gehen essen: Fondue ist das mit Abstand beliebteste Gericht in den Restaurants des Unternehmens.

Bald könnten die Hallen noch voller sein, denn Hubrechtsen ist pessimistisch für viele Skigebiete: Die 1,5 Grad Erderwärmung, die laut dem Pariser Abkommen nicht überschritten werden sollten, seien schon jetzt Geschichte. Die Erwärmung dürfte wohl deutlich höher ausfallen, mit entsprechend gravierenden Folgen für den alpinen Wintersport.

Doch Hubrechtsen wird noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Als vor zwei Jahren in Bayern der Bau einer Skihalle diskutiert wurde, sprach sich der örtliche Tourismusverband vehement dagegen aus. Eine solche Anlage wäre «fatal», hiess es. Der lokale Tourismus dürfe nicht «inszeniert» werden.

«Natürlich sind wir nur eine Nachahmung», entgegnet Hubrechtsen. «Aber wenn Sie den Skisport lieben ...»

ANZEIGE

Herzliche Gratulation

Die Swiss Financial Association SFAA und das Ausbildungszentrum AZEK gratulieren den neuen Absolventinnen und Absolventen zur bestandenen Prüfung und laden sie herzlich ein zur Diplomfeier am 19. Juni 2025 in Genf.

Eidgenössisches Diplom des Finanzanalytikers und Vermögensverwalters – Certified International Investment Analyst CIIA®

Bänziger Fabian • Benelli Allan • Berke Semih • Bolliger Manuel • Bürgin Lukas • Caamaño Rodriguez • Alberto Casellini Damiano • Caviezel Pascal • Ciardo Valentina • da Silva Figueiredo Dylan • Emery David • Fehlmann Natascha • Gilomen Silvan • Gonseth David Benjamin • Guntersweiler Raphael • Hillebrand Alexander • Kohler Anna • Lauff-Guo Xuan • Maggi Ming • Perez Sami • Prétot Cédric • Ragusa Nadine • Richoz Clémence • Schaffner Martin • Schuler Patrick • Theulaz Christophe • Veseli Agron • Walt Joey • Wuhrmann Jan • Zappella Riccardo • Zimmermann Gregory

Eidgenössisches Diplom des Finanz- und Anlageexperten – Certified International Wealth Manager CIWM®

Affolter Philipp • Alacam Murat • Aliu Ilias • Altinsoy Ali • Baruchet Adrian • Bolt Kristina • Fässler Hansjörg • Goncerut Nicolas • Husaj Hysen • Kroni Louis • Lomellini Hugues • Mustafi Shuajbi • Pierascenzi Carmela • Rejica Kastriot • Schütz Seraphine • Staub Matthias • Studer Yann • Umathevan Thilipen • Uras Mattia • Urech Reto • Weiss Tanja • Willi Nicola

Associate Wealth Manager AWM

Anderegg Tim • Binder Peter • Bora Mehmet • Brouze Lionel • Claro da Silveira Stefan • Durakovic Adnan • Ecoffet Jarod • Fäh Pascal Berthold • Goncerut Nicolas • Götschin Gilles • Guerrillot Mathilde Evelyn • Hubleur Marjorie • Husaj Hysen • Isoz Mathieu • Lendi Nicola • L'Eplattenier Bastien • Mastandrea Gerard • Meier Manuel • Oliveira da Cunha Ruben André • Parodi Chiara • Pernet Antoine • Perroud Gary • Rodemerk Janice Mireya Gabriela • Rosario Alexandre • Roth Maxime • Sonderegger Peter • Tranier Charles • Uras Mattia • Ventura Gianni • Weiss Jeannine • Wyrsch Nando • Yacoub Mehdi

Eidgenössischer Fachausweis für Techniker in Finanzmarktoperationen FMT

Bachmann Lukas • Di Salvo Samuele • Gilliot Jack • Hirscher Emanuel • Jaquet Geoffrey • Mouton Laurent • Müller Olivier • Overney Lionel • Penza-Bichanga Filipa Manuela • Progin Rémi • Schnider Roman • Senn Erik • Zimmermann Marc

Eidgenössisches Diplom des Experten in Finanzmarktoperationen FMO

Cornu Mathieu • Olaru Bogdan



AZEK

Ausbildungen für Finanzprofis



SFAA

Das Netzwerk der Finanzexperten





academy
NZZ

Komplexität
beherrscht die Zukunft.
Wer beherrscht
Komplexität?

Die wichtigsten Treiber der heutigen Welt
verdichtet in einem einzigartigen Programm:

nzz-academy.com

«Wir spüren in Deutschland eine Aufbruchstimmung»

Implenia setzt auf den nördlichen Nachbarn. Der neue CEO Jens Vollmar nennt im Gespräch mit Benjamin Triebe als Gründe das dortige Infrastrukturprogramm und tiefe Zinsen – derweil beklagt er die Selbstzufriedenheit, die in der Schweiz trotz Wohnungsnot herrsche

Selten hat die Börse einen neuen Firmenchef mit so viel Rückenwind begrüsst wie Jens Vollmar. Anfang April trat der Deutsche sein Amt als CEO bei Implen an. Anleger feiern den grössten Schweizer Baukonzern: Um mehr als 50 Prozent ist der Aktienkurs seit Jahresbeginn geklettert. Die Valoren zählen zu den Top-Performern am Schweizer Aktienmarkt.

Das Rally hat vor allem zwei Gründe: Donald Trump und Friedrich Merz. In dem Zollchaos, das der amerikanische Präsident angerichtet hat, wirkt ein auf die Schweiz und Deutschland fokussierter Baukonzern wie eine sichere Bank. Der neue deutsche Bundeskanzler zementiert diese Bank. Sein Infrastrukturprogramm in der Höhe von 500 Milliarden Euro dürfte bei Implen die Kassen klingeln lassen.

Herr Vollmar, Deutschland kämpft gegen den Zerfall der Infrastruktur, vor allem der Brücken. Implenias Investoren machen sich grosse Hoffnungen. Erhalten Sie schon Aufträge?

Es werden regelmässig grosse Brückenprojekte ausgeschrieben. Wir haben schon heute zahlreiche Aufträge, zum Beispiel die Elbebrücke Wittenberge, die Talbrücke Sechshelden in Hessen, die Rader Hochbrücke in Schleswig-Holstein oder die Köln-Mülheimer-Brücke. Über mangelnde Nachfrage können wir uns nicht beschweren. Wir rechnen in den nächsten Jahren mit einem starken Wachstum.

Wie scharf ist der Wettbewerb?

Die Baufirmen in Deutschland sind stark ausgelastet, insbesondere im Tiefbau. Das reduziert den Wettbewerbsdruck und bietet Chancen für uns. Allerdings muss die Marge stimmen, deshalb überlegen wir sehr genau, wo wir offerieren.

Die Milliarden von Herrn Merz kommen also an?

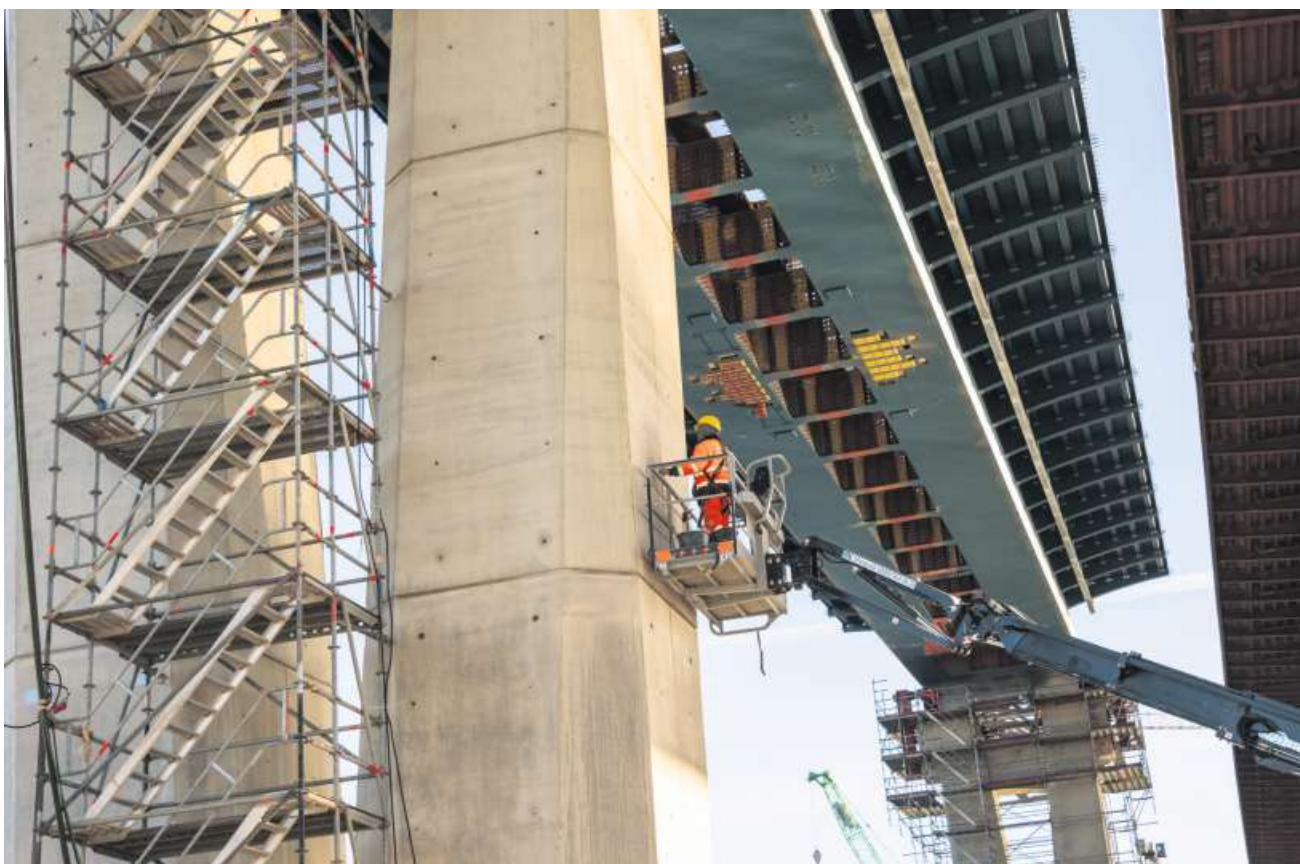
Wir spüren eine Aufbruchstimmung in Deutschland. Nach einigen Jahren konjunktureller und politischer Unsicherheiten besteht grosse Hoffnung, dass sich das Umfeld positiv verändert. Es gibt viele Projekte, bei denen die planerische Vorarbeit bereits geleistet wurde und die jetzt möglichst unbürokratisch in den Markt gebracht werden müssen. Der Infrastrukturbedarf ist gross, genau wie in der Schweiz.

Bitte? Hierzulande ist keine Brücke zusammengebrochen.

Nein, aber wir haben ein grosses Bevölkerungswachstum. Jedes Jahr kommt rein rechnerisch eine Stadt etwa von der Grösse Luzerns hinzu. Damit wachsen auch die Anforderungen an die Energieversorgung und an Verkehrsnetze. Auch an die Gesundheitsinfrastruktur, an Schulen und so weiter. Trotz grossen Investitionen in der Vergangenheit wird die Schweiz noch mehr Geld ausgeben müssen, um mit diesem Wachstum Schritt zu halten.

Die Schweiz und Deutschland sind die Kernmärkte von Implen. Deutschland, wo Implen 2015 das Tiefbau- sowie 2017 das Hochbaugeschäft des Branchenriesen Bilfinger übernommen hat, ist der grösste Baumarkt in Europa. Die Schweizer sehen dort viel Potenzial.

In beiden Ländern tritt Implen mit der vollen Angebotspalette auf, die neben dem Tiefbau mit den Infrastrukturprojekten unter anderem den Hochbau umfasst. Die Hälfte des letztjährigen Umsatzes von 3,6 Milliarden Franken machte der Konzern in der Heimat, fast 30 Prozent stammten vom nördlichen Nachbarn.



Den Neubau der Rader Hochbrücke, eines der grössten Modernisierungsprojekte in Deutschland, leitet Implen.

P. NOWACK / IMAGO



Jens Vollmar
Implenia-Chef

«Die Raumplanung in der Schweiz ist nicht flexibel genug. Hier in Opfikon, wo Implen seinen Hauptsitz hat, stehen viele Büros leer, aber sie werden nicht umgenutzt.»

Herr Vollmar, wenn die Schweizer Bevölkerung so stark wächst, sollte sich das Land dann nicht primär darum kümmern, mehr Wohnungen zu bauen?

Es gibt Hebel, um die steigende Nachfrage nach Wohnraum zu bewältigen. In den Städten behindern Einsprachen und regulatorische Initiativen die Verdichtung. Da gibt es eine Vielzahl von Interessen, die pragmatische Lösungen verhindern, etwa zum Schutz des Ortsbildes oder vor Lärm. Die Politik ist gefordert, Einsprachemöglichkeiten auf schutzwürdige Interessen zu begrenzen, rechtliche Instanzen zu reduzieren und Widersprüche zwischen Behörden aufzulösen.

Was sind die anderen Hebel?

Auch die Raumplanung ist nicht flexibel genug. Umzonungen von Gewerbe- zu Wohnzonen könnten Abhilfe schaffen. Hier in Opfikon in Zürich Nord, wo Implen seinen Hauptsitz hat, stehen viele Büros leer, aber sie werden nicht umgenutzt. Und eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur auf dem Land könnte helfen, Wohnungsknappheit in den Städten und Dichtestress zu verringern.

Wenn die Leute nicht auf dem Land wohnen wollen, aber Einsprachen erheben, wenn sich in der Nachbarschaft etwas ändern soll – was verrät uns das über Herrn und Frau Schweizer?

Ich glaube, das ist kein spezifisch schweizerisches, sondern ein gesellschaftliches Thema. Aufgrund unseres Wohlstands herrscht eine gewisse Selbstzufriedenheit. Wenn man selbst betroffen ist, dann ändert sich häufig die Perspektive. In Deutschland gibt es das auch, aber dort ist der Dichtestress geringer, und die Bürger haben weniger Möglichkeiten für Einsprachen.

Hier die Schweiz, dort Deutschland – das spiegelt sich auch in der Vita von Jens Vollmar. Der erst 40 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftler stammt aus dem Süden Deutschlands. Er doktorierte und arbeitete an der Universität St. Gallen, bevor er 2013 zu Implen stiess. Dort stieg er im Management der Hochbau-Division auf, bevor er 2019 deren Leitung übernahm und Länderchef für die Schweiz wurde.

Als sich der Implen-CEO André Wyss entschloss, in den Verwaltungsrat der SBB einzuziehen, um ab 2026 dessen Vorsitz zu übernehmen, rückte Vollmar an die Spitze.

Herr Vollmar, wenn in der Schweiz eine Wohnungsnot herrscht, warum ist Implen hierzulande nicht stärker im Wohnungsbau tätig?

Wir entwickeln und realisieren sehr viele Wohnungen. Allerdings sind wir auf grosse Überbauungen und Areale spezialisiert, nicht auf Einfamilienhäuschen. Es gibt für kleine Projekte genügend Baukapazitäten in der Schweiz. Wir differenzieren uns unter anderem durch den Fokus auf Spezialbereiche. Im Hochbau sind das zum Beispiel Datencenter, Labore und Spitäler. So wie der Neubau des Kantonsspitals Aarau, das Laborgebäude für die Empa in Dübendorf oder das neue Gebäude für die Biomedizin der Universität Basel.

Die UBS schätzt, dass ein Viertel Ihres Auftragsbuchs im Hochbau auf Projekte im Gesundheitssektor zurückgeht.

Für derart spezialisierte Gebäude braucht es Expertise und Erfahrung. Im Spitalumfeld sind Überlegungen zu Besucherströmen, Wissen über Medizintechnik und Behandlungstypen essenziell. Zum Beispiel sollten die Ärzte möglichst von den Besuchern getrennt werden, damit sie in den Fluren nicht viel Zeit verlieren. Also gibt es hinter den Patientenzimmern einen eigenen

Gang für die Mediziner. Wände müssen Bleiabschirmungen enthalten, wenn man einen Liftschacht neben einem Behandlungsraum mit einem Magnetresonanztomografen plant. Wir sind einer der wenigen Anbieter in der Schweiz, die so einen Spitalbau aus einer Hand leisten können.

Warum ist das für Implen interessant?

Das Ziel ist, sich nicht über den Preiskampf hervorzuheben. Wenn man nur etwas baut, was von jemand anderem geplant wurde und von jedem gebaut werden kann, konkurriert man häufig nur über den Preis. Aber die Planung und die Ausführung zusammen anzubieten und so das Projekt zu optimieren, das macht uns für den Kunden viel interessanter.

Die Aufträge von Implen sind breit gestreut. Das zahlt sich zum Beispiel aus, wenn öffentliche Bestellungen den Wegfall von privaten kompensieren können. So wie im jüngsten Abschwung: Der Umsatz des Konzerns mit über 9000 Mitarbeitern blieb im Jahr 2024 währungsbereinigt konstant. Doch die Margen im Bausektor sind traditionell tief. Der Betriebsgewinn erreichte 130 Millionen Franken, das sind nur 3,7 Prozent des Umsatzes.

Herr Vollmar, findet die Baukonjunktur langsam aus dem Tal?

Spätestens in der zweiten Jahreshälfte sollten sich die Hochbaumärkte spürbar erholen. Es gab in Deutschland einige Projekte, die von den Bauherren auf Eis gelegt wurden. Ich sehe viele Anzeichen dafür, dass das gesunkene Zinsniveau jetzt Investitionsfreude auslöst.

In der Schweiz war der Abschwung zwar nicht so stark, aber zum Beispiel hatte die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS einen grossen Effekt auf die Bautätigkeit institutioneller Investoren. Die zahlreichen Immobilienvehikel und Fondsgefässe der CS, die jetzt unter dem Dach der UBS gebündelt wurden, mussten erst einmal Klarheit haben, wie es weitergeht. Wir sind nun sehr optimistisch, dass sich die Aufträge im Hochbau deutlich erholen.

2019 erreichte Implen einen Umsatz von 4,4 Milliarden Franken. Vergangenes Jahr waren es rund ein Fünftel weniger. Wie weit will Implen schrumpfen?

Gar nicht, Implen wird wieder eine Wachstums-Story. Man muss den Kontext sehen: Wir haben ab 2011 stark im Ausland expandiert, vor allem im Infrastrukturbereich. In der Schweiz hatten wir durch den Bau der Neat viel Wissen im Tunnelbau gewonnen. Ab 2019 folgte eine Konsolidierung. Wir mussten Übernahmen verdauen, etwas zurückbauen und wurden bewusst kleiner.

Jetzt geht es wieder stärker um profitables Wachstum. Mit Tunnelbau und damit verbundenen Infrastrukturprojekten sind wir neben der Schweiz und Deutschland auch in anderen europäischen Ländern tätig, zum Beispiel in Skandinavien und Frankreich. Wir sind ein führender Tunnelbauer in Europa.

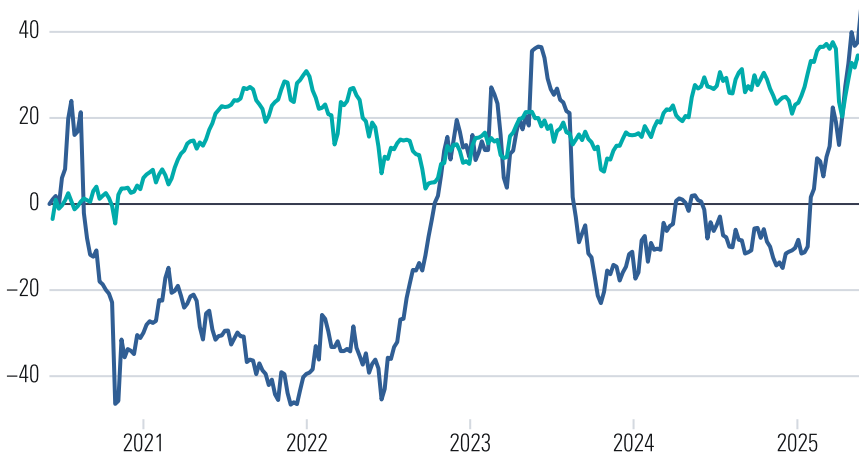
Die Marge beim Tiefbau ist allerdings besonders niedrig. Vergangenes Jahr erreichte sie beim Betriebsgewinn auf Stufe Ebit nur 2,2 Prozent. Warum legen Sie solchen Wert auf die Infrastruktur?

Insbesondere im Tunnelbau sind wir sehr profitabel. Unser Auftragsbuch im Tiefbau ist auch doppelt so gross wie im Hochbau, weil die Projekte viel langfristiger und je Auftrag grösser sind. Aber ja, grundsätzlich sind die Margen noch nicht auf einem Niveau, mit dem wir zufrieden sind. Wir werden bei der Auswahl unserer Projekte noch selektiver sein als in der Vergangenheit, gerade bei öffentlichen Vergaben.

Auch an der Börse ist Bauen zyklisch

Verlauf der Aktienkurse seit 5 Jahren, in Prozent

Implenia Swiss-Performance-Index (SPI)

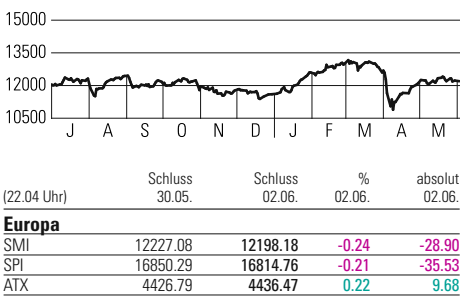


QUELLE: BLOOMBERG

NZZ / bet.

INDIZES

SMI



Europa

SMI	12227.08	12198.18	-0.24	-28.90
SPI	16850.29	16814.78	-0.21	-35.53
ATX	4426.79	4436.47	0.22	9.68

DAX	23997.48	23930.67	-0.28	-66.81
CAC 40	7751.89	7737.20	-0.19	-14.69
S&P UK	1775.50	1775.05	-0.03	-0.45
Euro Stoxx 50	5366.59	5355.56	-0.21	-11.03
Stoxx Europe 50	4532.10	4530.38	-0.04	-1.72
Euronext 100	1579.22	1578.33	-0.06	-0.89
ISE National 100	9019.57	9008.87	-0.12	-10.70

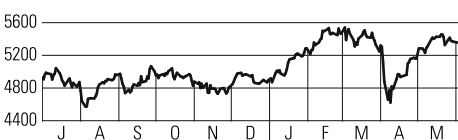
Amerika

Dow Jones	42270.07	42305.48	0.08	35.41
S&P 500	5911.69	5935.94	0.41	24.25
Nasdaq	19113.77	19242.61	0.67	128.85
S&P TSX	26175.05	26388.96	0.82	213.91
Mexiko IPC	57841.69	58064.68	0.39	222.99
Bovespa	137262.66	137092.59	-0.12	-170.07
Merval	2278991.58	-	-	-

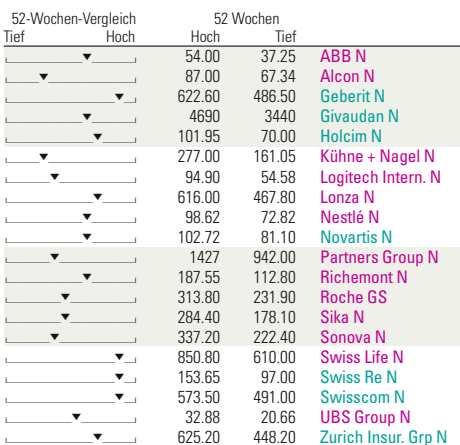
Asien und Afrika

Nikkei 225	37965.10	37470.67	-1.30	-494.43
Hang Seng	23249.70	23134.30	-0.50	-115.40
Shanghai Co.	3347.49	gs.	-	-
Indien BSE	81504.84	81373.75	-0.16	-131.09
S&P ASX 200	8434.70	8414.10	-0.24	-20.60

Euro Stoxx 50



SCHWEIZ: SWISS-MARKET-INDEX (SMI)



Erläuterungen: Beim 52-Wochen-Vergleich zeigt das Dreieck an, wie nah der derzeitige Kurs am Höchst- bzw. Tiefststand der vergangenen 52 Wochen liegt. Das Marktkapital ist für die jeweilige Gattung angegeben.

ROHWAREN

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

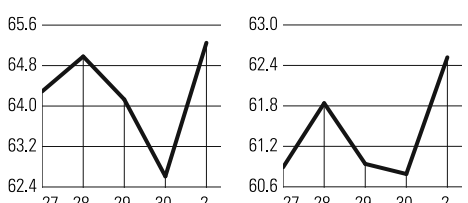
Rohwaren

Baumwolle, ICE-US, c/lb	65.03	66.18	1.77	-3.22
Kaffee CSCE, c/lb	348.70	343.45	-1.51	7.04
Kakao CSCE, S/t	9165	9050	3.70	-17.68
Mais, CBOT, c/bu	444.00	438.25	-1.30	-4.42
Orangensaft, ICE, c/lb	272.25	282.75	3.86	-42.61
Sojabohnen, CBOT, c/bu	1042	1035	-0.70	2.38
Weizen, CBOT, c/bu	534.00	537.75	0.70	-2.49
Zucker, CSCE, c/lb	17.04	16.87	-1.00	-12.55
Brent ICE, S/Fass	62.61	65.23	4.18	-12.83
Erdgas Nymex, S/mmBtu	3.45	3.73	8.18	2.64
Rohöl Nymex, S/bar	60.79	63.11	3.82	-12.01

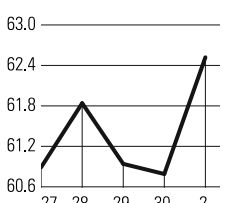
52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

Rohöl (Brent)



Rohöl (Nymex)



LME (\$/t)

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

EDELMETALLE ZÜRICH

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

MÜNZEN

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

GELD- & KAPITALMARKTDATEN

ZÜRCHER DEVISEN UND NOTEN

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

BENCHMARK-ANLEIHEN (10 Jahre)

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

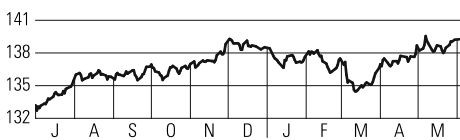
SWISS REFERENCE RATES

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

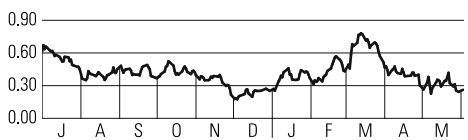
BOND-INDIZES (3 Monate, Vortag)

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

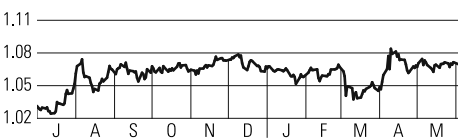
Swiss-Bond-Index



Schweiz (10-j.)



Franken in Euro



SCHWEIZER OBLIGATIONEN IN FRANKEN

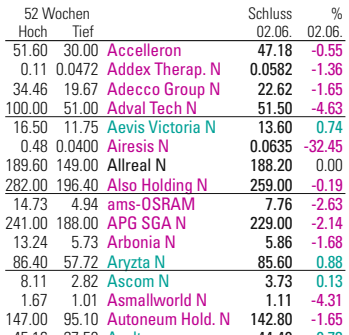
52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

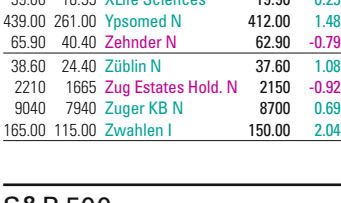
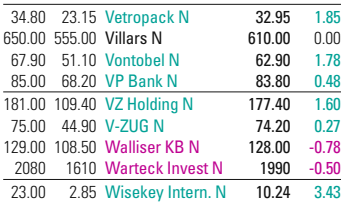
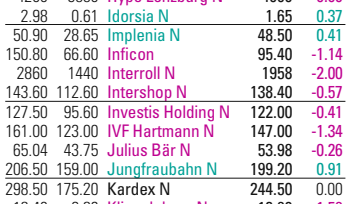
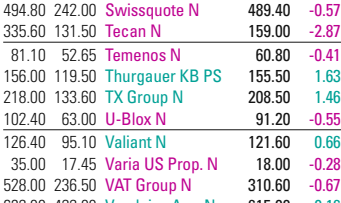
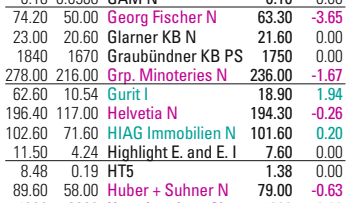
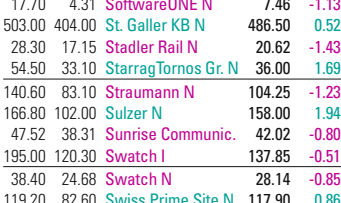
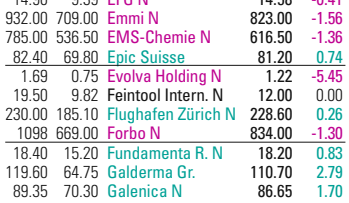
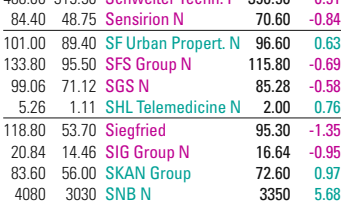
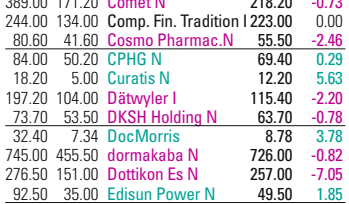
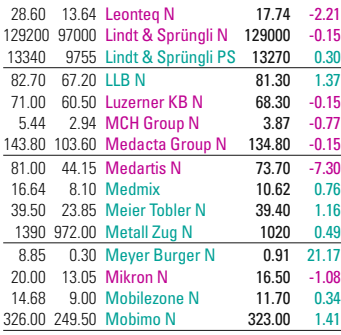
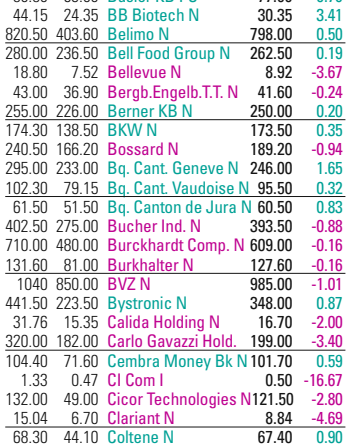
Erläuterungen: Rubriken der inländischen und ausländischen Obligationen werden im Wechsel publiziert. Auswahl bei Aktien nach Höhe der Marktkapitalisierung; Div. = Dividende; Div.-Rend. = Dividenden-Rendite; GS = Genusscheine; I = Inhaberaktien; KBV = Kurs-Buchwert-Verhältnis; KGV = Kurs-Gewinn-Verhältnis (auf Basis der ew. Gewinnne); Marktkapital = je Gattung; N = Nomenklatur; PS = Partizipations-/Stammaktien; S = Stammaktien; t = Tausend; % = Veränderung in Prozent; Vol. = Volumen: Ausgewiesene Volumina enthalten börsliche und ausserbörsliche Geschäfte; 52-Wochen-Hoch/Tief: Bezieht sich nur auf börslichen Handel. Vt. = Vortag. Alle Angaben ohne Gewähr.

SCHWEIZ: SPI



SPI: -0.21%

SMI: -0.24%



EUROPA STOXX 600 (Auswahl)

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

S&P 500 (Auswahl)

52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Schluss	%	%
Kennzahl	Tief	Hoch	30.05.	02.06.	02.06.	2025
4383	3724	LMEX	4039	4092	1.33	6.35

ANLAGEFONDS

Swiss Fund Data AG in Zusammenarbeit mit der SIX Financial Information AG sowie mit NZZzone

Reihenfolge Fondsinformationen: Fondsname, Rechnungswährung, Konditionen Ausgabe / *Rücknahme*, Kursbesonderheiten, Inventarwert, Ausgabepreis oder Börsenschlusskurs (Werte vom Montag, 02.06.2025, Abweichungen siehe Besonderheiten), Performance 2025 in %

ANZEIGE

 3V ASSET MANAGEMENT				
Vertreter für die Schweiz: LLB Swiss Investment AG				
Aktienfonds				
3V Inv.Swiss Small&Mid A Cap A	CHF 1/1e	290.33	10.4	
3V Inv.Swiss Small&Mid A Cap B	CHF 1/1e	115.60	10.6	

 admicasa				
Immobilienfonds				
Admicasa Real Estate Fund	CHF 5/5	106.60	-	

 AHEAD				
Aktienfonds				
Zeus Strategie Fund	EUR 3/2e	65.69	9.2	

 AQUILA independent.				
Aktienfonds				
Aquila Int.Fd-Corby Swiss Eq. (CHF)	CHF 1/1e	2780.96	6.1	

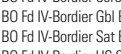
 BONHÖTE				
Lassen Sie uns gemeinsam die Anlagelösung finden, die zu Ihnen passt. Sehen Sie sich die Performance unserer Fonds unter bonhote.ch/produkte an.				
Immobilienfonds				
Bonhöte-Immobilier SICAV - BIM	CHF 2/2	167.00	5.0	

 BBGI GROUP Global Investments				
Andere Fonds				
BBGI - Equit. Sw. Behavior. Value	CHF 1/1e	160.70	8.4	
BBGI - Swiss Phys. Gold Cl CHF	CHF 1/1e	147.80	11.8	
BBGI - Swiss Phys. Gold Cl CHF Hdg.	CHF 1/1e	109.70	20.8	
BBGI - Swiss Phys. Gold Cl EUR	EUR 1/1e	202.70	12.5	
BBGI - Swiss Phys. Gold Cl EUR Hdg.	EUR 1/1e	125.80	22.1	
BBGI - Swiss Phys. Gold Cl USD	USD 1/1e	171.20	23.3	
BBGI Commodities (USD) A	USD 1/1e	106.60	-0.6	

 Berninvest				
Immobilienfonds				
Good Buildings SREF	CHF 5/5	156.00	-0.6	
Immo Helvetic	CHF 5/5	244.50	1.4	

 BLACKROCK®				
Obligationenfonds				
BGF FI Glb Ops D2 USD	USD 1/1e	17.82	3.0	
BGF Glb Corp Bond D2 USD	USD 1/1e	16.70	2.5	
Aktienfonds				
BGF Syst Gbl Eq HI D2 USD	USD 1/1e	26.34	5.6	
Glb Uncon Eq D Acc USD	USD 3/3e	183.12	3.0	

 bordier 1844				
Obligationenfonds				
BO Fd IV-Bordier Allo Bal USD	USD 4/4e	120.44	3.6	
BO Fd IV-Bordier Eur. Fix Inc EUR	EUR 4/4e	108.53	1.1	
BO Fd IV-Bordier Glb Fix Inc USD	USD 4/4e	118.67	1.8	
Aktienfonds				
BO Fd IV-Bordier Core Hld Eur EUR	EUR 4/4e	158.34	3.1	
BO Fd IV-Bordier Core Hld Eur I EUR	EUR 1/1e	148.93	3.4	
BO Fd IV-Bordier Gbl EmMkt USD	USD 4/4e	205.09	7.4	
BO Fd IV-Bordier Sat Eq Eur EUR	EUR 4/4e	132.63	7.9	
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq I USD	USD 4/4e	2493.86	-1.0	
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq USD	USD 4/4e	239.86	-1.3	

 BRUNOWALTER FINANZWESEN				
Aktienfonds				
Allround Quadinvest Fund ESG B	EUR 2/1e	211.32	1.2	
Allround Quadinvest Fund ESG Da	EUR 2/1e	92.61	1.4	
Allround Quadinvest Growth B	USD 2/1e	324.83	3.4	
Allround Quadinvest Growth Da	USD 2/2e	283.92	3.6	

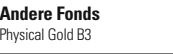
 bwm VALUE INVESTING				
Vertreter in der Schweiz: LLB Swiss Investment AG				
Aktienfonds				
Classic Global Equity Fund	CHF 3/3e	598.89	14.1	
Classic Value Equity Fund	CHF 3/3e	183.16	14.3	

 BZ				
Aktienfonds				
BZ Fine Agro	CHF 1/1	171.65	0.5	
BZ Fine Digital	CHF 1/1	223.54	-8.9	
BZ Fine Europe	CHF 1/1	221.37	7.7	
BZ Fine Pharma	CHF 1/1	210.95	-10.9	

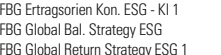
 carne				
Aktienfonds				
Komwave Gold Equity Fd CHF - B	CHF 2/1e	339.78	39.4	
Komwave Gold Equity Fd EUR - B	EUR 2/1e	352.92	40.2	
Komwave Gold Equity Fd USD - B	USD 2/1e	432.96	49.7	

 CRONOS FINANCE				
Immobilienfonds				
Cronos Immo Fund	CHF 5/5	123.80	0.2	

 DE PURY PICTET TURRETTINI				
Aktienfonds				
Cadmos - Peace Eur Eng B	EUR 2/1e	208.31	4.8	
Cadmos Swiss Engagement B	CHF 4/4e	227.83	5.8	
ENETIA Energy Infrass. Fund IB EUR	EUR 2/1e	18505.90	1.7	
ENETIA Energy Transition Fund IB EURh	EUR 2/1e	136.84	3.7	
White Fleet IV-Ene Err In S EUR(unhe)	EUR 1/1e	12404.92	3.4	
White Fleet IV-Ri. St. B (USD)	USD 1/1e	57.47	6.1	
White Fleet IV-Sec.Trds S (USD)	USD 1/1e	222.94	6.1	
Strategiefonds				
Cadmos Balanced CHF B-Dist	CHF 4/4e	124.55	0.9	
Andere Fonds				
Physical Gold B3	USD 1/1e	177.65	24.8	

 ethos				
Aktienfonds				
Vontobel(CH)-EthosEqSwissM&S A	CHF 4/1e	527.42	9.9	

 Frankfurter Bankgesellschaft PRIVATBANK 1204th Frankfurt				
Strategiefonds				
FBG CHF Managed ESG	CHF 1/1e	68.19	1.8	
FBG Ertragsorien Kon. ESG - KI 1	EUR 1/1e	70.38	1.0	
FBG Global Bal. Strategy ESG	EUR 1/1e	48.62	-3.3	
FBG Global Return Strategy ESG 1	EUR 1/1e	43.56	-0.4	

 FundPartner Solutions				
Aktienfonds				
Protea UCITS II-Prana India Equity A	USD 1/1e	108.06	-	
Protea UCITS II-Prana India Equity B	USD 1/1e	109.39	-	
Protea UCITS II-Prana India Equity C	USD 1/1e	109.75	-	

 GENERALI INVESTMENTS				
Obligationenfonds				
GENERALI Bond Fund CHF	CHF 2/1e	109.50	-0.2	
GENERALI INVEST - Long Term BF	CHF 1/1e	108.51	-0.1	
GENERALI Short Term Bond Fund CHF	CHF 1/1e	572.76	0.6	
Aktienfonds				
GENERALI Eq Fd Switzerland A	CHF 2/1e	419.73	8.2	

 CORANDO INVESTMENT FUNDS				
Strategiefonds				
GENERALI Anlagefonds	CHF 2/1e	140.10	0.4	
GENERALI ESG Equity Fund C	CHF 3/1e	92.78	-0.0	
GENERALI ESG Multi Asset Fund C	CHF 1/1e	97.66	-1.4	
GENERALI Europe Balanced Fund CHF	CHF 2/1e	115.83	3.2	
GENERALI Europe Balanced Fund EUR	EUR 1/1e	153.60	2.7	
GENERALI INVEST - Risk Control 1	CHF 3/1e	93.92	-0.2	
GENERALI INVEST - Risk Control 2	CHF 3/1e	94.23	-0.2	
GENERALI INVEST - Risk Control 3	CHF 3/1e	94.56	-0.1	
GENERALI INVEST - Risk Control 4	CHF 3/1e	90.39	-0.2	
GENERALI INVEST - Risk Control 5	CHF 3/1e	94.69	-0.1	
GENERALI INVEST - Risk Control 6	CHF 3/1e	97.12	0.2	
GENERALI Multi INDEX 10	CHF 2/1e	102.29	0.5	
GENERALI Multi INDEX 20	CHF 2/1e	114.32	0.9	
GENERALI Multi INDEX 30	CHF 2/1e	126.44	1.4	
GENERALI Multi INDEX 40	CHF 2/1e	140.71	1.9	

 GUTZWILLER FUNDS				
Obligationenfonds				
EG CHF Bond Fund (CHF)	CHF 2/1e	104.00	0.4	
Aktienfonds				
EG European Equities (EUR)	EUR 2/1e	380.10	-0.5	
EG Global Equities (EUR)	EUR 2/1e	217.50	-0.4	
EG Swiss Equities (CHF)	CHF 2/1e	64.20	6.5	
Gutzwiller ONE	USD 2/1e	633.50	-0.9	
Alternative Investments				
Gutzwiller TWO (USD)	USD 2/1e	177.60	1.9	

 GUTZWILLER FUNDS				
Obligationenfonds				
EG CHF Bond Fund (CHF)	CHF 2/1e	104.00	0.4	
Aktienfonds				
EG European Equities (EUR)	EUR 2/1e	380.10	-0.5	
EG Global Equities (EUR)	EUR 2/1e	217.50	-0.4	
EG Swiss Equities (CHF)	CHF 2/1e	64.20	6.5	
Gutzwiller ONE	USD 2/1e	633.50	-0.9	
Alternative Investments				
Gutzwiller TWO (USD)	USD 2/1e	177.60	1.9	

 helvetia Asset Management AG				
Immobilienfonds				
Helvetia (CH) Swiss Property Fund	CHF 1/1	123.40	3.7	

 Helvetia				
Immobilienfonds				
HSC Fund	CHF 4/4e	97.40	-1.8	
HSL Fund	CHF 4/2e	101.60	-2.3	
HSD Fund	CHF 4/4e	85.00	-	

 Hörens Quality Asset Management AG				
Aktienfonds				
Aramus (CH) Japan Fund I hedged CHF	CHF 2/2	196.28	-0.9	
HOAM Quality Europe Eq Fd EUR - B	EUR 3/1e	288.37	-2.8	
HOAM Quality Switz Eq Fd CHF - B	CHF 2/1e	300.82	4.9	
HOAM Quality USA Eq Fd USD - B	USD 2/1e	510.01	0.8	

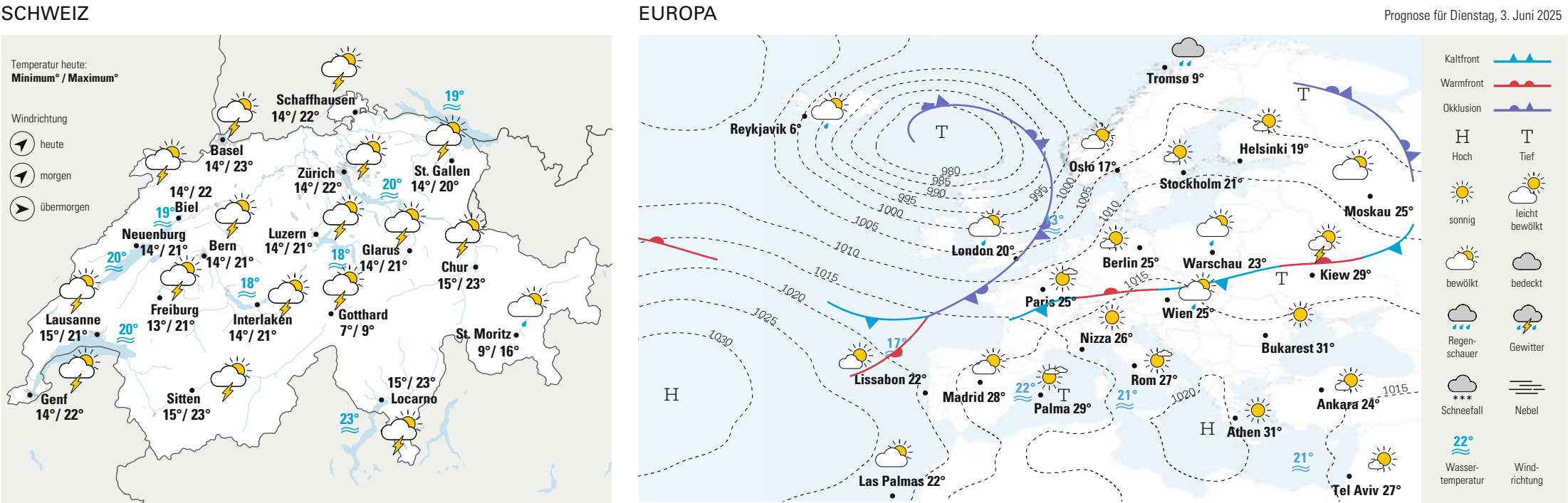
 HSZ Group				
Aktienfonds				
HSZ China Fund A CHF	CHF 2/1e	130.20	-2.2	
HSZ China Fund A EUR	EUR 2/1e	229.06	-1.4	
HSZ China Fund A USD	USD 2/1e	202.57	7.3	
HSZ China Fund C CHF	CHF 2/1e	135.59	-2.2	
HSZ China Fund C USD	CHF 2/1e	210.53	7.3	
HSZ China Fund I CHF	CHF 2/1e	134.72	-2.9	
HSZ China Fund I USD	USD 2/1e	211.58	6.9	

 IAM Independent Asset Management				
Aktienfonds				
IAM European Equity CHF - A	CHF 2/1e	1394.15	5.2	
IAM Global Equity CHF - A	CHF 2/1e	2067.60	-0.5	
IAM Immo Securities CHF - A	CHF 2/1e	1395.48	3.1	
IAM Swiss Equity CHF - A	CHF 2/1e	3394.03	7.8	

 IMMOFONDS asset management				
Immobilienfonds				
IMMOFONDS	CHF 2/2	620.00	6.5	

J.P.Morgan

Obligationenfonds				
JPM EM Corp Bond A acc USD	USD 2/2e	178.30	2.5	
JPM Global Bond Opp A acc USD	USD 4/4e	148.13	2.7	
JPM Inc Fd A (acc) - USD	USD 4/4e	139.83	2.7	
Aktienfonds				
JPM America Equity Fund A acc USD	USD 2/2e	59.95	-1.9	
JPM Asia Growth Fund A acc-USD	USD 2/2e	36.80	4.3	
JPM EM Opportunities A acc USD	USD 4/4e	313.94	7.9	
JPM Them-Genet. Ther. A (acc)-USD	USD 4/4e	80.32	-10.9	
JPM US Technology A acc-USD	USD 2/2e	114.37	-1.1	
Strategiefonds				
JPM Gb Mac.Fd A (acc)-CHF (hgd)	CHF 4/4e	94.02	-1.8	
JPM Global Income A (acc) - EUR	EUR 4/4e	100.00	0.0	



DIE NÄCHSTEN VIER TAGE			
Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Ostschweiz			
15°/ 24°	15°/ 21°	13°/ 25°	13°/ 24°
Westschweiz			
16°/ 22°	14°/ 24°	13°/ 27°	15°/ 25°
Südschweiz			
17°/ 22°	15°/ 23°	13°/ 25°	14°/ 25°

BERGWETTER			
	Wind	km/h	°C
4000 m	SW	30-70	-4°
3000 m	SW	25-60	2°
2000 m	SW	20-50	9°
1000 m	SW	10-35	17°

Allgemeine Lage: Am Südrand eines Tiefdruckgebiets über dem Nordmeer ist die Druckverteilung über Mitteleuropa zwar relativ flach, in der Höhe herrscht aber weiterhin eine straffe Südwestströmung. Diese versorgt uns auch heute mit feucht-labiler Luft. Am Mittwoch erfasst uns eine Störungszone, in den Alpen stellt sich eine vorübergehende Föhnphase ein.

Heute: Nebst vielen Wolken kann sich heute auch die Sonne gelegentlich zeigen. Im Mittelland ist es am Vormittag nur selten nass, die trockenen Phasen überwiegen eindeutig. Entlang der

Alpen und über dem Jura bilden sich vor allem in den Nachmittagsstunden neue Schauer- und Gewitterzellen. Mit etwas Südwestwind gibt es zwischen 21 und 23 Grad.

Aussichten: Morgen Vormittag sorgt eine schwache Föhnströmung in der Zentral- und Ostschweiz für ein paar Auflockerungen. Im Laufe des Nachmittags breiten sich aus Westen aber immer mehr Regenschauer und Gewitterzellen aus.

NZZ

nzz.ch/wetter

SCHADSTOFFE							
in µg/m³	Zürich	Bern	Lausanne	Tänikon	Basel	Lugano	
Feinstaub (PM10)	14	18	15	10	13	14	
Stickstoffdioxid	10	14	14	4	8	9	
Ozon	82	74	76	88	55	73	

Die entsprechenden Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung lauten: 50, 80, 120, EU-Ozon-Alarmwert 240 µg/m³. Messwerte gestern, 14 Uhr.

SONNE UND MOND			
	Aufgang heute	105:31	Untergang heute
Sonne	05:32	105:31	21:16
Mond	zunehmend	13:25	02:07
	3.6°	11.6°	18.6°

WINDRICHTUNGEN/-STÄRKEN

	heute	morgen		heute	morgen
Zürichsee	SW 3-6	SW 3-6	Urmensee	S 2-5	S 6-9
Obersee	SW 2-5	SW 3-6	Thunersee	W 3-6	W 3-6
Greifensee	SW 2-5	SW 3-6	Bielsee	SW 3-6	SW 3-6
Walensee	W 2-5	W 3-6	Neuenb.see	SW 3-6	SW 2-5
Bodensee	SW 3-6	SW 2-5	Genfersee	SW 2-5	SW 3-6
Untersee	SW 2-5	SW 3-6	Langensee	SW 2-5	SW 2-5
Zugersee	SW 2-5	SW 3-6	Luganersee	S 2-5	S 2-5
Vierv.see	SW 2-5	SW 3-6	Silvapl.see	SW 3-6	SW 3-6

Windstärke in Beaufort, var = variabel

meteoneWS

MeteoNews AG
Leutschenbachstrasse 95, 8050 Zürich
Das Schweizer Wetterportal: meteoneWS.ch
Persönliche Wetterberatung: 0900 575 775
(CHF 3.20/Min. vom Schweizer Festnetz)

MORGEN INTERNATIONAL

Europa			Istanbul	30	s
Amsterdam	19	w	Kopenhagen	20	w
Athen	32	s	Las Palmas	22	w
Barcelona	26	fR	Lissabon	24	w
Berlin	28	G	London	19	fR
Brüssel	20	fR	Madrid	28	s
Budapest	32	s	Moskau	23	f
Dublin	16	fR	München	28	f
Frankf./M.	20	G	Oslo	16	fR
Hamburg	23	w	Paris	21	fR
Helsinki	20	s	Prag	27	G

Rom	27	f	Afrika	
Stockholm	21	w	Dakar	30 s
Warschau	27	f	Johannesb.	19 s
Wien	30	s	Kairo	36 s
Nordamerika			Kapstadt	17
Chicago	19	R	Lagos	28 G
Denver	21	f	Marrakesch	30 s
L. Angeles	21	f	Nairobi	26 fR
Miami	30	G	Tunis	34 s
New York	27	s	Naher Osten	
San Franc.	20	f	Dubai	34 s
Toronto	23	s	Teheran	30 s
Vancouver	19	f	Tel Aviv	29 f
Washington	32	s	Asien	
Lateinamerika			Bangkok	33 G
Bogotá	17	fR	Delhi	35 f
B. Aires	19	f	Hongkong	29 G
Caracas	30	f	Manila	32 G
Mexiko-St.	26	f	Peking	35 s
Santiago	18	f	Seoul	24 f
São Paulo	24	f	Schanghai	32 s
Australien, Neuseeland			Singapur	32 G
Auckland	19	R	Tokio	28 fR
Melbourne	12	w		
Perth	18	R		
Sydney	15	R		

b = bedeckt; N = Nebel; s = sonnig;
f = freundlich; R = Regen; S = Schneefall;
G = Gewitter; Rs = Regenschauer; SR = Schneeregen; w = bewölkt



SRF 1
9.25 Frühling. Liebe hinter geschlossenen Vorhängen. Melodram (D 2020). **11.00** ECO Talk. **11.40** Puls. **12.20** Mini Chuchi, dini Chuchi. **12.45** Tagesschau. **12.55** Meteo. **13.10** G&G. (W). **13.35** In aller Freundschaft. **14.30** Landfrauenküche. **15.15** gesundeHeute. (W). **15.40** G&G Flash. **15.50** Frühling. Keine Angst vorm Leben. Melodram (D 2020). **17.25** Guetnachtsschichtli. **17.40** Telesguard. **18.00** Tagesschau. **18.10** Meteo. **18.15** Mini Chuchi, dini Chuchi. **18.35** G&G – Gesichter und Geschichten. **19.00** Schweiz aktuell. **19.25** SRF Börse. **19.30** Tagesschau. **19.55** Meteo.
20.05 Der Kriminalist. Krimi-Serie. Im Namen des Vaters. Mit Christian Berkel.
21.10 Kassensturz. Magazin. Lebensgefährliche Airbags – Rückrufaktion dauert Jahre.
21.50 10vor10. **22.15** Meteo. **22.25** Literaturclub. Gespräch. U.a.: Lesen in politisch nervösen Zeiten / «Seltsame Bilder» von Uketsu. Mit Laura de Weck.
23.45 Newsflash. **23.55** Matthias & Maxime. Drama (CDN/F 2019). **01.55** Kassensturz. Magazin. (W). **02.25** Literaturclub. (W).

SRF zwei
5.35 Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **8.30** Tagesschau vor 20 Jahren. **8.55** Landfrauenküche. Show. (W). **9.45** Kulturzeit. **10.25** Das Gewicht des Honigs. Dokumentation. Wie schlagen sich sechs Tessiner Imker in ihrem Beruf in der heutigen Zeit? Über mehrere Monate wurden sie von einem Filmteam begleitet. (W). **11.25** Life@SRF. (W). **12.00** Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **16.15** Wege zum Glück. Tele-novela. **17.05** Grey's Anatomy. Spitalserie. **17.50** G&G Flash. **18.00** Auf der Suche nach Liebe. Dokumentation. **18.55** Music@SRF.
19.30 Live: Fussball: Nations League der Frauen. Aus Sion (CH). Schweiz – Norwegen. Mit Annette Fetscherin.
22.20 sportflash. Die Sportnews des Tages.
22.35 New York – Die Foodtruck-Könige von Astoria. Dokumentation.
23.05 Newsflash. **23.20** 50/50 – Freunde fürs (Über)leben. Tragikomödie (USA 2011). **00.55** Tagesschau vor 20 Jahren. (W). **01.20** Music@SRF. Magazin. (W). **01.50** Grey's Anatomy. Spitalserie. (W). **02.30** 50/50 – Freunde fürs (Über)leben. Tragikomödie (USA 2011). (W).

ARD
5.30 Live: ARD-Morgenmagazin. Magazin. Mit Susan Link, Sven Lorig. **9.00** Tagesschau. **9.05** Hubert und Staller. **9.50** Morden im Norden. **10.40** Tagesschau. **10.45** Meister des Alltags. **11.15** Gefragt – Gejagt. **12.00** Tagesschau. **12.10** ZDF-MiMa. **14.00** Tagesschau. **14.10** Rote Rosen. **15.00** Tagesschau. **15.10** Sturm der Liebe. **16.00** Tagesschau. **16.10** Familie Dr. Kleist. **17.00** Tagesschau. **17.15** Brisant. **18.00** Gefragt – Gejagt. **18.50** WaPo Duisburg. Krimi-Serie. Elektroschrott. **19.45** Wissen vor acht – Natur. **19.50** Wetter vor acht. **19.55** Wirtschaft vor acht.
20.00 Tagesschau. **20.15** Live: Fussball: Nations League der Frauen. Aus Wien (A). Österreich – Deutschland. Mit Claus Lufen.
22.40 Maischberger. Diskussion. Mit Sandra Maischberger.
23.55 Tagesschau. **00.05** Daheim in den Bergen. Drama-Serie. Väter. Mit Theresa Scholze. (W). **01.40** Mutter reicht's jetzt. Tragikomödie (D 2016). Mit Ulrike Krumbiegel. (W). **03.10** Maischberger. Diskussion. (W). **04.25** Brisant. Magazin. (W). **04.55** Tagesschau.

ZDF
5.30 ARD-Morgenmagazin. **9.00** heute Xpress. **9.05** Volle Kanne – Service täglich. **10.30** Notruf Hafenkante. **11.15** SOKO Wismar. **12.00** heute. **12.10** ZDF-Mittagsmagazin. **14.00** heute – in Deutschland. **14.15** Die Küchen-schlacht. **15.00** heute Xpress. **15.05** Bares für Rares. **16.00** heute – in Europa. **16.10** Die Rosenheim-Cops. Krimi-Serie. Eine geliebte Schwester. **17.00** heute. **17.10** hallo deutschland. Magazin. **18.00** SOKO Köln. Krimi-Serie. Die Mischung macht's. **19.00** heute. **19.20** Wetter. **19.25** Die Rosenheim-Cops. Krimi-Serie. Stadler allein zu Haus.
20.15 Die Tricks der Luxusmarken. Dokumentation. Mit Pia Osterhaus. Trotz Wirtschaftskrise floriert der Handel mit Luxusartikeln. Die Hersteller erzeugen mit Strategien künstliche Exklusivität.
21.00 frontal. Magazin. Mit Ilka Brecht. **21.45** heute journal. Wetter. **22.15** 37°: Rente? Reicht nicht!. **22.45** Markus Lanz. Talkshow. **00.00** heute journal update. **00.15** Showdown in den Bergen. Actionfilm (F 2021). (W). **01.45** Crossfire – Tod in der Sonne. **02.30** The Tourist – Irisches Blut. Action-Serie. Iren sind menschlich. **03.30** The Tourist – Irisches Blut.

3 sat
5.30 Morgenprogramm. Dokumentation. **9.05** Kulturzeit. (W). **9.45** nano. (W). **10.25** Thailand erleben XXL. Dokumentation. (W). **11.55** Iss besser! – Tariks wilde Küche. **12.25** Servicezeit. **12.55** Natur im Garten. (W). **13.20** Der Humboldtstrom. (1/3). Dokumentation. **14.05** Der Humboldtstrom. **14.50** Der Humboldtstrom. (3/3). **15.35** Der Pazifische Feuerring. (1/4). **16.15** Der Pazifische Feuerring. Dokumentationsreihe. **17.00** Der Pazifische Feuerring. Dokumentationsreihe. **17.45** Der Pazifische Feuerring. (4/4). **18.30** nano. **19.00** heute. **19.20** Kulturzeit.
20.00 Tagesschau. **20.15** Erzgebirgskrimi. Der letzte Bissen. Krimireihe (D 2021). **21.45** kinokino. Magazin. U.a.: Preisgekrönter Familienfilm «Akiko» – Deutsche Stars und eine Affenbande.
22.00 ZIB 2. **22.25** Des Kaisers Flieger – Helden der Lüfte. Dokumentation. **23.15** Des Kaisers Kapitäne – Die k.u.k. U-Boot-Flotte. **00.00** Flavia Weg aus der Mager-sucht – Die kranke Stimme der Anorexie. Dokumentation. **00.35** 10vor10. **01.05** Maischberger. Diskussion.

arte
8.55 Das Geheimnis der Hieroglyphen: Champollions Geniestreich. Dokumentarfilm (F/B/E 2022). (W). **10.25** Afrikas Berge. (1/4). (W). **11.10** Afrikas Berge. (W). **11.55** Andalusier wehren sich gegen Solarkapars. (W). **12.30** Stadt Land Kunst. **13.15** Stadt Land Kunst. **14.05** Die schwarze Tulpe. Mantel-und-De-gen-Film (F/I/E 1964). (W). **15.55** Fanfan, der Husar. Abenteuerfilm (F/ 1952). (W). **17.40** Die Natur und ihr Netzwerk der Wohltäter. (W). **18.35** Das verborgene Leben der Bau-ernhoftiere. **19.20** Arte Journal. **19.40** Früh-schwangerschaften in Französisch-Guayana.
20.15 Geschehen, neu gesehen. – «Wahre Geschichte». Doku-mentationsreihe. **21.05** Geschehen, neu gesehen. – «Wahre Geschichte». **22.00** Heysel 1985: Albtraum im Sta-dion. Dokumentarfilm (B/F 2024). **23.30** Sapir – Transfrau und Schieds-richterin. **00.30** Tracks East. Magazin. **01.05** Coca-Cola und das Plastikpro-blem: Ein Konzern in der Kritik. (1). **02.00** Die Megamacht der Mikrochips. Dokumentation. **02.55** Abenteuer Archäologie. Doku-mentationsreihe. Die Geburt der Metropole Teotihuacán.

RTL
5.20 CSI: Den Tätern auf der Spur. **6.00** Live: Punkt 6. **7.00** Live: Punkt 7. **8.00** Live: Punkt 8. **9.00** GZSZ. (W). **9.30** Unter uns. (W). **10.00** Ulrich Wetzel – Das Strafgericht. **11.00** Barbara Salesch – Das Strafgericht. **12.00** Live: Punkt 12. Magazin. **15.00** Barbara Salesch – Das Strafgericht. **15.55** Ulrich Wetzel – Das Strafgericht. **17.00** Der Blaulich Report. (1). **17.30** Unter uns. **18.00** Live: Explosiv – Das Magazin. **18.30** Live: Exklusiv – Das Strafgericht. **18.45** Live: RTL Aktuell. **19.05** Alles was zählt. Soap. **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap. Schlechtes Omen.
20.15 Die Verräter – Vertraue Niemandem! Show. Mit Sonja Zietlow.
22.15 Live: RTL Direkt. Mit Pinar Atalay.
22.35 Extra – Das RTL Magazin. Augen auf, Albtraum an! Wenn Lidstraffungen schief gehen. Mit Mareille Höppner.
00.00 Live: RTL Nachtjournal. **00.25** RTL Nachtjournal Spezial. Mission: Moore retten.
00.45 CSI: Miami. Krimi-Serie. Kinder, wolt ihr ewig schweigen?
01.35 CSI: Miami. Krimi-Serie. **02.25** CSI: Miami. Krimi-Serie. **03.15** CSI: Den Tätern auf der Spur. (W).

SAT 1
14.00 Auf Streife – Die Spezialisten. **15.00** Auf Streife – Die neuen Einsätze. **16.00** Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt. **17.00** Notruf. **17.30** Notruf. **18.00** Lenssen hilft. **18.30** Lenssen hilft. **19.00** Die Landarztpraxis. **19.45** Originals. (W). **20.15** Navy CIS. Krimi-Serie. Frösche im Teich. Mit Sean Murray. **21.15** The Irrational – Kriminell logisch. Krimi-Serie. Das Mörderpferd. Mit Jesse L. Martin. Auf einem Pferdehof kommt es zu einer dramatischen Tragödie. **22.10** FBI: Special Crime Unit. Krimi-Serie. **23.05** FBI: Most Wanted. Krimi-Serie. **0.00** Navy CIS. (W).

Pro Sieben
6.15 taff. Magazin. (W). **7.05** Galileo. Magazin. (W). **8.10** Die Simpsons. (W). **8.40** How I Met Your Mother. (W). **9.05** The Middle. (W). **9.35** Two and a Half Men. (W). **11.00** Young Sheldon. (W). **11.25** The Big Bang Theory. Sitcom. (W). **12.50** How I Met Your Mother. **13.15** The Middle. **13.45** Two and a Half Men. Sitcom. **15.10** Young Sheldon. **15.35** The Big Bang Theory. Sit-com. **17.00** Live: taff. **18.00** Live: ProSieben .newstime. **18.10** Die Simpsons. **19.05** Live: Galileo. **20.15** TV total. Show. **21.25** Experte für alles. **22.35** Chris du das hin?. **23.35** Wer isst's?. (W). **1.40** TV total.

ORF 1
15.20 Death in Paradise. **16.15** SOKO Kitzbühel. **17.45** Live: ZIB Flash. **17.55** Smart10 – Das Quiz mit den zehn Mög-lichkeiten. **18.45** Q1 Ein Hinweis ist falsch. **19.30** Live: Zeit im Bild. **19.51** Wetter. **19.56** Live: Sport aktuell. **20.02** ZIB Magazin. **20.15** SOKO Donau. Krimi-Serie. Gost-freundschaft. Mit Andreas Kiendl. **21.05** SOKO Kitzbühel. Krimi-Serie. **21.50** Live: ZIB Flash. **22.00** Willkommen Österreich. Show. **23.00** Maschek. **23.30** Der Professor und der Wolf. **0.00** Live: ZIB Flash.. **0.05** The Orville. **0.50** Die beste aller Welten. Drama (A/D 2017). Mit Verena Altenberger.

ORF 2
14.00 Silvia kocht. **14.25** Sturm der Liebe. **15.15** Die Rosenheim-Cops. **16.00** Barbara Karlich – Talk am 4. **17.00** Live: ZIB. **17.05** Live: Aktuell nach fünf. **17.30** Live: Studio 2. **18.30** Live: konkret. **18.51** infos & tipps. **19.00** Live: Bundesland heute. **19.23** Wet-ter. **19.30** Live: Zeit im Bild. **19.51** Wetter. **19.56** Live: Sport aktuell. **20.05** Seitenblicke. **20.15** Das Paradies daheim – Die schön-sten Gärten Österreichs. **21.05** Live: Report. **22.00** Live: ZIB 2. **22.25** Euromillionen. **22.30** Live: ZIB Talk. **23.00** Weibliche Armut – Warum Frauen weniger haben. **23.35** Pflie-gende Kinder. **0.10** 42 plus. Drama (A 2007).

SRF info
19.30 Tagesschau in Gebärdensprache. **19.55** Meteo. **20.05** ECO Talk. Gespräch. (W). **20.45** Stealing Giants – Der grau-same Handel mit lebenden Elefanten. Dokumentarfilm (CH 2024). (W). **22.20** Meteo. (W). **22.25** G&G – Gesichter und Geschichten. (W). **22.45** sportflash. (W). **22.50** Meteo. (W). **22.55** Börse. (W). **23.00** sportflash. (W). **23.05** 10vor10. (W). **23.30** Meteo. (W). **23.35** Telesguard. (W). **23.45** Schweiz aktuell. (W). **0.00** Meteo. (W). **0.05** sportflash. (W). **0.10** G&G – Ge-sichter und Geschichten. (W). **0.30** Meteo. (W). **0.35** Börse. (W). **0.40** 10vor10. (W).

Radio SRF 1
5.30 Nachrichten. **5.55** Wetter. **6.00** Heu-teMorgen. **6.31** Regionaljournal. **7.00** Heu-teMorgen. **7.17** Morgengast. **7.31** Regio-naljournal. **7.40** Morgenstund hat Gold im Mund. **8.00** HeuteMorgen. **8.10** Espresso. **8.31** Regionaljournal. **9.00** HeuteMorgen. **9.40** Mundartrubrik. **10.03** Treffpunkt. **11.08** Ratgeber. **12.03** Regionaljournal. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Tagesgespräch. **13.40** 3 vo 5. **16.30** Regional Diagonal. **17.12** Sport. **17.30** Regionaljournal. **18.00** Echo der Zeit. **18.45** Sport. **20.03** Buch-sichten und Geschichten. (W). **21.03** Nach-club. **22.08** Nachtclub. **22.08** Nach-club. **23.04** Nachtclub. **0.00** Nachrichten.

Radio SRF 2
6.54 100 Sekunden Wissen. **7.00** Kultur-Nachrichten. **7.06** Kultur-Aktualität. **7.30** HeuteMorgen. **7.52** Blick in die Feuilletons. **8.00** Kultur-Nachrichten. **8.06** Kultur-Aktua-lität. **8.15** Kultur-Aktualität. **8.30** Heu-teMorgen. **9.05** Kontext. **10.20** 100 Sekunden Wissen. **11.20** Veranstaltungstipp. **11.40** Tageschronik. **12.04** Kultur kompakt. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Klassiktelefon. **13.45** Concerto. **16.30** Kultur-Nachrichten. **17.08** Kultur-Aktualität. **17.16** Kultur-Aktualität. **17.30** Kultur-Nachrichten. **18.30** Kontext. **19.00** Echo der Zeit. **20.00** Late Night Concert. **22.05** Notturmo. **0.06** Notturmo.

STREAMING-TIPP

Amazon Prime
Ad Astra: Zu den Sternen
Sci-Fi-Film Der Astronaut Roy McBride (Brad Pitt) reist an den äussersten Rand des Sonnensystems, um seinen vermissten Vater zu finden. Auf der Erde toben verheerende Gewitterstürme, die von elektromagnetischen Wellen aus dem All ausgelöst werden. Dadurch ist das Überleben der Menschheit bedroht. Auf seiner Reise enthüllt er Geheimnisse, die die menschliche Existenz und ihren Platz im Universum infrage stellen.

TV-TIPPS

SRF 1, 21.10
Kassensturz: Lebensgefährliche Airbags – Rückrufaktion dauert Jahre
15 Jahre nach Bekanntwerden des «Takata-Skandals» sind in der Schweiz noch immer rund 100 000 Fahrzeu-ge mit defekten Airbags unterwegs. Hat der Bund die Zahl der betroffenen Fahrzeuge unterschätzt? Im «Kassensturz» stellt sich das Bundesamt für Strassen live kritischen Fragen. Weitere Themen: Grillkohle im Test sowie die Rubrik «Darf man das?».

Arte, 22.00
Heysel 1985: Albtraum im Stadion
Brüssel, Heysel-Stadion, 29. Mai 1985: Was als Fussball-fest geplant war, endet in einer Katastrophe. Im Block Z heizt sich die Stimmung zwischen den Fans von FC Liverpool und Juventus Turin immer mehr auf. Plötzlich greifen englische Hooligans an. Eine Massenpanik bricht aus und endet mit 39 Toten und fast 500 Verletz-ten. Vier Jahrzehnte später wirft die Dokumentation einen eindringlichen und beklemmenden Blick zurück.

SRF 1, 22.25
Literaturclub
Laura de Weck, Lukas Bärfuss, Gerhard Pfister und – als Gast – die Autorin und Podcasterin Samira El Ouassil diskutieren über folgende Neuerscheinungen: «Russische Spezialitäten» von Dmitrij Kapitelman, Nora Osagio-bares Debütroman «Daily Soap», Christoph Heins «Das Narrenschiff», ein Bestseller-Roman, der die DDR von den Anfängen bis zu ihrem Ende episch erzählt, und «Seltsame Bilder» des japanischen Autors Uketsu.

Die Aufgabe, Beyoncés Mutter zu sein

Tina Knowles hat ihre Memoiren geschrieben. Die berühmte Tochter taucht erst in Kapitel 15 auf

RAHEL ZINGG

Tina Knowles ist berühmt dafür, Beyoncés Mutter zu sein. Und sie ist ausserdem Solanges Mutter. Das bedeutet, dass sie gleich zwei hochbegabte Sängerinnen grossgezogen hat. Und weil Beyoncé nicht nur eine der bekanntesten Frauen der Welt ist, sondern auch eine der verschwiegensten, ist Tina Knowles die Aufmerksamkeit für ihre Memoiren gewiss.

Die Knowles-Familie hütet ihre Privatsphäre. Ihre Mitglieder, unter ihnen der Schwiegersohn Jay-Z, verarbeiten ihre persönlichen Schmerzen und Triumphe verklausuliert in den eigenen Kunstwerken – und selten anderswo. Tina Knowles arbeitet in ihrer Autobiografie mit dem Titel «Matriarchin» dieser Mythenbildung zu. Es gibt in ihrem Buch zum Beispiel keine Informationen, die endlich klären würden, warum zwei Mitglieder Beyoncés vierköpfige Band Destiny's Child im Jahr 2000 abrupt verlassen haben. Man erfährt nur, dass «Beyoncé dies als das Ende einer zehnjährigen Ehe sah».

Die eigentliche Enttäuschung

Auch den Vorfall aus dem Jahr 2014 klammert sie aus. Damals wurde ein Überwachungsvideo aus einem Fahrstuhl öffentlich, in dem zu sehen ist, wie Solange Jay-Z attackiert, während Beyoncé zusieht. Beyoncé schrieb 2016 ein ganzes Album über die Untreue ihres Ehemanns Jay-Z. Auch dieses Thema wird von Tina Knowles, die von Mathew



Für einmal steht Tina Knowles im Rampenlicht.

KELANI FATAI

ellen Neffen, der an Aids verstarb. Ihm widmet Beyoncé die Zeile im Song «Heated» (2022): «Uncle Johnny made my dress».

Leider verliert «Matriarchin» ausgerechnet dann an Spannung und Brisanz, wenn die Autorin zur Heirat mit Mathew Knowles im Jahr 1980 gelangt und sich der Fokus nun von der Sozialgeschichte auf die Aufgabe, Beyoncés Mutter zu sein, verlagert. Knowles' berühmte Töchter tauchen in Kapitel 15 auf. Beyoncé dominiert nun das Buch – aber nicht als Mensch, sondern als Projekt.

Alles für den Mythos

Tina Knowles, Medienprofi und Mutter mit ausgeprägtem Beschützerinstinkt, beschränkt sich auf unverfängliche Anekdoten. So erzählt sie, dass Beyoncé als Baby nur schlafen konnte, wenn man ihr Jazz vorspielte, dass sie in der Grundschule schüchtern war und darum unbeliebt. Wenn Beyoncé die Gelegenheit bekam, zu singen und zu tanzen, blühte sie auf. Tina Knowles wurde bald zur Stylistin ihrer Tochter, zunächst für Schönheitswettbewerbe. Der Vater wurde zum Manager ihrer Pop-Karriere.

So aggressiv selbstbewusst, wie Tina Knowles mithilfe ihres Ghostwriters Kevin Carr O'Leary auf ihr Schaffen und Wirken verweist, so vehement verteidigt sie sich gegen das Bild, sie sei eine ehrgeizige Mutter. Sie habe ihre Töchter nie ins Showgeschäft gedrängt. Und doch war sie stets bereit, ungefähr alles dafür zu tun. Die Aufopferung für ihre Kinder und ihre Karrieren ist beeindruckend, stellenweise auch beklemmend. Für das erste Video von Destiny's Child, «No, No, No (Part 2)», hatte Tina Knowles nicht genug Haarverlängerungen mitgebracht, also schnitt sie sich blonde Strähnen aus den eigenen Haaren, bis Beyoncé kameratauglich war.

Selbstkritische Töne finden sich auf den knapp 600 konventionell wegerzählten Seiten kaum. Tina Knowles' Selbstporträt ist wie ein Foto, das junge Mädchen gern von sich in die sozialen Netzwerke stellen, um bewundert zu werden – aus dem richtigen Winkel und perfekt ausgeleuchtet. Das ist nicht unbedingt immer gelungen, aber es ist genau das, was es braucht, um die Mythen der Familie Knowles aufrechtzuerhalten. Für einmal konnte Mutter Tina die Aufmerksamkeit auf sich selber lenken. Sechs Tage nach Erscheinen der Memoiren aber startete die neue Welttournee von Beyoncé.

Tina Knowles: Matriarchin. Über meine Familie, das Muttersein und die Kraft, die in uns steckt. Autobiografie aus dem Englischen von Conny Lösch. Piper-Verlag, München 2025. 576 S., Fr. 41.90.

1958. Tina Knowles ist vier Jahre alt. Das Mädchen mit dem Spitznamen «Badass Tenie B» lebt in armen Verhältnissen in Galveston im Gliedstaat Texas, zu einer Zeit, als die vorderen Reihen im Bus für Weisse reserviert sind und die hinteren für Schwarze. Der Vater der siebenköpfigen Familie, ein Hafenarbeiter und «Wochenendalkoholiker», beendet Umarmungen frühzeitig mit «Okay, reicht». Agnes, die Mutter, ist Näherin. Im Tausch gegen Gewänder dürfen ihre Kinder eine katholische Grundschule besuchen.

Tina Knowles' Leben war von rassistischer Diskriminierung geprägt. In einer Szene beschreibt sie, wie ihr Bruder Skip von Polizisten festgenommen und an den Strand gefahren wird. Schwarze seien dort manchmal erschossen worden. Ihr Bruder aber wird nur verprügelt.

Die Lektüre von «Matriarchin» macht deutlich, wie stark Beyoncés Schaffen von der Geschichte ihrer Mutter beeinflusst ist. Man erfährt im Buch von der engen Beziehung zwischen Tina Knowles und Johnny, ihrem homosexu-

Die Lektüre von «Matriarchin» macht deutlich, wie stark Beyoncés Schaffen von der Geschichte ihrer Mutter beeinflusst ist.

Knowles jahrelang betrogen wurde, umschiff. Wie die 71-Jährige schreibt, hatte sie gar diverse erfolglose Fluchtversuche unternommen. Hingegen finden sich im Buch sehr positive Charakterbeschreibungen ihrer beiden Schwiegersöhne: Sie seien «wahre Segnungen», findet die Mutter. «Ich könnte mir keine besseren Versorger und Beschützer für meine Töchter und ihre Kinder wünschen.»

Im ersten Drittel von «Matriarchin» hat das Buch seine stärksten Passagen. Die Erinnerungen beginnen im Jahr

Verrückt und doch normal

Miley Cyrus mischt im neuen Repertoire Experimente mit trivialem Pop. Und profiliert sich als souveräne Künstlerin

DANIEL HAAS

Sie ist mit 33 Jahren eine Veteranin. Das Schlachtfeld, auf dem sie sich lange wacker geschlagen hat, heisst Disney. Miley Cyrus war Hannah Montana, und «Hannah Montana» war die TV-Serie, die sie im Alter von 12 berühmt machte. Die Rolle war massgeschneidert für ihre Talente: Cyrus spielte Miley, einen Teenager, der tagsüber ein normales Highschool-Leben führt.

Nachts kam dann ihr Alter Ego zum Zug. Miley verwandelte sich in den Pop-Star Hannah Montana, auf der Bühne gefeiert und von der Menge umschwärmt. Im Interview mit der «New York Times» sagte Cyrus jetzt, sie kenne nichts anderes als Ruhm und sie verstehe das Business. «Ich weiss, dass ich eine Ware bin»: So spricht ein Star, der mit dem Recht auf Privatleben und Diskretion schon früh alle Illusionen aufgegeben hat.

Die Illusionen, das wäre das Ensemble aus Kunstansprüchen und Revoltbestrebungen, mit dem man sich Freunde

macht im Feuilleton, aber nicht beim globalen Publikum. Die Masse entscheidet, wer ein Superstar wird, nicht die Kulturkritik. Dass sie letztes Jahr ihren ersten Grammy gewann, hat Miley Cyrus dann doch sehr gefallen. In besagtem Interview gibt es die entsprechenden Spitzen gegen einen Musikjournalismus, der jenseits von Beyoncé und Lana Del Rey alles als besseren Klingelton abtut.

Es geht auch ohne Abrisskugel

Selena Gomez und Ariana Grande, wie Cyrus ebenfalls Zöglinge des Jugendfernsehens, haben gezeigt, dass man das Schnütschen- und Kulleraugen-Image abschütteln kann: Gomez bewies spätestens mit ihrer Rolle als Ehefrau eines transsexuellen Kartellchefs in «Emilia Pérez», dass sie das Zeug zum Charakterfach hat. Grande galt als Premium-Ressource von Nickelodeon, bis klar wurde, dass ihr Stimm Talent an das von Whitney Houston heranreicht und sie – siehe die «Wicked»-Verfil-

mung 2024 – auch Comedy und Musical beherrscht wie wenige ihrer Generation.

Miley Cyrus geht das Emanzipationsprojekt von der musikalischen Seite an. Kalkulierte Affronts braucht sie nicht mehr – auf einer Abrisskugel durchs Video pendeln wie 2013 im Video zu ihrem Hit «Wrecking Ball» und dabei aussehen wie ein Pin-up-Girl, das sich koksende Bauunternehmer ausgedacht haben, das ist passé.

Sinéad O'Connor hatte damals einen offenen Brief an Cyrus geschrieben: «Die Musikindustrie interessiert sich einen Scheiss für uns», hiess es da. «Sie beuten dich aus und lassen dich glauben, das sei genau das, was du wolltest.» O'Connor rannte mit diesem Brief offene Türen ein, aber es ist sicher ein Signal, dass Cyrus den Mega-Hit «Nothing Compares 2 U» von O'Connor bei der Comedy-Sendung «Saturday Night Live» vortrug. Das war im vergangenen Februar. Manchmal stehen Türen lange offen, bis man hindurchgeht.

«Something Beautiful», das neue und neunte Album von Miley Cyrus, ist also ein Durchgangswerk. Kein musikalischer «wrecking ball», mit dem sie den Sound ihrer bisherigen Karriere zertrümmert, aber eine überraschend vielseitig orchestrierte Platte: Schrammelrock und -pop wechseln sich mit Klangexperimenten ab.

Mitsingen beim Bügeln

So verwandelt sich das Titelstück vom Soul-Schmachtetzen nach ein paar Takten zum Kopfnicker-Stampf-Song im Heavy-Metal-Stil. «End of the World», «More to Lose» und «Easy Lover» variieren souverän das Klang-Design des Karaoke- und Schunkel-Songs – man kann mitsingen oder ein bisschen schmachten oder dazu die Wäsche bügeln. Es gebe verrückte Leute, die verrückte Musik machten, und normale mit normaler Musik, sagte Cyrus im Interview. «Ich mache verrückte und normale Musik.» Das trifft es. «Something Beautiful» ist ein lässiges Pop-Album zwischen trivial und radikal.

Mit einem Lächeln im Ton

Igor Levit beendet sein «Klavier-Fest» am Lucerne Festival

CHRISTIAN WILDHAGEN, LUZERN

Am Lucerne Festival stehen Veränderungen ins Haus. Denn Ende 2025 wird Michael Haefliger auf eigenen Wunsch als Intendant zurücktreten, nach dann 26 Jahren. Was sein Nachfolger, der deutsche Kulturmanager Sebastian Nordmann, für die international bedeutendsten Musikfestspiele der Schweiz plant, wird man erst im Januar erfahren. Doch fest steht schon jetzt: Auch bei den Festival-Satelliten, die das vierwöchige Hauptprogramm im Sommer ergänzen, wird manches anders.

Das betrifft auch das «Klavier-Fest», das der Pianist Igor Levit seit 2023 kuratiert hat. Levit selbst verabschiedete sich am Sonntagabend im KKL als Leiter der Reihe vom Publikum und dankte den Besuchern, dass sie sich drei Jahre lang auf seine Programmexperimente eingelassen hätten.

Lust an Grenzgängen

Tatsächlich entstand das «Klavier-Fest» aus einer Verlegenheit. Eigentlich hatte das Lucerne Festival 2019 seinen Festivalableger zu den Ostertagen sowie das seit 1998 bestehende, ebenfalls etwa einwöchige Klavierfestival per 2020 streichen wollen, um sich programmatisch mehr auf den Sommer zu fokussieren – auch aus finanziellen Gründen. Doch Haefliger nahm die unausgorene Programmreform schon wenig später zurück.

Er sah sich nun aber mit dem Umstand konfrontiert, dass das KKL bereits in die Lücke gesprungen war und in Kooperation mit der örtlichen Konkurrenz ein eigenes Klavierfestival aufgelegt hatte: das von Martha Argerich kuratierte und immens erfolgreiche Projekt «Le Piano symphonique». War daneben noch Platz für eine zweite Klavierreihe? Igor Levit hat ihn gefunden, auf seine Weise.

Um die ritualisierten Abläufe eines traditionellen Klavierabends aufzubrechen, setzte er auf teilweise spontan festgelegte Programmfolgen und Ad-hoc-Konstellationen mit den von ihm eingeladenen Künstlern. Er bot weniger bekannten Nachwuchspianisten eine Bühne, öffnete das Programm für den Jazz – eine echte Lücke in Luzern – und auch für künstlerische Grenzgänger, in diesem Jahr etwa für den Klavier-Poeten Malakoff Kowalski.

Bei seinen eigenen Auftritten setzte er auf originelle, teilweise äusserst anspruchsvolle Programme, die in den vergangenen zwei Jahren um Franz Liszts selten gespielte, weil nahezu unspielbare Klavieradaptionen der Beethoven-Sinfonien kreisten. Er setzte damit zugleich einen subtilen Kontrapunkt zu «Le Piano symphonique», das mehr vom Rang der beteiligten Künstler lebt, bei aller Spontaneität der Klavier-Legende Argerich aber programmatische Gepflogenheiten kaum infrage stellt.

«Ein Weltwunder»

Zum Abschied wird es allerdings auch bei Levit ganz klassisch: Zusammen mit dem Lucerne Festival Orchestra (LFO), das bisher nicht Teil der Klavierreihe war, interpretiert er Mozarts «Jeany»-Konzert, das früher wegen eines Lesefehlers den passenderen Beinamen «Jeunehomme» trug. Wie jeder Pianist weiss Levit, dass sein grosser Kollege Alfred Brendel 2008 mit diesem Stück, das er ein «Weltwunder» nannte, seinen Abschied vom Konzertpodium genommen hat. Levit spielt darauf in seiner kurzen Ansprache an, will die Sache aber nicht ganz so sehr mit Bedeutung aufladen. Bei ihm klingt das Werk leichter, verspielter, auch gefälliger; das Presto-Finale saust geradezu vorbei.

Aber der nur im Mittelsatz kurz verdusterte, sonst gleichsam lächelnde Ton passt zum Ansatz des LFO, das unter Leitung seines Konzertmeisters Raphael Christ noch zwei weitere Mozart-Werke spielt, darunter die «Haffner»-Sinfonie: immer klar, immer prägnant und sonnenhell, passend zum Luzerner Frühsommerabend, an dem erst in der Ferne die ersten Gewitterwolken aufzogen.

Glasklare Landschaften und krasse Menschenbilder

Adolf Dietrich und Otto Dix könnten gegensätzlicher nicht sein. Das Museum zu Allerheiligen zeigt sie in einer Schau

MARIA BECKER, SCHAFFHAUSEN

Adolf Dietrich und Otto Dix lebten einige Jahre nicht weit voneinander entfernt – der Schweizer im thurgauischen Berlingen, der Deutsche in Hemmenhofen am Untersee. Die paradiesisch schöne Landschaft des Bodensees hat beide Maler inspiriert. Beide gehörten auch zu einer Kunstströmung, die ab 1920 als Neue Sachlichkeit bekannt wurde. Sie waren etabliert, in vielen Ausstellungen hingen ihre Werke direkt nebeneinander. Teilweise wurden sie von denselben Galeristen und Sammlern gefördert. Doch haben sie einander gekannt? Ihre Kreise, ihr Leben hatten nichts Gemeinsames. Eini-ges spricht dafür, dass sie sich nicht verstanden haben.

Im Museum zu Allerheiligen Schaffhausen sind Dietrich und Dix nun in einer gemeinsamen Ausstellung vereint. Es ergibt Sinn, sie zusammen zu zeigen, nicht nur durch die Nähe ihrer Lebensorte. Sie haben dieselben Sonnenuntergänge über dem See gemalt und das grandiose Schauspiel des aufbrechenden Eises. Die Gründe, weshalb sie hier waren, sind allerdings nicht vergleichbar.

Sachlich und nicht naiv

Dietrich war ein Einheimischer, 1877 in Berlingen geboren und zutiefst vertraut mit der Region. Bis zu seinem Lebensende wohnte er im bescheidenen Elternhaus, wo er am Tisch sitzend seine Bilder malte. Er war Autodidakt. Auf Wunsch der Eltern lernte er in einer Trikotfabrik und arbeitete als Maschinenstricker. Erst ab 1920 konnte Dietrich allmählich von Bilderverkäufen leben.

Der 1891 geborene Otto Dix war ein Exilant am Bodensee. 1933 war er hierhergekommen, nachdem er nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten aus seiner Professur an der Kunstakademie Dresden entlassen worden war. Er war ein Künstler, der das Getriebe der Grossstadt brauchte. In ihren Strassen und Etablissements fand er seine Motive: die Arbeiterkinder und die Prostituierten, die Fabrikherren und die Kriegsversehrten. Die beissende Kritik dieser Bilder hatte ihm Ruhm eingebracht, ebenso wie das virtuose Spiel mit Techniken und Stilen. Am Bodensee war Dix auf sich selbst zurückgeworfen. Er arrangierte sich mit der «zum Kotzen schönen» Landschaft und betrieb seine Malerei als eine Art Emigration.

Adolf Dietrich hatte seine kleinformatigen Bilder viele Jahre vor allem für sich selbst gemalt. An den Kunstvereinen von Schaffhausen und Konstanz wie auch an den Museen von Zürich und Winterthur hatte er sich vergeblich um Ausstellungsmöglichkeiten bemüht. Erst als der Mannheimer Galerist Herbert Tannenbaum eher zufällig auf ihn aufmerksam wurde und ihn in Berlingen besuchte, änderte sich Dietrichs Situation. Tannenbaum muss damals in dieser Malerei etwas erkannt haben, eine Qualität, die den Autodidakten auszeichnete



Adolf Dietrich: «Gelbe Dahlien vor Seelandschaft», 1940. MUSEUM ZU ALLERHEILIGEN / PRO LITTERIS

und mit der er in bedeutenden Ausstellungen bestehen konnte. Er vermittelte Dietrichs Bilder in ganz Deutschland. Der Kontakt zwischen Galerist und Maler blieb zeitlebens bestehen, auch nach der Emigration Tannenbaums in die USA.

Was war es, was den Schweizer Maler in den Augen des Galeristen auszeichnete? Man muss die Bilder als Originale anschauen, um zu erahnen, was Tannenbaum gesehen hat. Dietrich malt, als ob er allem einen gebührenden Platz geben müsste. Noch das kleinste Ästlein am winterlichen Baum ist ihm wichtig. Ob Landschaft oder Porträt – alles hat Wert, in den Raum seiner Bilder aufgenommen zu werden. Dietrich hält die Dinge seiner Welt in über tausend Werken fest, versichert sich ihrer, als müsste er das Gesehene mitnehmen, um es nicht zu verlieren. Seine Malerei ist eine Form der Wirklichkeitsaneignung. In seinen Bildern sind die flüchtigen Dinge anwesend, selbst wenn sie vergangen sind.

An der scheinbaren Naivität von Dietrichs Malerei blieben Kritiker meist haften, auch als der Künstler längst anerkannt war: Er könne eben nicht anders als malen, hiess es etwa. Es sind merkwürdig relativierende Urteile, die eher

etwas über die Haltung des Kritikers verraten als über die inneren Beweggründe des Künstlers. Dietrichs Blick bleibt bei aller Liebe zu seinen Motiven immer kühl. Er ist eben nicht «innig», wie gern über ihn behauptet wurde. Er komponiert präzise – teilweise nach eigenen Fotos – wägt alle Teile seiner Bilder genau ab. Die Bezeichnung «sachlich» ist für Dietrichs Kunst treffend. Vielleicht war es diese Wahrheit des Sehens, die den Galeristen Tannenbaum fasziniert hat.

Die Wunden der Zeit

«Die Neue Sachlichkeit, das habe ich erfunden.» Otto Dix hatte keinen Mangel an Selbstbewusstsein. Die Malerei hat er professionell studiert, und zwar nicht nur an der Akademie, sondern auch bei den alten Meistern. Dix hat sich überall in der Geschichte der Kunst umgesehen und sich ihrer Stile und Motive bedient. Wer genauer hinsieht, findet, von Schongauer bis zum Kubismus, fast aus jeder Epoche etwas. Seine besten Bilder malte er, wenn er drastisch sein konnte: die Runde der Skatspieler mit Prothesen und zerschossenen Gesichtern, der verhärmte Arbeiter in der schäbigen Kammer. Dix brauchte die



Otto Dix: «Matrosenbraut», 1921. KUNSTHAUS ZÜRICH / PRO LITTERIS

Wunden des Zeitgeschehens, um zur Höhe seiner Kunst zu kommen.

In Schaffhausen sind sowohl Bilder von Dix' Kriegsmotiven zu sehen als auch einige seiner Grossstadtbilder. Die Landschaften der Hemmenhofener Emigration sind neben den Bildern von Dietrich platziert. Doch es sind weniger die Bodensee-Motive, die Aufschlussreiches vom Wesen der Maler liefern, als vielmehr manche Porträts. Beide haben ihre Eltern gemalt. Dietrich 1905 in zwei hieratisch wirkenden Frontalbildern vor dunklem Grund. Dix 1921, die Eltern beieinander sitzend in der häuslichen Stube. Beide Maler kamen aus einfachen, aber soliden Verhältnissen.

Dix, dem viele Porträts zur Karikatur geraten, malt seine Eltern mit Würde. Gealtert und durch ein arbeitsreiches Leben verhärtet, sitzen sie dem Betrachter gegenüber. Gesichter und Hände sind sprechend und zeigen zwei Menschen, die das Leben gezeichnet hat. In Dietrichs Frontalporträts hingegen erscheinen die Eltern streng und unnahbar, als zwei unverrückbare Instanzen. Anders als die Eltern von Dix haben sie die künstlerische Ausbildung ihres Sohnes nicht unterstützt.

Adolf Dietrich hat nie geheiratet. Nach dem Tod der Mutter lebte er

mit dem Vater in einer Art Gemeinschaft. Seine Laufbahn als Künstler begann erst nach dessen Ableben. Dietrich blieb dem Elternhaus verhaftet, verliess nie den Ort. Dass seine Bilder in vielen Ausstellungen Deutschlands und der Schweiz gezeigt und verkauft wurden und sogar nach Paris und London kamen, änderte nichts daran. Im Grunde war er einfach glücklich, dass er ab einer gewissen Zeit nur noch malen konnte. Er brauchte kein Getriebe, seine Bilder offenbaren, dass die Welt im Thurgau sein kann.

Dietrich und Dix haben ausser manchen Motiven der Bodenseelandschaft nichts gemeinsam. Der Vergleich in der Ausstellung ist dennoch gewinnbringend. Denn jeder lässt die Eigenart des anderen schärfer hervortreten. Vielleicht würden die Bilder von Dietrich nicht so glasklar wirken, wenn nicht Dix' heroisch aufgewühlte Landschaften daneben hingen. Das Konstante im Werk des einen zeigt die sprunghaften Wechsel des anderen umso deutlicher. Vielleicht wären beide erstaunt, hier so nah nebeneinander zu sein.

Otto Dix – Adolf Dietrich. Zwei Maler am Bodensee. Museum zu Allerheiligen Schaffhausen, bis 17. August. Katalog Fr. 38.–.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 246. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (leg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Barnaby Skinner (bsk.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Samuel Burgener (sbr.), Jacqueline Lipp (lpp.).

International: Benedikt Neff (ben.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Nina Belz (nbe.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Dominique Burckhardt (dbu.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Jonas Roth (jon.), Erika Burri (ebu.), Isabelle Jacobi (ija.), Anne Altmeling (alt.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerry (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehli (hsh.), Tobias Gafarier (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.), Sebastian Briellmann (sb.).
Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Matthias Venzet (etz.), Andrea Fopp (afo.), Selina Berner (sbn.).
Westschweiz: Matthias Sander (msa.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fbi.), Katja Baigler (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (clr.).

Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heu.), Oliver Camenzind (olc.), Giorgio Scherrer (sgi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (pdr.).

Wirtschaft: Chancel Biswas (bis.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schätti (gui.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldges (df.), Eflamm Mordrelle (EM), Isabelle Wachter (wai.), Zoé Baches (ZB), Moritz Kaufmann (mkf.), Jürg Meier (mju.), Markus Städler (stä.), Albert Steck (sal.), Jürg Zulliger (jz.) Janique Weder (wej.), Jannik Belser (jab.), Beatrice Bössiger (boe.), Thomas Schlittler (tsc.).

NZZ Pro: Peter A. Fischer (pft.) – Chefökonom, Georg Häslar (geo.), Leon Igel (igl.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Stephanie Lahrz (slz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Kalina Oroschakoff (oro.), Esther Widmann (wde.), Philipp Wolf (phw.), Eva Mell (ev.), Martin Amrein (mma.), Anna Weber (wea.), Georg Rüschmeyer (rus.), Lena Waltle (lwt.), Leonid Leiva Ariosa (lcl.), Michael Brendler (mbi.).
Feuilleton: Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.), Rahel Zingg (zin.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Remo Geisser (reg.), Christof Krapf (krp.), Christine Steffen (cen.), Stephan Ramming (ram.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Sebastian Bräuer (smb.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Koller (bko.), Dominic Wirth (dow.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (scf.), Esther Rüdiger (eru.), Peter Ackermann (pan.).

Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (–yr.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Dennis Hoffmeyer (dho.).

Melchior Poppe (pop.), Till Minder (til.), Jacqueline Lipp (lpp.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (phg.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (wek.), Elena Oberholzer (obe.), Miriam Moll (mir.), Leonie Wagner (lwa.), Salome Woerlen (woe.), Yasmín Müller (jea.).

Video / Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Michelle Amstutz (mma.), Pascal Burkhard (bup.), Florentin Erb (erf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Lucia Grassi (glu.), Severin Pomsel (sp.), Damita Pressl (dam.), Valentina Senn (vas.), Raca Wita (raw.), Valentina Winkler (wiv.).

Format: Jürg Walch (jwa.), Nicole Krättli (krä.), Séverine Bruderer (bsr.), Sophie Brunner (sop.), Roman Hodel (rho.), Luca Froelicher (luf.).

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Sven Preger (sve.), Nadine Landert (lnd.), David Vogel (dv.), Marlen Oehler (oeh.), Antonia Moser (ata.), Jenny Rieger (rie.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (jea.).

Audience Management: Jonas Holenstein (jho.), Thierry Fignini (tff.), Martin Arnold (maa.), Nicolas Fröhner (frn.).

Visuals & Editorial Tech: Markus Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Manz (xpo.), Joana Kelén (jok.), Jasmine Rueegg (jmr.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sh.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Danijel Beljan (beb.), Seda Motie (sed.), Sophia Kissling (ski.), Jessica Eberhart (ebj.), Olivia Meyer (olm.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Lucie Paška (lpa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hufschmid (phh.), Ilda Ozalp (ilö.), Lisa Leonardy (lil.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.), Philippe Flück (fip.), Marco Krüger (krm.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (gr.), Nicole Aebly (nae.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Isabelle Hager (iba.), Maja Siebrecht (maj.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.).

Korrektur: Natassa Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinwirth (DSt.), **London:** Niklaus Nuspiger (nn.), **Berlin:** Marc Felix Serrao (flc.), Jonas Hermann (jsh.), René Höltschi (Ht.), Oliver Malskan (oma.), Fatima Keilani (kei.), Beatrice Achterberg (ota.), Marco Seliger (msa.), Johannes C. Bockenheimer (JCB.), Nathan Gwierzew (gwi.), Anna Schiller (asch.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **Rom:** Lutz Bernet (lzb.). **Madrid:** Uta Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mjnsen (imj.), Meret Baumann (bam). **Berlin/Warschau:** Volker Pabst (pab.). **Tallinn:** Linda Koponen (lkp.). **Brüssel:** Daniel Böhm (dan.). **Tel Aviv:** Revett Höfner (rew.). **Bangkok:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** vakant. **Beirut:** Daniel Böhm (dan.). **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (uvs.). **Taipeh:** Andreas Babst (abb.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.). **Washington:** Christian Weisfogel (ws.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** André Müller (amü.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clatina (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.), Manuel Stark (msk.).
NZZ Geschichte: Claudia Mäder (cmd.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Charlottenstrasse 42, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, www.nzz.ch.
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzzone.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MwSt)

NZZ Print: 960 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat).

NZZ E-Paper: 654 Fr. (12 Monate), 61 Fr. (1 Monat).

Kombi NZZ & NZZaS Print: 1026 Fr. (12 Monate), 94 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print: 650 € (12 Monate), 59 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.

NZZ U30: 2.50 Fr. (1 Woche).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2025.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2025.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler

Psychoanalyse durchs Schlüsselloch

Die Autorin Joan Didion schrieb über ihre Therapiesitzungen. Nun werden die intimen Protokolle postum veröffentlicht. Hätte sie dies gewollt?

BIRGIT SCHMID

Am 4. Oktober 2000 erzählt Joan Didion ihrem Psychiater Robert MacKinnon, dass sie wieder diese Phantasien hatte. Es überkam sie in einem Gottesdienst, den sie mit ihrer Tochter Quintana besuchte und in dem Tiere gesegnet wurden. Was, wenn jetzt ein Feuer ausbrechen würde? Wie könnte sie Quintana schützen?

So sei es schon immer gewesen, sagt sie, schon als Kind: Sie habe immer mit dem Schlimmsten gerechnet. Der Psychiater, den sie nun seit Monaten einmal in der Woche sieht, bestätigt sie mit den Worten: «Sich Sorgen zu machen, ist in Ihrem Kopf mit Liebe vermischt. Sie glauben nicht, dass Sie lieben können, ohne sich Sorgen zu machen.» Vielmehr müsse sie sich fragen, welchem Zweck diese Sorgen dienten.

Intensität durch Zurückhaltung

Joan Didion hatte tatsächlich Grund, um ihre Tochter Angst zu haben. Die 34-jährige Quintana war alkoholkrank, litt an Depressionen und war phasenweise suizidal. Deswegen konnte Didion in jener Zeit fast nicht mehr schreiben. Das verstärkte ihre Angst: Schreiben war für die Schriftstellerin existenziell. Im Laufe ihrer Therapie sollte Didion erkennen, dass sie mit ihrem Verhalten zu den Spannungen beitrug. «Sie können sie nur lieben. Sie können sie nicht retten», sagt der Psychiater einmal. Mit ihrer Angst halte sie Quintana von sich abhängig.

Diesen Einblick in Joan Didions Gefühls- und Gedankenwelt gibt ihr neues Buch, das fast vier Jahre nach ihrem Tod erschienen ist. Didion starb 2021 mit 87 Jahren. «Notes to John» versammelt die Notizen, die die Autorin während ein paar Monaten von ihren Therapiesitzungen gemacht hat. Es sind detaillierte Protokolle, in denen sie den Psychiater MacKinnon zitiert («Er sagte»), abwechselnd mit ihren Antworten, Erzählungen von Erlebtem und Erinnerungen («Ich sagte») während der Sitzungen. Das Tagebuch fand sich nach Didions Tod in ihrem Arbeitszimmer, adressiert an ihren Mann, den Schriftsteller und Drehbuchautor John Gregory Dunne, mit dem sie damals bereits seit 36 Jahren verheiratet war. Er kommt in den Texten als «Du» vor.

Joan Didion hat immer persönliche Bücher geschrieben. Dies mit einer so kühlen Zurückhaltung, dass sich dadurch das Gesagte intensiviert. Kein Verweilen bei Gefühlen, jedes Wort



«Sie können Ihre Tochter nicht retten», sagt der Psychiater zu Joan Didion. Die Schriftstellerin mit ihrem Mann John Gregory Dunne und der Tochter Quintana 1976 in ihrem Haus in Malibu.

JOHN BRYSON / GETTY

wie herausgespitzt. Das macht ihre Brillanz aus. Das Buch über ihre Therapie gibt nun einen so intimen, ungeordneten Einblick in das Innere der Autorin, dass man sich fragt: War es in ihrem Sinn, diese Texte der Nachwelt zugänglich zu machen?

Eine symbiotische Ehe

Bekannt wurde Didion ausserhalb der USA vor allem mit ihrem Trauerbuch «Das Jahr magischen Denkens» über den plötzlichen Herztod von John Gregory Dunne 2003. Das Paar war eng verbunden. Diese «Zweiheit», in der eigentlich niemand anders Platz hatte, bespricht Didion auch in ihrer Therapie. Quintana war zudem ein Adoptivkind. Fühlte es sich für die Tochter manchmal an, als ob sie störte?

Didion hat bereits 2011 ihr Buch «Blaue Stunden» Quintana gewidmet – und ihrer Trauer um sie. Quintana war knapp zwei Jahre nach Dunne an einer Bauchspeicheldrüsenentzündung gestorben. Sie wurde 39. Die letz-

ten Monate ihres Lebens hatte sie mit immer neuen gesundheitlichen Problemen auf der Intensivstation gelegen. Ihr Tod war wohl eine Folge ihrer schweren Alkoholsucht. Tatsächlich kann man in Kenntnis der Therapie-notizen sagen, dass das Schlimmste, wie sie es immer befürchtet hatte, in Didions Leben eingetroffen war. Obwohl sie selbst darin bloss einen Zufall gesehen hätte, denn sie war trotz den sich selbst erfüllenden Prophezeiungen zu rational und alles andere als esoterisch.

Erst dank «Notes to John» wird ersichtlich, wie alltagsbeherrschend die Probleme mit Quintana waren. Die Abstände und Rückfälle. Lügen, Enttäuschungen, erneute Hoffnung. Sie waren der Anlass dazu, dass Didion eine eigene Therapie begann.

Die amerikanische Essayistin Janet Malcolm hat gesagt: Wenn man eine Psychoanalyse durchs Schlüsselloch miterleben könnte, würde man sich langweilen. So ergeht es einem ein bisschen bei der Lektüre. Die Texte sind genauso

erschieden, wie sie die Autorin verfasst hat, und sind also auch etwas redundant. Es geht in den Gesprächen um Didions eigene Kindheit, das Heranwachsen mit einem Vater, der depressiv war und während des Zweiten Weltkriegs eingezogen wurde. Sie habe die Angst um den Vater internalisiert, deutet der Psychiater: der drohende Verlust als Teil der Liebe, darauf beruhe ihre heutige Angst um ihre liebsten Menschen.

Zerbrechlichkeit und Stärke

Von Didion wird dabei das Bild einer äusserlich fragilen, aber mit einer psychischen Stärke ausgestatteten Frau bestätigt, die schreiben musste, um die Sinnleere zu bekämpfen. Sie war schon als Kind am liebsten allein. Bei Einladungen bei sich zu Hause zog sie sich manchmal in ihr Arbeitszimmer zurück, floh vor dem geselligen Leben.

Zwiespältig lassen einen bei der Lektüre die Gefühlsbekundungen zurück, weil diese für Didion ungewohnt sind. In ihren Trauerbüchern schreibt Didion

nie, dass sie weint. Es ist unnötig. Diese Beherrschtheit berührt. In der Therapie weint sie und notiert es. Ebenso erfährt nun die Welt dank «Notes to John», dass sie einst an Krebs erkrankt war. Nicht einmal ihre engsten Freunde wussten davon, so diskret war sie.

Bei persönlichen Schriften, die postum veröffentlicht werden und zu denen der Verfasser oder die Verfasserin nichts vermerkt hat, kann man sich immer fragen: Hätte er oder sie gewollt, dass an-

Kein Verweilen
bei Gefühlen,
jedes Wort wie
herausgespitzt.
Das macht
ihre Brillanz aus.

dere dies lesen? Die Frage stellte sich jüngst beim Briefwechsel zwischen Max Frisch und Ingeborg Bachmann. Sylvia Plaths Mann Ted Hughes soll die Tagebücher der Dichterin teilweise zensiert und zerstört haben – ob Plath der Veröffentlichung in dieser Form zugestimmt hätte, wird man nie erfahren. Franz Kafkas Tagebücher – ebenso wie seine Romane – wurden gegen seinen Willen veröffentlicht.

Didion selbst hat 1998 in einem Essay die Veröffentlichung eines Romans von Ernest Hemingway nach seinem Tod als Verrat kritisiert, da der Schriftsteller dies nicht gewollt hatte: Er fand den Text zu wenig gut.

Der Nachlass von Didion und John Dunne wurde der New York Public Library übergeben. Fotos, Briefe, Manuskripte bis zum Menuplan für ihre Dinnerpartys. Dazu gehören auch die originalen Therapienotizen, die nun allen zugänglich sind. Die Nachlassverwalter und Didions Erben sagen selbst, sie wüssten nicht, ob Didion der Veröffentlichung zugestimmt hätte. Was sich sagen lässt: Hätte sie um nichts in der Welt gewollt, dass die Notizen veröffentlicht würden, hätte sie dies vermutlich vermerkt oder sie vernichtet, als hätte es sie nie gegeben.

Joan Didion: Notes to John. Knopf, New York 2025. 224 S. Fr. 36.90. Die deutsche Übersetzung erscheint in diesem November im Ullstein-Verlag.

Was wir von Tim und Struppi lernen können

In seinem Buch «Menschenkunde» lässt sich Martin Meyer von den Comics des belgischen Zeichners Hergé zu vergnüglichen Betrachtungen anregen

GUIDO KALBERER

In Hergés Comic «König Ottokars Zep-ter» sieht man die Silhouetten von Tim und dessen Hund Struppi vor nachtblauem Himmel. Die unzertrennlichen Abenteuerer kauern unter einem Felsen und blicken in die Dunkelheit. Zu schwach ist das Licht des Vollmonds, um dem Dieb folgen zu können, der sich mit dem gestohlenen Zep-ter über die nahe Grenze in Sicherheit bringen will. «Wir warten, bis es wieder hell ist», sagt Tim zu Struppi.

Martin Meyer überschreibt seine Anmerkungen zu dieser Szene in Anlehnung an Goethes angeblich letzte Worte: «Mehr Licht, bitte». Das könnte auch als Motto zu Meyers neuem Buch dienen, in dem er sich von 33 Abbildungen aus der Comic-Serie «Tim und Struppi» des belgischen Zeichners Hergé zu kurzen Aperçus anregen lässt. In «Menschenkunde» beschreibt und analysiert der ehemalige Feuilletonchef der NZZ die Bilder nicht bloss, sie inspirieren ihn zu launigen Betrachtungen über gegenwärtige Befindlichkeiten.

Angesichts der Rückschläge, welche die Aufklärung in unseren Tagen erfährt, fragt Meyer rhetorisch: «Täuschen wir uns, oder ist es nicht so, dass auch in aufgeklärten Kulturen eine neue Dunkelheit um sich greift? Eine Rückkehr zu Sätzen, die kritischer Begründung kaum standhalten, zu Glaubenslehren, die ohne Wenn und Aber daherkommen, zu Doktrinen des Verhaltens, die keinerlei Widerspruch dulden, zu Überzeugungen und Ideologien, die immun sein wollen gegenüber Ungewissheiten und Zweifel?»

Am Widerstand wachsen

Dabei bestehe das Leben doch darin, Bedenken und Einwände zuzulassen, und nicht darin, sie zu umgehen. Am Widerstand, so der gemeinsame Nenner der in «Menschenkunde» versammelten Kurzsätze, wachsen wir – wenn wir ihn überwinden, aber auch, wenn wir scheitern. In «Schritte auf dem Mond» beispielsweise zeige Hergé, dass auch technische Erfindungen, nicht nur jene des zerstreuten Professors Bienlein, letzt-

lich der Beseitigung von stets neuen Hindernissen dienten.

Worauf sich die Scheinwerfer des Erkenntnisinteresses heute richten, beschreibt Martin Meyer sarkastisch an den veränderten Ernährungsgewohnheiten in unseren Breitengraden. «Ohne Beipackzettel geht nichts. Ablaufdaten sind wie Zeitzündler, die Furcht und Zittern verbreiten. Auch Kalorientabellen und Herkunftsländer mischen hier mit drohender Geste mit. Dass wir am Ende überhaupt noch in den Apfel beißen, ist ein Wunder.» Struppi ist da weniger wählerisch und macht sich über die Knochen eines in der Sahara verdursteten Kamels her, wie in dem Band «Die Krabbe mit den goldenen Scheren» zu sehen ist.

Martin Meyer weiss natürlich nur zu gut, dass das Misstrauen «allen Fortschritts Anfang» ist. Bestehendes kommt auf der Suche nach besseren Lösungen auf den Prüfstand. Dazu bedarf es stets neuer Informationen und deren intellektueller Verarbeitung. So zeigt Hergé Kapitän Haddock, wie er sich in die Zeitungslektüre vertieft. Auch wenn das

Morgenblatt schlechte Nachrichten verbreitet, so sind sie doch überschaubar.

Dagegen stellt der ironische Skeptiker heutzutage eine digitale Überinformiertheit «schon unter der Dusche» fest, die wiederum einhergeht mit einer weit verbreiteten, hartnäckigen Ignoranz. «Heute werden wir zerstreut. Der Anteil der Passivität ist ins Unermessliche gewachsen.» Martin Meyer sagt es nicht explizit, aber deutet es an: Es bahnt sich eine neue Dialektik der Aufklärung an. Das Übermass an Informationen lähmt das Denken und hemmt das Handeln.

Treue zur eigenen Identität

In allen Lebenslagen hält Struppi zu Tim. In «Die schwarze Insel» krallt er sich auf der hinteren Stossstange eines davonfahrenden Daimlers fest, in dem sein Freund entführt wird. Treu kann man anderen, aber auch sich selbst gegenüber sein. Martin Meyer fürchtet kühne Gedankensprünge nicht: «Bin ich dem Geschlecht, mit welchem ich das Licht der Welt erblickte, untreu geworden, wenn ich es ins andere umwandeln lasse?»

Oder verhält es sich genau umgekehrt? Meyer legt einen überraschenden Befund nahe. Der Begriff «Treue», der im Mottenschrank der Tradition entsorgt schien, erlebt in der Identitätsdebatte ein ungeahntes, beinahe unbemerktes Revival.

«Menschenkunde» ist ein riskantes und zugleich amüsantes intellektuelles Unterfangen. Leicht hätte es scheitern können. Zweierlei verhindert dies: Martin Meyer beschreibt und analysiert einerseits die Comics präzise und detailgenau, ohne das Bild für seine Interpretation zu instrumentalisieren. Andererseits bewegen sich die von Hergé angeregten Ausführungen so weit weg von den Zeichnungen, dass sie ein Eigenleben entwickeln. Auf diese Weise halten die Texte, die Meyer zu den Abbildungen verfasst, eine wohltdosierte Balance zwischen Nähe und Distanz. Auch das gehört zur Menschenkunde.

Martin Meyer: Menschenkunde. 33 Stationen aus dem täglichen Leben. Inspiriert von Tim und Struppi. Verlag Kein & Aber, Zürich 2025. 150 S., Fr. 33.90 (am 4. Juni stellt der Autor das Buch im «Sphères» an der Hardturmstrasse 66 in Zürich vor, 20 Uhr).



Die Tschäggättä, ausgestattet mit Holzmasken und Tierfellen, sind ein Brauch im Lötschental während der Fasnacht. So sollen der Winter und böse Geister vertrieben werden. KEYSTONE

Als man auf dem Gletscher Gott um Gnade bat

In Walliser Sagen werden Katastrophen beschrieben, die sich wie eine Ankündigung des Bergsturzes in Blatten lesen. Von Wilfried Meichtry

Wir hätten es wissen können. Es steht in den Walliser Sagen. In mindestens zwei verschiedenen Versionen. Die Sagen sind «aus dem Volksmunde gesammelt», wie die Herausgeber Johannes Jegerlehner 1913 und Josef Guntern 1963 schreiben. Die antisemitische Legendenfigur des «Ewigen Juden», der Jesus auf dem Weg zur Kreuzigung beleidigte und dafür von diesem zur ewig rastlosen Wanderschaft verurteilt wurde, hat die Katastrophe von Blatten vorhergesagt.

Der Untergang von Lötschen

Der ewige Jude soll auf seinem ersten Gang in Lötschen den Untergang des Tales prophezeit haben. Blatten wird von den weissen Schnecken untergraben, der hangende Gletscher wird Wiler in den Bannwald schlagen, Kippel, das auf Schwarzerlen gebaut ist, wird von der Lonza fortgespült, und Ferden wird vom Gohnbach in die Kreschärru hinabgeschlagen.

Nicht eine Schneckenplage, sondern zehn Millionen Kubikmeter Geröll, Schlamm und Eis haben das Dorf Blatten zerstört. Es ist eine Katastrophe von biblischem Ausmass. Bergsturz, Gletscherabbruch und Sintflut in einem. Die Medien liefern Bilder wie aus einem Katastrophenfilm von Roland Emmerich. Die gewaltige Staubwolke, die nach dem Gletscherabbruch wie ein Dämon von Goya durchs Tal raste, liess mich an einen Vulkanausbruch denken. An den Vesuv, der 79 nach Christus die Stadt Pompeji unter einer dicken Schicht aus Vulkanasche und Bimsstein begrub, was dazu führte, dass grosse Teile der Stadt erhalten blieben und bis heute ausgegraben werden.

Solidarität und Fragen

Blatten ist aber nicht Pompeji. Die herabdonnernden Gesteins- und Eismassen haben den historisch wertvollen Kern des Dorfes, drei Hotels, die Kirche und auch den Friedhof innert Sekunden vollständig und für immer zerstört. Wir sind Zeugen eines kleinen Weltuntergangs, blicken schauernd und gebannt auf den grauen Schuttkegel. Die Apo-

kalyse hat ihre Blütezeiten seit je in schwierigen und unübersichtlichen Zeiten. Es ist wie immer bei Katastrophen. Die Menschen rücken zusammen, zeigen eine eindruckliche Hilfsbereitschaft und Solidarität. Die alltäglichen Fehden und Scharmützel sind für ein paar Wochen vergessen.

Wir wissen es längst: Der Klimawandel befördert die Instabilität der Berge, und das Auftauen des Permafrostes beschleunigt die Gletscherschmelze. Langfristig, so sagen die Experten, wird sich die Schweiz den Schutz vieler Dörfer in den Alpen nicht mehr leisten können. Für das Wallis verheisst das nichts Gutes. Kein anderer Kanton ist im gleichen Masse von Bergen und Gletschern umgeben. Wie ungerecht, stöhnen die Walliser, dass ausgerechnet wir den Preis des Klimawandels bezahlen müssen. Dabei blenden sie gern aus, dass sich die Berge seit eh und je immer wieder gnadenlos gegen die Menschen gestellt haben.

Das Gebirge als Unort

Für unsere Vorfahren war die Bergwelt über Jahrhunderte unheimlich und gefährlich. Die Walliser Sagensammlungen erzählen von Giftbozen (Geistern) mit Rossfüssen im Goms, von einem unheimlichen schwarzen Hund im Simplongebiet, von einer Riesenschlange im Baltschiederthal oder von einem menschenverschlingenden Drachen im Vispertal. Im Lötschental war es nicht anders: Berggeister, Hexen und selbst der Teufel bedrohten Land und Leute. Im Langgletscher zuhinterst im Tal büssen bis zum Hals eingefrorene arme Seelen ihre Sünden ab.

Die Kirche und der Fürstbischof, die das Land über Jahrhunderte regierten, beförderten diesen Aberglauben. Mit gutem Grund. Das Leben im Wallis war bis ins 20. Jahrhundert rau und entbehrungsreich. Allein die Gegenwart Gottes in der Dorfmitte vermittelte Hoffnung. Das Gebet hielt das Volk aufrecht, die Menschen riefen ihre Beschützer im Himmel an, die sie vor Krankheit, Feuer, Bergsturz und Gletscherabbruch bewahren sollten. Wenn Trockenheit und Dürre herrschten,

Geblichen vom klerikalen Weltbild ist die Schuldfrage. Ist der Klimawandel und damit der Mensch Mitverursacher dieses Unglücks?

führte der Dorfpfarrer die Bittprozession der Gläubigen zur Gletscherzunge. Das höchste Ziel der Menschen war das ewige Leben im Paradies, dessen Verheissungen das tägliche Elend vergessen liessen. Meine in den 1930er Jahren geborenen Eltern, die die Armut ihrer Kindheit ihr Leben lang in den Knochen hatten, erlebten mit, wie sich das Wallis modernisierte und ihnen einen kleinen Wohlstand brachte.

Ein Lob auf Land und Leute

Die Anfänge dieser grossen Transformation liegen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als das Wallis und seine Bergkolosse von Schriftstellern wie Jean-Jacques Rousseau und William Coxe bereist und hymnisch besungen wurden. Rousseau war verzaubert von der Landschaft, der Armut und «Simplicität» des einfachen Bergvolks. «Sollten sie je mehr Geld haben», schreibt er im Briefroman «La nouvelle Héloïse» (1761), «so werden sie zuverlässig ärmer seyn.» Im 19. Jahrhundert kamen Heerscharen von schwärmenden Reiseschriftstellern und Malern, die Engländer bestiegen die Berge, die ersten Berg- und Touristenhotels wurden erbaut. Auf Tragsesseln trugen die Walliser die reichen Touristen gegen Geld zu den Aussichtspunkten auf die Gemmi oder zum Aletschgletscher. Bekannte Autoren wie der Waadtländer Charles Ferdinand Ramuz (1878–1947) schrieben erfolgreiche Bergromane («Die grosse Angst in den Bergen»), die vom naturverbundenen und harten Leben einfacher Menschen erzählten.

Rainer Maria Rilke, der seine letzten Jahre im Wallis verbrachte, war eine Ausnahme. Er mochte die Berge nicht, er liebte das damals noch unversehrte Haupttal und dessen südliches Licht. «Statt zu fliehen», dichtete er in «Die Walliser Vierzeiler» («Quatrains Valaisans») über seine letzte Wahlheimat, «stimmt es sich selber zu, dies Land, ist masslos und ist sanft, bedroht und doch gerettet.» Mit der stetig wachsenden Faszination begann sich im späten 19. Jahrhundert auch die Sicht der Einheimischen auf ihre Bergwelt zu verändern. Der boomende Tourismus versprach

wirtschaftlichen Aufschwung. Strassen wurden gebaut, Industrie siedelte sich an, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein ganzes Tal mit Skigebieten übersät.

Chappaz, provokative Mahner

Einer, der früh schon wortgewaltig gegen die ungestüme Zerstörung der Natur und die blinde Profitgier wetterte, war der Unterwalliser Dichter Maurice Chappaz. «Die Berge sind ein einziges Schlachthaus», schrieb er 1968. «Den Alpen zieht man die Hosen aus.» In seinem Pamphlet «Die Zuhälter des ewigen Schnees» (1976) findet sich ein Satz, der sich wie ein provokatives Menetekel auf den Untergang von Blatten liest. «Per anum haben sie das Land gefickt, bis dass die Firne wie Eisberge auf sie herniederfallen.»

Im alten Wallis wurden Naturkatastrophen religiös überhöht und gedeutet. Die Menschen sahen sie als von Gott geschickte Warnzeichen für ihr sündhaftes Verhalten, als Aufforderung, Busse zu leisten und Gutes zu tun. Heute sieht man in Naturkatastrophen kaum mehr göttliche Strafmassnahmen. Geblichen vom klerikalen Weltbild ist die Frage nach der Schuld. Sind der Bergsturz und der Gletscherabbruch im Lötschental natürliche Vorgänge, wie es sie im Alpengebiet seit je gibt? Oder weisen sie auf das Sündenregister des modernen Menschen? Ist der Klimawandel und damit der Mensch Mitverursacher dieses Unglücks?

Noch ist die Tragödie im Lötschental nicht überstanden. Die ganze Schweiz hofft, dass sich die Prophezeiung des Ewigen Juden nicht weiter erfüllt und die gestaute Lonza nicht zur gefährlichen Flutwelle wird. Ein prophetischer Satz von Maurice Chappaz führt uns vor Augen, wie man vielleicht in gar nicht so ferner Zukunft über den Untergang von Blatten sprechen wird: «Die Berge haben Anker gelichtet.»

— Der Schriftsteller, Historiker und Filmemacher Wilfried Meichtry ist in Leuk im Kanton Wallis geboren. In seinen Werken befasst er sich immer wieder mit dem Wallis, so u. a. im Roman «Nach oben sinken» (2023) oder im Dokumentarfilm «Ich war ein Anderer. Gespräche mit Maurice Chappaz» (2025).

Verlagsbeilage

40 Jahre BVG

Die berufliche Vorsorge – gestern, heute, morgen



ILLUSTRATION: ARMIN ARDAGNA

40 Jahre BVG - Ein Meilenstein für die Schweiz. Ein Auftrag für morgen.

Seit 1985 sichert das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) die zweite Säule unseres Vorsorgesystems. 2025 feiern wir nicht nur ein Jubiläum. Wir feiern über 40 Jahre Vertrauen, Verantwortung und vorausschauendes Handeln.

Seit 1957 engagiert sich **proparis** mit Herz und Weitsicht für faire, nachhaltige Pensionskassenlösungen – für Menschen, für Unternehmen, für die Zukunft. Heute sind zwölf Vorsorgewerke bei **proparis** angeschlossen und hinter diesen Vorsorgewerken stehen über fünfzig Berufsverbände aus den verschiedensten Bereichen der Schweizer KMU-Landschaft. Diesen sind wiederum über 9'000 Unternehmen angeschlossen mit mehr als 70'000 aktiven Versicherten.

proparis –
Weil Vorsorge Zukunft ist.

www.proparis.ch

proparis

Vorsorge Gewerbe Schweiz
Prévoyance arts et métiers Suisse
Previdenza arti e mestieri Svizzera

Über 60 Jahre:
SICHER WIE DIE SCHWEIZ.



Publireportage

Mehr als Vorsorge.

BVK

Das macht die BVK zur BVK

- Die BVK ist schweizweit für 438 Arbeitgeber tätig
- Die BVK versichert 143 000 Menschen, die von einer arbeitnehmerfreundlichen Beitragsaufteilung von 60/40 Prozent profitieren
- Wir sind in den Branchen Gesundheit, Bildung, Verkehr sowie Verwaltung tätig
- Wir verwalten 43 Milliarden Franken
- Nachhaltigkeit ist uns bei Anlagen und Immobilien wichtig
- Die Kosten sind tief: Pro versicherte Person geben wir 81 Franken pro Jahr aus (Branchenschnitt: 286 Franken); das Vermögen verwalten wir mit Kosten von 0,12 Prozent (0,42 Prozent). Diese Kosten trägt die BVK.

Kurz: Wir sind die grösste Pensionskasse der Schweiz.

Dem BVG voraus

Die Reform wurde an der Urne abgelehnt. Schade. Aber wir machen uns das Leben deswegen nicht schwer, bleiben innovativ und haben vieles längst umgesetzt:

- flexible Rentenmodelle
- Wahl des Umwandlungssatzes
- drei Beitragsvarianten
- keine Umverteilung
- hohe Sparguthaben
- tiefe Kosten
- faire Umwandlungssätze
- ...

Für Junge und Junggebliebene

Die BVK hat einen Podcast
Die BVK macht Webinare
Die BVK ist auf Instagram
Die BVK ist auf Spotify
Die BVK ist parat.

Junge sollen sich mit der Sparkasse der beruflichen Vorsorge (Pensionskasse) auseinandersetzen. Bei der BVK können sie das mit einem auf ihr Alterssegment ausgerichteten Setting.

Wir beraten

Die BVK berät zu Themen rund um die Pensionskasse kostenlos – auch zu Randzeiten und an Samstagen persönlich.

Reicht das nicht aus, bieten wir eine umfassende Vorsorgeberatung an. Dabei beziehen wir 1., 2., 3. Säule, Steuern, Wohnsituation und auf Wunsch die Vorsorge der Partnerin/des Partners mit ein. Diese vertiefte Beratung ist kostenpflichtig, wobei das Erstgespräch kostenlos ist. **Über Vorsorge spricht man mit der BVK.**

Baut und verwaltet

Die BVK entwickelt und baut Einkaufszentren, Gewerbeflächen, Wohnraum etc. Sie hat die ganze Wertschöpfungskette in eigener Hand.

Attraktive Hypotheken

Die BVK vergibt Hypotheken an private und institutionelle Anleger. Das machen wir seit 1936. Wir wissen also, wovon wir reden.

Wir sind nicht ganz 100

2026 ist es dann so weit und die BVK kann den 100. Geburtstag feiern. Wir haben einiges geplant. Achten Sie darauf.

Die Linkliste

- bvk.ch
- bvk.ch/young
- bvk.ch/vorsorge
- bvk.ch/beratung
- bvk.ch/rentenmodelle
- bvk.ch/hypotheken
- bvk.ch/immobilien

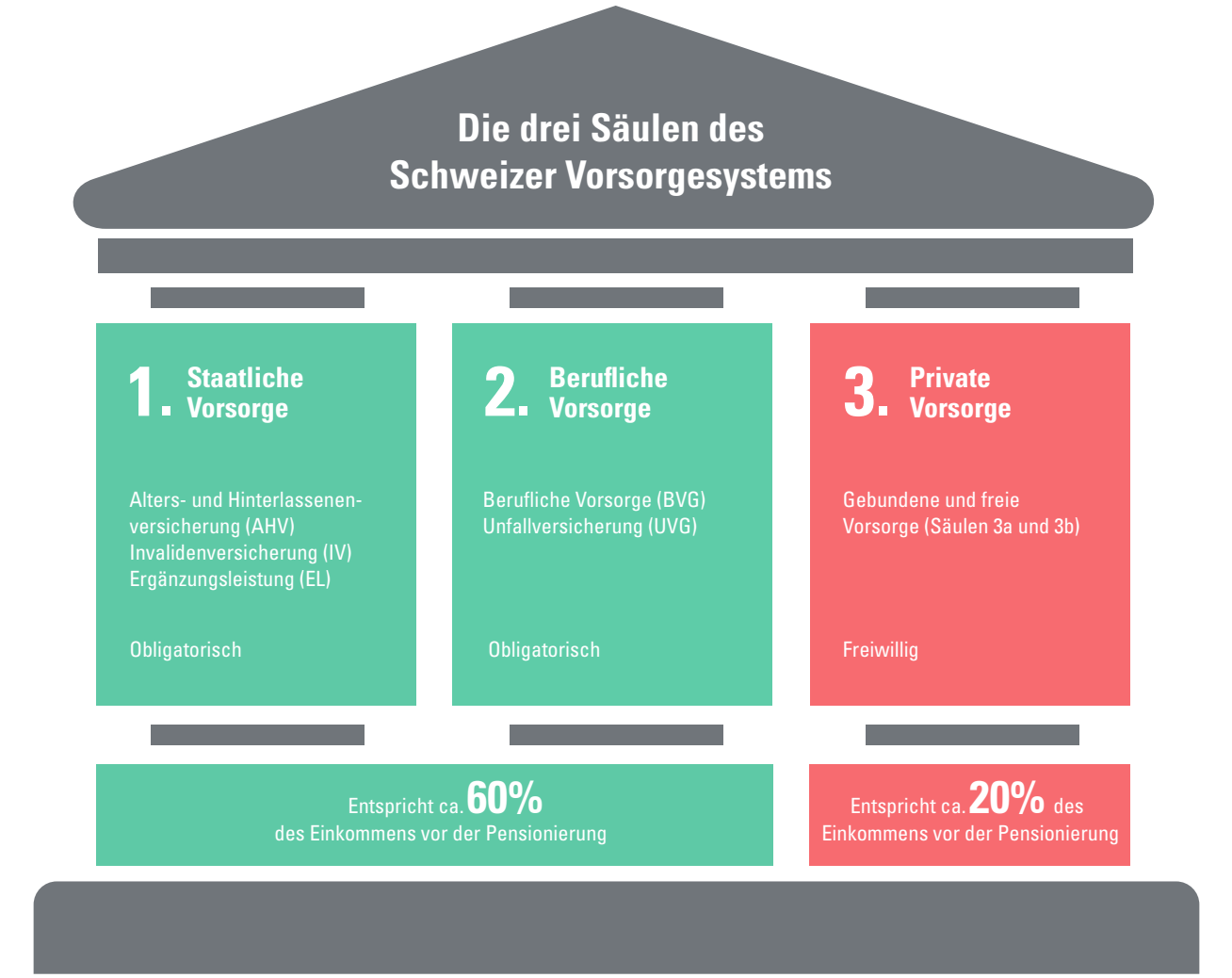
Mit Herzblut für die zweite Säule

Das BVG-Obligatorium baut darauf, dass sowohl Chancen als auch Risiken im Kollektiv getragen werden – es ist, wie kaum ein anderer Baustein der Altersvorsorge, auf das Denken in Dekaden ausgerichtet. Eine Einordnung von Lukas Müller-Brunner.

Das Erreichen eines runden Jubiläums ist an sich noch keine besonders erwähnenswerte Leistung. Eine Gratulation gestaltet sich zudem schwierig, wenn es sich beim «Geburtskind» nicht um einen Menschen, sondern um eine Säule der Altersvorsorge handelt. Dennoch ist das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) per 1. Januar 1985, also vor 40 Jahren, ein Meilenstein der Schweizer Sozialpolitik. Das hängt mit der Mechanik des BVG zusammen: Gemäss Gesetz sparen die Erwerbstätigen zwischen 25 und 65 Jahren so viel Geld an, dass sie anschliessend den Ruhestand ohne wirtschaftliche Not geniessen können. Erst heute können wir also die Früchte dieser Geduldssprobe vollständig ernten, indem alle Versicherten, die in die zweite Säule eintreten, eine 40-jährige Beitragskarriere aufweisen können.

Die zweite Säule ist damit, wie kaum ein anderer Baustein der Altersvorsorge, auf das Denken in Dekaden ausgerichtet. Episodisch auftretende heftige Verwerfungen an den Finanzmärkten wie die Ölkrise, die Dotcom-Blase, die Finanzkrise von 2008 oder der Beginn des Krieges in der Ukraine hinterlassen zwar bei einer Betrachtung über 40 Jahre punktuelle Abstürze in einer Börsenkursgrafik. Im selben Zeitraum ist der Kapitalstock in der beruflichen Vorsorge hingegen unaufhaltsam weitergewachsen. Über den Daumen gepeilt, stammt von drei Franken Vorsorgekapital, die in der zweiten Säule heute angespart sind, rund ein Franken von Anlageerträgen, etwa ein Franken von den Arbeitnehmern und ein weiterer Franken von den Arbeitgebern. Bezahle 1, erhalte 3 – ein derartiges Preis-Leistungs-Verhältnis ist kaum zu übertreffen.

Möglich wird dieses einträgliche Alterssparen durch die Finanzierung im Kapitaldeckungsverfahren. Dank dieser Art der Vermögensbildung trägt die zweite Säule massgeblich zur finanziellen Sicherheit und dem breiten Wohlstand der Schweizer Bevölkerung bei. Demgegenüber sichert die erste Säule, die AHV, den finanziellen Grundbedarf der Pensionierten. Sie weist durch die Finanzierung im Umlageverfahren ebenfalls einen entscheidenden Vorteil auf: Anpassungen sind deutlich rascher möglich und sehr beliebt, wie der histo-



Quelle: Comparis

ILLUSTRATION: NZZ CONTENT CREATION

Bezahle 1, erhalte 3:
Ein derartiges
Preis-Leistungs-
Verhältnis ist kaum
zu übertreffen.

rische Entscheid des Souveräns zur Einführung einer 13. AHV-Monatsrente vor einem Jahr illustriert.

Das Drei-Säulen-System

Im Vergleich zum Ausland – namentlich zu unseren Nachbarländern Italien, Frankreich und Deutschland – hat die Schweiz nicht nur auf dem Papier ein ausgeklügeltes Drei-Säulen-System. Tatsächlich bezieht hierzulande ein Grossteil der Haushalte bei der Pensionierung Leistungen aus allen Säulen. Diese Ausgewogenheit gründet auf den drei Pfeilern, Ökonomen nennen es Diversifizierung. Während Börsenturbulenzen in der zweiten Säule zu Nervosität führen, bringen sie die Verantwortlichen der AHV

nicht aus der Ruhe. Dagegen raubt ihnen die alternde Bevölkerung den Schlaf, was wiederum in der zweiten Säule aufgrund der individuellen Kapitaldeckung weniger für Kopfzerbrechen sorgt.

Trotz Lob aus dem Ausland gerät gerade die leistungsfähige zweite Säule im Inland zunehmend unter Druck. Zum einen wird ihr zuweilen nachgesagt, kompliziert und undurchsichtig zu sein. Dabei ist das Grundprinzip einfach: Arbeitnehmer und Arbeitgeber leisten gemeinsam Lohnbeiträge und sparen für eine Rente oder einen Kapitalbezug im Alter. Insofern kann die erwartete Leistung in einem BVG-Vorsorgeplan transparent mit jedem einfachen Taschenrechner ermittelt werden. Zum anderen macht die fortschreitende Individualisierung auch vor

der beruflichen Vorsorge nicht halt. Von wählbaren Sparbeiträgen über Rentenmodelle bis hin zu Kapitalrückgewähr: Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt. Diese Komplexitäten verleiten Finanz-Influencer auf Social Media zuweilen zu vollmundigen Empfehlungen, die Altersvorsorge doch gleich selbst in die Hand zu nehmen, um vermeintlich nicht die Kontrolle zu verlieren.

Eine Sozialversicherung

Dabei geht vergessen: Die zweite Säule ist eine Sozialversicherung. Sie baut darauf, dass sowohl Chancen als auch Risiken im Kollektiv getragen werden. Mit dieser Solidarität grenzt sie sich entscheidend von der dritten Säule, der privaten Vorsorge, ab. Aus ökonomischer Sicht ist das kollektive Tragen von Wagnissen der individuellen Herangehensweise praktisch immer überlegen. Wenn privaten Anlegern hochfliegende Renditen versprochen werden, gehen Gefahren denn auch häufig vergessen. Bei der individuellen Kapitalanlage trägt man alle Börsenschwankungen, jeden Anstieg der Lebenserwartung und auch die oftmals höheren Verwaltungskosten selbst. Bei einer Pensionskasse hingegen können alle Risiken auf eine grosse Zahl von Versicherten verteilt werden, was ökonomisch und gesellschaftlich überaus effizient ist.

40 Jahre nach Einführung des BVG-Obligatoriums lässt sich mit einer Prise Stolz bilanzieren: Getragen von den Sozialpartnern und durchgeführt von verantwortungsvollen Menschen mit Herzblut, ist mit der beruflichen Vorsorge ein Kunstwerk Schweizer Sozialpolitik entstanden, das Hochachtung geniesst und Vertrauen für die kommenden Jahrzehnte verdient.

Lukas Müller-Brunner ist Direktor des Schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP mit Sitz in Zürich.



Lukas Müller-Brunner

Ein ausgeklügeltes Wechselspiel

Das Drei-Säulen-System mit der staatlichen, der beruflichen und der privaten Vorsorge – und wie diese miteinander harmonieren.

CLAUDE CHATELAIN

Die Zürcher FDP-Nationalrätin Regine Sauter sagte einmal im Schweizer Fernsehen: «Um unsere Altersvorsorge beneidet man uns weltweit. Deshalb sollten wir sie jetzt auf ein solides Fundament stellen – damit auch die Jungen einmal sichere Renten haben.» Dieses solide Fundament steht auf drei Säulen: der staatlichen, der beruflichen und der privaten Vorsorge. Mit der ersten Säule, der AHV, soll im Alter die Existenz gesichert werden. Die zweite Säule, die berufliche Vorsorge, soll als Ergänzung

dazu dienen, den gewohnten Lebensstandard fortsetzen zu können.

Dabei gingen die Architekten des Drei-Säulen-Systems davon aus, dass die erste und die zweite Säule zusammen 60 Prozent des letzten Bruttoeinkommens ausmachen sollten. In der Mehrheit der Fälle werden 60 Prozent des letzten Einkommens kaum ausreichen, um den gewohnten Lebensstandard fortzusetzen. Deshalb fördert der Bundesrat mit steuerlichen Anreizen die private Vorsorge. Das ist dann die Säule 3a.

Erste Säule

Wie sind nun diese drei Säulen miteinander verzahnt? Die AHV-Rente wird vom Bundesrat in der Regel alle zwei Jahre der Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Steht einmal die Höhe der maximalen AHV-Rente fest, so hat dies automatisch Auswirkungen auf die zweite Säule und die Säule 3a. Ihre Grenzwerte

hängen alle von der AHV ab. Steigt die AHV-Rente, so steigt auch die Einstiegsschwelle für die zweiten Säule, es erhöhen sich auch die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten in der Säule 3a. Per 1. Januar 2025 stieg die maximale AHV-Rente auf 30240 Franken im Jahr. Die minimale AHV-Rente ist halb so hoch, demnach 15120 Franken.

Zweite Säule

Auch die Grenzwerte der zweiten Säule erfuhren dadurch eine Anpassung: Weil die Eintrittsschwelle 75 Prozent der maximalen AHV-Rente beträgt, beläuft sie sich seit 1. Januar 2025 auf 22680 Franken. Die Eintrittsschwelle ist jener Jahreslohn, ab welchem Arbeitgeber ihre Angestellten in der zweiten Säule versichern müssen. Im Unterschied zur AHV ist der versicherbare Lohn in der obligatorischen Mindestvorsorge gegen oben beschränkt. Im Maximum entspricht er dem Dreifachen einer

maximalen AHV-Rente. Das ergibt 90720 Franken.

Nun sagten sich die Architekten des BVG, es müssten nicht auf dem gesamten Lohn Beiträge bezahlt werden, sondern nur auf jenem Teil, der nicht bereits mit der AHV abgedeckt wird. So ist der Koordinationsabzug entstanden, um eben die zweite Säule mit der ersten zu koordinieren. Folgerichtig entsprach der Koordinationsabzug lange Jahre der maximalen AHV-Rente. Er wurde später auf 87,5 Prozent gesenkt, um damit den versicherten Lohn zu erweitern. Das ist nachvollziehbar, weil längst nicht alle Rentnerinnen und Rentner Anspruch auf eine maximale Vollrente haben. So beträgt der Koordinationsabzug 26460 Franken.

Werden nun diese 26460 Franken von der oberen Limite von 90720 Franken in Abzug gebracht, resultiert der maximale koordinierte Lohn von 64260 Franken, entsprechend 212,5 Prozent der AHV-Rente. Das ist also der Höchstbetrag, auf

dem die obligatorischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge berechnet werden. Falls im Pensionskassenreglement höhere prozentuale Beiträge reglementiert sind, so fliessen diese in den überobligatorischen Topf. Das Gleiche passiert, wenn der versicherte Lohn die besagten 64260 Franken übersteigt.

Dritte Säule

Schliesslich sind auch die maximalen Abzugsmöglichkeiten der steuerbegünstigten Säule 3a von der AHV abhängig. Sie betragen 8 respektive 40 Prozent des maximalen versicherbaren Lohnes von 90720 Franken, je nachdem, ob man bei einer Pensionskasse versichert ist oder nicht. Derzeit sind das 7258 beziehungsweise 36288 Franken. Versicherte ohne Pensionskasse können im Jahr bis zu 36288 Franken, maximal 20 Prozent des Einkommens, in die Säule 3a einzahlen und bei den Steuern abziehen.



Mythen und Gewissheiten in der beruflichen Vorsorge

Pensionskassenvertreter kritisieren den zu hohen gesetzlichen Umwandlungssatz. Frauen bemängeln, das System werde den Teilzeitbeschäftigten nicht gerecht. Linke monieren, die zweite Säule sei bloss ein Steuervehikel für Reiche. Was stimmt?

CLAUDE CHATELAIN

Für die Versicherten dürfte das grösste Problem der zweiten Säule in deren Komplexität liegen, auch wenn sie das selber womöglich gar nicht so wahrnehmen. Die AHV funktioniert nach dem Umlageverfahren – die zweite Säule nach dem Kapitaldeckungsverfahren, jeder spart für sich. Das ging lange gut: Seit Inkrafttreten des BVG vor 40 Jahren betrug der Umwandlungssatz 7,2 Prozent bei einer jährlichen Mindestverzinsung von 4 Prozent. Finanziert wird die zweite Säule mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen. Wobei Arbeitgeber mindestens so viel beisteuern müssen wie Arbeitnehmer. Und dann werfen natürlich die angelegten Gelder Dividenden und Zinsen ab. Die Finanzmärkte sind deshalb so etwas wie der dritte Beitragszahler.

Doch mit dem Platzen der Technologieblase um die Jahrtausendwende geriet der Geldfluss dieses dritten Beitragszahlers ins Stocken – gleichzeitig stieg die Lebenserwartung. Eine wachsende Finanzierungslücke war die Folge. Was tun? 2003 brach die Winterthur-Versicherung mit der Tradition: Der obligatorische Teil wurde weiterhin mit dem hohen Satz von 7,2 Prozent umgewandelt, der überobligatorische nur noch mit 5,6 Prozent. Die anderen Anbieter folgten. Happige Rentenreduktionen waren die Folge. Den Versicherten wurde plötzlich bewusst, dass ihr Vermögen gewissermassen auf zwei Töpfe verteilt ist: den obligatorischen Topf mit besseren und den überobligatorischen Topf mit schlechteren Leistungen. Auf dem Papier liest es sich einfach, denn das Gesetz schreibt minimale Leistungen vor: Umwandlungssatz, versicherter Lohn, Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Zins. Alles darüber hinaus ist überobligatorisch und unterliegt den Reglementen der einzelnen Kassen.

Wann ist es überobligatorisch?

Dieses Splitting hatte bei freiwilligen Einkäufen, Vorbezügen zur Finanzierung des Eigenheims oder Auszahlungen bei Scheidungen weitreichende Folgen. Sind diese Gelder nun obligatorisch oder überobligatorisch? Mit der ersten BVG-Revision von 2005 wurde der gesetzliche Umwandlungssatz schrittweise auf 6,8 Prozent gesenkt. Versicherungsmathematisch war das immer noch zu hoch, sodass auch die betriebseigenen Vorsorgeeinrichtungen für den überobligatorischen Bereich tiefere Renten auszahlten. Konkret legten sie einen Mischsatz von beispielsweise 5,5 Prozent fest, statt die beiden Töpfe mit verschiedenen Prozentsätzen in eine Rente umzuwandeln.

Mit einer Schattenrechnung müssen sie sicherstellen, dass der obligatorische Teil mit mindestens 6,8 Prozent in eine Rente umgewandelt wird – der überobligatorische Teil mit einem entsprechend tieferen Satz. Anrechnungsprinzip, nennt sich das. So wirklich transparent ist das aber nicht. Seit 2010 hatten die Stimmbürger dreimal über eine Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent zu befinden. Wie sollen sie da noch drauskommen, wenn ihre Pensionskasse einen Umwandlungssatz von zum Beispiel 5 Prozent anwendet? Wenig hilfreich fürs Verständnis ist auch der Umstand, dass nicht alle Vorsorgeeinrichtungen den gleichen Regeln unterworfen sind: Ein Unternehmen kann sich grundsätzlich für eine betriebseigene Pensionskasse oder für den Anschluss an eine Gemeinschafts- beziehungsweise Sammel Einrichtung entscheiden.

Zudem gibt es noch das «Vollversicherungsmodell», wie es mittlerweile nur noch fünf Versicherer anbieten, nachdem sich die Zürich in den frühen Nullerjahren und die Axa auf 2019 wegen der unbefriedigenden Rahmenbedingungen von diesem Geschäftsmodell verabschiedet haben.

Der ehemalige FDP-Ständerat Ruedi Noser sagte einmal in der BVG-Debatte, neben den drei Beitragszahlenden – Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Finanzmärkte – gebe es noch einen vierten: die Steuern.



Für die Versicherten dürfte das grösste Problem der zweiten Säule in deren Komplexität liegen, auch wenn sie das selber gar nicht so wahrnehmen.

ILLUSTRATION: ARMIN APADANA

Die Vollversicherten, die im Unterschied zu den betriebseigenen Pensionskassen nicht vom Bundesamt für Sozialversicherungen, sondern von der Finanzmarktaufsicht beaufsichtigt werden, haben strengere Auflagen zu erfüllen. Sie müssen die Vorsorgeleistung stets zu 100 Prozent garantieren können und dürfen nicht in eine vorübergehende Unterdeckung geraten. Würde das Kapitaldeckungsverfahren konsequent durchgezogen, müsste der gesetzliche Umwandlungssatz gesenkt werden können. Drei verlorene Abstimmungen zeigen, dass das zurzeit kaum realistisch ist.

Die Folge: Quersubventionierungen von Gut- zu Geringverdienenden, vom Überobligatorium zum Obligatorium. Das sei nicht systemkonform, kritisieren bürgerliche Politiker. Doch linke Kreise interessieren das wenig. Der Gewerkschaftsökonom Daniel Lampart sagte im Vorfeld der letztjährigen BVG-Abstimmung: «Die Versicherten interessieren sich nicht für systemkonform oder nicht, sondern dafür, wie hoch ihre Rente ist und wie viel sie dafür bezahlen.»

Es geht nicht ohne Umverteilung

Aufgrund basisdemokratischer Sachzwänge gilt es zu akzeptieren, dass auch die zweite Säule ohne eine gewisse Umverteilung nicht auskommt. Wobei gesagt sei, dass die zweite Säule schon immer mit Solidaritäten durchsetzt war – was alledings nicht mit einer Umverteilung gleichzusetzen ist. Manche sind sich kaum bewusst, dass die zweite Säule nicht nur einen finanziellen Schutz für morgen, sondern auch einen finanziellen Schutz für heute bietet, nämlich für den Fall einer Erwerbsunfähigkeit. Des Weiteren bietet sie auch einen Schutz für die Hinterbliebenen: für Ehegatten, geschiedene Ehegatten, Kinder und in gewissen Fällen auch für Konkubinatspartner. Sie haben im Todesfall Anrecht auf eine Rente oder auf eine Abfindung.

Für diesen Schutz zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Risikobeiträge. Die Solidarität besteht hier darin, dass bei Alleinstehenden keine Hinterbliebenen zu versichern sind; sie aber trotz-

dem Risikobeiträge bezahlen müssen. Das Kapitaldeckungsverfahren stösst im Gesetz auch an seine Grenzen, wenn es darum geht, die zweite Säule den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Das zeigt sich unter anderem bei Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten. Der starre Koordinationsabzug benachteiligt Teilzeitbeschäftigte, und die Eintrittsschwelle benachteiligt Mehrfachbeschäftigte. Verdient eine Frau bei zwei Arbeitgebern je 15000 Franken, so müsste sie laut Gesetz BVG-versichert sein. Aber keiner der beiden Arbeitgeber ist verpflichtet, sie laut BVG zu versichern. So führt das Kapitaldeckungsverfahren zu einem Gender-Gap.

Die Gewerkschaften möchten daher, dass, wie in der ersten Säule, auch in der zweiten Säule Ergänzungsleistungen und Entschädigungen für Care-Arbeit entrichtet werden. Das ist nicht systemkonform, werden Bürgerliche einwenden. Und der Bundesrat schrieb in seiner Antwort auf eine entsprechende Motion: Die berufliche Vorsorge sei gemäss Bundesverfassung «eine Versicherung für die Erwerbseinkommen von Erwerbstätigen». Wollte man unbezahlte Tätigkeiten wie der Betreuung von Angehörigen versichern, bräuchte es eine Änderung der Verfassung.

Mit der Senkung des Umwandlungssatzes steigt theoretisch der Anreiz, auf die Rente zu verzichten und das Kapital zu beziehen. Mittlerweile lassen sich mehr als die Hälfte der BVG-Versicherten zumindest einen Teil des Guthabens als Kapital auszahlen. Dabei muss man wissen, dass der Kapitalbezug früher nur beschränkt möglich war. Erst mit der Zeit ist die Option des Kapitalbezugs ausgeweitet worden, nicht zuletzt auch im Interesse der Vorsorgeeinrichtungen. Beim Bezug des Kapitals ist eine Steuer mit einem speziellen Tarif zu entrichten, und zwar unabhängig vom übrigen Einkommen. Diese fällt jedoch weniger stark ins Gewicht als der Steuerabzug beim Einkauf, insbesondere bei hohen Einkommen. Ob das so bleibt, ist aber eine andere Frage. Derzeit laufen Bestrebungen, den Kapitalbezug höher zu besteuern als bis anhin. Der ehemalige Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser

Für Nostalgiker

Wem sagen die Namen Rudolf Gnägi, Pierre Graber, Ernst Brugger, Kurt Furgler, Willy Ritschard, Hans Hürlimann, Georges-André Chevallaz noch etwas? So hiessen Mitte der 1970er Jahre die sieben Bundesräte. Sie hatten sich mit dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) zu befassen, das schliesslich 1985 in Kraft gesetzt wurde. Die Geschichte, erzählt von Professor Ueli Kieser (Universität St.Gallen), geht so: Die Vernehmlassung zum BVG fand 1976 statt. Danach entwarf der zuständige Ausschuss den Gesetzesentwurf. Doch die sieben genannten Magistrate waren der Meinung, der ihnen vorgelegte Gesetzestext von 150 Seiten sei zu kompliziert. Sie beauftragten Professor Thomas Fleiner (Universität Freiburg), «eine für Nichtspezialisten leichter verständliche Fassung auszuarbeiten». Zu kompliziert? Welch bissige Ironie: Heute umfasst ein BVG-Kommentar mehr als 2500 Seiten, verfasst von 36 Autoren, mit einem seitenlangen Stichwortverzeichnis, um die 10000 Fussnoten verweisen auf das Literaturverzeichnis mit rund 1500 Einträgen von bereits publizierten Beiträgen. Was kompliziert tönt, ist es auch.

sagte einmal in der BVG-Debatte, neben den drei Beitragszahlenden – Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Finanzmärkte – gebe es noch einen vierten: die Steuern.

Wer der Pensionskasse Geld überweist, um damit Beitragslücken zu schliessen, kann dies vom steuerbaren Einkommen in Abzug bringen – analog der Säule 3a. Beitragslücken entstehen durch Lohnerhöhungen oder bei Scheidungen, wenn die Hälfte des gemeinsam erwirtschafteten Pensionskassenguthabens an die Vorsorgeeinrichtung des anderen Ex-Gatten überwiesen wird. Naturgemäss sind Gutverdienende eher in der Lage, solche Lücken wieder zu schliessen, um damit die Leistungen zu verbessern – und eben auch, um Steuern zu sparen.

Frau Bundesrätin, am 22. September 2024 hat die Schweizer Bevölkerung die BVG-Reform abgelehnt. Wie geht es Ihnen als verantwortliche Bundesrätin knapp ein Dreivierteljahr danach? Gut, ich bin weiterhin sehr motiviert für die politische Arbeit. Es wäre falsch, Abstimmungserfolge und Abstimmungsniederlagen ausschliesslich einer bestimmten Person zuzuschreiben. Bei Urnenentscheiden spielen immer unterschiedliche Faktoren zusammen. Was hingegen wichtig ist: Dass man die Ergebnisse genau analysiert und die richtigen Schlüsse zieht für die Zukunft. Für diese verantwortungsvolle und leidenschaftliche Aufgabe sind wir gewählt.

Die letzte grosse Reform der beruflichen Vorsorge zielte darauf ab, die Finanzierung der zweiten Säule zu stärken, das Leistungsniveau insgesamt zu erhalten und die Absicherung von Teilzeitarbeitenden zu verbessern. Wo stehen wir heute punkto:

- Senkung des Umwandlungssatzes für das Altersguthaben?
- Erhöhung des versicherten Lohns mittels Ausgleichsmassnahmen?
- Verbesserung der Vorsorge bei tiefen Einkommen und bei Teilzeitarbeit?
- Senkung der Sparbeiträge für ältere Arbeitnehmer?

Grundsätzlich gibt es bei diesen Punkten weiterhin Handlungsbedarf. Der Mindestumwandlungssatz ist nach wie vor zu hoch für jene Kassen, die nur das Obligatorium anbieten oder wenig mehr. Ungelöst ist vor allem auch die Situation für jene Arbeitnehmer, die wenig verdienen, Teilzeit arbeiten oder mehrere Jobs haben. Sie sind in der obligatorischen beruflichen Vorsorge nach wie vor unzureichend versichert, auch wenn viele Arbeitgeber und Pensionskassen für sie bessere Lösungen anbieten. Hier müssen wir auf eine Verbesserung hinarbeiten.

Den Gender Pension Gap betreffend, erklärten Sie in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» Anfang Mai: «Wir werden aber prüfen, wie wir tiefe Löhne und Löhne aus mehreren Teilzeitjobs besser versichern können. Davon profitieren vor allem Frauen.» Doch Teilzeitarbeit kann auch problematische Folgen haben, zum Beispiel wenn Frauen weniger als 70 Prozent arbeiten. Was heisst das in der zweiten Säule für die Kluft zwischen den Geschlechtern? Ja, Teilzeitarbeit führt zu tieferen Renten. Davon sind vor allem die Frauen betroffen, weil es immer noch starke Ungleichheiten gibt zwischen den durchschnittlichen Arbeitspenssen der Männer und der Frauen. Andere europäische Länder sind da schon wesentlich weiter als die Schweiz. Die unzureichende Absicherung von Teilzeitarbeitenden zu korrigieren, ist nicht einfach, weil höhere Lohnbeiträge die Wirtschaft und das Portemonnaie der versicherten Person belasten. Das ist nicht beliebt, wie die letzte Reform gezeigt hat. Wir dürfen aber Teilzeitarbeit nicht schlechtreden. Sie hat nicht dazu geführt, dass weniger gearbeitet wird. Im Gegenteil. Und der Arbeitsmarkt ist dank Teilzeitarbeit durchlässiger und flexibler geworden. Nicht zu vergessen, dass heutzutage immer noch viele Frauen und Männer nur Teilzeit arbeiten können, weil es an Betreuungsstrukturen fehlt für ihre Kinder, für ihre betagten Eltern oder für pflegebedürftige Familienangehörige. Hier Fortschritte zu erzielen, ist doppelt sinnvoll: Für die Absicherung der Teilzeitarbeitenden und für die Volkswirtschaft.

Konkret: Wie geht es nun ohne Reform weiter mit dem BVG? Einen grossen Wurf dürfte es so schnell nicht geben... Ich habe nach der Abstimmung mit allen Akteuren Gespräche geführt. Die



Elisabeth Baume-Schneider, Bundesrätin und Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern.

EDI

«Für eine kleinere BVG-Reform bin ich zuversichtlich»

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider ist als Innenministerin auch für gesamtschweizerischen Sozialwerke verantwortlich. Ein Interview über Errungenschaften und Handlungsbedarf – nicht nur bei der zweiten Säule.

«In der zweiten Säule haben Pensionskassen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Möglichkeit, diverse Probleme selbst zu lösen.»

Senkung des Mindestumwandlungssatzes wurde nun dreimal abgelehnt. Ich denke, man kann mit Fug und Recht sagen, dass ein weiteres Paket mit einer Senkung des Umwandlungssatzes keine Chance hat. Für eine kleinere, gezielte BVG-Reform mit Vorschlägen, die von den wichtigsten Akteuren unterstützt werden, bin ich aber zuversichtlich.

Die NZZ schrieb kurz nach dem Volks-Nein: «Die Pensionskassen werden im Schatten der AHV stehen, deren Finanzierung nur noch wenige Jahre gesichert ist – weil nun die Babyboom-Jahrgänge sukzessive pensioniert werden, weil die Lebenserwartung weiter zunimmt und weil die AHV ab 2026 die 13. Monatsrente auszahlen muss.» Trübe Aussichten für die zweite Säule im Licht der ersten Säule! Man darf die beiden Säulen nicht gegeneinander ausspielen. Beide sind wichtig. Aber es ist richtig: Der Druck bei der AHV ist gross. In den nächs-

ten Jahren gehen die letzten Jahrgänge der Babyboomer-Generation in Rente. Diese demografische Welle müssen wir finanzieren und gleichzeitig die AHV modernisieren. Und natürlich braucht es für die 13. AHV-Altersrente rasch eine Zusatzfinanzierung, so wie der Bundesrat dies fordert. In der zweiten Säule haben Pensionskassen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zudem die Möglichkeit, diverse Probleme selbst zu lösen. Viele tun das bereits. Sie warten nicht auf Vorgaben der Politik, sie kennen ihre Aufgabe und nehmen ihre Verantwortung wahr. Darin zeigt sich die Stärke der zweiten Säule.

Kritiker sagen, dass das gesetzliche Fundament der beruflichen Vorsorge weiterhin in Schieflage ist und es noch viele Jahre bleibt. Was antworten Sie? Bei der Finanzierung der obligatorischen beruflichen Vorsorge stimmt diese Kritik für die BVG-nahen Kassen, aber Volksentscheide sind zu akzeptie-

ren. Ansonsten funktioniert die zweite Säule aber gut, die allermeisten Pensionskassen machen ihre Arbeit sehr gut und sind stabil.

Trotzdem dürfte sich die zweite Säule weiterentwickeln: Das gesetzliche Obligatorium wird wohl an Bedeutung verlieren und viele Pensionskassen werden gezwungen sein, auf den überobligatorischen Bereich auszuweichen. Richtig. Das ist in den letzten Jahren bereits geschehen, und dieser Trend dürfte auch noch weitergehen.

Neuerdings kann man sich rückwirkend in die Säule 3a einkaufen. Welche Ziele stecken hinter dieser Massnahme? Der Bundesrat hat hier eine Motion des Parlaments umgesetzt, die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen will, ihre private Vorsorge zu stärken. Wer nicht jedes Jahr den maximal zulässigen Beitrag in seine Säule 3a einbezahlt hat, kann diese Beiträge künftig bis zu zehn Jahre rückwirkend noch einzahlen. Erstmals im Steuerjahr 2026 für das laufende Jahr.

Gleichzeitig sorgt die geplante Steuererhöhung auf Kapitalbezüge aus der zweiten und dritten Säule für Verunsicherung. Was bezweckt der Bund mit diesem Schritt? Unter dem Strich wird so das freiwillige Vorsorgesparen teurer. Es geht um die Beseitigung eines problematischen Fehlanreizes. Eine Rente bietet für die Versicherten langfristig mehr Sicherheit als ein einmaliger Kapitalbezug. Heute wird aber der Kapitalbezug gegenüber der Rente steuerlich bevorteilt. Diese Ungleichbehandlung ist ein wichtiger Grund, warum immer mehr Versicherte ihr Kapital beziehen. Die Expertengruppe um Serge Gaillard, den ehemaligen Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, hat 2024 vorgeschlagen, Rente und Kapitalbezug künftig gleich zu besteuern. Der Bundesrat ist diesem Vorschlag gefolgt. Ob er daran festhält, wird sich nach der Auswertung der Vernehmlassung zeigen. Unabhängig davon ist das private Vorsorgesparen aber attraktiv: Die Steuervorteile bei der Einzahlung in die zweite und dritte Säule bleiben bestehen.

Das BVG feiert dieses Jahr seinen 40. Geburtstag: Was wünschen Sie ihm für die kommenden 40 Jahre? Ich wünsche der zweiten Säule, dass sie eine starke Sozialversicherung bleibt und ihren Verfassungsauftrag erfüllen kann, nämlich die Fortsetzung der bisherigen Lebenshaltung in angemessener Weise. Darüber hinaus schätze ich die zweite Säule, weil sie ja auch ein schöner Beweis ist für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern. Dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam die Verantwortung tragen, ist eines der zentralen Merkmale unserer politischen Kultur. Ich wünsche mir, dass dieses konstruktive Miteinander trotz allen Veränderungen in der Arbeitswelt auch die nächsten 40 Jahre – und noch viel länger – Bestand hat.

Interview: Norman Bandi

Zur Person

Elisabeth Baume-Schneider (61) wurde für die SP Schweiz am 7. Dezember 2022 in den Bundesrat gewählt. 2023 stand sie dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vor. Seit dem 1. Januar 2024 leitet sie das Eidgenössische Departement des Innern (EDI). Von 2019 bis 2022 vertrat sie den Kanton Jura im Ständerat. Sie ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Das Leistungsziel vor Augen haben

Trotz turbulenter Märkte halten Schweizer Pensionskassen am Ziel fest, Renten von 60 Prozent des letzten Lohns zu erreichen. Doch welche Massnahmen können das Leistungsniveau dauerhaft gewährleisten?

MARK BAER

Wegen der Zollkapriolen von US-Präsident Donald Trump ist die Rendite der Schweizer Pensionskassen (PKs) auf null gesunken. Laut dem Pensionskassenmonitor von Swisscanto haben sich aufgrund der Schüttelbörsen auch die Deckungsgrade der PKs in den ersten drei Monaten des Jahres kurzzeitig etwas nach unten bewegt. Bei den privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen betragen die Deckungsgrade zurzeit 121,5%.

Die öffentlich-rechtlichen PKs weisen einen durchschnittlichen Deckungsgrad von 113,8% auf. Beispielsweise die Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH), die zu dieser Kategorie gehört, wies per Anfang Mai einen Deckungsgrad von 119% aus, was nur 2 Prozentpunkte unter dem Soll-Deckungsgrad dieser Kasse liegt. Wie stark der Deckungsgrad sich innerhalb eines Jahres bewegt, hängt jeweils von den Finanzmärkten ab. «Schwankungen an den Kapitalmärkten gehören zum Geschäft», sagt Helga Portmann. Die Vorsitzende der Geschäftsleitung der PKZH schläft also auch in Zeiten von hohen Volatilitäten offenbar trotzdem gut.

Erst wenn der Ist-Deckungsgrad einmal unter 100% geraten würde, wäre eine Pensionskasse in Unterdeckung. Zum Abfedern der Schwankungen verfügen PKs über Wertschwankungsreserven, mit denen die Ausschläge an den Börsen kompensiert werden können. Falls es tatsächlich einmal ganz schlimm kommen sollte und die PKZH unterdeckt wäre und sich die Kasse innert nützlicher Frist nicht über Kapitalerträge finanzieren könnte, würde die Möglichkeit bestehen, die Vorsorgekapitalien geringer zu verzinsen oder auch Sanierungsbeiträge zu erheben.

Rolle des Umwandlungssatzes

Die Vorsorgekapitalien der erwerbstätigen Versicherten werden bei der Pensionskasse der Stadt Zürich prospektiv verzinst. Das heisst, Portmann und ihr Team verzinsen jeweils für das kommende Jahr, unabhängig davon, wie hoch die Performance sein wird. «Bei Turbulenzen erholen sich die Märkte oftmals rasch wieder», führt die Expertin aus. Wenn der Deckungsgrad aber sehr tief wäre, könne es sein, dass die modellmässige notwendige Verzinsung von 2%

plus Lohnsteigerung nicht mehr gewährt würde. Man könne dies dann aber in den Folgejahren kompensieren.

Die berufliche Vorsorge (BVG) soll den pensionierten Menschen, den Hinterbliebenen und den Invaliden beim Eintreten des entsprechenden Versicherungsereignisses zusammen mit der AHV/IV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen. Gedacht wird dabei an 60% des letzten Lohnes. Hierfür muss Kapital angespart werden, das mit dem sogenannten Umwandlungssatz in eine Rente umgerechnet wird. Bei einem Umwandlungssatz von 5% erhält man pro 100000 Franken Altersguthaben eine jährliche Rente von 5000 Franken. Entscheidend ist deshalb auch die Höhe des Vorsorgeguthabens bei der Pensionierung, nicht nur der Umwandlungssatz. Die Höhe des Umwandlungssatzes ist einerseits abhängig von der laufend zunehmenden Lebenserwartung und andererseits von den in den nächsten 20 bis 30 Jahren erwarteten Kapitalerträgen.

Immer wenn der Umwandlungssatz gesenkt wird, führt dies unweigerlich zu einer tieferen Rente. Weil das Leistungsziel aber verlangt, dass die Versicherten auch in einem solchen Fall 60% des letzten versicherten Verdienstes als Rente erhalten, muss die Kasse an einer anderen Schraube drehen. «Damit die Pension gleich hoch bleibt, erhöhen wir bei einer Umwandlungssatzsenkung einerseits die Vorsorgekapitalien aller Versicherten mittels Kompensationsgutschriften und passen andererseits die Sparbeiträge an», erklärt die Aktuarin. Dabei erhalten die älteren Versicherten prozentual höhere Gutschriften als die jüngeren. Dies, weil Letztere länger Zeit haben, mittels Sparbeiträgen das notwendige Vorsorgeguthaben in der Zukunft aufzubauen. «Bei der letzten Umwandlungssatzsenkung erhöhten wir die Vorsorgeguthaben der Versicherten um durchschnittlich gut 6%.» Dies sei aus Mitteln der Pensionskasse geschehen, welche die PKZH über Jahre geäufnet habe, und zwar im Umfang von rund 470 Millionen Franken, wie Portmann erklärt.

Für die individuelle Höhe der Altersrente ist das Leistungsziel des letztversicherten Verdienstes massgebend. Die Versicherten und die Arbeitgeber bezahlen für ihre Mitarbeiter Sparbeiträge

ein. Diese fliessen bei der Pensionskasse auf ein individuelles Konto der versicherten Person und werden dort verzinst. Die Sparbeiträge, die während des Erwerbslebens einbezahlt werden, zusammen mit den Zinsen und den Zinseszinsen ergeben im Pensionierungsalter dann das Vorsorgekapital, das in eine Rente umgewandelt wird.

Ziel der Schweizer PKs sollte also sein, dass die Mehrheit der Versicherten im Alter von 65 Jahren mit 60% des letztversicherten Verdienstes in Rente gehen kann. Diesem Modell hinterlegt die Pensionskasse Stadt Zürich die Lohnkarriere, welche die städtischen Mitarbeitenden durchschnittlich durchlaufen. «Darauf basierend, legen wir die Beitragshöhe und die notwendige Verzinsung fest», führt die Versicherungsmathematikerin aus.

Dabei spiele immer auch die Lohnsteigerung eine wichtige Rolle. Die Limmatstadt hat die Löhne ihrer Mitarbeitenden per 1. April 2023 mit 2,5% an die Teuerung angepasst. «Damit unsere Versicherten das Leistungsziel erreichen, haben wir die Vorsorgeguthaben im Jahr 2024 deshalb mit 4,5% verzinst.» Diese 4,5% setzen sich konkret aus dem Verzinsungssatz von 2% und den 2,5 Teuerungsprozenten zusammen. In diesem Jahr verzinst die PKZH die Konten der Versicherten nun mit 5,0%.

So legt eine städtische PK an

Bei der Pensionskasse Stadt Zürich, bei der neben den städtischen Angestellten auch die Mitarbeitenden von Asylorganisationen, Altersheimen oder Bauge nossenschaften versichert sind, leisten die Kapitalerträge einen wesentlichen Beitrag zur Vermögensbildung. Rund die Hälfte der Altersrente wird mit Vermögenserträgen finanziert. Die andere Hälfte kommt von den Sparbeiträgen.

Die PKZH legt konkret in Aktien, Obligationen, Immobilien oder auch Private Equity an. Derzeit ist ein Drittel des Gesamtvermögens in der Schweiz investiert, der Rest im Ausland. Die Pensionskasse investiert dort breit in den Industrie- und Schwellenländern. «Ausgehend von der Anlagestrategie, orientieren wir uns bei den kotierten Anlagen grundsätzlich an der Marktkapitalisierung, weichen aber davon ab, um die mit dem Klimawandel einhergehenden Risiken für das Vermö-



Helga Portmann, Vorsitzende der Geschäftsleitung der Pensionskasse Stadt Zürich. PD

gen der PKZH zu begrenzen.» Am meisten investiert ist die Pensionskasse der Stadt Zürich aktuell in den USA mit einem Anteil von etwa 30%.

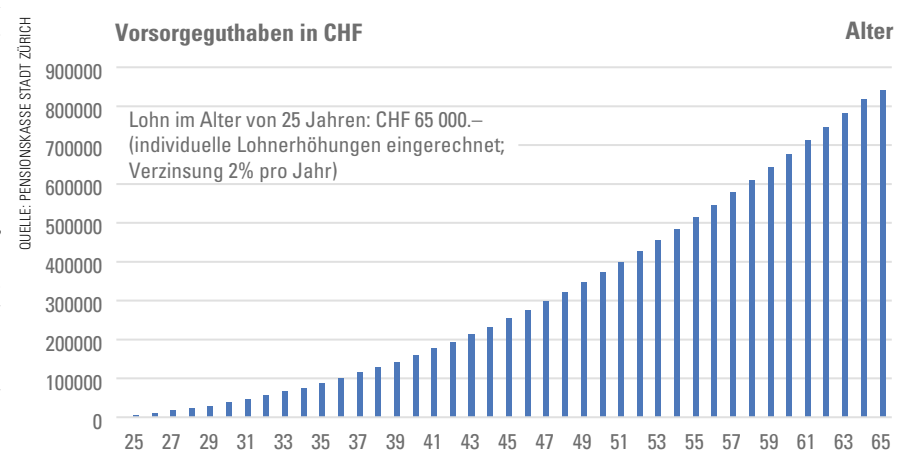
Das beste Anlageergebnis der öffentlich-rechtlichen PKZH in den letzten 15 Jahren resultierte 2019 mit einer

Rendite von mehr als 11%. Das schlechtestes Performanceergebnis resultierte 2008 mit einem satten Minus von über 18%. Trotz diesem grössten Verlust in der Geschichte der Kasse kam es dank zuvor hohen Wertschwankungsreserven zu keiner Unterdeckung.

So entwickelt sich das Vorsorgeguthaben

Die Grafik unten zeigt, wie das Vorsorgeguthaben im Verlaufe der Jahre ansteigt, sodass die Versicherten im Alter von 65 tatsächlich einen Teil ihres früheren Lohnes ausbezahlt erhalten. In diesem Beispiel geht die PKZH davon aus, dass die angestellte Person im Alter von 25 Jahren einen Lohn von 65000 Franken pro Jahr erhält. Im Verlauf des Lebens steigt dieser Lohn kontinuierlich an und liegt dann im Pensionierungsalter bei 91750 Franken. Der versicherte Lohn im BVG wird berechnet, indem der Koordinationsabzug

vom AHV-Lohn abgezogen wird. Der Koordinationsabzug beträgt in diesem Jahr 26460 Franken. In unserem Beispiel werden vom letzten Lohn von 91750 Franken der Koordinationsabzug von 26460 Franken abgezogen. Der versicherte Lohn in diesem Alter würde in unserem Beispiel dann also 65290 Franken betragen. In diesem Fall hat die versicherte Person im Rentenalter dann ein Vorsorgeguthaben von 820810 Franken angespart. Dies unter der Annahme, dass es während der ganzen Erwerbsdauer keine Lohnsteigerung gab.



Fragen zur Altersvorsorge oder Pensionskasse?

- ✓ kostenlose Auskunft
- ✓ 190 Expertinnen & Experten
- ✓ unabhängiger Rat
- ✓ ohne Anmeldung



Termine & Informationen:
www.bvgauskuenfte.ch

Monatlich
in 10 Städten
vor Ort oder als
Online-Auskunft

BVG
unentgeltliche Auskünfte

Seit 1998 engagiert für
unabhängige Beratung
in der beruflichen Vorsorge.

www.bvgauskuenfte.ch

Die Wächter über die PK-Milliarden

Es geht um viel, um sehr viel sogar. Bei den nach wie vor 1320 Schweizer Pensionskassen haben sich aktuell rund 1200 Milliarden Franken angesammelt. Damit verantwortlich umzugehen, ist die Aufgabe der jeweiligen Stiftungsräte. Vier sagen, wie sie das tun.



Tanja Bechtiger

Die HR-Fachfrau ist Stiftungsrätin der Migros-Pensionskasse (MPK). Seit 2011 arbeitet sie als HR Business Partner bei Migrolino. Frühere Stationen führten sie unter anderem zu KLM Royal Dutch Airlines und Bollag-Guggenheim Retail.

Martin Hubatka

Der Rechtsanwalt und Pensionskassenexperte ist Mitgründer und Verwaltungsratspräsident der PK-Beratungsfirma Allvisa in Zürich. Von 1989 bis 2023 war er zudem Partner in der auf Vorsorgefragen spezialisierten Kanzlei Hubatka Müller Vetter.

Filippo Del Grande

Der Radiologe ist Direktor des Istituto di Imaging della Svizzera Italiana und Chefarzt am Tessiner Kantonsspital (EOC) in Bellinzona. Als solcher ist er Arbeitnehmervertreter im Stiftungsrat der Feoc, der Pensionskasse des Tessiner Spitalamts.

Aldo Ferrari

Der Sozialversicherungsfachmann ist seit 2011 Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Unia, wo er bis 2021 Vizepräsident war. Davor war er als Unia-Regionalvertreter im Kanton Waadt und zuvor in Industrie und Transport tätig.

FREDY GILGEN

Zum Gähnen. Man stellt es sich nicht besonders spannend vor, wenn sich der Stiftungsrat einer Pensionskasse (PK) im Beisein verschiedener Experten zu seinen regelmässigen Sitzungen trifft, um immer wieder dieselben oder ähnliche Traktanden zu behandeln.

Ein solcher Stiftungsrat ist das oberste Organ einer Pensionskasse, die gemäss Gesetz in der Regel als Stiftung ausgestaltet und rechtlich unabhängig vom angeschlossenen Unternehmen sein muss. Er ist verantwortlich für die Gesamtleitung der Vorsorgeeinrichtung sowie für die Überwachung der Geschäftsführung. Der Stiftungsrat ist paritätisch besetzt, das heisst, er besteht zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern. Ergänzend werden häufig auch externe Fachleute beigezogen.

Breite Vielfalt unter den Stiftungsräten

Doch die Entscheide, die ein PK-Stiftungsrat trifft, sind von enormer Tragweite, stellt das PK-Vermögen doch für die meisten Beschäftigten unseres Landes den mit Abstand grössten Vermögensbestandteil dar. Geld, das dazu dienen soll, den dritten Lebensabschnitt sorgenfrei gestalten zu können. Die Zahlen sprechen für sich: Gemäss Pensionskassenstatistik belief sich der Gesamtwert der Vermögensanlagen der 1320 Pensionskassen in der Schweiz Ende 2023 auf imposante 1129 Milliarden Franken. Das macht pro Beschäftigten und PK-Beitragszahler rund 235'000 Franken. Heute sind es gut 1200 Milliarden Franken.

Falsche Entscheidungen eines PK-Stiftungsrates können also schnell ins Tuch gehen. Wegen solcher Fehler mussten Vorsorgeeinrichtungen vereinzelt saniert werden oder gingen schlimmstenfalls sogar pleite, wie die Pensions-

kasse der Medizinisch-sozialen Dienste des Saanebezirks vor zehn Jahren.

Doch wer sind die Menschen hinter den Pensionskassen, die diese verantwortungsvolle Tätigkeit übernommen haben? Wir haben vier von ihnen befragt:

■ die HR-Fachfrau Tanja Bechtiger, Stiftungsratsmitglied der Migros-Pensionskasse (MPK);

■ den Tessiner Arzt und Professor Filippo Del Grande, Arbeitnehmervertreter im Stiftungsrat der Feoc, der Pensionskasse des Tessiner Spitalamts;

■ den Gewerkschafter Aldo Ferrari, Unia-Vorstandsmitglied und Pensionskassenexperte;

■ den Rechtsanwalt und Pensionskassenexperten Martin Hubatka, Leiter der PK-Beratungsfirma Allvisa.

«So trocken die Materie um technische Zinsen, Umwandlungs- und Mindestzinssätze auch sein mag, langweilig wird es uns bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe nicht», sind sich die vier PK-Vertreter einig. «Im Gegenteil, ich empfinde diese Aufgabe als spannend und interessant», sagt Filippo Del Grande, «die Tätigkeit ausserhalb meiner täglichen klinischen Routine ist für mich sehr bereichernd.»

MPK-Stiftungsrätin Tanja Bechtiger sieht es ähnlich: «Die Arbeit macht Spass, ist lehrreich und befriedigend.» Als Stiftungsratsmitglied habe man direkten Einfluss auf die Altersvorsorge der Mitarbeitenden. Es sei eine Aufgabe, die finanzielle Sicherheit der Versicherten zu schützen und gleichzeitig für Transparenz sowie Fairness zu sorgen.

In den letzten Jahren habe die MPK ihre Rentner regelmässig mit einem Weihnachtsgeld überraschen können: in den Jahren 2021 und 2022 in Form einer 13. Monatsrente und letztes Jahr mit einem fixen Betrag von 2000 Franken.

«Die grosse Dankbarkeit vieler Rentenbezüger hat uns sehr berührt. Eine ältere Rentenbezügerin hat uns sogar eine Hunderternote geschickt, damit wir für das Personal Gipfeli kaufen können.»

Aldo Ferrari seinerseits hat mit einigem Erstaunen festgestellt, dass man sogar als Gewerkschafter von Bankern und Versicherern umworben werde – zumindest so lange, wie man an der Verwaltung von ein paar Milliarden Franken beteiligt sei. «Geld hat offensichtlich keine politische Farbe.»

PK-Experte Martin Hubatka weiss von einem anderen prägenden Erlebnis zu berichten: «Vor 27 Jahren wurde ich als Experte in einer «Kassensturz»-Sendung zum Thema Pensionskassen befragt und stand im Anschluss für Fragen zur Verfügung. Ich war schockiert über das Nichtwissen. Jemand hat gefragt, was mit dem «Festgeld», das vor einem Jahr in der Bilanz aufgeführt war, geschehen sei. Es habe doch gar kein Fest stattgefunden.»

Eine Erfahrung, die ihn veranlasst hat, den Verein für BVG-Auskünfte zu gründen. Seither erteilt dieser mit rund 160 Experten monatlich kostenlos Auskunft. Die Nachfrage sei gross, der Dienst werde von den Versicherten sehr geschätzt.

Pensionskassen sind stabiler geworden

Die PKs selbst hätten nach Hubatka erhebliche Fortschritte gemacht. «Die Stabilität der Schweizer Vorsorgeeinrichtungen hat sich in den letzten Jahren merklich verbessert.» Die gute Performance der Anlagen habe es vielen Kassen ermöglicht, die Altersguthaben der Versicherten weit über dem gesetzlichen Minimum zu verzinsen. So konnte die Altersvorsorge trotz stetig tieferen Umwandlungssätzen mehrheitlich erhalten bleiben, insbesondere dank niedriger Inflation. «In sehr guten Anlagejahren wie 2024 war es gut auf-

gestellten Pensionskassen möglich, eine freiwillige 13. Monatsrente auszuzahlen oder die Renten generell zu erhöhen.»

Doch es muss noch besser werden. Für den Gewerkschafter Aldo Ferrari sind die heutigen Renten im Verhältnis zum letzten Lohn zu tief. «Heute erhält ein Rentner – in Kombination aus AHV und BVG – nach 40 Beitragsjahren rund 4000 Franken pro Monat. Das entspricht etwa 60 Prozent eines Durchschnittslohns. Das ist nicht gerade ehrgeizig.» Besonders kritisch sei die Lage bei Frauen und Teilzeitbeschäftigten – dort falle die Rente noch deutlich tiefer aus.

Blick in die Zukunft der beruflichen Vorsorge

«Wir erleben derzeit eine Verschiebung der Lasten in Richtung Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen», sagt Aldo Ferrari. «Wir müssen das Vorsorgesystem aus einer Perspektive der Solidarität verteidigen.» Die Bundesverfassung bemesse die Stärke der Gesellschaft am Wohl ihrer schwächsten Glieder. Martin Hubatka widerspricht: «Die Quersubventionierung von Jung zu Alt muss gestoppt werden. Der gesetzliche Umwandlungssatz von 6,8 Prozent sollte deshalb gesenkt werden – politisch ist das derzeit jedoch unmöglich.»

Mit Bezug auf die Wächterrolle als Stiftungsrätin resümiert Tanja Bechtiger: «Die Erwartungen der Arbeitnehmer können sehr hoch sein. Es ist eine Gratwanderung zwischen der Schaffung von möglichst guten Bedingungen für die Mitarbeiter und der wirtschaftlichen Tragbarkeit für das Unternehmen.» Es gehe folglich darum, die Balance zwischen finanzieller Stabilität der Pensionskasse und der Absicherung der Rentenansprüche der Angestellten zu finden. «Was nützen den Mitarbeiter die besten Leistungen in der Pensionskasse, wenn das Unternehmen diese nicht mehr finanzieren kann.»

Ein Amt mit viel Einfluss

Stiftungsrätinnen und Stiftungsräte einer Pensionskasse nehmen eine ebenso wichtige wie faszinierende Aufgabe zur sozialpartnerschaftlichen Führung einer Pensionskasse wahr. Sie sind Mitglied des obersten Organs einer Vorsorgeeinrichtung und verantwortlich für die Gesamtleitung. Dies umfasst sowohl die strategische Führung der Vorsorgeeinrichtung als auch die Organisation und Überwachung (Art. 51a BVG). Dabei wahrt das Gremium gemäss einem Leitfaden des Sicherheitsfonds BVG die finanzielle Stabilität, indem es die reglementarischen Leistungsziele auf die verfügbaren Mittel abstimmt. Die Anlagestrategie und deren Umsetzung wird im Einklang mit der Risikofähigkeit der Vorsorgeeinrichtung festgelegt. Die Mitglieder entscheiden über die Verwendung von freien Mitteln und treffen im Fall einer Unterdeckung die notwendigen Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts. Ausserdem überwacht das Gremium die operative Durchführung der Vorsorge und der Vermögensanlage, wählt die Kontrollorgane zusammen mit dem Experten für die berufliche Vorsorge und ist für eine korrekte Information der Versicherten besorgt.

«Jemand hat gefragt, was mit dem «Festgeld», das vor einem Jahr in der Bilanz aufgeführt war, geschehen sei. Es habe doch gar kein Fest stattgefunden.»

Wie gut funktioniert d

Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard findet die Reserven der Pensionskassen überhöht. In einigen Punkten sind sich die beiden Protagonisten unserer Debatte mit Mariu.

2025 wird das BVG 40 Jahre alt. Was gibt es zu feiern?

Severin Moser: Dass es den Rentnerinnen und Rentnern in der Schweiz besser geht denn je. Keine Generation von Pensionierten erhielt je so viel Rente und Kapital wie die heutige. Unser Drei-Säulen-System der Altersvorsorge ist etwas, um das uns andere Länder beneiden. Und: Die Konstruktion der Finanzierung der zweiten Säule durch die Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden funktioniert. Die zweite Säule kommt ohne einen einzigen Steuerfranken aus. Das ist erfreulich.

Pierre-Yves Maillard: Dass die Arbeitnehmenden eine Rente aus der zweiten Säule erhalten, schätzen sie natürlich sehr. Aber ich sehe nicht viel Anlass zum Feiern und teile den Optimismus von Herrn Moser nicht. Heute erhalten Pensionierte bei gleichem Kapital ungefähr 20 Prozent weniger Rente als vor 20 Jahren. Stellte der Pensionskassenausweis vor 20 Jahren den Leuten noch in Aussicht, sie würden bei der Pensionierung 2800 Franken erhalten, bekommen sie jetzt tatsächlich kaum mehr als 2200 Franken. Das ist bedenklich, vor allem auch angesichts der Tatsache, dass die Lebenskosten stark gestiegen sind. Und dass die Erwartungen nicht erfüllt werden, untergräbt das Vertrauen in die zweite Säule.

Moser: Man darf den Leuten nicht suggerieren, dass ihnen etwas weggenommen wurde, denn das angesparte Alterskapital gehört ihnen. Sondern man muss klar sagen: Wir leben heute nach der Pensionierung im Durchschnitt fast zehn Jahre länger als damals, als das BVG eingeführt wurde. Das heisst, wir beziehen zehn Jahre länger eine Rente als früher. Das angesparte Geld muss also für längere Zeit reichen. Das reduziert natürlich die jährlichen Leistungen. Aber es ist ein grosser Wert, zu wissen, dass man eine sichere Rente bis zum Lebensende hat, selbst wenn sich die Lebenserwartung stetig erhöht.

Maillard: Ich möchte kurz auf wichtige Zahlen eingehen: 2023 zahlten die Arbeitgebenden rund 33 Milliarden Franken Lohnbeiträge in die zweite Säule ein, die Arbeitnehmenden etwa 23 Milliarden Franken. Am Kapitalmarkt erzielten die Pensionskassen eine Rendite von 54 Milliarden Franken. Insgesamt gab es also Einnahmen von mehr als 110 Milliarden Franken. Dem standen ausgezahlte Leistungen von unter 50 Milliarden Franken gegenüber. Man hat uns immer gesagt, es sei normal, dass die Einnahmen viel höher sind als die Leistungen, weil die Geschichte des Obligatoriums noch nicht so lang ist wie eine komplette Berufskarriere, viele Leute müssen Kapital aufbauen. Aber gerade mit dem 40-Jahr-Jubiläum des BVG sollte dieses Argument allmählich überholt sein. Die Pensionskassen zahlen zu geringe Leistungen.

Moser: In einem nicht umlagefinanzierten System können Sie doch nicht die eingezahlten Beiträge den ausgeschütteten Leistungen gegenüberstellen. Jene, die zwischen 20 und 65 Jahre alt sind, zahlen nur auf ihr eigenes Konto ein; und jene, die über 65 Jahre alt sind, beziehen Geld von ihrem eigenen Sparkonto – das ist das System der Pensionskassen. Es ist nicht wie bei der AHV mit ihrem Umlageverfahren, bei dem Geld eingezahlt und gleich wieder ausgeschüttet wird. In einer Situation, in der noch nicht alle Jahrgänge voll ausfinanziert sind, wird eben mehr angespart als bezogen. Hätten wir am Schluss nur noch Rentnerinnen und Rentner, gäbe es keine Einzahlungen mehr, sondern nur noch Auszahlungen.

Maillard: Diese Antwort höre ich immer. Aber die Schere zwischen Ein- und Auszahlungen vergrössert sich – und mir konnte noch niemand sagen, wie gross die Schere effektiv sein soll, damit das System im Gleichgewicht bleibt. Dieses verfügt über Reserven von fast

250 Milliarden Franken – es stellt sich die Frage, ob man dieses Geld nicht für bessere Leistungen verwenden könnte.

Per Gesetz werden Vorsorgeeinrichtungen von der gleichen Zahl von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden verwaltet. Sind sie ein Beispiel für eine geglückte Zusammenarbeit der Sozialpartner?

Moser: Ich war viele Jahre lang Stiftungsratspräsident der Personalstiftung in der Firma, in der ich arbeitete. Wir diskutierten zuweilen intensiv mit den Arbeitnehmendenvertretungen, in welche Richtung sich unsere Pensionskasse entwickeln soll – nicht nur in Bezug auf die Renten, sondern auch hinsichtlich der Bedürfnisse der Mitarbeitenden. Für uns war die Pensionskasse ein personalpolitisches Instrument, mit dem wir unsere Attraktivität als Arbeitgeberin erhöhen konnten. Ich fand die Gespräche mit den Arbeitnehmendenvertretungen immer sehr konstruktiv und produktiv. Konflikte, wie wir sie manchmal auf politischer Ebene austragen, erlebte ich nahezu nie – wir setzten uns zusammen und schauten, was möglich ist und was nicht.

Maillard: Die Sozialpartnerschaft in den paritätischen Gremien funktioniert gut, das bestätigen mir unsere Leute immer wieder. Die Parität scheint mir aber nicht mehr so wirksam zu sein, wie sie es einst war. Die Sicherheitsansprüche in der zweiten Säule sind enorm gestiegen und die Stiftungsräte der Vorsorgeeinrichtungen haften für Schäden, wenn

sie nicht alle Vorschriften der Experten befolgen. Das ganze System wird heute von der Angst eines Kollapses der Kapitalmärkte geprägt. Ich sass selber im Verwaltungsrat von Retraites Populaires, einer öffentlich-rechtlichen Vorsorgeanstalt in der Waadt. Gemäss den Experten ist der Deckungsgrad kaum einmal hoch genug und der technische Zinssatz fast nie tief genug. Weil man immer weniger Vertrauen in den sogenannten dritten Beitragszahler, den Kapitalmarkt, hat, senkt man den technischen Zinssatz und die Renten werden gekürzt, auch wenn die reale Rendite viel höher ist als erwartet. In den Stiftungsräten wagt man kaum mehr, über die Renten zu sprechen.

Im Mittel weisen die Vorsorgeeinrichtungen derzeit einen Deckungsgrad von 114,7 Prozent auf. Das heisst, ihr Vermögen liegt um 14,7 Prozentpunkte über den künftigen Verpflichtungen. Dreht der Wind an den Börsen, kann sich das aber sehr rasch ändern, wie ein Stresstest der Oberaufsicht gezeigt hat. Doch alle sind an stabilen Kassen interessiert. Wie gross sollen die Reserven denn sein?

Maillard: Ein System mit Kapitaldeckung birgt Risiken, und man kann es nicht vor sämtlichen Risiken des Kapitalmarkts schützen. Will man die volle Sicherheit, muss man sich fragen, ob ein Kapitaldeckungssystem überhaupt sinnvoll ist; in einem Umverteilungssystem gäbe es das Risiko, dass die Börsen die Renten schwächen, nicht. Wenn wir

wirklich wollen, dass jede Kasse für sich die vollen Risiken des Kapitalmarkts decken muss, braucht es unheimlich viel Kapital. Es wäre vielleicht vernünftiger, über eine kollektive Absicherung nachzudenken, dass zum Beispiel der Staat oder eine kollektive und solidäre Versicherung das höchste Risiko deckt.

Moser: Ein Deckungsgrad von 114,7 Prozent ist nicht schlecht. Die Pensionskassen haben ihr Geld ja nicht zu 100 Prozent in Aktien investiert; schwächeln die Finanzmärkte, sinkt der Deckungsgrad nicht in gleichem Mass. Zu einem kleineren Teil sind die Pensionskassen auch in Immobilien investiert, und in diesem Bereich haben wir seit Jahrzehnten keine massiven Einbrüche mehr erlebt. Der grösste Teil des Kapitals steckt in Obligationen. Will eine Pensionskasse die Kapitalrisiken nicht selber decken, kann sie sich gegen eine Prämie absichern, zum Beispiel bei einer Versicherung. Für die Absicherung braucht es den Staat also nicht. Es kann ja auch nicht sein, dass der Steuerzahler für Fehlentscheide eines Stiftungsrats aufkommen muss.

Maillard: Man hat aber in den Fällen der CS und der UBS gesehen, dass der Staat manchmal in einem völlig privaten Bereich intervenieren muss. Ich sage nicht, dass die Kassen keine Risiken absichern sollten. Es ist aber einfach zu teuer, wenn sie sich gegen grosse übergeordnete Katastrophen absichern müssen; zum Beispiel gegen das Risiko, dass der Aktienmarkt um 40 Prozent fällt



Severin Moser, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.

PD

«Es ist unsinnig, externe Faktoren wie die Lebenserwartung oder Kapitalrenditen in ein Gesetz zu schreiben.»

Zur Person

Severin Moser (62) ist Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Er studierte Betriebswirtschaft an der Universität St.Gallen und war später für die Versicherungskonzerne Winterthur (heute Axa Schweiz) und Allianz tätig. Aktuell ist er Verwaltungsrat der Swiss Life. In seiner Freizeit treibt er gerne Sport und engagiert sich für die Schweizer Leichtathletik.

oder der Immobilienmarkt massiv einbricht. Übernahme der Staat für solche Fälle Garantien, schüfe das Vertrauen; die Pensionskassen müssten nicht derart hohe Reserven bilden und sie könnten mehr Leistungen ausschütten. Man sollte offen darüber nachdenken. Ich verstehe nicht, warum sich die Arbeitgebenden keiner kritischen Diskussion über ein System stellen wollen, in das sie jedes Jahr über 30 Milliarden Franken Lohnbeiträge einzahlen. In den Sammelstiftungen ziehen sie sich aus der Risikotragung. Leidtragende sind die Arbeitnehmenden.

Moser: Eine Pensionskasse ist letztlich nichts anderes als eine Versicherungsinstitution, die in der zweiten Säule aktiv ist. Sie muss dafür sorgen, dass auch in schlechten Zeiten genügend Mittel vorhanden sind, damit sie zu jedem Zeitpunkt ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Wenn Sie unterstützen, dass solche von Ihnen genannten Höchst Risiken staatlich abgedeckt werden, wäre die logische Konsequenz, dass auch grosse private Versicherungsunternehmen im Katastrophenfall vom Staat gerettet werden müssten. Diesen Gesellschaften wird aber vorgeschrieben, dass sie genügend Reserven bilden – genau wie den Pensionskassen auch. Ich glaube, es wäre keine gute Idee, den Staat in eine Auffangpflicht zu nehmen. Sonst müsste er ja immer für alle Wirtschaftsindividuen die letzte Rettung sein, wenn es um grosse Krisen geht, und das kann nicht seine Aufgabe sein.

Maillard: Es ist so schwierig geworden, über dieses System vernünftig zu sprechen! Man muss über die Risikoversicherung nachdenken. Ich kenne die beste Lösung auch nicht, aber eine Diskussion muss möglich sein. Was brauchen die Leute? Sie müssen die Gewissheit haben, dass das, was auf dem Pensionskassenausweis steht, dann auch tatsächlich das ist, was sie bekommen. Wir müssen es einfach besser machen.

Als das BVG 1985 in Kraft trat, lebten Menschen nach der Pensionierung im Durchschnitt noch etwa 15 Jahre. Wurden ihnen pro Jahr rund 7 Prozent ihres angesparten Kapitals als Rente ausbezahlt, reichte das bis zum Lebensende. Heute werden die Menschen deutlich älter, das Geld muss viel länger reichen. Aber der sogenannte Umwandlungssatz liegt im Obligatorium noch immer fast dort, wo er ursprünglich war – bei jetzt 6,8 Prozent. Mathematisch gesehen, ist er zu hoch. Aber ist die Diskussion um den Umwandlungssatz mittlerweile nicht eher ein Schattenboxen? Für die wenigsten Versicherten gilt heute noch effektiv ein Umwandlungssatz von 6,8 Prozent – beim umhüllenden Umwandlungssatz, der für Obligatorium und Überobligatorium angewendet wird, ist der Umwandlungssatz stets tiefer.

Moser: Am Beispiel des Umwandlungssatzes zeigt sich sehr schön, dass es unsinnig ist, externe Faktoren wie die Lebenserwartung oder Kapitalrenditen in ein Gesetz zu schreiben. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, den Sonnenuntergang im Gesetz zu verankern. Dieser findet halt einfach statt, ob man das gut findet oder nicht. Und so ist es auch mit der Lebenserwartung: Sie lässt sich

Die Sozialpartnerschaft?

nt – für Arbeitgeberpräsident Severin Moser ist hingegen der Umwandlungssatz zu hoch. s Leutenegger zur Zukunft des paritätisch organisierten BVG aber durchaus einig.

Zur Person

Pierre-Yves Maillard (57) ist Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und SP-Ständerat des Kantons Waadt. Er studierte Philosophie, französische Romanistik und Geschichtswissenschaft an der Universität Lausanne. Er war von 1999 bis 2004 Nationalrat, von 2004 bis 2019 Staatsrat, von 2019 bis 2023 erneut Nationalrat, seither sitzt er im Ständerat.

nicht festsetzen und darf daher nicht der politischen Diskussion ausgesetzt werden. Man muss den richtigen Umwandlungssatz nach mathematischen Kriterien berechnen.

Maillard: Das ist genau der Punkt: Man will alles immer nur aufgrund technischer Berechnungen festlegen. Aber das BVG ist ein Obligatorium, die Leute müssen sich versichern, sie müssen einzahlen und haben Erwartungen bezüglich ihrer Lebensqualität nach der Pension. Da geht es um demokratische Diskussionen. Seit wann zwingen wir die Leute, einzahlen, ohne ihnen etwas gesetzlich zu garantieren im Gegenzug?

Moser: Wovon ist der Umwandlungssatz in der Realität denn abhängig?

Maillard: Wesentlich von den Erwartungen an die Kapitalerträge. Ob wir annehmen, dass die 1200 Milliarden Franken, über welche die Pensionskassen heute verfügen, 1 Prozent Rendite abwerfen oder ob wir von 2 Prozent ausgehen, führt zu einem Unterschied von 12 Milliarden Franken. Dieses Geld kann man nutzen, um die Renten zu verbessern. Ich staune oft, wie wenig die Leute, die unser Pensionskassensystem prägen, von den Kapitalmärkten langfristig erwarten.

Moser: Der Umwandlungssatz ist abhängig von der Lebenserwartung und den erwarteten Kapitalerträgen. Wenn die Leute zehn Jahre länger leben und sie zehn Jahre länger Rente beziehen, können die Renten bei gleichem Kapital nicht gleich hoch sein. Schauen Sie nur, welche Kassen über Reserven verfügen. Es sind jene, die in weiser Voraussicht den Umwandlungssatz gesenkt haben. Jene, die einen Umwandlungssatz von 6,8 Prozent anwenden müssen, weil sie zum Beispiel nur im Obligatorium tätig sind, benötigen die ganzen Renditen, um die überhöhten Renten zu finanzieren. Sie können auch auf der Anlageseite keine vernünftige renditeorientierte Strategie verfolgen. Da sie keine Risikofähigkeit haben, müssen sie sehr konservativ anlegen und erzielen tiefere Erträge.

Maillard: Die Frage ist, müssen wir obligatorische Beiträge bezahlen, damit die Kassen Reserven bilden oder damit wir Renten beziehen können? Man kann natürlich sagen, alles ist perfekt. Aber warum befürchten so viele Leute, die in Pension gehen – auch im Mittelstand –, dass sie ihr Leben nicht finanzieren können? Das ist die Realität. Die muss man sehen und analysieren, um vernünftige Lösungen zu realisieren.

Moser: Wir können den Umwandlungssatz auch auf 20 Prozent erhöhen, kein Problem. Dann bekommen ein paar Rentnerinnen und Rentner noch Geld, bis die Kassen ausgeblutet sind – und dann kriegen alle anderen gar nichts mehr. Je weiter weg von der Realität der Umwandlungssatz ist, desto mehr leiden jene, die noch in die Pensionskasse einzahlen: die Jungen. Das sind ja auch Leute in den Gewerkschaften.

Maillard: Das ist reine Polemik, ich habe nie von einem Umwandlungssatz von 20 Prozent gesprochen. Ich sage nur: Jemand, dem auf dem Pensionskassenausweis 2400 Franken monatlich in Aussicht gestellt wurden, erhält jetzt trotz der ganzen demografischen Hoch-

rechnung nur 2000 Franken. Wie will man so Vertrauen schaffen? Die Leute werden einfach immer öfter das Kapital und immer seltener eine Rente beziehen, weil sie den Pensionskassen nicht mehr vertrauen. Und dann kommen wieder die Fachleute und sagen, das ist nicht gut so, weil die Leute dann mit 75 Jahren Ergänzungsleistungen benötigen. Es gibt grosse Probleme, die man ohne Polemik diskutieren sollte.

Der zu hohe Umwandlungssatz führt dazu, dass die Pensionskassen einen Teil der Überschüsse dafür verwenden müssen, die Renten zu finanzieren – und dieser Teil kann nicht den aktiven Versicherten auf ihrem Sparkonto gutgeschrieben werden. Es kommt also zu einer Umverteilung von Jung zu Alt, und zwar von mehreren Milliarden Franken im Jahr. Kann man von einem Rentenklaue zuungunsten der Aktiven in der zweiten Säule sprechen?

Moser: Jeder spart in der zweiten Säule für sich, daher sollte es diese Umverteilung nicht geben. Ist der Umwandlungssatz versicherungsmathematisch richtig festgelegt, findet auch keine Umverteilung statt, dann können die Kapitalerträge zur Leistungsverbesserung oder Beitragssenkung verwendet werden.

Maillard: Jeder spart für sich? Wäre diese Logik absolut, dann bräuchte man auch keine Versicherung. Man bräuchte nur ein Sparkonto und hätte am Ende sein Geld. Punkt. Aber in einem sozialen Versicherungssystem gibt es nun einmal

gewisse Schwankungen und eine gewisse Dynamik. Höre ich die Debatte um die Umverteilung von Jung zu Alt, habe ich manchmal den Eindruck, es gebe in der Gesellschaft nur Junge, die immer jung bleiben, und Ältere, die immer alt waren. Die Obergrenze weist übrigens seit drei Jahren darauf hin, dass die Rentner in der zweiten Säule im Moment für die Jungen bezahlen.

Moser: Das Konzept der zweiten Säule ist, dass jeder für sich selber spart, unterstützt durch die Arbeitgebenden. Wir haben in der ersten Säule ein System mit einem Umlageverfahren, ein Kapitaldeckungsverfahren in der zweiten Säule, in der grundsätzlich keine Umverteilung stattfinden soll, und eine dritte Säule, in der jeder für sich individuell sparen kann. Jegliche Umverteilung in der zweiten Säule ist systemfremd. Sie gehört nicht dahin – und hätten wir überall die richtigen Umwandlungssätze, gäbe es keine Umverteilung.

Heute bestimmen die Arbeitgebenden, wo ihre Angestellten gemäss BVG versichert sind. Wäre es nicht fairer, die Arbeitnehmenden könnten selber bestimmen, wo ihr Alterskapital – meist ihr grösster Sparbatzen überhaupt – verwaltet wird? Dann würden jene Kassen berücksichtigt, die gut wirtschaften und hohe Umwandlungssätze verwenden.

Moser: Bei der Pensionskasse, bei der ich Stiftungsrat war, finanzierte die Arbeitgeberin die Risikoleistungen vollumfänglich – das führte dazu, dass

das Unternehmen rund 70 Prozent aller Beiträge trug. Viele Arbeitgebende gehen weit über das gesetzliche Minimum hinaus. Könnten die Pensionskassen kein personalpolitisches Instrument mehr sein, das eine Anstellung attraktiv macht, würden sich die Arbeitgebenden aufs Minimum beschränken und weit weniger attraktive Pensionskassenleistungen anbieten.

Maillard: Eine freie Wahl der Pensionskasse würde nur das Risiko für die einzelnen Kassen erhöhen und zu noch höheren Reservebedürfnissen führen. Wegen des Risikos, dass sie die guten Risiken verlieren, müssen die einzelnen Kassen noch mehr Reserven anhäufen. Und ich glaube auch, dass die Arbeitgebenden viel in die zweiten Säule investiert haben, weil das im Wettbewerb um Arbeitskräfte ein Vorteil für sie war. Jetzt höre ich allerdings immer seltener kritische Voten seitens der Arbeitgebenden. Ich behaupte, das hat damit zu tun, dass es seit Jahrzehnten gewisse Branchen gibt, die viel Geld mit dem System machen: Privatversicherer und Vermögensverwalter, die in der Vorsorge tätig sind, verdienen Milliarden – in einem sozialen System! Möglich macht dies unter anderem die sogenannte Legal Quote, die den Unternehmen erlaubt, einen Teil der erwirtschafteten Einnahmen abzuschöpfen.

Moser: Man muss die Verhältnisse sehen. Die meisten Pensionskassen sind eigene Stiftungen, die nichts mit einem Versicherungsunternehmen zu tun haben. Die

ganze öffentliche Hand hat eigene Pensionskassen, auch die grösseren Firmen verfügen über autonome Kassen. Dann gibt es ganz viele Sammelstiftungen von Verbänden und so weiter. Die grösste Privatversicherung hierzulande, die Axa, hat erst noch vom System der Vollversicherung, in dem die Legal Quote spielt, zur teilautonomen Lösung gewechselt. Das Argument, die Privatassekuranz würde das System viel Geld kosten, höre ich immer wieder, aber es stimmt einfach nicht.

Maillard: Fakt ist, dass die Lebensversicherer über die Rückversicherungen übrigens auch Rendite aus dem System ziehen – und dass das Gesetz der Legal Quote dies auch erlaubt. Hinzu kommen die Gewinne der Banken bei der Verwaltung des Kapitals. Je niedriger die Leistungen sind, desto grösser sind die Möglichkeiten, Rendite zu machen.

Moser: Bei der Vollversicherung muss der Versicherer Eigenkapital stellen, das ist geregelt durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht, und dieses Eigenkapital muss selbstverständlich verzinst werden. Es findet nichts statt, was Sie so gern als Rentenklau bezeichnen. Das ist rein populistisch.

Maillard: Sie wollen mir doch nicht weismachen, die grossen Versicherungsgesellschaften engagierten sich in diesem Geschäft einfach so? Natürlich machen sie damit Milliardengewinne, das ist doch keine Frage, sondern wird im jährlichen Bericht der Finma ausgewiesen.

Moser: Wichtig ist letztlich, was die Versicherten als Nettorendite erhalten. Und diese ist in der zweiten Säule deutlich höher als in der ersten Säule – seit Jahrzehnten.

Es gibt fast 1400 Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz. Sind das nicht viel zu viele? Durch Zusammenschlüsse könnten die Verwaltungskosten gesenkt werden...

Maillard: Es gibt sehr kleine Pensionskassen, die sehr gut organisiert sind. Ich würde keine bürokratischen Hürden aufbauen, indem man sagt: Ist die Kasse zu klein, muss sie weg. Aber die Risikoabsicherung kostet eben viel mehr, wenn sie in jeder einzelnen Organisation vorhanden sein muss.

Moser: Ich masse mir kein Urteil über die richtige Zahl der Pensionskassen an. Es ist der Entscheid jeder Vorsorgeeinrichtung, ob sie selbständig bleiben will. Der Stiftungsrat als oberstes Organ einer Vorsorgeeinrichtung muss entscheiden, was langfristig die beste Lösung ist.

Zum Schluss: Pensionskassen verwalten heute rund 1200 Milliarden Franken. Sie sind damit deutlich reicher als die Schweizerische Nationalbank. Geht von dieser Vermögenskonzentration eine Gefahr aus?

Moser: Nein. Das Geld gehört den Arbeitnehmenden, und wie das Geld angelegt wird, legen die paritätischen Kommissionen fest. Klar, es handelt sich hier um eine sehr grosse Summe, aber dieses Kapital erzeugt Erträge, die künftige Rentner und Rentnerinnen besserstellen.

Maillard: Ich finde es schade, dass das riesige Vermögen der Pensionskassen zu wenig in der Schweiz investiert wird. Wollen wir zum Beispiel unser Hochspannungsnetz ausbauen, wäre es gut, die Pensionskassen würden dafür einen Teil ihres Kapitals einsetzen. Das würde ihnen eine sichere Rendite verschaffen – und das Kapital wäre zum Nutzen der Schweiz investiert.

Moser: Die Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge macht klare Anlagevorschriften für Pensionskassen. Man könnte sich sicherlich darüber unterhalten, ob es nicht sinnvoll wäre, dass mehr in Infrastrukturen investiert werden kann. Was die Pensionskassen in erster Linie brauchen, ist ein vernünftiges Renditeniveau, das langfristig gesichert ist.

Interview: Marius Leutenegger



Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

PD

«Seit wann zwingen wir die Leute einzuzahlen, ohne ihnen etwas gesetzlich zu garantieren im Gegenzug?»

«Die berufliche Vorsorge insbesondere bei unseren

Im Gegensatz zur ersten Säule hat die zweite Säule kein Finanzierungsproblem. Gleich und Lebensformen anpassen sowie einfacher und individueller werden – die Quintessenz

1

Warum sollte ich mich als junger Mensch Jahrzehnte vor meiner Pensionierung für die berufliche Vorsorge interessieren?

Roger Baumann: Weil die berufliche Vorsorge ein wesentlicher Lohnbestandteil ist und bei immer mehr Pensionskassen auch Wahlmöglichkeiten in jungen Jahren bestehen.

Christine Egerszegi-Obrist: Die zweite Säule ist dein Sparstrumpf, damit du deine gewohnte Lebensweise später weiterführen kannst. Dein Arbeitgeber verdoppelt dir deinen Beitrag jeden Monat. Dieses Konto kannst du auch nutzen für den Kauf von Wohneigentum oder den Einstieg in eine selbständige Erwerbsarbeit.

Nico Fröhli: Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand: Die eigene berufliche Vorsorgeplanung ist essenziell, weil es sich um den längsten Sparprozess im Leben handelt. Jeder Stellenwechsel hat Einfluss auf das verfügbare Einkommen bei meiner Pensionierung. Die Frage ist vielmehr, wie wir dies jungen Menschen praktisch näherbringen können und nicht erst als 50-Jähriger ein negatives Aha-Erlebnis folgt.

Michael Krähenbühl: Weil dein Zukunfts-Ich dir sonst irgendwann in der AHV-Schlange mit verschränkten Armen gegenübersteht und fragt: «Sag mal, hast du eigentlich gar nix zurückgelegt, du Genie?» Die berufliche Vorsorge ist quasi der Fitnessplan für deine finanzielle Altersmuskulatur. Je früher du anfängst, desto weniger musst du später schnaufen.

Laetitia Raboud: Die berufliche Vorsorge basiert auf einem langfristig angelegten Sparmodell – je früher eingezahlt wird, desto grösser ist der Effekt des Zinseszinses. Zudem dient die zweite Säule nicht nur der finanziellen Sicherheit im Alter: Auch bei Invalidität oder im Todesfall erbringt sie wichtige Leistungen für die versicherte Person und deren Angehörige.

Martin Roth: Meine Pensionskasse bildet nicht nur ein finanzielles Rückgrat im Alter, sondern bietet schon während meiner Erwerbstätigkeit wichtige individuelle Unterstützung bei Schicksalsschlägen wie Invalidität oder Todesfall sowie bei der Finanzierung von Wohneigentum. Zudem sind die Leistungen der Pensionskassen neben dem Lohn ein Teil der Gesamtvergütung, die nicht zuletzt bei einem Stellenantritt genau analysiert werden sollte.

Yvonne Seiler Zimmermann: Junge Personen verfügen über einen langen Anlagehorizont und können insbesondere vom Zinseszineffekt profitieren – unabhängig von der konkreten Anlagestrategie. Gleichzeitig ist das Erwerbsleben zunehmend von Unsicherheiten geprägt: Bereits heute sind häufige Stellenwechsel, Teilzeitarbeit, Erwerbsunterbrüche und geplante Auszeiten weit verbreitet. Diese Entwicklungen erhöhen das Risiko von Vorsorgelücken. Ein erhöhtes Vorsorgeverständnis ermöglicht es, solche Lücken frühzeitig zu erkennen und gezielt zu schliessen.

Diego Taboada: Die Pensionierung liegt für junge Menschen in weiter Ferne – und doch ist es der ideale Zeitpunkt, sich damit auseinanderzusetzen. Die berufliche Vorsorge basiert stark auf individueller Verantwortung. Entscheidungen während des Erwerbslebens beeinflussen direkt die spätere Rente. Es geht auch darum, wie und wie viel man während des Erwerbslebens einzahlt.

2

Am 22. September 2024 hat das Schweizer Stimmvolk die BVG-Reform abgelehnt. Wie geht es Ihrer Meinung nach nun sinnvollerweise weiter?

Roger Baumann: Vorerst wird da nichts mehr passieren. Das gesetzliche Obligatorium hat kaum mehr eine Bedeutung in der Praxis, fast alle Arbeitgeber versichern ihre Mitarbeitenden deutlich besser. Es gibt deshalb wenig Druck.

Christine Egerszegi-Obrist: In der zweiten Säule haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleiche Pflichten und Verantwortung. Eine Revision gelingt nur mit den Arbeitnehmern. Eine rein bürgerliche Zustimmung reicht zwar im Parlament, aber nicht bei der Stimmbevölkerung. Einseitige Projekte sind alle gescheitert. Jetzt müsste eine gemeinsame Lösung erarbeitet werden, sonst bleibt eine Revision bei homöopathischen Dosen.

Nico Fröhli: Die berufliche Vorsorge ist paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Deshalb sollen diese Parteien auch Lösungen entwickeln. Die Politik sollte möglichst auf eine Einmischung verzichten. Dabei stelle ich auch die verschiedenen Vorsorgemodelle – obligatorisch, überobligatorisch und umhüllend – infrage. Diese sorgen für eine Verwässerung von gesetzlich garantierten Leistungen, die verboten sein sollte.

Michael Krähenbühl: Na ja, wie bei einem Raclette-Abend ohne Strom: Man muss kreativ werden. Jetzt heisst es: Neue Zutaten finden, alle an einen Tisch holen – inklusive der Veganer, Gewerkschaften und Wirtschaftsvertreter –, und das Ganze nochmals aufwärmen. Doch diesmal hoffentlich besser gewürzt und mit einem klareren Rezept.

Laetitia Raboud: Der Stau muss endlich aufgehoben werden. Eine neue Reform sollte nachhaltig sein, den veränderten Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht werden und einen fairen Interessenausgleich anstreben. Zudem sind strukturelle Anpassungen notwendig, um die Herausforderungen der sich wandelnden Vorsorgelandschaft wirksam zu bewältigen.

Martin Roth: Eine grössere BVG-Reform ist in weite Ferne gerückt und erhält kaum politischen Rückhalt. Die Pensionskassen werden in den nächsten Jahren deshalb sinnvolle kleinere Anpassungen durchführen.

Yvonne Seiler Zimmermann: Die bestehenden Herausforderungen des BVG im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die Finanzierung der Leistungen werden sich weiter verstärken. Vorsorgeeinrichtungen, die Löhne über dem BVG-Obligatorium versichern, haben bereits reagiert, etwa durch die Senkung des Umwandlungssatzes und die Ausweitung des versicherten Lohns unter das gesetzliche Minimum. Es ist offensichtlich, dass die garantierten Leistungen im obligatorischen Bereich nur durch Quersubventionierungen – also durch systemfremde Umverteilungen – finanzierbar sind. Eine konsequente Folge wird sein, dass reine BVG-Vorsorgepläne verschwinden, da sie keine Umverteilung zulassen. Ohne Reform dürfte sich diese systematische Umverteilung verstärken.

Diego Taboada: Der gesetzliche Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent ist nach wie vor zu hoch. Doch drei gescheiterte Volksabstimmungen zeigen, dass eine Senkung politisch kaum machbar ist. Das ist zum Glück nicht so dramatisch: 91 Prozent der Pensionskassen wenden bereits tiefere Sätze für überobligatorische Leistungen an und machen eine Mischrechnung. Das System wird sich schrittweise und ohne politische Reform weiterentwickeln.



Roger Baumann (50)
Partner des Vorsorgeberatungsunternehmens c-alm AG



Christine Egerszegi-Obrist (77)
Präsidentin der Eidgenössischen BVG-Kommission und Alt-Ständerätin



Nico Fröhli (30)
Branchenleiter und Verantwortlicher junge Arbeitnehmende der Syna



Michael Krähenbühl (50)
Geschäftsführer der Proparis Vorsorge Gewerbe Schweiz

3

Welche Alternativen gibt es zur Modernisierung der beruflichen Vorsorge, um die zweite Säule für die Zukunft tragfähig zu machen?

Roger Baumann: Die zweite Säule ist sehr wohl tragfähig! Die Pensionskassen sind gut aufgestellt, sie haben grossmehrheitlich ihre Hausaufgaben gemacht. Selbst im gesetzlichen Obligatorium ist die Tragfähigkeit nicht das Problem, da jede Pensionskasse Zusatzbeiträge erheben kann. Es ist also nicht eine Frage der Tragfähigkeit für die Pensionskassen, sondern der Fairness im gesetzlichen Obligatorium.

Christine Egerszegi-Obrist: Das BVG legt nur Mindestanforderungen fest. Die Verantwortlichen passen ihre Vorsorgeeinrichtung selber an die finanziellen Rahmenbedingungen, an die Langlebigkeit der Versicherten und an die gesellschaftlichen Entwicklungen an. Dabei werden sie eng von der Aufsicht und den PK-Experten begleitet.

Nico Fröhli: Das aktuelle Rahmengesetz ist veraltet – da sind sich alle einig. Entsprechend muss das BVG reformiert werden. Dabei sind aber neben den längeren Lebenserwartungen auch die veränderten Lebensführungen besser zu beachten. Ich spreche hier zum Beispiel von Teilzeitarbeit, mehreren Arbeitgebern etc. Zudem muss der Sparprozess so gestaltet werden, dass ein überobliga-

torisches Sparen für den Destinatär sich auch tatsächlich positiv auswirkt.

Michael Krähenbühl: Man könnte die Eintrittshürden senken, Solidarität stärken oder... einfach Elon Musk bitten, eine Blockchain-Pensionskasse auf dem Mars zu gründen. Aber realistischer: flexible Beitragssysteme, die sich mit dem Salär entwickeln und nicht nur mit dem Alter, bessere Absicherung von Teilzeitarbeit oder ganz einfach den AHV-Lohn als Grundlage nehmen. Eine andere Lösung wäre, die Mehrheit der BVG-Vorschriften zu streichen und den Anbietern wie auch den Versicherten echte Wahlfreiheit zu lassen. Kein BVG-Mindestzins, BVG-Mindestumwandlungssatz etc. – Lichtenstein macht es vor!

Laetitia Raboud: Das BVG ist ein Rahmengesetz. Solange eine Reform ausbleibt, ist die Eigenverantwortung der Vorsorgeeinrichtungen gefordert. Sie müssen die gesetzlichen Vorgaben mit der Realität abgleichen und eigene Lösungen finden, um die Schwachstellen des Obligatoriums zu beheben. Diese Autonomie haben jedoch nur Kassen, die auch im überobligatorischen Bereich tätig sind und über den nötigen Spielraum verfügen. Zum Glück ist das die grosse Mehrheit der Kassen.

Martin Roth: Ein grosser Teil der aktuellen Herausforderungen, die sich aus

dem Tiefzinsumfeld und der steigenden Lebenserwartungen ergeben, werden im Überobligatorium gelöst werden. Spielräume für eigenständige Weiterentwicklungen haben die Pensionskassen darüber hinaus unter anderem bei der Digitalisierung der zweiten Säule, konsolidierten Datengrundlagen für die zweite Säule und der besseren Versicherung von Teilzeitbeschäftigten.

Yvonne Seiler Zimmermann: Wie bereits erwähnt, können Vorsorgeeinrichtungen überhöhte BVG-Leistungen durch Umverteilung aus dem Überobligatorium finanzieren, solange sie das gesetzliche Minimum erfüllen. Diese Möglichkeiten werden allerdings begrenzt sein. Es ist deshalb wichtig, dass die Destinatäre vermehrt Eigenverantwortung übernehmen und sich aktiv um ihre eigene Vorsorge kümmern.

Diego Taboada: Die Alternative besteht darin, den Kassen mehr Handlungsspielraum zuzugestehen. Die dezentrale Struktur des Systems ist eine Stärke, denn sie erlaubt eine flexible Anpassung an neue Realitäten – etwa an die gestiegene Lebenserwartung – ohne politische Umwege. Viele Kassen haben bereits den Umwandlungssatz gesenkt, was zur Abschaffung der Quersubventionierung zwischen Erwerbstätigen und Rentnern beigetragen hat.

muss attraktiver werden, jüngeren Generationen»

wohl braucht das System ein Update: Das BVG sollte sich an zeitgemässe Arbeits- der grossen Umfrage von Norman Bandi bei acht Fachleuten.



Laetitia Raboud (40)
Direktorin der Oberaufsichtskommission
Berufliche Vorsorge (OAK BV)



Martin Roth (52)
CEO der Manor-PK und Präsident des Schweizerischen
Pensionskassenverbands ASIP



Yvonne Seiler Zimmermann (49)
Professorin am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ)
der Hochschule Luzern (HSLU)



Diego Taboada (29)
Direktor für die Romandie (ad interim)
bei Avenir Suisse

4

Welche Herausforderungen müssen kurz- und mittelfristig gelöst werden?

Roger Baumann: Ich würde kurzfristig bei der Kommunikation ansetzen. Das Wissen über die berufliche Vorsorge ist zu dünn. Deshalb mehr Kommunikation zu den Versicherten und eine elementare Ausbildung an den Schulen.

Christine Egerszegi-Obrist: 90 Prozent der Vorsorgeeinrichtungen haben ihren Umwandlungssatz bereits gesenkt. Für die BVG-nahen Kassen sollte man eine eigene Lösung finden. Die Digitalisierung verbessert den Datenaustausch und erlaubt den Versicherten den Zugriff auf ihre Vorsorgedaten. Dazu braucht es staatliche Koordinationsleistungen für festgelegte Technologiestandards und Sicherheitsanforderungen. Für die 56 zweckgebundenen, nicht abgeholten Freizügigkeitsmilliarden, die von Banken, Versicherungen und der Auffangeinrichtung verwaltet werden, muss eine Lösung gefunden werden.

Nico Fröhli: Die berufliche Vorsorge muss attraktiver werden, insbesondere bei den jüngeren Generationen. Dabei gilt es, die Veränderungen in der Bevölkerung angemessen abzubilden und die finanzielle Stabilität der Kassen zu gewährleisten.

Michael Krähenbühl: Kurzfristig: Wie machen wir das System für Tieflohn-

und Teilzeitangestellte gerechter, vor allem für Frauen? Mittelfristig: Wie verhindern wir, dass Babyboomer den Pensionskassenbestand in Schockstarre versetzen? Es ist wie ein Tanz, nur dass wir nicht wollen, dass jemand auf der Tanzfläche umfällt, weil die Musik – also das Geld – ausgeht.

Laetitia Raboud: Im Obligatorium müssen die technischen Parameter im Hinblick auf die langfristige Finanzstabilität festgelegt werden. Neue Strukturen wie Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen bringen zusätzliche Herausforderungen mit sich, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Phänomene wie Wettbewerb oder Interessenkonflikte können in bestimmten Fällen sowohl die finanzielle Stabilität der Vorsorgeeinrichtungen als auch die Interessen der Versicherten gefährden.

Martin Roth: Wie in den vergangenen Jahren werden auch künftig die steigende Lebenserwartung und die Alterung der Gesellschaft, kombiniert mit tiefen Zinsen am Kapitalmarkt, die grössten Herausforderungen für das Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule bleiben.

Yvonne Seiler Zimmermann: Eine nachhaltige Finanzierung steht im Vordergrund. Dazu muss sich das Versorgungssystem an die Bedürfnisse und Anfor-

derungen der Gesellschaft anpassen. Es geht immer noch von veralteten Familien- und Arbeitsmodellen aus.

Diego Taboada: Die grösste Herausforderung liegt in der Wahrnehmung. Die berufliche Vorsorge gilt oft als schwer verständlich und undurchsichtig, dabei ist sie sehr transparent. Sie macht die Folgen individueller (Karriere), institutioneller (technische Parameter) und politischer Entscheidungen (Rentenalter) sichtbar. Alle wichtigen Informationen stehen im jährlichen Pensionskassenausweis. Eine solche Transparenz schützt vor politischen Versprechungen, die künftige Generationen finanziell belasten würden.

5

Wie kann die Finanzierung der zweiten Säule langfristig gesichert werden?

Roger Baumann: Die Finanzierung ist grundsätzlich kein Problem, denn die Erträge sind dank ausgewogenen Anlagestrategien langfristig gut. Allerdings führen negative Realzinsen tendenziell zu einem realen Rentenabbau. In Zeiten von negativen Realzinsen leistet die zweite Säule weniger als die AHV. Während 35 Jahren war es umgekehrt. Das ist aber nicht ein Problem der Finanzierung der Pensionskasse, sondern ein Nachteil für die Versicherten aus realer Sicht.

Christine Egerszegi-Obrist: Sie ist robust. Grosse Herausforderungen wie die Finanzkrise im Jahr 2007 führten jeweils zu erheblichen Verlusten. Dank vorgeschriebenen Reserven und Mindestdeckungsgraden haben sich die Pensionskassen immer erstaunlich gut erholt.

Nico Fröhli: Offenkundig gehört zur Sicherung der Finanzierung eine Anpassung des Umwandlungssatzes. Ich persönlich sehe aber auch ein grosses Potenzial für Optimierungen in der Pensionskassenlandschaft. Die Vermögensverwaltungskosten sind teilweise exorbitant hoch. Hier hat die Branche sicher noch viel Arbeit vor sich. Weitere Themen sind Brokergebühren oder Synergienutzung.

Michael Krähenbühl: Indem wir realistisch anlegen – nicht alles in Franken unterm Kopfkissen –, Beiträge moderat anpassen und das kollektive Prinzip wiederentdecken. Und vielleicht, ganz vielleicht, könnte man auch aufhören, jedes Mal «Nein» zu rufen, wenn jemand versucht, das System zu modernisieren: Die berufliche Vorsorge ist kein Kompensationsgeschäft!

Laetitia Raboud: Die zweite Säule hat kein Finanzierungsproblem – im Gegensatz zur ersten Säule. Die allermeisten Vorsorgeeinrichtungen definieren ihre Leistungen umsichtig, wählen eine ihrer Risikofähigkeit entsprechende Anlagestrategie und bilden ausreichende Reserven.

Martin Roth: Die Sparbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleiben die wichtigste Finanzierungsquelle. Der Kapitalmarkt als dritter Beitragszahler sollte es längerfristig weiterhin ermöglichen, die Sparkapitalien der Versicherten angemessen zu verzinsen.

Yvonne Seiler Zimmermann: Die Stärke eines kapitalgedeckten Systems liegt im langfristigen Aufbau eines realen Kapitalstocks, der naturgemäss risikobehaftet ist. Im heutigen System werden jedoch fixe Leistungen garantiert. Solche sicheren Renten lassen sich in einem kapitalgedeckten Versorgungssystem nicht erwirtschaften. Variable Rentenmodelle sind deshalb unumgänglich, will man Umverteilungseffekte zwischen Generationen und Einkommensklassen vermeiden. Nötig ist folglich eine Abkehr von kapitalmarktfremden Mindestvorgaben. Aus ökonomischer Sicht sollte ein Versorgungssystem strikt zwischen sozialpolitischen Zielsetzungen wie der Sicherung des Existenzminimums und der Vermögensbildung unterscheiden.

Diego Taboada: Ein höheres Rentenalter würde helfen, mehr Altersguthaben anzusparen, vom Zinseszinsseffekt zu profitieren und die Rentendauer zu verkürzen. Das ist ein fairer Weg, um die Renten zu sichern, ohne künftige Generationen zu belasten. Der Umwandlungssatz sollte zudem nicht gesetzlich festgelegt, sondern nach versicherungsmathematischen Kriterien bestimmt werden.

6

Welche Rolle spielen die steigende Lebenserwartung sowie das immer stärker wachsende Bedürfnis nach flexibleren Arbeitsmodellen?

Roger Baumann: Die steigende Lebenserwartung ist seit 100 Jahren in einem ziemlich robusten Trend und somit nicht überraschend und deshalb grundsätzlich kein Problem. Dass aber bei steigender Rentenbezugsdauer die Höhe der Rente tiefer wird, sollte allen klar sein. Für gleiche Renten muss das Rentenalter mit der Lebenserwartung ansteigen oder es muss früher gespart werden. Flexible Arbeitsmodelle werden schon heute weitgehend von den Pensionskassen abgebildet. Solche Modelle sind in einem Kapitaldeckungssystem kein Problem.

Christine Egerszegi-Obrist: Sie verlangen die Äufnung von Reserven und weitere Anpassungen der Reglemente.

Nico Fröhli: Beides hat einen grossen Einfluss, sowohl auf die berufliche Vorsorge in ihrer Gesamtheit als auch auf die persönliche Vorsorgesituation eines jeden Einzelnen. Deshalb ist eine Modernisierung des BVG angezeigt, diese muss aber zwingend ausgewogen erfolgen. Die gescheiterte Reform letztes Jahr muss nun endlich eine entsprechende Signalwirkung entfalten.

Michael Krähenbühl: Eine grosse! Die Menschen leben länger – schön für sie, weniger schön für unsere Pensionskassen. Und wenn dann alle noch Teilzeit arbeiten wollen, wird das mit den Einzahlungen zur Gruppenarbeit mit unklarem Verantwortlichen. Wir brauchen Lösungen, die mobil, modular und menschlich sind.

Laetitia Raboud: Für die Finanzierung der zweiten Säule ist zentral, dass die Beiträge von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und den Kapitalanlagen die Altersrenten finanzieren können. Die steigende Lebenserwartung macht die Rente teurer. Flexible Arbeitsmodelle reduzieren oft die Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, können sie aber auch erhöhen, wenn über das ordentliche Rentenalter hinaus gearbeitet wird.

Martin Roth: Grundsätzlich kann diesen beiden Tendenzen im Überobligatorium problemlos Rechnung getragen werden. Es darf aber nicht ausgeblendet werden, dass die Ausweitung von damit zusammenhängenden Leistungen sich nicht von selbst finanziert.

Yvonne Seiler Zimmermann: Nicht nur steigt unsere Lebenserwartung – wir dürfen auch länger gesund leben. Gleichzeitig möchten wir die Erwerbstätigkeit vermehrt mit dem Privatleben in Einklang bringen, was zu häufigeren Auszeiten während der Erwerbsphase führen wird. Die Arbeit wird flexibler und individueller gestaltet. Der Wunsch, den Eintritt in und den Austritt aus dem Erwerbsleben individuell in Abhängigkeit von der eigenen Vitalität zu gestalten, wird zunehmen. Die effektiv geleistete Arbeitszeit während des Erwerbslebens wird somit sehr unterschiedlich ausfallen. Statt das Vorsorgeziel starr an ein Referenzalter zu knüpfen, wäre eine Anbindung an die tatsächliche Erwerbsdauer zielführender.

Diego Taboada: 1985 musste das Altersguthaben 17 Rentenjahre abdecken, 2022 bereits 21 – ein Anstieg von 24 Prozent. Von 2015 bis 2022 sanken die jährlichen Renten der zweiten Säule zwar um 1 bis 5 Prozent, wurden aber im Schnitt ein halbes Jahr länger ausbezahlt. Teilzeitarbeit und Mehrfachbeschäftigung haben die Erwerbsbeteiligung – besonders von Frauen – gestärkt.

Fortsetzung von Seite 11

7

Stichwort Individualisierung: Worin bestehen die Chancen und Gefahren von individuellen Altersvorsorgeleistungen? **Roger Baumann:** Individualisierung hat den grossen Vorteil, dass die berufliche Vorsorge besser wahrgenommen wird und ihr etwas verstaubtes Image ablegen kann. Man ist näher bei den Versicherten. Mehr Individualität und damit weniger Solidarität hat allerdings einen Preis, den die Mehrheit der Versicherten (etwa die verheirateten Versicherten) für die Individualisierung der Minderheiten (die ledigen Versicherten) bezahlt, denn die berufliche Vorsorge war bisher für die Mehrheit konzipiert. Deshalb muss im Einzelfall abgewogen werden, inwieweit die Solidarität der Individualität weichen soll.

Christine Egerszegi-Obrist: Mit verschiedenen Rentenmodellen und Möglichkeiten des Kapitalbezugs erhöht sich die Gestaltungsfreiheit für den Ruhestand. Man übernimmt aber eigene Risiken für den finanziellen Bedarf bis zum Lebensende. Gute Information vor den Entscheiden ist absolut wichtig.

Nico Fröhli: Vorneweg: Individuelle Altersvorsorgen können sich bei weitem nicht alle Arbeitnehmer leisten, deshalb muss der Fokus klar auf der ersten und der zweiten Säule liegen. Die Vorteile dieser Sozialversicherungen sind die langen Anlagehorizonte, respektive das «Massengeschäft». Eine grosse Gefahr bei individuellen Altersvorsorgen ist der Verfall per Stichtag X: Fällt eine Pensionierung auf den Zeitpunkt einer Börsenkrise, ist womöglich ein beachtlicher Teil des Kapitals verloren. Es muss entsprechend eine frühzeitige, sichere Opt-out-Strategie verfolgt werden, um dieses Risiko zu minimieren.

Michael Krähenbühl: Chancen: Jeder kann sein Vorsorge-Menü à la carte zusammenstellen – veganes Portfolio inklusive. Gefahren: Wer sich mit Altersvorsorge nicht so gut auskennt wie mit Quantenphysik, hat ein Problem. Die Gefahr der Überforderung ist real, ebenso wie die Illusion, alles allein regeln zu können.

Laetitia Raboud: Individuelle Vorsorgelösungen ermöglichen es, besser auf neue Gegebenheiten einzugehen und zugleich eine nachhaltige Finanzierung zukünftiger Verpflichtungen zu gewährleisten. Die damit verbundene Heterogenität und Komplexität kann jedoch die Aufgaben des obersten Organs und der Aufsicht erheblich erschweren.

Martin Roth: Die grosse Chance besteht darin, dass ich, basierend auf meinen individuellen Eigenschaften wie etwa Zivilstand, Gesundheit und Geschlecht, eine massgeschneiderte Altersleistung erhalte. Die Kehrseite liegt darin, dass die in der zweiten Säule vorgesehenen finanziellen Solidaritäten nicht zum Tragen kommen, wenn sie benötigt werden.

Yvonne Seiler Zimmermann: Wird von einem starren Referenzalter abgesehen, ist die logische Konsequenz, dass nicht nur die Ansparphase, sondern auch die Entsparphase individualisiert wird – mit entsprechend individuell ausgestalteten Altersvorsorgeleistungen.

Diego Taboada: Ein individuelleres BVG – etwa durch die freie Wahl der Pensionskasse und der Anlagestrategie – würde der Entwicklung hin zu einer vielfältigeren Gesellschaft Rechnung tragen. Sie würde die Einzelnen daran erinnern, dass das angesparte Vorsorgekapital ihnen gehört: nicht der Kasse, nicht der Firma und auch nicht dem Staat. Die Transition von «Einheitslösung für alle» zu «massgeschneiderte Altersvorsorge» dürfte jedoch Widerstände wecken.

8

Ein anderer Lösungsansatz: Das Eintrittsalter für die Beitragspflicht vom 25. auf das 20. Lebensjahr vorzuverlegen? Auf Kosten von...

Roger Baumann: Es gibt keinen Grund, warum genau bis zum Alter von 25 Jahren keine Beiträge geleistet werden sollen. Eigentlich wäre eine längere Einzahlungsdauer schon längst überfällig, wenn das Rentenalter nicht erhöht wird.

Christine Egerszegi-Obrist: Das ist ein «Ladenhüter». Warum nicht die Streichung der oberen Altersgrenze?

Nico Fröhli: Dieser Ansatz wird bereits heute bei immer mehr Vorsorgeplänen verfolgt. Die Tendenz besteht, dass junge Arbeitnehmer länger im Elternhaus verweilen. Damit haben Sie oft auch tiefere Lebenshaltungskosten. Ein entsprechender Sparbeginn ab 20 Jahren erscheint mir plausibel und finanziell verkraftbar.

Michael Krähenbühl: ...Netflix-Abos, neue iPhones und drei Monate Weltreise nach der Lehre. Aber ehrlich: Das könnte Sinn machen – je früher man startet, desto sanfter der Aufbau. Aber es darf nicht dazu führen, dass Studierende und junge Arbeitnehmende direkt in die Rentenstarre versetzt werden.

Laetitia Raboud: Die Senkung des Beitrittsalters zur obligatorischen zweiten Säule würde für die Versicherten ein, wenn auch geringes, finanzielles Opfer und für die Unternehmen eine steuerlich abziehbare Mehrbelastung bedeuten.

Martin Roth: Auch dies ist ein möglicher Ansatz. Jedoch gilt es hier zu bedenken, dass in dieser Altersspanne das Salär doch noch vergleichsweise gering ist, weshalb nur wenig angespart werden kann. Hingegen ist der Zinseszineffekt wegen der noch in weiter Ferne liegenden Pensionierung am höchsten.

Yvonne Seiler Zimmermann: Dies halte ich für eine schlechte Idee: Wie schon ausgeführt, sollte auf ein starres Referenzalter sowie auf ein fixes Eintrittsalter ins Erwerbsleben verzichtet werden.

Diego Taboada: Das ist im Rahmen überobligatorischer Lösungen denkbar. Doch in diesem Alter sind die Löhne oft tief. Eine frühe Beitragspflicht würde das Nettoeinkommen schmälern – für einen bescheidenen langfristigen Nutzen. Ob sich das lohnt, muss individuell angeschaut werden.

9

Was bedeutet all dies für Selbständige oder Angestellte mit mehreren Jobs?

Roger Baumann: Für diese Personen ist wichtig, dass die Eintrittsschwelle und der Koordinationsabzug tief sind. Viele Pensionskassen haben ihre Eintrittsschwelle und ihren Koordinationsabzug deswegen auch bereits gesenkt. Im gesetzlichen Obligatorium sind die Werte leider konstant hoch und daher nicht mit mehreren Jobs verträglich.

Christine Egerszegi-Obrist: Selbständige nutzen vorwiegend die Vorteile der dritten Säule. Für Angestellte mit mehreren Jobs ist die heutige Lösung kompliziert: Mehrere Teilpensen kann man zwar bei einem Arbeitgeber versichern, aber das Reglement der angefragten Kasse muss das vorsehen, andernfalls geht es über die Auffangeinrichtung. Teilpensen sollte man zusammenfassen, und der Arbeitgeber des grössten Pensums müsste die Versicherung organisieren.

Nico Fröhli: Selbständige haben immerhin bereits heute die Möglichkeit, sich in der Säule 3a zu einem höheren Betrag zu beteiligen. Prekär ist die Situation hingegen für diejenigen, die mehrere Jobs haben: Es darf nicht sein, dass jemand, weil er oder sie beispielsweise fünf verschiedene Jobs hat, nicht in der zweiten Säule versichert wird. Hier müssen wir an einer klaren Verbesserung arbeiten.

Michael Krähenbühl: Sie sind derzeit oft die Stiefkinder des Systems. Keine Koordination, keine Pflicht, aber viel Risiko. Eine gerechte Lösung muss hybride Erwerbsbiografien besser integrieren. Sonst landen diese Leute im Alter nicht am Strand, sondern beim Sozialdienst.

Laetitia Raboud: Um prekäre Situationen bei der Pensionierung zu vermeiden, wäre es sinnvoll, eine Versicherungspflicht für Selbstständige gesetzlich zu verankern und die Löhne aus mehreren Anstellungen konsolidiert zu berücksichtigen.

Martin Roth: Auch hier können die Kassen flexible Lösungen ins Auge fassen, die im Rahmen des Überobligatoriums eingeführt werden können. Zudem kann aufgrund von Softwarelösungen, die von der Pensionskassenbranche selbst entwickelt worden sind, der digitale Datenaustausch zwischen mehreren Pensionskassen erheblich vereinfacht und kostensparender gemacht werden.

Yvonne Seiler Zimmermann: Die Zukunftsforschung zeigt einen klaren Trend zu mehr Selbständigkeit. Erwerbstätige Personen werden vermehrt zu Plattformbeschäftigten oder Mikrounternehmern. Diese neuen Arbeitsformen führen dazu, dass viele Erwerbstätige mehrere Arbeitgeber haben, befristete Arbeitsverträge eingehen oder projektbezogen ohne festen Arbeitsvertrag arbeiten. In solchen Modellen sind viele Einkünfte in der heutigen zweiten Säule nicht versichert. Daraus ergibt sich die Frage, ob zukünftig nicht alle Arbeitseinkommen für den Aufbau des Vorsorgevermögens berücksichtigt werden sollten – und nicht länger nur Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit über einem bestimmten Lohnniveau. Ebenso stellt sich die Frage, ob die berufliche Vorsorge nicht eher von der versicherte Person organisiert werden soll anstelle des Arbeitgebenden.

Diego Taboada: Neun von zehn Pensionskassen haben die Koordinationsabzüge bereits flexibilisiert oder abgeschafft, um atypischen Erwerbsverläufen gerecht zu werden. Der Wettbewerb wird weitere Kassen zum Handeln bewegen. Diese Entwicklung sollte jedoch schrittweise erfolgen, damit betroffene Branchen die höheren Lohnnebenkosten verkraften können.

10

Wie sieht die gerechte Lösung aus, die für die nächsten 40 Jahre funktioniert?

Roger Baumann: Das Rentenalter im Drei-Säulen-System sollte man langsam schrittweise erhöhen. Abgesehen davon, können die Vorsorgeeinrichtungen mit ihrem Überobligatorium selbst für eine ausgewogene Lösung sorgen. Im gesetzlichen Obligatorium sollte über eine modellmässige Ersatzquote, wie in der Bundesverfassung eigentlich vorgesehen, nachgedacht werden und die technischen Parameter sollten aus dem Gesetz verschwinden.

Christine Egerszegi-Obrist: Das BVG muss ein Rahmengesetz bleiben, das von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgestaltet wird – beide haben das gleiche Ziel: sichere Leistungen und kleine Prämien.

Nico Fröhli: Das Rezept zu dieser Frage hat bisher leider noch niemand gefunden. Sonst hätten wir eine BVG-Reform, die vom Volk angenommen worden wäre. Ich bin überzeugt, dass wir mehr Sparkapitalien gerieren müssen, damit wir eine Senkung des Umwandlungssatzes verkraften können. Zudem müssen wir die neuen Lebensformen und Beschäftigungsverhältnisse adäquat abbilden können. Abschliessend braucht es klarere Linien zwischen dem gesetzlichen Teil der beruflichen Vorsorge und dem Überobligatorium.

Michael Krähenbühl: Stell dir eine Pensionskasse vor wie ein Fondue: Alle bringen etwas mit, keiner nur Brot, keiner nur Käse – und keiner lässt den Spieß fallen. Eine faire Lösung wäre solidarisch, flexibel, geschlechtsneutral und generationengerecht. Nicht einfach – aber hey, wir haben schon die Gottharddröhre gebaut, also schaffen wir das auch!

Laetitia Raboud: In einer sich ständig wandelnden Welt gibt es keine gerechte Lösung, die über 40 Jahre hinweg Bestand haben kann.

Martin Roth: Das Kapitaldeckungsverfahren, nach dem die zweite Säule konzipiert ist, ist der Garant für ein einfaches und tragfähiges Modell, das föderal adaptiert und sozialpartnerschaftlich verwaltet wird. Auf dieser Grundlage besteht ein Anrecht auf eine Altersrente oder Kapital. Die Höhe der Leistung hängt davon ab, wie viel der Versicherte über die Jahre gemeinsam mit dem Arbeitgeber angespart hat. Sozialpolitische Umverteilungen von Besserverdienenden zu Angestellten mit tieferen Löhnen oder von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen und Rentnern dürfen nicht Bestandteil der zweiten Säule sein. Generell gilt: Die zweite Säule soll eine gerechte Sozialversicherung und kein politischer Spielball sein.

Yvonne Seiler Zimmermann: Unser Vorsorgesystem wird als gerecht wahrgenommen und soll funktionsfähig sein, solange es sich an den Bedürfnissen und Anforderungen der Gesellschaft orientiert. Denn das Verständnis von «Gerechtigkeit» sowie die Anforderungen an ein funktionierendes Vorsorgesystem sind gesellschaftlich geprägt und unterliegen einem kontinuierlichen Wandel.

Diego Taboada: In den letzten 40 Jahren wurde das Ziel eines angemessenen Lebensstandards im Alter grösstenteils erreicht. Auch in Zukunft muss das Grundprinzip gewahrt bleiben, dass jeder für seine eigene Rente spart. Eine gerechte Lösung schafft ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der älteren und der jüngeren Generation.

Umfrage: Norman Bandi



Roger Baumann (50)



Christine Egerszegi-Obrist (77)



Nico Fröhli (30)



Michael Krähenbühl (50)



Laetitia Raboud (40)



Martin Roth (52)



Yvonne Seiler Zimmermann (49)



Diego Taboada (29)

«Wir sollten bis ins Alter von 55 Jahren von einer beruflichen Sparkasse reden»

Kapital oder Rente: Thomas Schönbächler, CEO der BVK, der grössten privaten Pensionskasse des Landes, über die geplanten Steueränderungen, flexible Rentenmodelle und neue Ideen für die nächsten 40 Jahre BVG.

Herr Schönbächler, was halten Sie davon, dass der Bund die Steuerprivilegien beim Kapitalbezug aus der zweiten und dritten Säule reduzieren möchte?
Vorsorge ist ein langfristiges Geschäft, nicht nur wegen des Zinseszineffekts. Und das funktioniert nur, wenn wir ein Urvertrauen in das System haben und die Gewissheit besteht, dass Versprechen, die heute gegeben werden, in 20 Jahren auch eingelöst werden. Insofern ist die Tatsache, dass man über dieses Thema heute nur schon diskutiert, bereits sehr unschön. Ob es dann am Ende auch so kommt, ist aber nochmal eine ganz andere Frage.

*Ist es nicht so, dass vor allem die Besser-
verdienenden von den Steuerprivilegien profitieren?*
Das Thema der freiwilligen Einkäufe betrifft längst nicht nur die Hochverdiener. Laut unseren Analysen tätigen auch sehr viele Versicherte aus dem mittleren Einkommensbereich Einzahlungen in ihre Pensionskasse, häufig aufgrund von Einzeleffekten, wie beispielsweise einer Erbschaft oder beim Wegfall der Ausbildungsfinanzierung ihrer Kinder. Kommt hinzu, dass bei der Pensionierung über alle Einkommensklassen hinweg zunehmend eine Mischform von Kapital und Rente gewählt wird.

Rechnen Sie mit weniger freiwilligen Einkäufen, falls die Steuerprivilegien aufgehoben werden sollten?
Die Versicherten kaufen Versicherungsjahre nicht nur wegen der Steuern ein. Es gibt viele Menschen, die wollen und können sich nicht mit dem Thema Kapitalanlage auseinandersetzen. Diese Versicherten legen das Geld in ihre Sparkasse der beruflichen Vorsorge. Die 2, 3 oder 4 Prozent Verzinsung, die sie dort auf ihr Geld erhalten, reichen ihnen.

Sparkasse der beruflichen Vorsorge?
Wenn jemand mit 20 Jahren ins Berufsleben einsteigt, zahlt er aus heutiger Sicht mindestens 45 Jahre lang in eine Sparkasse ein, in der sein Geld hoffentlich gut verzinst wird und nach diesen 45 Jahren hoffentlich noch vorhanden ist. Deshalb bin ich zur Überzeugung gekommen, wir sollten konsequent bis ins Alter von 55 Jahren von einer beruflichen Sparkasse reden und erst danach von einer Pensionskasse.

Weil der Begriff Sparkasse eine höhere Zugkraft hat?
Man kann das Thema ganz anders bespielen und es eröffnet uns viel mehr Möglichkeiten, jüngere Versicherte kommunikativ zu erreichen. Über den Begriff des Sparens finden wir passende Themen, beispielsweise wie man mithilfe der beruflichen Sparkasse den unbezahlten Urlaub absichern kann.

In den letzten Jahren haben immer mehr Versicherte beim Rentenbeginn ihr Kapital bezogen statt der lebenslangen Rente. Sinkt die Bedeutung der beruflichen Vorsorge?
Bis Anfang der Nullerjahre entsprach der technische Zins in etwa der sicher zu erwartenden Rendite. Das waren rund 4 Prozent, und dementsprechend waren die Umwandlungssätze höher. In der Zwischenzeit hat sich die Lebenserwartung der Menschen mit jedem neuen Jahrgang um etwa sechs Wochen erhöht, während die Renditen der Bundesobligationen gesunken sind. Aktuell liegen sie bei mageren 0,3 Prozent. Mit den sinkenden Zinsen sind auch die Umwandlungssätze tiefer geworden, auch wenn sie aus Pensionskassensicht rechnerisch absolut korrekt sind. Wenn nun Finanzinstitute höhere Renditen auf das Kapital in Aussicht stellen, ent-

scheiden sich viele Versicherte fürs Kapital. Sie vergessen dabei, dass die erwartete Restlebenszeit noch 25 Jahre oder mehr umfasst und dass mit der Rente zusätzlich sogenannte anwartschaftliche Leistungen – also Leistungen für Hinterbliebene im Todesfall – verknüpft sind.

Denken Sie, dass der mögliche Wegfall der Steuerbegünstigung hier eine Umkehr bewirken wird?
Nein, denn die Gründe für den Kapitalbezug sind nicht nur in der Besteuerung zu suchen. Vielmehr ist das Verständnis darüber, was man in der dritten Lebensphase noch machen will und kann, ein ganz anderes als vor 30 oder 40 Jahren. Heute möchten viele Versicherte Dinge nachholen. Etwa mit einem Wohnmobil auf Reisen gehen oder ein Altersdomizil im Süden kaufen. Dafür beziehen sie häufig das Kapital. Für uns bei der BVK waren diese Erkenntnisse eine Steilvorlage, um flexible Rentenmodelle einzuführen, die besser auf die Bedürfnisse der Versicherten abgestimmt sind.

Inwieweit sind die Modelle flexibel?
Weil der Kapitalbedarf in den ersten Rentenjahren höher ist, haben wir ein dynamisches Modell entwickelt, bei dem die Rente zu Beginn 13 Prozent höher

ausfällt und dann bis zum 75. Lebensjahr auf etwa 3 Prozent unter die normale Rente sinkt. Ein anderes Modell entwickelten wir speziell für Frauen. Wir haben über zwei Drittel weibliche Versicherte. Vor ein paar Jahren stellten wir fest, dass immer mehr Frauen das Kapital beziehen. Das macht durchaus Sinn, denn eine Frau hat zwar eine höhere Lebenserwartung als ein Mann, ist aber im Schnitt fünf Jahre jünger

Zur Person

Thomas R. Schönbächler (60) ist seit 16 Jahren Geschäftsführer der Pensionskasse BVK und amtiert zudem in mehreren Verwaltungs- und Stiftungsräten, beispielsweise als VR-Vizepräsident der Pax Lebensversicherung. Die BVK ist mit rund 142'800 versicherten Personen die grösste privatrechtliche Pensionskasse der Schweiz. Mehr als 60 Prozent der Versicherten sind bei angeschlossenen Arbeitgebern aus den Branchen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Verwaltung tätig. Die übrigen 40 Prozent sind Angestellte des Kantons Zürich.

als ihr Lebenspartner. Somit ist die anwartschaftliche Rente, also die Partnerrente, für die wenigsten Frauen ein sehr wahrscheinliches Szenario. Daher haben wir ein Modell entwickelt, in dem ein höherer Umwandlungssatz für eine höhere Rente sorgt, im Gegenzug aber die Anwartschaft auf die Rente für den Lebenspartner etwa halbiert.

Wo liegt der normale Umwandlungssatz bei der BVK?
Der liegt bei rund 5 Prozent. Je nach Modell fällt er deutlich höher aus.

Inwieweit darf eine Pensionskasse die Höhe der Umwandlungssätze eigentlich variieren?
Wenn ein Versicherter zum gesetzlichen Minimum versichert ist, hat er am Ende des Berufslebens vielleicht 100'000 Franken angespart. Dieses Kapital wird dann mit dem gesetzlich festgelegten Umwandlungssatz von 6,8 Prozent in eine lebenslange Rente von 6'800 Franken umgewandelt. Für diese 6'800 Franken muss die Pensionskasse rund 5 Prozent garantierte Verzinsung erwirtschaften. Ein anderer Versicherter hat am Ende des Berufslebens aber nicht 100'000, sondern 300'000 auf der Seite. Als Pensionskasse gehen wir nun hin und rechnen die 300'000 Franken mit einem Umwand-

lungssatz von 5 Prozent, das gäbe dann eine jährliche Rente von 15'000 Franken.

Wie wird sichergestellt, dass das Obligatorium eingehalten wird?
Jede Kasse muss ständig kontrollieren, ob die überobligatorischen Leistungen höher sind als die errechneten obligatorischen Leistungen. Letztlich führt das aber dazu, dass es praktisch keine Privatkassen mehr gibt, die reine Minimalpläne anbieten. Denn diese auf einer unrealistischen Renditeannahme beruhende Rente muss von jemandem gezahlt werden, und das können nur die jüngeren Versicherten sein.

«Wir müssen uns als Pensionskassen stark mit den neuen Arbeitsformen und Arbeitsmodellen befassen.»

Wie löst die BVK das Problem der Umverteilung?
Wir haben schon 2017 die Rentenhöhe so definiert, dass es für die Zahlung der laufenden Renten keinen Zinsverzichtsbeitrag der jüngeren Versicherten braucht. Die jüngere Generation muss also nicht zugunsten der höheren Renten der neupensionierten Personen auf die Verzinsung ihres Kapitals verzichten.

Wir feiern 2025 das 40-jährige Bestehen der beruflichen Vorsorge: Was würden Sie, wenn Sie völlig freie Hand hätten, für die nächsten 40 Jahre am System ändern?
Technisch würde ich sicherstellen, dass verschiedene Lohnverhältnisse und dementsprechend auch tiefere Mehrfachbeschäftigungen konsequent versichert werden. Konkret bedeutet dies, die Eintrittsschwelle abzuschaftern und den Koordinationsabzug anders zu definieren. Dann würde ich die Höhe der Beiträge nur auf zwei Stufen definieren und den Beitragszeitraum auf das gesamte Berufsleben ausdehnen, beginnend beim ersten Arbeitstag. Aber vor allem würde ich mich vom Umwandlungssatz lösen und eine Rente mit einem dynamischen Mindestparameter in Abhängigkeit von Berufsgruppen und der statistisch erwarteten Restlebenszeit definieren, die sich entsprechend verändert. Vielleicht wird sich die Entwicklung ja auch wieder mal umkehren, sodass die Rente wieder höher wird, weil die Restlebenszeit abnimmt – auch das ist denkbar.

Was hat sich seit der Einführung des BVG am deutlichsten verändert?
Früher war ein grosser Teil der Versicherten 20, 30 oder 40 Jahre beim gleichen Arbeitgeber, heute wechseln die Arbeitnehmenden viel häufiger die Stelle. Gleichzeitig kann man sich heute auch nicht mehr darauf verlassen, dass der Arbeitgeber einem die Anstellung auf Lebenszeit garantiert. Dementsprechend ist die Mobilität viel höher geworden. Wenn wir nun noch weiter in die Zukunft schauen, dann müssen wir uns als Pensionskassen stark mit den neuen Arbeitsformen und Arbeitsmodellen befassen. Dazu gehört unter anderem, dass Versicherte künftig vermutlich mehrere Arbeitgebende haben oder auch nur noch projektbezogen arbeiten.
Interview: Sandra Willmeroth



Thomas R. Schönbächler, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Pensionskasse BVK.

PD

Es geht auch ohne Leerkündigungen

Eine Vorsorgeeinrichtung zeigt, dass Sanierungen auch mietervertraglich möglich sind – dank Ersatzwohnungen, Provisorien und entsprechend langem Vorlauf. Für die PKE Vorsorgestiftung Energie ist das kein Einzelfall, sondern Geschäftsphilosophie.

WERNER GRUNDLEHNER

Der Fall machte vor einem halben Jahr Schlagzeilen: Kurz vor Weihnachten schickte die Eigentümerin allen Mietern der 105 Wohnngen der sogenannten Sugus-Häuser in Zürich die Kündigung. Als Begründung wurde die Sanierung der Immobilien angeführt. Es ist offensichtlich, dass dies für Mieter eine Hiobsbotschaft ist, denn es braucht Zeit und es ist – gerade in Grossstädten – schwierig, eine neue, bezahlbare Wohnung zu finden.

Belastbare Daten zur Zahl von Leerkündigungen und deren Entwicklung in der Schweiz gibt es kaum. In einer aktuellen Studie schätzt die Zürcher Kantonalbank, dass es bei jährlich 2000 Mehrfamilienhäusern zu dieser Massnahme kommt. Davon seien rund 30000 Bewohner vor allem in Ballungs- und Tourismuszentren betroffen. Gerade in überhitzten Immobilienmärkten wie Schweizer Städten fragen sich die Mieter: Sind die Sanierungen tatsächlich nur möglich, wenn die Wohnungen leer

sind – oder wollen die Eigentümer die Wohnungen nach der Sanierung einfach teurer vermieten?

Keine Imagekampagne

Doch es geht auch anders. Das zeigt die PKE Vorsorgestiftung Energie. An zentraler Lage in Fribourg hat die Vorsorgeeinrichtung rund 140 Wohnungen renoviert und die beiden Gebäude gleichzeitig aufgestockt, ohne dass den bestehenden Mietern gekündigt wurde. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Imagekampagne, um der aufgeheizten öffentlichen Meinung keine Angriffsfläche zu geben. «Es ist schon seit vielen Jahren die Philosophie der PKE, Sanierungen ohne Leerkündigungen durchzuführen», erklärt Michael Reif, Leiter Immobilien bei der Vorsorgestiftung. Dies sei aber wegen technischer und organisatorischer Einschränkungen nicht immer möglich. Vor kurzem hätte man für die Sanierung einer Liegenschaft in Zürich einzelnen Mietern der Dachwohnungen kündigen müssen, weil

das Dach komplett erneuert werden muss.

Am Standort in Fribourg wurde jedoch einmal mehr gezeigt, dass eine umfassende Modernisierung auch ohne Leerkündigungen sowohl für Mieter als auch für Eigentümer ein Erfolg sein kann. Die Hülle und die Haustechnik des in den 1950er Jahren erbauten Gebäudekomplexes an der Ecke Boulevard des Pérolles und Rue Jacques-Vogt wurden komplett saniert und die Energie-

effizienz dem heutigen Stand der Technik angepasst. Mit dem Anschluss an die Fernwärme im nächsten Jahr wird zudem die CO₂-Bilanz erheblich verbessert.

Für die Dauer der Umbauarbeiten wurde den Bewohnern eine temporäre Umsiedelung innerhalb des Gebäudes ermöglicht. In den Wohnungen wurden sämtliche Küchen und Bäder saniert sowie viele Böden, Wände und Decken erneuert. Das Gebäude wurde im Zuge des Umbaus teils um zwei Etagen, teils um eine Etage aufgestockt. Dies war laut der PKE dank einer Leichtbaukonstruktion aus Holz möglich. Diese neuen Wohnungen verfügen über attraktive Dachterrassen.

Leere Wohnung helfen

Wenn den Mietern Übergangswohnungen zur Verfügung gestellt werden – im beschriebenen Fall im gleichen Haus –, dann braucht es einen Bestand an leeren Wohnungen. Wichtig sei eine grosse Vorlaufzeit, sagt Reif. «Wir haben die Mieter offen informiert – auch an Informationsveranstaltungen», fügt er an. Es sei wichtig, dass man den Mietern den Mehrwert, den die Sanierung bringe, aufzeige.

Falls nicht ausreichend Leerwohnungen zur Verfügung stehen, arbeitet die PKE bei Sanierungen meist mit Provisorien, beispielsweise mit Duschcontainern im Erdgeschoss oder mit Sanitäreinrichtungen im Keller. Gewisse Zimmer blieben bei diesem Umbau bewohnbar. Zudem komme es vor einer Sanierung erfahrungsgemäss zu mieterseitigen Kündigungen, ergänzt der PKE-Immobilienverantwortliche, die helfen, die organisatorischen Abläufe zu vereinfachen.

Im Erdgeschoss der Liegenschaft in Fribourg sind Ladenlokale eingemietet. Diese mussten während der Sanierung nicht schliessen. Die Leitungen, die in der Decke verlaufen, wurden beispielsweise aus dem ersten Obergeschoss erneuert und die Ladenlokale in Etappen saniert,

sodass immer Teilflächen geöffnet bleiben konnten. Am Baugerüst entlang der Aussenseite der Immobilie waren grosse Hinweistafeln angebracht, welche die Passanten darauf aufmerksam machten, dass die Läden weiterhin geöffnet waren. Grosse Arbeiten wurden an Tagen ausgeführt, an denen die Ladenlokale sowieso geschlossen waren.

Höhere Kosten, aber ...

Selbstverständlich dauern durch ein solches Vorgehen die Sanierungsarbeiten länger und die Kosten sind wohl etwas höher als bei einer Sanierung eines leer stehenden Hauses. Die Mehrkosten ohne Leerkündigung abzuschätzen, ist gemäss Reif jedoch schwierig. Auf der einen Seite fielen neben der längeren Sanierungszeit auch Kosten für Umzüge an. Zudem werde den Mietern in der Regel die Miete für ein bis zwei Monate erlassen. Auf der anderen Seite bleibe aber der grösste Teil des Mietertrags durchgehend erhalten und langwierige Rechtsstreitigkeiten könnten vermieden werden.

«Bei einem Umbauvolumen von 30 Millionen Franken auf einen Immobilienbestand von 1,8 Milliarden Franken fallen allfällige Mehrkosten für die Versicherten der PKE aber nicht ins Gewicht», führt Reif aus. Nach der Sanierung würden die Mieten gemäss gesetzlichen Vorgaben angehoben. Gut informierte Mieter könnten dies jedoch nachvollziehen, ist Reif überzeugt. Das Ziel blieben ein langfristiges Mietverhältnis und wenige Wechsel.

Neben der eingangs erwähnten Studie der Zürcher Kantonalbank gibt es kaum statistisches Material zu Leerkündigungen und dem Verhalten von Pensionskassen als Vermieter. Das bestätigt auch Michael Töngi, Nationalrat sowie Vizepräsident des Mieterinnen- und Mieterverbands Schweiz: «Leider gibt es in diesem Bereich keine belastbaren Zahlen. Versuche, hier mehr Licht hineinzubringen, sind politisch jeweils gescheitert. Was wir aus Erfahrung wissen: Leerkündigungen sind in Zürich bedeutend häufiger als in Basel-Stadt, der Waadt oder Genf, was mit dem entsprechenden Wohnschutz in diesen Kantonen zu tun hat.» Auch der Pensionskassenverband verfügt über keine verlässlichen Statistiken. Das hängt laut ASIP-Direktor Lukas Müller-Brunner mit der Umsetzung zusammen: Pensionskassen könnten über verschiedene Lösungen in Immobilien investieren – direkt, via Anlagestiftung, Fonds etc.

Jeder Kanton hat unterschiedliche Regelungen. In der Stadt Zürich beispielsweise kommt es vor der Abstimmung zur «Wohnschutz-Initiative», die zwischen Herbst 2025 und Frühling 2026 vors Volk kommt, zu einer Häufung von Sanierungen mit Leerkündigungen – zu sogenannten Renditesanierungen. Die PKE passe ihr Vorgehen aber nicht den einzelnen Kantonen und ihren Gesetzgebungen an, sondern verfolge in der ganzen Schweiz die gleiche Philosophie, hält Reif dazu fest.



Totalsanierung des Gebäudekomplexes an der Ecke Boulevard des Pérolles und Rue Jacques-Vogt in Fribourg. INDUNI

ANZEIGE

tellco



tellco.ch

Temporär? Dann Tellco pk.

Die flexible Pensionskasse für KMU mit Temporärangestellten

Ihre Vorteile bei Tellco

- Monatliche Lohnmeldungen – weniger Admin, mehr Zeit fürs Geschäft
- Tiefe Penssen? Trotzdem BVG-versichert – ganz einfach
- Vorzeitige Beitragszahlungen? Zinsvorteil inklusive
- Junge Versichertenstruktur – tiefere Risikoprämien, mehr Stabilität

Ideal für Personalverleiher, Bau, Logistik, Gesundheits-/ Sozialwesen und andere KMU mit Temporärangestellten.



«Unsere Lösung passt sich Ihrem Betrieb an – nicht umgekehrt.»

– Heinrich Bruhin, Leiter Vorsorge Tellco Bank AG

Lernen Sie uns persönlich kennen. Vorsorgesymposium, am 4.–5. Juni 2025.

Oder vereinbaren Sie direkt einen unverbindlichen **Beratungstermin**.



Beratungstermin vereinbaren

So kommt das Nachhaltige ins Pensionskassengeld

Freiwillig, ohne gesetzlichen Druck: Die mehr als 1200 Milliarden Franken, die die helvetischen Pensionskassen anzulegen haben, werden zunehmend nach ESG-Grundsätzen investiert – auch dank der Initiative des Branchenverbands ASIP.

FREDY GILGEN

Nachhaltig anlegen – gerade Pensionskassen als grösste institutionelle Anlegerinnen sollten hier vorbildlich handeln. Eigentlich selbstverständlich. Doch in der Schweiz gibt es keine gesetzliche Vorgabe, die Pensionskassen zu ESG-Investitionen verpflichtet. Zwar enthält die Verordnung über die berufliche Vorsorge (BVG) ausführliche Regelungen zur Vermögensanlage, ESG-Vorgaben fehlen jedoch. Deshalb sind grosse Pensionskassen, Anlagestiftungen und der Branchenverband ASIP aktiv geworden.

Dass das Thema Nachhaltigkeit in die Berichterstattung gehört, war schnell unbestritten. Der von der ASIP entwickelte Reporting-Standard schafft eine einheitliche Grundlage und unterstützt die Kassen bei der Optimierung ihrer ESG-Strategien. Der seit dem 1. Januar 2023 geltende Leitfaden wird in der Branche bereits häufig angewendet, wie aus einer Studie von PwC Schweiz hervorgeht, obwohl er einen empfehlenden Charakter hat. Ergänzt wird er durch eine Wegleitung mit Empfehlungen zu Ausschlusskriterien, Benchmarking und Offenlegung.

Grundlegende Anpassungen

Das Hauptziel: ESG-Aspekte sollen in das Anlagerisikomanagement integriert werden. Und: Die Auswirkungen nachhaltiger Anlageentscheide auf Risiko und Rendite sollen präzise erfasst werden. Für viele Pensionskassen bedeutet dies grundlegende Anpassungen in der Anlagepolitik, bei Prozessen und im Reporting.

Nicht so für die Publica, die Pensionskasse des Bundes. «Für uns kam der ASIP-Standard genau zur richtigen Zeit», sagt Manuela Guillebeau, seit 2021 Nachhaltigkeitsspezialistin im Asset Management der Publica. «Wir hatten bereits vor drei Jahren ein Konzept für eine ganzheitliche ESG-Berichterstattung entwickelt.» Zuvor lag der Fokus auf dem Thema Klima. «Im neuen Konzept haben wir die ASIP-Empfehlungen von Anfang an integriert – da es sich um einen Reporting-Standard handelt, mussten wir unsere Anlageentscheide nicht anpassen.»

Noch früher war die Asga Pensionskasse dabei. Die grösste unabhängige Gemeinschaftseinrichtung der Schweiz ist auf KMU spezialisiert. «Unsere Nachhaltigkeitspolitik haben wir 2019 er-



Gerade Pensionskassen sollten Vorbilder beim nachhaltigen Anlegen sein.

ILLUSTRATION: ARMIN APADANA

arbeitet, inklusive klarer Entscheidungsprozesse», sagt Andreas Bollhalder, Senior Strategy & Research Analyst Nachhaltigkeit. Auch eine transparente Berichterstattung sei von Anfang an ein Ziel gewesen. «Deshalb war der Aufwand zur Umsetzung des neuen Standards überschaubar.» Die grösste Herausforderung? «Die Kommunikation – intern wie extern», so Bollhalder. Unterschiedliche ESG-Kenntnisse führten schnell zu Missverständnissen. «Das birgt das Risiko von Greenwashing-Vorwürfen. Umso wichtiger war es, ein einheitliches Verständnis zu fördern – klar, präzise, nachvollziehbar.»

Mindeststandard für alle

Auch für die Pensionskassen der SBB und Swisscom (comPlan) war der neue ESG-Standard hilfreich. «Früher gab es unterschiedliche Vorgaben für einzelne Anlageklassen – etwa Immo-

lien oder Wertschriften», sagt Dominik Irniger, Leiter Asset Management der SBB-Pensionskasse. «Mit dem ASIP-Standard existiert nun ein Mindeststandard für alle zentralen ESG-Bereiche.» Beide Kassen hatten sich schon vor dessen Publikation mit Nachhaltigkeit befasst und entsprechende Reportings aufgebaut. Der Anpassungsaufwand blieb daher gering.

Gute Vorsätze sind gut, aber ihre Umsetzung muss überprüfbar sein. Die SBB-Pensionskasse setzt vor allem auf aktives Aktionärstum: Sie nimmt direkt Einfluss auf Unternehmen. Grundlage sind schweizerisches Recht und internationale Standards wie die Konventionen der Vereinten Nationen im Rahmen des UN Global Compact. «Firmen, die systematisch gegen Nachhaltigkeitsprinzipien verstossen und keine Fortschritte zeigen, werden ausgeschlossen», so Irniger.

Bereits Ende 2015 hat die Publica gemeinsam mit sechs weiteren institu-

tionellen Investoren den Verein SVVK-ASIR (siehe Glossar) gegründet. Dieser überprüft laufend die Aktien- und Obligationenportfolios seiner Mitglieder auf Verstösse gegen die normativen Grundlagen.

Klare Ausschlussansätze

Die Publica etwa schliesst systematisch Firmen und Länder aus, Beispiele dafür sind:

- Hersteller von geächteten Waffen (Personenminen, Streumunition und Nuklearwaffen).

- Unternehmen, bei denen Dialogmassnahmen scheitern.

- Kohleproduzenten und Stromerzeuger ohne glaubwürdigen Kohleausstiegsplan.

- Nationen auf der Sanktionsliste des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco).

Eigene normative Kriterien legt die Publica nicht fest. «Unsere Versicherten leben mehrheitlich in der Schweiz – deshalb orientieren wir uns an demokratischen Entscheiden, parlamentarischen Vorstössen und der Bundesverfassung», sagt Nachhaltigkeitsspezialistin Guillebeau. Massgeblich seien zudem die internationalen Konventionen, die von der Schweiz ratifiziert wurden – insbesondere die Prinzipien des UN Global Compact.

Auch bei comPlan, der Swisscom-Pensionskasse, sind ESG-Kriterien fest verankert. Bereits in der strategischen Asset-Liability-Analyse werden sie berücksichtigt. Alle externen Vermögensverwalter sind verpflichtet, ESG-Risiken und ESG-Chancen in ihre Prozesse zu integrieren – und die Grundsätze des UN Global Compact zu respektieren.

«Wir setzen neben Ausschlüssen und ESG-Integration besonders auf Massnahmen mit nachweislich grossem Impact», sagt Benjamin Jungen, der seit 2021 die ESG-Strategie der Swisscom-Pensionskasse verantwortet. «Wir investieren direkt in nachhaltige Projekte und suchen aktiv den Dialog mit Unternehmen und Staaten – sofern wir überzeugt sind, dass sie zur Transformation beitragen.»

Wie die Publica verwendet auch comPlan die Ausschlussliste des SVVK-ASIR. Die normativen Grundlagen

entsprechen schweizerischen Gesetzen sowie internationalen Abkommen. Zusätzlich nimmt comPlan risikobasierte Ausschlüsse vor, etwa in Bezug auf Autokratien oder potenziell wertlose fossile Anlagen («Stranded Assets»).

Die Asga kombiniert normative und risikoorientierte Ausschlussansätze. « Einerseits wenden wir die Ausschlussliste des SVVK-ASIR an, andererseits schliessen wir Unternehmen aus, deren Geschäftsmodell stark auf Kohle basiert – sie zählen für uns zu den gestrandeten Vermögenswerten », sagt Nachhaltigkeitsexperte Bollhalder.

Glossar

- **Branchenverband ASIP:** Der Schweizerische Pensionskassenverband ASIP hat den «ESG-Reporting Standard für Pensionskassen» entwickelt. Damit unterstützt er die Kassen in ihrer treuhänderischen Verantwortung für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Bewirtschaftung der Vermögen ihrer Versicherten.

- **ESG-Standard:** ESG steht für Environmental, Social and Governance – also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. Die drei Dimensionen dienen als Leitplanken für verantwortungsbewusstes Investieren und gelten international als Standard im nachhaltigen Finanzwesen.

- **UN Global Compact:** Der UN Global Compact ist eine globale Initiative der Vereinten Nationen, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Sie unterstützt Unternehmen dabei, sich freiwillig zu verantwortungsvollen Geschäftspraktiken in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz sowie Korruption zu bekennen.

- **Verein SVVK-ASIR:** Der Ende 2015 von sieben Institutionen der Vorsorge gegründete Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK-ASIR) mit Sitz in Zürich ist ein Zusammenschluss bedeutender Schweizer Pensionskassen und Sozialversicherungen. Heute zählt er elf Mitglieder und repräsentiert ein Vermögen von rund 300 Milliarden Franken.

Mehr Möglichkeiten



Scannen und mehr erfahren

Profitieren Sie von mehr Flexibilität. Bei uns mixen Sie Ihre Strategie aus vier Anlagepools ganz nach den Bedürfnissen Ihres Unternehmens. **Gemini.ch**



GEMINI

SAMMELSTIFTUNG



Der 40. Geburtstag des BVG ist ein Meilenstein in der Schweizer Altersvorsorge

proparis  Über 60 Jahre
SCHUTZ DER SCHWEIZ

Vorsorge Gewerbe Schweiz
Prévoyance arts et métiers Suisse
Providenza arti e mestieri Svizzera

